REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 499 · 21.10.2005

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 39 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Sie sollen durchkommen!
2. Die Maßgaben des Rechts. Zum Tod von Simon Wiesenthal - Cg
3. Von Mauern und Favelas. Ein Film über Polizeigewalt und Widerstand in Rio de Janeiro - Susanne Dzeik, Kirsten Wagenschein
4. Klassen-Gewitter. Nachrichten für Drinnen und Draußen
5. Büttel der Exekutive. Prozess gegen die Aachener 4 endete mit hohen Haftstrafen - Interview mit Rechtsanwalt Martin Poell - Interview: mb.
6. Ein schönes Ergebnis Bundestagswahl 2005: Der "Souverän" durchkreuzt alle Pläne - mb.
7. "Volksfront" ohne Wahlvolk? Die extreme Rechte nach der Bundestagswahl - Jean Cremet
8. Die Linke nach den Wahlen. Der Wahlausgang signalisiert wesentliche Änderung der politischen Verhältnisse - Thies Gleiss
9. Dokumentation: Offener Brief an die Bundestagsfraktion Die Linke
10. Studierst du noch, oder zahlst du schon? Einige Bundesländer wollen 2006/2007 allgemeine Studiengebühren einführen - Jonas Füllner
11. 40 Jahre Ausländergesetz. Rückschau auf ein rassistisches Gesetz und seinen ersten Kritiker - Niels Seibert
12. Sterile Pflanzen, glückliche Gentechnik-Multis. "Terminator"-Technologie bedroht Nahrungsmittelsouveränität - Gregor Kaiser
13. "Aha, da sind sie, diese Queers". Theorie und Praxis queerer Politik in Polen. Ein Gespräch - Interview: Nina Schulz
14. Die Widerruflichkeit der Normalität. Über Prekarität und Prekarisierungen - Martin Dieckmann
15. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der Welt der bezahlten und nicht bezahlten Arbeit
16. Keine Flüge von Terminal A. Die Hintergründe des Solidaritätsstreiks in London Heathrow - Willi Kaufmann
17. Handreichungen zum Klassenkampf. Armut wegen Reichtum - dk
18. Eingezäunt, ausgegrenzt, abgeschoben. Ende September protestierten mehrere Intitiativen gegen Lager für Flüchtlinge - Anke Schwarzer
19. Neuer Raum der Abschreckung. EU-Flüchtlingspolitik in Nordafrika - Helmut Dietrich
20. Indonesien 1965: Amtshilfe für einen blutigen Putsch - Rainer Werning
21. Große Gesten, nix dahinter. Der angeblich "größte Schuldenerlass der Welt" - und die Realität - Philipp Hersel, Daniela Setton
22. Die Hoffnung nach der Niederlage. Wird es in Polen eine neue Linke geben? - Przemyslaw Wielgosz
23. Spendenaufruf für die Hurrikan-Opfer in Mittelamerika. medico international bittet um Spenden für die Opfer des Hurrikans Stan - medico international
24. Wenn Steine reden könnten. Hoffnung auf Neuverhandlung des Falls Carlo Giuliani? - Supporto Legale Berlin
25. Vorwahl statt Neuwahl. Das italienische Mitte-Links-Bündnis Unione formiert sich - Js.
26. Demobilisierung als Farce. Funktionswandel paramilitärischer Strukturen in Kolumbien - Kristofer Lengert
27. Permanenter, legalisierter Ausnahmezustand. Interview über die Menschenrechtssituation in Kolumbien, politische Gefangene und soziale Repression - Interview: Fabian und Tobias Singelnstein
28. Europäische Visionen. Die Saar-Abstimmung im Oktober 1955 - Hilde Hoherz
29. "Eine verloren gegangene Geschichte tritt wieder ans Tageslicht." Eine Postkarten-Ausstellung dokumentiert armenisches Leben in der Türkei - Osman Köker
30. Leben als ständiges Bewerbungsgespräch. "Fake for Real" beschreibt das Lebensgefühl einer metropolitanen Kulturszene - Matthias Reichelt
31. Kapitalismuskritik und falsche Personalisierung. Einige Thesen zum Begriff des "strukturellen Antisemitismus" - Gerhard Hanloser

32. Fünfzehn Thesen zur vorläufigen Beantwortung der Frage, wie man in nahezu aussichtsloser Lage wenigtens eine andere Richtung einschlägt - Werner Rätz, Thomas Seibert
33. Eine neue Dynamik für attac. Vorschlag für eine neue Strategie - Peter Wahl
34. Widersprüche und Herausforderungen des "Post-Neoliberalismus" - Teil I: Regierungsprojekte und Bewegungen in Argentinien, Brasilien und Venezuela - Mario Candeias
35. AUFGEBLÄTTERT
36. LESERINNENBRIEFE
37. attac-Strategiedebatte
38. KALENDER
39. 25.000 Euro! Jetzt!

1. Sie sollen durchkommen!

Rubrik: Kommentare zu aktuellen Geschehen; Asyl- und Migrationspolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak499/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:499:41

Die Reaktionen mancher deutscher Politiker auf die dramatischen Bilder aus den spanischen Enklaven Ceuta und Melilla gleichen einer verkappten Kriegserklärung: Flüchtlinge, die es wagen, Mauern und Stacheldrahtzäune einzureißen, um nach Europa zu kommen, werden militärisch bekämpft. So zumindest muss man Peter Struck verstehen, der die deutschen Interessen nicht nur am Hindukusch, sondern zukünftig auch verstärkt in Afrika verteidigen will - mit Waffengewalt und Bundeswehreinsätzen. Vor dem Hintergrund des "Sturms auf Ceuta" und mit Blick auf weltweite militärische Operationen gelte es, so Struck, deutsche und europäische Interessen genauer zu definieren: "Massenfluchten können relevant werden für die Stabilität Europas." In Afrika sei deshalb künftig ein stärkeres militärisches Engagement erforderlich, "um auseinander fallende Staaten zu stabilisieren und Massenfluchten zu verhindern." Containment und Vorfeldverteidigung heißt das im Militärjargon.

Diese jüngsten Struck-Äußerungen werfen wichtige und oft viel zu wenig beachtete Schlaglichter auf die herrschende Flüchtlingspolitik. Zum einen ist sie als "Weltinnenpolitik" längst Bestandteil internationaler Kooperation der imperialistischen Staaten. Nichts zielte also mehr in eine falsche Richtung, als angesichts der Brutalität, mit der spanische und marokkanische Behörden die Flüchtlinge abschieben und in der Sahara aussetzen, die BRD und die EU aus der Verantwortung zu lassen. Flüchtlingsabwehr und Flüchtlingskontrolle sind auch im Mittelmeerraum Teil einer abgestimmten europäischen Gesamtstrategie - vom Umgang mit den Boat-People in der Straße von Gibraltar über die Stacheldrahtzäune in Ceuta und Melilla bis zu den Auffanglagern in "Frontstaaten" wie Marokko und Tunesien. Wenn das marokkanische Militär die Flüchtlinge, die Spanien aus seinen nordafrikanischen Enklaven abschiebt, in die Wüste deportiert und dort umbringt, so ist das barbarisch. Aber es geschieht direkt oder indirekt im EU-Auftrag und ist die Drecksarbeit, die Brüssel, Paris, Berlin usw. (bisher noch) nicht selbst übernehmen wollen.

Gerade vor dem Hintergrund der "neuen Kriege" mit ihrem Charakter von Polizeiaktionen heißt "Weltinnenpolitik" zum zweiten auch, dass die Kontrolle der internationalen Wanderungsbewegungen integraler Bestandteil allgemeiner geopolitischer und geostrategischer Planungen geworden ist; Planungen, die finanzielle und "humanitäre" Interventionen genauso umfassen wie direkte polizeiliche und militärische Operationen. Der Feind in der imperialistischen Weltordnung ist nicht mehr (nur) der nationale "Schurkenstaat" oder der "internationale Terrorismus", sondern auch der Flüchtling und die Migrantin. Die "instabilen Verhältnisse", die Struck und Konsorten bekämpfen wollen, sind deswegen bedrohlich, weil diese sozialen Konflikte und Bewegungen nicht eingedämmt sind. Sie sind deswegen gefährlich, weil die "Verdammten dieser Erde" noch immer Mittel und Wege finden, den ihnen zugewiesenen globalen Hungerzonen zu entkommen.

Die Bilder aus Ceuta und Melilla haben Menschen gezeigt, die sich nicht mehr damit abgefunden haben, vor den Toren Europas zu verrecken. Sie haben zumindest im Ansatz angefangen, die Festung zu stürmen. Darin liegt die Ursache für den Schock, den diese Bilder hier zu Lande nicht nur bei konservativen PolitikerInnen, sondern auch in der linksliberalen Behaglichkeit ausgelöst haben. Gegenüber Menschen, die im Massenansturm über die Stacheldrahtzäune klettern, gibt es wenig Platz für realpolitisches Räsonieren. So ist in der jetzigen Situation der Hinweis auf Entwicklungshilfe wenig mehr als ein humanistisch verbrämter Abwehrreflex. Wer jetzt allein auf notwendige Unterstützung für die Herkunftsländer verweist, verweigert den Flüchtlingen in Nordafrika die Solidarität. Die einzig vernünftige wie angemessene Antwort auf den Flüchtlingskampf in Nordafrika ist die: Helft ihnen durchzukommen! Grenzen auf für Alle!

2. Die Maßgaben des Rechts. Zum Tod von Simon Wiesenthal

Autor: Cg · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak499/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:499:06

Er war der bekannteste Verfolger von NS-Verbrechern: Simon Wiesenthal. Am 20. September starb der Leiter des Simon-Wiesenthal-Zentrums in Los Angeles im Alter von 96 Jahren in Wien.

Am Ende seines Lebens widerfuhr Simon Wiesenthal doch noch Gerechtigkeit von Seiten der österreichischen Republik. Im Juni dieses Jahres überreichte ihm Österreichs Bundespräsident Heinz Fischer das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich. Diese Ehrung trug, wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung in ihrem Nachruf auf den Gründer des Jüdischen Dokumentationszentrums in Wien schrieb, "Züge eines Canossa Ganges". Denn der Überlebende mehrerer Konzentrationslager war über Jahrzehnte nicht nur den Drohungen alter und neuer Nazis ausgesetzt. Auch Teile der politischen Klasse Österreichs überschütteten ihn mit Häme und dem Vorwurf, er habe mit der Gestapo kollaboriert. Zu gern inszenierte sich die zweite Republik als erstes Opfer der Nazis.

1970 deckte Wiesenthal auf, dass vier der elf Regierungsmitglieder der SPÖ-Minderheitenregierung als ehemalige NSDAP-Mitglieder vorbelastet waren. Als der österreichische Bundeskanzler Bruno Kreisky (SPÖ), selbst ein Opfer der NS-Diktatur, 1975 den damaligen FPÖ-Vorsitzenden Friedrich Peter als Minister nominierte, kam es erneut zum Streit. Peters gehörte der 1. SS Infanteriebrigade an, einer Einheit der Waffen-SS, die an Erschießungen von Juden beteiligt war. Wiesenthal wurde damals als "Nestbeschmutzer" beschimpft. Gegen die Behauptung Kreiskys, er sei ein Helfer der NS-Täter gewesen, zog Wiesenthal vor Gericht und gewann. Im Konflikt um die NS-Vergangenheit des Bundespräsidenten Kurt Waldheim 1986 agierte Wiesenthal zurückhaltend, nannte diesen zwar einen "Lügner", nicht jedoch einen "Mörder", was ihm die Kritik des World Jewish Congress eintrug.

Simon Wiesenthal wurde 1908 in Buczacz in Galizien geboren und studierte in Prag Architektur. Seit 1932 arbeitete er als Architekt in der Ukraine. Nach dem Einmarsch der Deutschen Wehrmacht 1941 begann Wiesenthals Odyssee durch insgesamt zwölf Konzentrationslager. Die Befreiung durch die US-Amerikaner erlebte er im KZ Mauthausen. Wiesenthals ganze Familie und die seiner Frau Cyla, insgesamt 89 Menschen, starben in den Konzentrationslagern der Nazis. Nach der Befreiung war Wiesenthal für das US War Crime Office tätig, das sich unmittelbar nach dem Krieg um die Verfolgung von NS-Tätern bemühte. Im Zuge des beginnenden Kalten Krieges ließ das Interesse der Alliierten an der Verfolgung von NS-Verbrechen jedoch spürbar nach. Auch der in die Souveränität entlassenen Republik Österreich war es mehr um die Integration der Täter zu tun, als den Opfern Gerechtigkeit zu verschaffen. Niemand hatte ein Interesse an der nachhaltigen Verfolgung und Bestrafung von NS-Tätern.

Wiesenthals 1947 gegründetes "Zentrums für jüdische historische Dokumentation" stellte 1954 seine Arbeit ein. Vorerst. Nur die Akte im Falle des Wiener "Judenreferenten" Adolf Eichmann schloss Wiesenthal nicht. Bereits Mitte der 1950er Jahre spürte Wiesenthal Eichmann in Argentinien auf. Doch der israelische Geheimdienst Mossad hielt seine Hinweise für nicht stichhaltig. Ein erneuter Hinweis Wiesenthals führte schließlich 1960 zu Eichmanns Festnahme. Im Jahr 1961 gründete Wiesenthal das Dokumentationszentrum erneut. Seitdem hat er rund 1.200 NS-Täter aufgespürt und zu deren Verurteilung beigetragen. Darunter waren so spektakuläre Fälle, wie der des Treblinka-Kommandanten Franz Stangl, den Wiesenthal in Brasilien aufspürte. Auch einer der letzten großen NS-Prozesse gegen den Kommandanten des Gettos Przemzysl, Josef Schwammberger, ging auf die Recherchen Wiesenthals zurück.

Mit der Aktion "Last Chance" geriet Wiesenthal noch einmal in die Kritik. Im vergangenen Jahr hatte das Wiesenthal Center eine Fahndungsliste veröffentlicht, die osteuropäische NS-Täter aufführte und offensiv zu deren Denunziation aufrief, die auch finanziell entgolten werden sollte. Wieder mischten sich sachliche Kritik an der Kampagne und wütende antisemitische Ausfälle.

Die vom Wiesenthal Center erstellten Dossiers zur Entwicklung des weltweiten Antisemitismus wiesen auf verstetigten Antisemitismus auch in den westlichen Demokratien hin und beförderten die Debatte der vergangenen Jahre.

Von seinen Kritikern und Todfeinden wurde Wiesenthal als "erbarmungsloser Racheengel" bezeichnet. Allein der Terminus verrät die antisemitische Färbung dieses Urteils. Dass es diesem statt um Rache um die "Maßgaben des Rechts" (Fritz Bauer) und die Opfer des Holocausts ging, ist in seinen Erinnerungen mit dem Titel "Recht nicht Rache" nachzulesen. Mit Simon Wiesenthal verliert die Erinnerung an den Holocaust einen Anker, der seinen festen Grund in der Erinnerung an das Grauen hatte und wachsam gegenüber heutigen Gefahren des Antisemitismus blieb.

Die weltweiten Niederlassungen des Wiesenthal Centers werden die Arbeit ihres Gründers fortsetzen und weiterhin gegen Antisemitismus eintreten.

Cg

3. Von Mauern und Favelas. Ein Film über Polizeigewalt und Widerstand in Rio de Janeiro

Autor: Susanne Dzeik, Kirsten Wagenschein · Rubrik: Brasilien · CD-Datei: daten/aksuche/ak499/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:499:08

"Ich will euch was sagen. Ich bin sehr stolz, weil ich es geschafft habe zu reden. Ich habe es geschafft, die Geschichte meiner Söhne zu erzählen." Aldeci, Mitte 40, schwarz, klein und untersetzt, steht in der Mitte des Raumes, in dem wir mit 50 weiteren Personen aus Rio de Janeiro während des Weltsozialforums in Porto Alegre schlafen.

Aldeci lebt in der Favela Caju, in der Zone Leopoldina, die zwischen dem Zentrum und der Nordzone liegt. Ihre Familie verfügt über kein Einkommen. Sie selbst kann weder lesen noch schreiben. Von ihren drei Söhnen wurden zwei gemeinsam mit drei weiteren Jugendlichen im Februar 2004 in einem Hinterhalt von der Polizei erschossen. Beide Söhne, Flavio (16 Jahre) und Eduardo (17 Jahre), haben Kinder hinterlassen. Die 14-jährige Freundin Flavios war im fünften Monat schwanger, als er von der Polizei getötet wurde.

Obwohl Brasiliens Polizei schon seit langem zu den brutalsten Ordnungsmächten weltweit zählt, schnellt die Zahl der Todesopfer durch staatliche Gewalt in den letzten Jahren erschreckend in die Höhe. Allein in Rio de Janeiro verdoppelte sich die Todesrate von 2001 bis 2003 auf 1.195 zivile Opfer. Ermordet werden vor allem junge Männer, Schwarze und Mischlinge, die in Favelas leben. (1)

Polizeigewalt in Rio de Janeiro

Die Hinterbliebenen befinden sich in einer verzweifelten Situation. Als FavelabewohnerInnen werden sie gesellschaftlich stigmatisiert; einfachste (Menschen-) Rechte werden nicht anerkannt. Das steht in einer langen Tradition. In Brasilien, dem Land mit dem ehemals größten Sklavenhandel in Lateinamerika, wurde die Sklaverei erst Ende des 19. Jahrhunderts verboten. "Die Geschichte bleibt gleich", meint Fernando Luiz Monteiro Soares vom Projecto Legal, einer Organisation, die straffällig gewordene Jugendliche unterstützt. "Brasilien hat niemals die Unabhängigkeit erreicht (...) Wir waren immer unsere eigenen Feinde." So konzentriert sich auch die staatliche Drogenpolitik nicht auf die Bekämpfung der organisierenden Strukturen des internationalen Drogenhandels, sondern darauf, die kleinen Verkaufsstellen in den Armengebieten brutal zu attackieren.

Kaum jemand interessiert sich dafür, ob die vermeintlichen Drogenhändler wirklich im Verkauf tätig waren. Dass häufig Unbeteiligte erschossen werden, die Toten in mehr als der Hälfte der Fälle Einschüsse aus nächster Nähe, in den Rücken oder in den Kopf aufweisen, stößt auf kein Interesse. "Die Eliten fühlen sich wohl, wenn auf dem Favelahügel drei bis vier Jugendliche getötet werden. Das ist immer eine gute Nachricht", bestätigt die Kriminologin Vera Malagutti.

Was sich jedoch wirklich in den Gassen der Favelas abspielt, wissen lediglich die Favelados. Jedes Polizeibataillon erpresst den lokalen Drogenhandel, um die mageren Polizistengehälter aufzubessern. (2) Wird von den Drogenhändlern nicht gezahlt, mordet die Polizei. "Der Vorgesetzte will Ergebnisse sehen (...) Wenn sie einen Drogenverkäufer kriegen, dann nehmen sie sich das Geld, lassen ihn frei und nehmen sich einen anderen, stecken ihm eine Waffe zu. Wer sagt, dass es kein Drogenverkäufer war? Der Tote redet nicht mehr", erklärt der Ex-Drogenverkäufer Lion. Und fast jedes Polizeibataillon hat einen Massenmörder. In dem Favelakomplex Manguinhos heißt er Robson. Dieser Polizist, sagen die BewohnerInnen, kann die Favela nicht betreten, ohne zu töten.

Vor vier bis fünf Jahren tauchte er das erste Mal auf. Als ihm für kurze Zeit von seinem Vorgesetzten verboten wurde, Manguinhos zu betreten, verlegte Robson sich auf eine andere Strategie. Er betrat die Favela nur noch mit schwarzer Maske und in ziviler Kleidung. Häufig zog er selbst durch die Gassen, manchmal blieb er aber auch im Polizeiauto sitzen, während er seine Kollegen losschickte. Alle glauben, dass Robson einen Informanten hat, der selber im Drogenhandel arbeitet. In den letzten Jahren wurden einige Menschen, die als Informanten verdächtigt wurden, von den Drogenverkäufern getötet. Dass Robson jedoch unvermindert weiter agieren konnte, lässt vermuten, dass sie nicht den Richtigen getroffen hatten.

Bis vor zwei Jahren existierte in der Millionenmetropole keine einzige Organisation, die sich der Probleme der Opfer polizeilicher Übergriffe annahm. Die Familienangehörigen der Ermordeten sahen sich meist allein einem staatlichen Apparat gegenüber, den sie nicht verstanden und der ihre Rechte mit Füßen trat. Anders als bei der vorwiegend weißen Mittelschicht, bei der jeder Tote durch die Polizei eine sofortige Diskussion über Menschenrechte und Polizeikorruption in Gang setzt, wird bei ermordeten Favelados unhinterfragt die offizielle Polizeiversion übernommen: Todesfälle im Schusswechsel mit Drogenbanden.

Die Massivität der Übergriffe veranlasste jedoch einige FavelabewohnerInnen zur Selbsthilfe. Im Jahr 2003 entstand der Zusammenschluss Rede de Comunidades e Movimentos contra a Violencia (Netzwerk der Kommunen und Bewegungen gegen Gewalt). Den Ursprung nahm die Organisation in der Favela Borel. Dort schoss am 16. April 2003 eine Polizeieinheit aus dem Hinterhalt auf eine Gruppe Favelados. Dreien der sechs Verletzten wurde danach der finale Todesschuss direkt in den Kopf gesetzt, einem anderen in das Herz. Ein weiterer Verletzter stellte sich tot und konnte später in ein Haus flüchten.

In diesem Fall fanden die Morde breite Beachtung, unter anderem, weil sich unter den Toten der 19-jährige CarlosMagno, ein Schweizer Staatsbürger, befand. Der Vorfall gelangte bis zur UNO. Daraufhin veränderte sich die Berichterstattung in den Medien. Nachdem zuerst von Drogenhändlern die Rede war, wurden aus den vermeintlichen Banditen das, was die Toten wirklich gewesen waren: Arbeiter und Studenten. Nach einer polizeilichen Untersuchung wurden fünf Polizisten in Gewahrsam genommen. Der Kommandant des Polizeibataillons wurde in einen anderen Distrikt versetzt.

Kampf um Gerechtigkeit

Auf juristischem Weg kamen die Hinterbliebenen bislang selten so weit, aber die Aussicht auf Verurteilung der Straftäter und auf staatliche Wiedergutmachung bleibt dennoch gering. Die Augenzeugen der Polizeimorde aus den Favelas erklären sich aus Angst vor Repression kaum dazu bereit, ihre Aussagen vor Gericht zu bestätigen, der Zeugenschutz funktioniert nicht. Auch im Fall Borel beobachteten zahlreiche BewohnerInnen, hinter den Vorhängen ihrer Fenster versteckt, die Exekutionen und konnten eine sehr detailgenaue Beschreibung der Vorgänge liefern. Aber nur ein einziger Augenzeuge ließ sich auf eine Aussage vor Gericht ein. Am Tag des Verfahrens verlor er jedoch in weiten Teilen sein "Erinnerungsvermögen".

Die Gerichtsprozesse gewähren noch einen weiteren interessanten Einblick. Bekanntermaßen existieren Vereinigungen von Unternehmens- und Polizeiorganisationen, die sich - nicht nur ökonomisch - gegenseitig unterstützen. Obwohl die angeklagten Polizisten aus Borel zu den unteren Diensträngen gehören, wurden sie von einem der teuersten Anwälte Brasiliens, Cloves Sayone, vertreten. Seine Anwaltskanzlei lässt sich nur in US-Dollar bezahlen, und in den meisten Fällen erscheinen lediglich seine Angestellten vor Gericht. Des Falles Borel nahm sich Sayone jedoch persönlich an. Zwei der angeklagten Polizisten wurden in separaten Verfahren freigesprochen. Die Favelados können sich hingegen überhaupt keinen Anwalt leisten. Sie müssen sich mit den AnwaltsvertreterInnen der staatlichen Einrichtungen begnügen, die meist hoffnungslos überarbeitet sind. Der Weg für eine gerichtliche Genugtuung und staatliche Wiedergutmachung bleibt den Angehörigen meist versperrt.

Auf Grund ihrer starken Traumatisierung können viele nur mit extrem suchterzeugenden Medikamenten überleben.Das betrifft vor allem die Mütter. Die meisten verlieren ihre Arbeitsstellen. "60% der Ehepaare trennen sich nach dem gewalttätigen Verlust eines ihrer Kinder", ermittelte die Psychologin Regina Celia Rocha da Meia, deren Sohn mit einer Favelabewohnerin verheiratet war und der ebenfalls 1995 von der Polizei in der Favela Salguera ermordet wurde.

Im Rede de Comunidades e Movimentos contra a Violencia erhalten die Hinterbliebenen nun zum ersten Mal eine Stimme. Der Austausch mit anderen Betroffenen und Gruppen und die gemeinsame Organisierung hilft ihnen, ihren Schmerz zu verarbeiten. Sie wissen, dass sie vom Staat nichts erwarten können und dass sie sich ihre Rechte erkämpfen müssen. Darum setzen sie ihre Hoffnung in eine zivilgesellschaftliche Basisorganisierung. Im Netzwerk mischen sich kulturelle und politische Gruppen - nicht nur aus den Favelas.

Nach zweijährigem Kontakt von uns, den Filmemacherinnen Susanne Dzeik und Kirsten Wagenschein vom Berliner Filmkollektiv AK KRAAK, zu Marcio Jeronimo, Koordinator der Filmgruppe aTreVer! (Trau Dich!) im Favelakomplex Manguinhos, entstand die Idee, eine Dokumentation über die Polizeigewalt zu produzieren. Mit der Gründung des Rede de Comunidades e Grupos contra a Violencia nahm das Projekt konkretere Formen

an. Marcio begleitete aktiv die Arbeit des Netzwerkes und bereitete die Dreharbeiten im Jahr 2004 vor. Auch Augusto Pereira, Mitglied des Kommunefernsehens TV Tagarela aus der Favela Rocinha unterstützte das Projekt.

Wir begleiteten die Versammlungen und Vorbereitungen zur Demonstration gegen Polizeigewalt im April 2004. Unsere ersten Rohschnitte präsentierten wir dem Netzwerk und stellten sie zur Diskussion. Das Feedback und die Kritik von diesen Treffen wurde wiederum in den Film eingearbeitet. So entstand eine knapp einstündige Dokumentation über Polizeigewalt aus der Perspektive der Favelados, der Hinterbliebenen und anderer kulturarbeitenden bzw. sozialpolitischen UnterstützerInnen.

Die Realisierung des Films war durch den kriegsartigen Zustand in den Favelas bestimmt. Die ständige Bedrohung durch die Staatsgewalt zeigt sich zum Beispiel in den alltäglichen Patrouillen der Polizei. Aus den geöffneten Fenstern ihrer Autos visieren sie mit Maschinengewehren die Häuser und Zugänge der Favelas an, während sie im Schritttempo vorbeifahren. Wir fanden niemanden, der seine Wohnung für Filmaufnahmen zur Verfügung stellte. Vorsicht gehört zur Überlebensstrategie in den Favelas. (3)

Den Film konnten wir in Brasilien im Januar 2005 das erste Mal auf dem Weltsozialforum in Porto Alegre präsentieren. Es folgten Vorführungen im Februar 2005 in sieben Favelas. Bei jeder Filmvorführung sprachen die Angehörigen zum Schluss über ihr eigenes Schicksal und über die politische Arbeit des Netzwerkes.

Das Filmprojekt "Entre muros e favelas"

Der überwiegende Teil der brasilianischen Gesellschaft kennt die Realität der Favelas nur aus den Medien und reproduziert dementsprechend sämtliche Stereotypen. Insofern erhielten die Vorführungen unseres Filmes an den Universitäten und an anderen Orten außerhalb der Favelas eine besondere Bedeutung. Sie boten Gelegenheit, über Vorurteile ins Gespräch zu kommen und andere Lebensrealitäten zumindest ansatzweise in das Bewusstsein vordringen zu lassen. Auch in den USA und in der Schweiz organisieren AktivistInnen zahlreichen Filmveranstaltungen. Der Film wurde so zu einem der wirksamsten Instrumente des Netzwerkes, um Zugang zu einer breiteren Öffentlichkeit zu finden. Inzwischen wird er auch auf Filmfestivals und in einem brasilianischen Internetfernsehprogramm in Japan ausgestrahlt. Der Gewinn des Verkaufs kommt direkt der Arbeit des Netzwerkes zu Gute.

Susanne Dzeik/Kirsten Wagenschein

Anmerkungen:

1) Die Dunkelziffer liegt noch weit höher. Viele Leichen verschwinden spurlos und werden nicht mitgezählt. Die Verschwundenen werden meistens in den Fluss oder Wald geworfen oder auf klandestinen Friedhöfen vergraben.

2) Das Gehalt eines normalen Polizisten liegt bei 800 Real (235 EUR). Ein festgenommener Drogenverkäufer muss für seine Freilassung mit Waffen oder Geld bezahlen. Das Lösegeld beträgt häufig um die 20.000 Real (ca. 5.882 EUR).

3) Einige Aufnahmen, die wir aus einem Fenster in der Favela Rocinha von der Festnahme zweier Drogenhändler machen konnten, mussten für die spätere Filmvorführung vor Ort wieder herausgeschnitten werden. Die Mitveranstalter der Vorführung hatten Angst, dass etwaige bei der Filmveranstaltung anwesende Polizisten oder Informanten den Ort, von dem aus gefilmt wurde, erkennen könnten.

Der Film ist vom 1. - 3.11.05, 18 Uhr, in Berlin im Kino Lichtblick, Kastanienallee 77, zu sehen.

4. Klassen-Gewitter. Nachrichten für Drinnen und Draußen

Rubrik: Sozialpolitik; Kapitalpolitik, Firmen; Arbeiterbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak499/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:499:25

Fehlschlag SMS-Fahndung

Als letzte von anfangs zwölf Dienststellen verzichtet das Bochumer Polizeipräsidium auf den weiteren Einsatz der SMS-Fahndung. Das Pilotprojekt war vom Bundeskriminalamt Ende 2002 ins Leben gerufen worden. Ziel: Das Instrumentarium der so genannten Öffentlichkeitsfahndung wie beispielsweise das Verteilen von Flugblättern sollte durch den Einsatz von SMS ergänzt werden. Zielgruppe: Vor allem Taxi- und Busfahrer oder Mitarbeiter von Ordnungsämter. Am Bochumer Projekt wirkten über 700 BürgerInnen mit. Allerdings verhalfen deren Hinweise nicht ein einziges Mal dazu, einen Fall aufzuklären. Daher stand das Projekt nach gut zehn Monaten bereits Ende 2004 vor dem Aus. Doch ganz wollen sich die Ermittlungsbehörden noch nicht geschlagen geben: So träumt man dort bereits von integrierten Fahndungsportalen, die sowohl per Internet-Zugang als auch über Mobilfunk-Dienste wie SMS oder MMS zu erreichen sind.

Deutschland Vorreiter bei Biometrie-Pass

In Deutschland wird zum 1. November ein neuer Reisepass (ePass) eingeführt, der erstmals das Bild des Passinhabers in elektronischer Form enthält. Diese Information wird auf einem Funk-Mikrochip (RFID) gespeichert. Ab dem Jahr 2007 wird zusätzlich der elektronische Fingerabdruck aufgenommen. Zwar ist nach einer Studie des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) die neue Technologie weder praxistauglich noch ausgereift, nichtsdestotrotz werden in den nächsten Jahren alle deutschen Passinhaber auf den Meldeämtern einer Prozedur unterzogen, die einer erkennungsdienstlichen Behandlung gleicht. Ein Bild ihres Gesichtes und ihrer Fingerabdrücke werden aufgezeichnet. Durch die Einführung des neuen Reisepasses eröffnen sich neue Formen der Überwachung: Die im ePass gespeicherten Daten können an internationalen Grenzen ausgelesen und in Datenbanken gespeichert werden. Niemand weiß, wer Zugriff darauf hat und was mit den sensiblen biometrischen Daten weiter passiert. Biometrische Verfahren und die eingesetzten Funkchips bieten mannigfaltige Möglichkeiten zur Überwachung und wecken die Begehrlichkeiten von Geheimdiensten, Ermittlungsbehörden, aber auch kommerziellen Unternehmen. Um Ausweisdokumente fälschungssicherer zu machen, wäre die Speicherung neuer personenbezogener Daten jedenfalls nicht nötig. Doch der ePass ist erst der Anfang. Der nächste Schritt ist der biometrische Personalausweis. Die gute Nachricht zum Schluss: Auch wenn der Chip nicht mehr funktioniert, bleibt der Reisepass gültig.

anti atom aktuell: Durchsuchung rechtswidrig

Gegen den Verrat von staatlichen Geheimnissen müsse sich der Staat zur Wehr setzen, so verteidigt Otto Schily die Durchsuchung der Redaktionsräume des Magazins Cicero und der Privatwohnung des Cicero-Autors Bruno Schirra. Der Vorwurf: Schirra soll Beihilfe zur Weitergabe geheimer Unterlagen geleistet haben. In einem Artikel über den jordanischen Terroristen Abu Mussab al Zarqawi hatte er aus geheimen Unterlagen des Bundeskriminalamts (BKA) zitiert. Die Polizei hatte daraufhin im September Redaktionsräume der Potsdamer Zeitschrift und Schirras Wohnung durchsucht. Der Fall hat eine heftige Diskussion um den Stellenwert der Pressefreiheit und die zunehmende Missachtung demokratischer Grundrechte durch die Regierenden ausgelöst. Leicht unterzugehen droht dabei, dass es in den letzten Monaten zahlreiche staatliche Angriffe auf Presseorgane oder JournalistInnen gab: So etwa der Lauschangriff auf einen Dresdener Lokaljournalisten, das Verbot der türkischsprachigen Europaausgabe von Özgür Politika, die Hausdurchsuchungen bei den BetreiberInnen von Labournet Germany oder die Durchsuchung bei der anti atom aktuell. Neben Einschüchterung, offener Unterdrückung missliebiger Meinungen geht es dabei nicht zuletzt um die Erschließung des Informanten- und Kontaktnetzes von JournalistInnen. Im Fall der anti atom aktuell hat nun das Landgericht Lüneburg immerhin die Durchsuchung der Redaktion und von Privaträumen von Redakteuren der Zeitschrift als rechtswidrig gewertet. "Das Amtsgericht Dannenberg hat zu Unrecht gegen die Beschuldigten Durchsuchungsbeschlüsse erlassen", so die 6. Strafkammer des Landgerichts Lüneburg, selbst "Anhaltspunkte, die einen Anfangsverdacht rechtfertigen, sind nicht ersichtlich." Im August waren

Wohnungen und die Redaktionsräume der Bewegungszeitschrift von einem Großaufgebot der Polizei durchsucht und Computer und zahlreiche Unterlagen beschlagnahmt worden. In seiner Begründung weist die Kammer auf die besondere Schwere hin, mit der durch eine Hausdurchsuchung in Grundrechte eingegriffen wird. Die Deutschen Journalisten-Union (dju) warnt ausdrücklich davor, den Vorgang wegen des geringen publizistischen Marktgewichts des betroffenen Presseorgans zu unterschätzen. "Die Pressefreiheit existiert entweder ungeteilt oder sie existiert nicht", mahnt Manfred Protzner, Sprecher der dju. "Wer Rechte der anderen nicht verteidigt, setzt die eigenen aufs Spiel."

Internet-Telefonie - die Freiheit nehmen sie dir

Laut dem Onlinemagazin CNet News.com finanziert die US-Regierung ein Projekt an der George Mason University, das die Nachverfolgung von Daten, insbesondere von VoIP-Gesprächen im Internet ermöglichen soll. Mehr als 300.000 US-Dollar hat sich das FBI das neue Tool im Monat August kosten lassen. Die Software soll die Ermittlungsbehörden in die Lage versetzen, VoIP-Gespräche von Zielpersonen bis zum Empfänger nachzuverfolgen. Ein Prototyp wurde bereits erfolgreich mit Skype getestet. Geplant ist zudem, in die Datenpakete eine einmalige, nicht auffindbare Signatur einzubetten, um die Pakete an ihrem Ziel identifizieren zu können, falls die Internetnutzer einen Proxy-Service nutzen, wie beispielsweise Anonymizer.com, um Ihre Identität unkenntlich zu machen. Damit wird dann wohl auch die neue Technik VoIP für die US-Ermittlungsbehörden endgültig ihren Schrecken verloren haben und die NSF (National Security Foundation) ihren Wunsch nach der "kritischen aber zurzeit fehlenden Fähigkeit im Kampf gegen Kriminalität und Terrorismus" erfüllt sehen.

5. Büttel der Exekutive. Prozess gegen die Aachener 4 endete mit hohen Haftstrafen - Interview mit Rechtsanwalt Martin Poell

Autor: Interview: mb. · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak499/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:499:19

Nach sechs Monaten ging in Aachen der Prozess u.a. wegen fünffacher Geiselnahme gegen Anarchisten aus Spanien und Belgien zu Ende, die am 28. Juni 2004 nach einem Schusswechsel mit der Polizei in Aachen verhaftet worden waren. (vgl. ak 490) Wir sprachen mit dem Berliner Rechtsanwalt Martin Poell über den Prozess und die Urteile.

ak: Am 28. September wurden Jose Fernandez Delgado zu 14 Jahren und Gabriel Pombo da Silva zu 13 Jahren verurteilt. Bart de Geeter erhielt drei Jahre und sechs Monate und Begoña Pombo da Silva zehn Monate auf drei Jahre Bewährung. Hat Sie das Urteil überrascht?

Martin Poell: Nach dem Gang der Hauptverhandlung kann hier nicht von einer Überraschung gesprochen werden. Es war seit längerem klar, dass das Gericht zu hohen Strafen verurteilen wird. Wenn man bedenkt, dass die Geiselnahme recht kurz war, ca. 20 Minuten, und die Geiseln wieder freigelassen wurden, fragt man sich, wie man dieses Urteil im Verhältnis zu anderen Geiselnahmen als angemessen werten soll. Das Gericht ist fast an die Höchstgrenze des Strafmaßes gegangen. Ich bewerte dies als eindeutigen Strafzuschlag dafür, dass die Angeklagten sich vor Gericht nicht devot und obrigkeitshörig verhalten haben. Die Verurteilung von Bart erfolgte zudem, ohne dass ihm irgendeine Tatbeteiligung nachgewiesen worden ist. Er wurde verurteilt, weil er mit den falschen Leuten unterwegs war. Dies lässt sich treffend mit dem Begriff der Klassenjustiz bezeichnen.

Wird die Urteilsbegründung den besonderen Umständen dieses Verfahrens gerecht?

Die Urteilsbegründung war ein Spiegel des Verfahrens, also eine Farce. In den Plädoyers der Verteidigung wurde die Staatsanwaltschaft für ihr Agieren in diesem Verfahren scharf angegriffen. Dies bezog das Gericht in der Urteilsbegründung in vollem Umfang auf sich. Das Gericht hat sich also - mit Sicherheit unbewusst - derartig mit der Staatsanwaltschaft identifiziert, dass es diese Vorwürfe auf sich projizierte. Ein solches Gericht kann nicht als unabhängig bezeichnet werden. Insoweit ist dem Vorwurf, dass nicht nach der Straf- sondern der Schauprozessordnung verhandelt wurde, nur zuzustimmen.

Wie man der Begründung entnehmen konnte, hat das Gericht das Verhalten der Zuschauer den Angeklagten angelastet. Dabei waren den Angeklagten der größte Teil der Anwesenden völlig unbekannt und sie haben diese zu nichts aufgefordert. Bemerkenswert ist auch, dass das Gericht ausdrücklich Dinge zum Nachteil der Angeklagten gewertet hatte, die nicht Gegenstand der Hauptverhandlung waren. Es gab also nie die Möglichkeit, sich gegen diese Vorwürfe zu verteidigen.

In welcher Atmosphäre hat der Prozess stattgefunden?

Von Anfang an herrschte eine angespannte Atmosphäre im Gerichtssaal. Dies begann schon mit den menschenunwürdigen Transportbedingungen von der JVA zum Gericht. Die Angeklagten wurden an Händen und Füssen gefesselt und noch zusätzlich mit einem Leibgurt gesichert. Ihnen wurden Säcke über den Kopf gestülpt und die Gehörgänge mit Ohrstöpseln verschlossen. Sie mussten sich pro Transport mehrfach nackt entkleiden, um immer wieder körperlich durchsucht zu werden. Hiergegen richtete sich der Protest meines Mandanten, der nur noch mit einer Unterhose bekleidet zur Verhandlung erschien. Diese ihm einzig möglich Protestform gegen die regelmäßige Demütigung der Entkleidung war mehrfach Ziel heftiger Attacken der Staatsanwaltschaft.

Auch die Zuschauer wurden von Beginn an in verschiedene Gruppen selektiert und peinlichen Leibesvisitationen unterzogen, was darin gipfelte, dass sich die Mutter meines Mandanten teilweise entkleiden musste. Personaldaten der Zuschauer wurden an die Polizei weitergegeben, dort überprüft und wohl auch gespeichert. Im Gerichtssaal selber waren bewaffnete Polizisten, vor dem Gericht patrouillierten Beamte mit Maschinenpistolen. Zusammenfassend muss gesagt werden, dass das Gericht vom ersten Prozesstag an

bemüht war, die Atmosphäre eines Hochsicherheitstraktes zu schaffen. Leider haben sich hierdurch tatsächlich viele vom Besuch der Verhandlung abhalten lassen. Unser Dank geht daher an dieser Stelle an all jene, die sich trotz der anhaltenden Demütigungen nicht abhalten ließen, zum Prozess zu erscheinen.

Wie wurden die restriktiven Sicherheitsverfügungen begründet?

Die "Sicherheits"vorkehrungen wurden seitens des Gerichts nicht begründet, sondern lediglich darauf hingewiesen, die Polizei wünsche es so und würde die Angeklagten nicht zum Gericht transportieren, wenn es nicht so laufe, wie sie es wollen. Dem hat das Gericht sich einfach untergeordnet, und sich also auch hier willig zum Büttel der Exekutive degradieren lassen. Dabei hat es zu keiner Zeit einen Vorfall gegeben, der diese Show gerechtfertigt hätte.

Der Vorsitzende Richter Dr. Gerd Nohl räumte in der mündlichen Urteilsbegründung ein, dass Gabriel und Jose nach ihren Erfahrungen in spanischen Knästen, wo sie über zwanzig Jahre z.T. im berüchtigten FIES-Isolationsregime inhaftiert waren, "natürlich" anders reagieren gegenüber Polizei, Gericht und ähnlichen Institutionen. Hat sich diese Haltung des Sitzungsvorsitzenden ihrer Meinung nach an irgendeinem Punkt im Verfahren oder im Urteil niedergeschlagen?

Diese Aussage kann ich nur als vorgeschoben bezeichnen, da sie sich im Verfahren und auch im Urteil nicht niedergeschlagen hat. Wir haben Anträge gestellt, um das Thema der Folter in Spanien anhand der Erlebnisse von Gabriel und Jose zu belegen. Dem wurde nicht nachgegangen. Wir haben dargelegt, dass beide durch erlittene Folter traumatisiert sind, und wollten Psychologen hören, die sich mit dieser Problematik auskennen. Auch dies wurde abgelehnt, obwohl die anwesenden Psychologen unisono erklärten, keine speziellen Kenntnisse zu folterbedingter Traumatisierung zu haben.

Warum hat sich das Gericht geweigert, der Haftsituation von Gabriel und Jose in Spanien nachzugehen?

Diese Frage kann letztendlich nur das Gericht beantworten. In jedem normalen Prozess ist es eine Selbstverständlichkeit, die Hintergründe einer Tat und auch der Täter aufzuklären. Dies wollte das Landgericht hier aber nicht. Ich denke, dass das Gericht bewusst die Augen vor Folter in einem EU-Staat verschließen wollte, da es derartiges nicht wahrhaben wollte.

Was war das nun - ein politischer Prozess oder ein Fall von normaler bürgerlicher Justiz mit einer politischen Vorgeschichte?

Dieser Prozess wurde seitens der Staatsanwaltschaft und dem Gericht von Anfang an als politisches Verfahren gegen Anarchisten geführt. Dies begann mit der Beschlagnahme von Post, die mit der Begründung erfolgte, man wolle den politischen Hintergrund der Beschuldigten aufklären, auch wurde der Verkehr zwischen Bart und seinem Verteidiger mehrfach behindert. Zudem zeigte die Inszenierung im Gerichtssaal deutlich die politische Ausrichtung seitens des Gerichts. Dabei wurde von den Angeklagten nie behauptet, dass es sich bei dieser Geiselnahme um eine politische Aktion gehandelt habe. Sie haben selber immer betont, sich falsch verhalten zu haben, und sie haben betont, das, was geschehen ist, sei politisch indiskutabel. Natürlich hat mein Mandant seine politische Einstellung, natürlich diskutiert er diese und ist auch bereit, sich mit allen Interessierten auseinander zu setzen. Uns war jedoch immer klar, dass ein Gericht kein akzeptabler Diskussionspartner ist.

Interview: mb.

6. Ein schönes Ergebnis Bundestagswahl 2005: Der "Souverän" durchkreuzt alle Pläne

Autor: mb. · Rubrik: Wahlen; CDU/CSU; SPD · CD-Datei: daten/aksuche/ak499/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:499:37

Knapp daneben, ist auch vorbei - aber immerhin lagen wir mit unseren (Vor-)Kommentaren zur Bundestagswahl 2005 (vgl. ak 498) teilweise richtig. Okay, das war nicht schwer, hatten wir doch beide denkbaren Eventualitäten in Betracht gezogen. Dass wir eine CDU/CSU-FDP-Koalition ebenfalls im Bereich des Möglichen sahen, zeigt nur, dass uns in dieser Hinsicht nichts von allen anderen politischen BeobachterInnen - sei es auf der Linken wie der Rechten - unterscheidet. Gleichwohl ist das eingetreten - wenn auch in aller Klarheit erst nach dreiwöchiger Verzögerung - was wir uns in ak 497 gewünscht hatten: dass sich der neoliberale Block auch offiziell zur Großen Koalition zusammenrotten muss.

In dieser ernsten Situation braucht unser Land eine Regierung, die ihre Ziele mit Stetigkeit und mit Nachdruck verfolgen kann. Dabei ist die Bundesregierung auf die Unterstützung durch eine verlässliche, handlungsfähige Mehrheit im Bundestag angewiesen." Mit diesen Sätzen begründete Bundespräsident Horst Köhler am 21. Juli seine Entscheidung, den Bundestag vorzeitig aufzulösen. Die Neuwahlen wurden einerseits angesetzt, um stabile Mehrheiten für die Fortsetzung der neoliberalen Generalrevision der "sozialen Marktwirtschaft" zu erreichen, andererseits, um die Formierung einer Partei links von der Sozialdemokratie zu untergraben. Beide Ziel haben die WählerInnen am 18. September durchkreuzt.

"Eine klare Mehrheit der Deutschen wünscht keine Fortsetzung der rot-grünen Regierung. Eine ebenso klare Mehrheit will nicht, dass Angela Merkel Kanzlerin wird", kommentierte die Süddeutsche Zeitung am 20. September und beschrieb damit trefflich die Situation. Zwar hatte es sich schon vor der Wahl abgezeichnet, dass entgegen früherer Umfrageergebnisse eine schwarz-gelbe Mehrheit unsicher ist, aber dass Union und FDP mit zusammen 45 Prozent die Mehrheit so deutlich verfehlen würde, überraschte dann doch. Dabei wurden die Unionsparteien regelrecht abgestraft. Sie verloren gegenüber der Bundestagwahl 2002 1,8 Mio. Stimmen und fielen damit auf 35,2 Prozent zurück - ihrem drittschlechtesten Ergebnis im Bund überhaupt.

Auch wenn Angela Merkel nun Kanzlerin in einer Großen Koalition wird, kann das nicht darüber hinwegtäuschen, dass die CDU in einer ernsthaften Krise steckt. Die Union hat in zwölf Bundesländern Wahlverluste hinnehmen müssen. Ihrer Pläne - Abschaffung von Kündigungsschutz, Flächentarif und Mitbestimmung, Steuererleichterungen für Reiche und weitere Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme - hat einen Teil ihrer WählerInnen der Union den Rücken kehren lassen. In den Worten der Arbeitsgruppe Wahlen Freiburg: "So versagten erhebliche Teile der vormaligen Unionsanhänger aus der Arbeiterschaft und der unteren Hälfte der sozialen Pyramide diesmal der Union die Gefolgschaft und zogen sich vornehmlich in die Wahlenthaltung zurück." (Frankfurter Rundschau, 22.9.05)

Verloren hat die Union aber auch an die FDP, die um mehr als drei Prozent auf 9,8 Prozent zulegen konnte. Eine Million WählerInnen wechselte von den Unionsparteien zum Neoliberalismus pur - offensichtlich in der Erwartung, so eine große Koalition verhindern und die Union noch stärker auf einem marktliberalen Kurs verpflichten zu können.

Aber nicht nur die Union hat ihre integrative Wirkung als Volkspartei bei dieser Wahl eingebüßt. Auch die SPD hat mit einem Stimmenanteil von 34,2 Prozent das zweitschlechteste Ergebnis seit dem Verbot der KPD 1956 eingefahren. Die höchsten Verluste im Vergleich zu 2002 erfolgten in ihren traditionellen Hochburgen, in der Arbeiterschaft und in Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit. Insgesamt hat die SPD gegenüber der letzten Bundestagswahl rund 2,3 Mio. WählerInnen verloren.

Relativ unentschieden

Dass die SPD ihren Absturz unter die 30-Prozent-Marke verhindern konnte, hat sie Gerhard Schröder und einem Wahlkampf zu verdanken, in dem Opposition gegenüber der eigenen Regierungspolitik von Agenda 2010 und Hartz IV betrieben wurde. "Wie schon 2002 hat der Kanzler mit dem Kunstgriff einer rhetorischen Re-Traditionalisierung der SPD und seiner Politik die spannungsgeladene Atmosphäre eines symbolischen Richtungswahlkampfes zwischen einer auf Gerechtigkeit und soziale Balance ausgerichteten SPD und einer auf soziale Kälte und Gefährdung eben dieser Balance abzielenden, neoliberalen Opposition aus Union und

Liberalen zu erzeugen versucht", so die Arbeitsgruppe Wahlen Freiburg. "Mit dieser Re-Traditionalisierung sollten die für viele SPD-Anhänger befremdlichen und enttäuschenden Assoziationen der sozialdemokratischen Regierungspolitik mit Hartz IV und der Agenda 2010 überspielt werden" (ebd.)

Die SPD-Inszenierung "Wir bauen den Sozialstaat ab, um ihn zu erneuern" und eine damit erhoffte Zuspitzung auf eine Richtungswahl zwischen einem vorgeblich moderaten versus marktradikalen Sozialstaatsabbau sollte diesmal aber nicht mehr aufgehen. Da auch die Grünen rund 300.000 Stimmen verloren und mit 8,1 Prozent kleinste Fraktion im neuen Bundestag werden, ist die "Politik der neuen Mitte" somit nach sieben Jahren endlich an ihren Endpunkt gelangt.

Beide großen "Volksparteien" haben an das Lager der NichtwählerInnen verloren. Die Union 600.000, 370.000 die SPD; insgesamt ist die Zahl der gültigen Stimmen bei dieser Bundestagswahl um 800.000 gesunken. Auch das ein Indiz für den Verlust der Integrationsfähigkeit von CDU/CSU und SPD auf Grund ihrer programmatischen Angleichung. Der Einbruch der Volksparteien geht somit einher mit einer Polarisierung an den Rändern, wofür die Wahlergebnisse von FDP und Linkspartei stehen. Der "Gegensatz zwischen einer wohlfahrtsstaatlichen und einer auf das Marktgeschehen ausgerichteten Politik", so die Arbeitsgruppe Wahlen Freiburg, "wird ... im kommenden Bundestag erstmals nicht durch die Sozialdemokraten und die Union, sondern durch die Linkspartei und die FDP repräsentiert." (ebd.)

Gegen den Strich und unberechenbar

Das Wahlbündnis aus PDS und WASG ist der eigentliche Gewinner dieser Wahl. Die Linkspartei konnte ihre WählerInnenstimmen auf 4,1 Mio. mehr als verdoppeln. Rund eine Mio. SPD-WählerInnen haben dieses Mal ihr Kreuz bei ihr gemacht. Als einzige Partei konnte sie auch aus dem Lager der NichtwählerInnen hinzugewinnen - insgesamt 430.000 Stimmen. Parteichef Lothar Bisky sah bereits am Wahlabend mit dem "besten Ergebnis der Linken in Europa" einen "grundsätzlichen Wandel" in der deutschen Politik erreicht. Das wird sich allerdings noch erweisen müssen.

Neben Zugewinnen in Ostdeutschland ist es der Linkspartei erstmals gelungen, auch im Westen ein relevantes WählerInnenspektrum zu erschließen. Hier hat sie vor allem die Stimmen hinzugewonnen, die die SPD verloren hat. In Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und im Saarland sowie in Hamburg und Bremen konnte das Wahlbündnis klar die Fünf-Prozent-Hürde überwinden, in Schleswig-Holstein und Niedersachsen blieb es unter fünf Prozent, in Baden-Württemberg und Bayern unter vier Prozent. Eine sichere Hausbank für "Die Linke" ist das aber (noch) nicht. Anders als die Grünen hat die Linkspartei das Problem, neben der Verankerung in den östlichen Bundesländern in Westdeutschland über kein eigenes Wählermilieu zu verfügen. Immerhin: "Im Westen ist sie jetzt mehr als eine Sekte, nämlich ein Spaltprodukt der sozialdemokratischen Bewegung. Die könnte sich das, was sie verloren hat, eines Tages wiederholen", gab Georg Fülbert zu bedenken. (Freitag, 23.9.05) Insofern wird viel davon abhängen, wie das Wahlbündnis nach seinem Erfolg am 18. September den Formierungsprozess zu einer neuen "Partei der Linken" gestaltet, ob es Willens und in der Lage ist, eine politische Praxis zu entwickeln, die linke AktivistInnen und ProtestwählerInnen zusammenführt, und ob es bereit ist, seine Programmatik jenseits von traditionell keynesianischen Konzepten zu erweitern.

Angesichts der historischen Einbrüche bei CDU/CSU und SPD bliebt nur die Option einer großen Koalition. Diese dürfte die Erosion des bisherigen bundesdeutschen Parteiensystems verstärken. Gewinner dieser Entwicklung werden zunächst die kleinen Parteien sein. Sollte der Befund der Arbeitsgruppe Wahlen Freiburg zutreffen, mit guten Aussichten für die Linke: "Die zentrale Frage nach dem Ausmaß wohlfahrtsstaatlicher Reformen trennt ... in erster Linie sozial besser von sozial schlechter gestellten Bevölkerungsgruppen. Die aktuelle politische Frontstellung verläuft somit quer durch die traditionellen politischen Lager und insbesondere die beiden Volksparteien. Sie weist zudem - ganz im Gegensatz zu dem derzeit immer wieder bemühten Bild vom ungebundenen, volatilen Wähler - ein beachtliches sozialstrukturelles Fundament auf." (ebd.)

Mit der klaren Abwahl von Rot-Grün und der Verhinderung von Schwarz-Gelb sei eigentlich auch der Neoliberalismus abgewählt worden, heißt es oftmals. Was allerdings noch fehlt, ist ein überzeugender politischer Gegenentwurf, um die neoliberale Hegemonie dauerhaft zu brechen. Christoph Spehr formulierte es einen Tag nach der Wahl so: "Die Wahl ist so ausgegangen, wie es uns geht: relativ unentschieden. Die grundsätzliche Frage, was anstelle des immer grotesker werdenden Neoliberalismus kommen soll, ist weiterhin unbeantwortet. Was die Konservativen eigentlich wollen, wo sie mit dem Land hinwollen, weiß kein

Mensch; sie selber auch nicht. Was die Linke eigentlich will, wo sie mit dem Land hinwill, daran arbeitet sie noch. Grüne und FDP haben es schon seit geraumer Zeit aufgegeben, sich Gedanken um eine Politik für alle zu machen, und beschränken sich auf Klientel- und Ergänzungspolitik. Die SPD als Partei weiß weniger denn je, ob es sie überhaupt gibt." (Neues Deutschland, 19.9.05)

Tschüß Volksparteien

Der 18. September hat insofern lediglich gezeigt, dass es keine stabile Mehrheit für ein neoliberalen Gesellschaftsumbaus, von den Finanzen über den Arbeitsmarkt bis zur gesellschaftlichen und sozialen Infrastruktur gibt. Nach der ersten Großen Koalition von 1966-69 wird es deshalb nun zum zweiten Mal zur Zusammenarbeit zwischen Union und SPD auf Bundesebene kommen - mit Angela Merkel an der Spitze, die freilich erst dann im Bundestag gewählt werden kann, wenn sich die beiden großen Parteien und die CSU (voraussichtlich Mitte November) auf ein Arbeitsprogramm geeinigt haben. Bislang wurden lediglich die ministeriellen Besitzstände geklärt.

Ob die Große Koalition überhaupt eine ganze Legislaturperiode hält, ist fraglich. Denn die widerstreitenden Interessen innerhalb der Koalition werden in dem Maße zu nehmen, in dem die nächste Bundestagswahl näher rückt. Vor allem in der SPD werden die innerparteilichen Spannungen zwischen den Verfechtern des Agenda-Kurses und den Reformskeptikern ihre Wirkung entfalten - nicht zuletzt wegen der links erwachsenen Konkurrenz. Im Falle eines Scheitern der "Koalition der neuen Möglichkeiten" (Merkel) ist eine Parallele zu den 1960er Jahren nicht auszuschließen: Eine sich radikalisierende gesellschaftliche Minderheit, die die Formen außerparlamentarischen Protests für sich nutzt - im besten Falle im Zusammenspiel mit einer linken Fraktion im Bundestag, so diese gewillt ist.

mb.

7. "Volksfront" ohne Wahlvolk? Die extreme Rechte nach der Bundestagswahl

Autor: Jean Cremet · Rubrik: Wahlen; Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak499/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:499:30

"Diese Koalition der Versager wird nicht lange halten. Die NPD rechnet bei dieser Ausgangslage mit einem Einzug in den nächsten Deutschen Bundestag", tönte die NPD unmittelbar nach der erwarteten Einigung auf eine große Koalition zwischen SPD und CDU. Die NPD sieht sich also nach wie vor auf der Siegerstraße. Sie teilt nicht die Analysen jener, die die mit großem Getöse aus der Taufe gehobene "Volksfront von rechts" bereits zu dem Zeitpunkt als gescheitert ansahen, als lediglich davon auszugehen war, dass der Einzug der mühsam geeinten Neonazis in den Bundestag misslingen würde.

Wenn der Erfolg oder Misserfolg des Unternehmens "Volksfront von rechts" tatsächlich am Erreichen des verkündeten Ziels eines Einzugs der NPD und ihrer Partner in den Bundestag gemessen wird, dann wäre die völkische Einheitsfront tatsächlich bereits in einem sehr frühen Stadium gescheitert. Das entsprechende Abkommen zwischen NPD und DVU ist allerdings von Anfang an auf den Zeitraum bis 2009 ausgelegt gewesen. Eine Verlängerung wurde durch Gerhard Frey, unter dem Beifall der NPD, am 12. September beim Wahlkongress der NPD im sächsischen Meltheuer angeboten. Zum damaligen Zeitpunkt mussten selbst die größten OptimistInnen unter den Neonazis von einem deutlichen Verfehlen der 5%-Marke bei der Wahl eine Woche später ausgehen. Trotzdem sahen sie offenbar in der "Volksfront von rechts" ein Zukunftsmodell mit Erfolgsaussichten.

Mit dem Rückenwind, den die Landtagswahlen im September 2004 in Sachsen (Einzug der NPD) und in Brandenburg (Wiedereinzug der DVU) gebracht hatten, profitierend vom galoppierenden Zerfallsprozess der Republikaner (REP) und gestärkt durch die wachsende Unzufriedenheit weiter Teile der Bevölkerung mit dem ideologischen Einheitsbrei der beiden Lager CDU/FDP und Rot-Grün errechnete man sich auf Nazi-Seite gute Chancen, es erstmals auch auf Bundesebene zu einer parlamentarischen Vertretung zu schaffen.

Grundvoraussetzung dafür, so der Ausgangsgedanke der StrategInnen des rechten Lagers, sei eine weitgehende Einigung der bisher zersplitterten Kräfte. Auch in Sachsen und Brandenburg habe erst die gegenseitige Unterstützung von NPD und DVU, statt der bisher üblichen Konkurrenzkandidatur, dazu geführt, dass die Erfolge möglich wurden. Dies trifft mit Einschränkungen zu: In der Tat hatte die Gründung des Nationalen Bündnisses Dresden Modellcharakter. In der sächsischen Landeshauptstadt hatten sich, unter faktischer Führung der NPD, die NPD selbst, die DVU, die örtlichen REPublikaner, die marginale Deutsche Partei sowie Teile des Spektrums der Freien Kameradschaften zusammengefunden. Der Erfolg bei der Kommunalwahl hielt sich mit vier Prozent der Stimmen in Grenzen, bedeutete jedoch den erstmaligen Einzug von NeofaschistInnen in den Stadtrat einer Landeshauptstadt in den neuen Bundesländern. Da für die extreme Rechte die Großstädte im Osten im Vergleich zu den ländlichen Gebieten Ostdeutschlands als schwieriges Terrain gelten, wurde das Ergebnis entsprechend gefeiert.

Wieder einmal bestätigte sich, dass Erfolg die Voraussetzung für Erfolg ist. Und die rechte Sehnsucht nach Einheit ist wohl eine der grundlegendsten Triebkräfte dieses Lagers überhaupt. Bestehen durch die erreichte oder angestrebte Einheit Erfolgsaussichten, sind die jeweiligen Akteure häufig bereit, inhaltliche Differenzen selbst schwerwiegender Art zurückzustellen. Einerseits nahm die NPD als Signal an die Freien Kameradschaften führende Vertreter aus deren Reihen auf, den berüchtigten Thorsten Heise beim Parteitag im thüringischen Leinefelde Ende 2004 gar in den Parteivorstand, andererseits verkündete DVU-Chef Gerhard Frey beim gleichen Parteitag: "Wir müssen größtmöglichen Abstand zum Nazismus und Neonazismus halten. Wir haben damit nichts zu tun."

Bruchstellen und Reibungspunkte waren also bereits damals ebenso absehbar wie die Tatsache, dass es wohl am schwierigsten sein würde, die Neonazis der Freien Kameradschaften bei der Stange zu halten. Wegen der anhaltenden personellen Schwäche der NPD war und ist jedoch genau das unabdingbar. Übertritte in größerer Zahl blieben - bis auf einige prominente Ausnahmen - aus. Stattdessen erklärten zum Beispiel "Freie Kräfte" aus Sachsen-Anhalt, die NPD sei "nicht volksfronttauglich" und könne in diesem Bundesland "als gescheitert angesehen werden". Man habe "über diese Situation rege diskutiert", verzichte aber, "um aber nicht noch mehr

Ärger in die Bewegung zu tragen und der Presse keine weitere Munition zu liefern", auf die Darstellung interner Einzelheiten. Es ist davon auszugehen, dass auch finanzielle Forderungen der Kameradschaften an die NPD eine nicht unerhebliche Rolle gespielt haben. Im Landtagswahlkampf in NRW wurden genau diese Differenzen dann auch offen ausgesprochen.

Die rechte Sehnsucht nach Einheit

Doch diese bereits im Vorfeld bekannten Differenzen hätten wohl mit einiger Anstrengung überwunden werden können, wenn es gelungen wäre, den Schwung vom Herbst 2004 mittels neuer (relativer) Erfolge bis zur Bundestagswahl 2006 zu retten. Die Ansetzung von Neuwahlen für den 18. September 2005 machte diese Hoffnung zunichte. Selbst den größten OptimistInnen im Lager der NPD war klar, dass die planmäßigen Urnengänge des Jahres 2005 in Schleswig-Holstein und in NRW nicht geeignet sein würden, auch nur Achtungserfolge zu erzielen. Zu schwach war und ist die personelle Basis in beiden Bundesländern. Der für seine Dauerquerelen in der Führung bekannte Landesverband Schleswig-Holstein befindet sich gerade wieder einmal in einer Wiederaufbauphase, der in NRW ist mit knapp 500 Mitgliedern im größten Bundesland noch nicht einmal annähernd zu flächendeckender Arbeit in der Lage. Entsprechend sahen die Ergebnisse aus, die selbst der notorisch optimistische Parteivorsitzende Udo Voigt nicht mehr schönreden konnte. In NRW wurde gar die Marke zur Erstattung der Wahlkampfkosten verfehlt.

Ungewollt leistete Gerhard Schröder seinen Beitrag zur antifaschistischen Arbeit. Seine Ankündigung von Bundestagswahlen nach dem Desaster der SPD in NRW im Mai 2005 brachte den sorgfältig abgestimmten Zeitplan der Neonazis durcheinander. Statt auf einen von Wahl zu Wahl steigenden Stimmenanteil verweisen zu können und auf dieser Basis die Ausgangslage für die Bundestagswahl zu verbessern, trat der umgekehrte Effekt ein. Die Medien berichteten fast ausschließlich über die Streitereien im Lager der extremen Rechten, über deren Skandale und Misserfolge. Und so wie Erfolg neuen Erfolg produziert, steht Misserfolg oft am Anfang einer Reihe weiterer Pleiten.

Von Tag zu Tag sanken die Chancen auf einen Einzug in den Bundestag. JournalistInnen, WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen erklärten das Projekt "Volksfront von rechts" zu einem Zeitpunkt für gescheitert, als es in den Augen der Neonazis noch gar nicht richtig gestartet war. Selbst die von NPD-Bundeswahlkampfleiter Peter Marx umgehend nach unten korrigierten Wahlziele von zwei bis drei Prozent wurden mehrheitlich als illusorisch abgetan. Die NPD-Ankündigung, stattdessen über drei Direktmandate in den Bundestag einziehen zu wollen, besaß bestenfalls noch Kuriositätenwert. Spötter sprachen bereits von einer "Volksfront ohne Volk", die zu erwarten sei.

Die Wahlen sind vorbei und - wie so oft - schert sich kaum noch jemand um das eigene Geschwätz von gestern. 1,6 Prozent der gültigen Stimmen hat die NPD auf Bundesebene erhalten. Das ist weniger als das von Peter Marx verkündete Minimum. Doch bei der NPD mag sich kaum Trauer einstellen. So erklärte der zum persönlichen Referenten des Parteivorsitzenden avancierte Neonazi Thomas Wulff umgehend: "Die Kriegskasse kann nun gefüllt werden" Mit dem Ergebnis auf Bundesebene könne man angesichts der widrigen Umstände zufrieden sein und "mit 3,5% auf Landesebene ist meine Zielsetzung sogar noch übertroffen worden. Der Einzug in den Landtag in Schwerin ist greifbar nahe gerückt." Eine Erwartung, die abgemildert wenig später sogar der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz äußerte.

Das Resultat der NPD bedeutet zunächst, dass es dieser Partei gelungen ist, ihr Ergebnis gegenüber den Bundestagswahlen 2002 zu vervierfachen. Für die NPD ist dabei sicher weniger wichtig, dass es sich um ihr bestes Ergebnis bei einer Bundestagswahl seit 1969 handelt. Schwerer wiegt, dass nunmehr mit einer runden Million Euro Wahlkampfkostenerstattung zu rechnen ist, die "Kriegskasse" also tatsächlich prall gefüllt wird. Den Kurs der Parteiführung wird dies deutlich stärken, denn Finanzmittel schaffen die Möglichkeit, bezahlter Jobs einzurichten. Und diese Stellen werden erfahrungsgemäß mit Leuten besetzt, deren wichtigstes Kriterium nicht die Qualifikation ist, sondern die Willfährigkeit gegenüber den Weisungen der Parteiführung.

NPD konzentriert sich auf Thüringen

Die NPD habe sich als "Ostpartei" etabliert, urteilt die Berliner Zeitung. Sie liegt damit nicht falsch. 4,8 Prozent in der regionalen Hochburg Sachsen geben der Einschätzung Recht, dass der Erfolg bei der Landtagswahl 2004 nur zum geringeren Teil auf "Protestwähler" zurückzuführen sei. Inzwischen hat die Partei einen stabilen Sockel an StammwählerInnen gewonnen, ein Potenzial, das außerhalb der Großstädte bei deutlich über fünf

Prozent liegt. In den ländlichen Regionen sind Hochburgen selbst dort auszumachen, wo die NPD organisatorisch nicht oder nur schwach vertreten ist. Berücksichtigt man zudem den Umstand, dass die Wahlbeteiligung deutlich höher lag als vor einem Jahr, kann man bereits heute die Prognose wagen, dass die Chancen für einen Wiedereinzug der NPD in den sächsischen Landtag nicht schlecht stehen.

Auch in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen lag der NPD-Anteil über drei Prozent. In Sachsen-Anhalt, wo die DVU laut Absprache zur Landtagswahl antreten wird, berechtigt das Wahlergebnis die extreme Rechte zu der Hoffnung, dass sich auch hier demnächst wieder eine Landtagsfraktion etablieren könnte - dies bei einem entsprechenden, der DVU möglichen finanziellen Einsatz. Besonders wichtig für das mittelfristige Ziel eines Einzugs in den Bundestag ist das Ergebnis in Thüringen. Der Anstieg dort von 0,9 Prozent auf immerhin 3,7 Prozent bestätigt einen Trend, den ExpertInnen in diesem Bundesland seit langem festgestellt haben: Die NPD baut ihren Einfluss stetig aus und hat inzwischen die Szene der Freien Kameradschaften fest an sich gebunden. Durch stetige Präsenz bei Aufmärschen und Großveranstaltungen erlangt sie zunehmende Aufmerksamkeit. Vieles spricht dafür, dass die NPD ihre Mittel und personellen Ressourcen jetzt auf dieses Bundesland konzentriert wird. Denn Thüringen wählt turnusgemäß wenige Monate vor der nächsten Bundestagswahl einen neuen Landtag. Gleichzeitig finden die Europawahlen und die Kommunalwahlen in Sachsen statt. Werden bei diesen drei Urnengängen Resultate erzielt, die mehr als Achtungserfolge darstellen, wird die NPD den nötigen Rückenwind bekommen, der ihr bei der Bundestagswahl ein Ergebnis bescheren kann, das dann wirklich erschreckend ist.

Die "Volksfront von rechts" ist also keineswegs tot. Sie hat einen Rückschlag erlitten, der allerdings nicht verhindert, dass das eigentliche Ziel - die dauerhafte Etablierung als politischer Faktor auf Bundesebene - noch erreicht werden kann. An dieser Einschätzung ändert übrigens auch der Umstand nichts, dass die Medienmeldungen über die NPD in den nächsten Monaten von personellen Querelen und Richtungsstreitigkeiten geprägt sein werden. Die Zeit ist (relativ) lang bis zu den nächsten Wahlen; eine gute Gelegenheit, alte Rechnungen zu begleichen. Der Parteivorstand hat bereits damit angefangen, indem er den ewigen Widersacher Udo Voigts, Günter Deckert, als Landesvorsitzenden von Baden-Württemberg amtsenthoben hat. Gegner des Vorstandes wiederum versuchen, diesen durch Demontage des stellvertretenden Parteivorsitzen Peter Marx zu schwächen. Marx soll, so die Behauptung, mit dem Verfassungsschutz zusammengearbeitet haben. Ein tödlicher Verdacht in diesen Kreisen. Diese Auseinandersetzungen aber werden spätestens dann ein Ende haben, wenn die nächsten für die NPD wichtigen Wahlen auf der Tagesordnung stehen.

Eines aber hat die NPD mit der "Volksfront von rechts" bereits jetzt erreicht: Die REPs unter ihrem ebenso glück- wie farblosen Vorsitzenden Rolf Schlierer sind als politischer Faktor und als Konkurrent im Lager der extremen Rechten faktisch ausgeschaltet. Symptomatisch für deren Zustand: Während des Wahlkampfes trat ein sächsischer Bundestagskandidat der REPs zur NPD über. Einen Vorteil hat die Entwicklung. Man wird sich konzentrieren können. Auf die NPD.

Jean Cremet

8. Die Linke nach den Wahlen. Der Wahlausgang signalisiert wesentliche Änderung der politischen Verhältnisse

Autor: Thies Gleiss · Rubrik: Wahlen; Deutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak499/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:499:15

Die Bundestagswahlen vom 18. September sind eine Zwischenetappe in einem Prozess, der zu einer Neubestimmung des politischen Koordinatensystems des kapitalistischen Deutschlands führen kann. Der politische Diskurs wird zum ersten Mal seit 25 Jahren wieder von einer linken Kraft geprägt, der es mit nur wenigen Strichen gelungen ist, einen Entwurf für eine andere Politik zu präsentieren, mit dem die aufwendig inszenierte PR-Show unter dem Titel "There is no alternative - basta" der Gegenseite erstaunlich mühelos entlarvt werden konnte.

Für das zahlenmäßige Ergebnis des Urnengangs ist den WählerInnen nur zu danken. Die WählerInnen wussten eine gute Antwort auf das Problem, wie eine Minderheit in der Gesellschaft die politische Vertretung der Mehrheit verjagen kann, wenn als einzige parlamentarische Alternative eine schlimmere Variante der Mehrheitsvertretung zur Auswahl steht: Rot-Grün abwählen, Schwarz-Gelb demütigen, und der linken Minderheit den Rücken stärken. Besser ging's nicht.

Damit haben wir ein Ergebnis, das die politischen Kräfteverhältnisse zwar so dokumentiert, wie sie schon vor den Wahlen bekannt waren, das aber gleichzeitig ein interessantes neues, dynamisches Element kreiert hat. Neunzig Prozent der Wählerschaft stehen ungebrochen hinter den Großparteien und ihrer "neoliberalen" Politik der Umverteilung von unten nach oben - und doch ist die herrschende Klasse schwer verunsichert. Ihre jahrelange und mit vielen Millionen Steuergeldern subventionierte Inszenierung eines Theaterstücks mit vier verteilten Rollen - die alle das gleiche sagen - ist ihnen verbaut, und ein frecher linker Aufpasser ist zusätzlich eingestellt worden, damit sich die Inszenierung auch nicht so schnell wiederholt.

Schon am Wahlabend war klar, dass nur der Wechsel von der faktischen zur formalen Großen Koalition ein Weiterregieren sicherstellen konnte. Aber die formale Große Koalition ist bei ihren Betreibern nicht beliebt, weil sie tatsächliche Meinungsverschiedenheiten weniger in einem Ausgleichsverfahren als nach dem Motto "Alle-Seiten-gleichermaßen-Bedienen" löst, wobei letzteres bei den heutigen Spargeboten schlicht zu teuer ist. Die Große Koalition ist zudem bei BetreiberInnen und ZuschauerInnen nicht beliebt, weil sie das Ganze immer als ein großes abgekartetes Politikkartell präsentiert, die ideologische Aufbereitung durch den bürgerlichen Parlamentarismus also konterkariert wird.

Die neue Regierung aus CDU/CSU und SPD wird politisch sehr schwach sein. Die zentralen bürgerlichen Aufgaben - Sanierung des Staatshaushalts, Fortsetzung der Angriffe auf das Lohn- und Gehaltsniveau der Massen und Ausbau der deutschen Macht auf der Weltbühne - werden das Bündnis der beiden Parteien wahrscheinlich überfordern. Die Regierung wird unter der Art ihrer Entstehung leiden; sie wird unter Druck vieler verschiedener Fraktions-, Länder- und Gruppeninteressen stehen, aber gleichzeitig kaum inhaltlichen und finanziellen Spielraum haben, diese Interessen zu bedienen; und sie wird - hoffentlich - unter heftigem Druck der linken Opposition stehen. Richten wir uns also durchaus auf nochmalige vorgezogene Neuwahlen zum Bundestag ein.

Formalisierung der Großen Koalition

Wahlsiegerin ist zweifellos die Linkspartei. Sie hat vier Monate nach dem Beschluss, dass es sie geben soll, mit 8,7 Prozent, 4,1 Millionen Stimmen und 54 Mandaten im neuen Bundestag einen spektakulären Coup gelandet. Die Stimmen kamen zum größten Teil direkt von den Betroffenen der Politik des neoliberalen Kartells von CDU/CSU/FDP/SPD/Grüne: von Erwerbslosen, RentnerInnen, GewerkschafterInnen. Diese Zustimmung ist deshalb nicht Ausdruck einer Protestwahl, sondern sie stammt von einer gesellschaftlichen Klientel mit kollektiven Interessen - und sei es nur die Forderung, dass der Raubzug an den sowieso schon spärlichen Einkommen aufhören soll -, das auf "seine" Partei geradezu gewartet und sie auch gefunden hat. Insofern kann man fast behaupten, dass die Linkspartei eine Stammwählerschaft hat, bevor es die Partei überhaupt gibt. Auch noch in anderer, dreifacher Hinsicht ist sie Ausdruck "deutscher" Verhältnisse:

Die Linkspartei besteht erstens zu fünf Sechsteln aus Mitgliedern und AnhängerInnen der alten PDS. Sie sind bis auf wenige Neueintritte der Restbestand von ehemals zwei Millionen Mitgliedern einer Staatspartei, die verantwortlich war für den Versuch, ein nicht-kapitalistisches Deutschland aufzubauen. Dieser Versuch ist als bürokratische Diktatur und bizarre Farce geendet und von den Menschen mit der Höchststrafe, Entsorgung auf dem Misthaufen der Geschichte, belegt worden.

Seitdem versucht die immer mehr schrumpfende Gemeinde der PDS, die ehrenwerte Aufgabe zu bewältigen, die Erinnerung an die positiven Aspekte dieses Versuchs eines nicht-kapitalistischen Deutschlands am Leben zu halten und gleichzeitig eine harte Betroffenenvertretung für die Opfer der neuen deutschen kapitalistischen Einheit, vor allem in Ostdeutschland, zu organisieren. Für beide Aufgaben wäre eine andere Partei als die PDS kaum denkbar gewesen. Insofern hat die PDS eine wichtige Funktion erfüllt, aber sie konnte objektiv niemals die Basis für einen neuen glaubwürdigen Aufschwung der anti-kapitalistischen und sozialistischen Kräfte in Gesamtdeutschland werden. Sie konnte sich so schön schminken, wie sie wollte, sie konnte sich verkleiden und verkaufen bis zum Eintritt in bürgerliche Regierungen: Sie blieb und bleibt immer die Partei der Niederlage.

Die Linkspartei besteht zweitens aus den gut zehntausend Mitgliedern der WASG. Sie sind zum größten Teil ehemalige Sozialdemokraten, die zuvor jede Richtungsänderung der SPD brav mitgemacht haben. Diese 50-60-Jährigen - und das ist die Mehrzahl der WASG'lerInnen - haben sich angesichts der APO Ende der 1960er Jahre bewusst für die Sozialdemokratie entschieden. Als sich die Jugend der Neuen Linken aus Spontis, TrotzkistInnen, MaoistInnen und DKP zuwandte, blieben sie bei den Jusos, dem Sozialistischen Hochschulbund und der SPD, und der Aufschwung der Willy-Brandt-SPD schien ihnen Recht zu geben.

Eine neue Linke ist wie ein neues Leben

Als die Reste der Neuen Linken in den frühen 1980er Jahren nach Rechts aufbrachen und die Grünen mit aufbauten, um endlich mal linke Massenpolitik zu machen, blieben sie tapfer in der SPD und halfen mit, die Grünen in kürzester Zeit zu domestizieren. Und auch dieser Erfolg schien ihnen Recht zu geben. Erst der Versuch von Gerhard Schröder, mit seiner Agenda 2010 und den Hartz-Gesetzen "Thatcherism" und "Blairism" gleichzeitig zu kopieren, hat das Fass zum Überlaufen gebracht, und diese Leute haben sich nach links umgeschaut.

Die WASG ist somit zum ersten Mal eine Parteibildung der Linken, zu der sich mehrheitlich Sozialdemokraten von rechts aufgemacht haben. Waren die Grünen oder die Demokratischen Sozialisten noch Kinder der 1968er Linken, die sich nach rechts bewegten, um ein wenig massenkompatibler zu werden, so ist die WASG fast das Gegenteil: eine Linksentwicklung von Sozialdemokraten, um massenkompatibler zu werden bzw. die Massenkompatibilität nicht zu verlieren. Mit dem ehemaligen Bundesvorsitzenden und Kanzlerkandidaten der SPD, Oskar Lafontaine, hat dieses politische Milieu zudem ein Idol und einen Publikumsmagneten.

Drittens schließlich ist die WASG auf dem Hintergrund der für deutsche Verhältnisse beachtlichen Mobilisierungen gegen die Hartz-Gesetze vom November 2003 bis April 2004 und den Montagsdemonstrationen entstanden. Hier hat sie teilweise eine Selbstmandatierung vorgenommen und sich als Partei dieser Bewegung verkauft. Das ist sie natürlich so wenig wie die Grünen Partei der Antiatombewegung waren, aber beide Parteien wären ohne diese jeweiligen Bewegungen nicht in die Geschichte Deutschlands eingegangen.

Risse in der Gewerkschaftsbewegung

Nur eine solche politische Kraft wie die WASG ist in der Lage gewesen, die in der PDS schlummernden Potenzen für eine bundesweite und relativ glaubwürdige Kampagne der Linken zu mobilisieren. Ohne die Huckepack auf ihren Kandidatenlisten mitgeschleppte WASG hätte die PDS ihre sich seit dem Wahldebakel von 2002 abzeichnende Stagnation, ja Krise in der Parteientwicklung nicht überwunden.

Die Linkspartei hat in den 15 Jahren der Versuche, in Gesamtdeutschland anzukommen, eine bürokratische Harmonisierung auf ein billiges, sich dem Kapitalismus anbiederndes Programm erfahren und sich von fast allen Störkörpern und KritikerInnen befreit. Ihr Zusammengehen mit der überwiegend im Westen sitzenden WASG hat diesen Kurs ein wenig gestoppt. Zumindest Teile der WASG arbeiten mit linken Gruppen am Rande der Linkspartei zusammen und versuchen, der Fraktion der Regierungslinken in der Linkspartei etwas entgegen zu setzen. Dennoch bleibt festzustellen, dass insbesondere die neue Bundestagsfraktion der

Linkspartei fast komplett in der Hand der Mehrheitsfraktion der alten PDS, d.h. der auf rasche Regierungsbeteiligung orientierten Gruppierung ist.

Die WASG hat vor allem dazu beigetragen, das Thema einer neuen Linkspartei in die Gewerkschaftsbewegung hineinzutragen. Es gibt mittlerweile komplette Ortsverwaltungen von ver.di oder IG Metall, die ihren Bruch mit der SPD vollzogen und sich der WASG angeschlossen haben. Eine breite Palette von gut 2.000 Funktionsträgern aus Betrieb und Gewerkschaft hatte zur Wahl einen Unterstützungsaufruf für die Linkspartei unterschrieben. Diese politische Differenzierung der Gewerkschaftsbewegung wird von den SPD-treuen BürokratInnen sofort als "Spaltung der Einheitsgewerkschaft" verteufelt. Dabei ist sie zum ersten Mal seit Jahrzehnten die wirkliche Einlösung des Prinzips Einheitsgewerkschaft. Die Zeiten des SPD-Monolithismus mit CDU-Feigenblättern sind vorbei.

Für Tausende von betrieblichen und gewerkschaftlichen AktivistInnen ist das Auftauchen der WASG und jetzt der sich abzeichnenden gemeinsamen neuen Linkspartei wie ein Befreiungsschlag. Dieser Vorgang ist jetzt schon der wichtigste politische Effekt der WASG. Es gibt durchaus Anlass zur Hoffnung, dass er auch länger anhält. Mit dem Einzug der WASG in die gewerkschaftliche Diskussion hat die Strömung plötzlich ein gemeinsames Forum gefunden, die schon länger und bisher immer nur minoritär und mit wenig Ausstrahlung für eine mehr Konflikt orientierte Gewerkschaftsstrategie eintrat.

Um diese Orientierung auf kollektive Vertragsregelungen, Flächen deckende Arbeitszeitverkürzung und schärfere Kampfformen wieder zurück zu drängen, müsste die Gegenfraktion, die für Verbetrieblichung, Bündnis für Arbeit und Co-Management eintritt, schon derart großen materiellen Erfolg für die Mitglieder erzielen können, dass es sehr unwahrscheinlich ist, dass dies klappt. So ist die politische Differenzierung in der Gewerkschaftsbewegung somit eine echte Radikalisierung, die auch eine rasche Re-Integration der Linkspartei-Fraktion in das politische Geschäft der Etablierten, die ja nicht so unwahrscheinlich ist, überdauern dürfte.

Die zweite Wirkung der Linkspartei ist mittlerweile auch keine Spekulation mehr: Die SPD wird sich daran spalten. Bereits heute wechseln Hunderte von SPD-Mitgliedern und mittlere Funktionäre die Partei. Dies ist die bedeutendste Spaltung der SPD seit der Gründung der SAP in den 1930er Jahren. Wie diese Entwicklung weiter geht, ist noch unklar. Sie könnte aber durchaus in der Etablierung einer Sozialistischen Partei - dieser schöne, anmaßende Name ist in Deutschland tatsächlich seit Jahrzehnten frei - münden und parallel dazu zu einer SPD führen, die zu einer reinen Klientelpartei zur Regierungsbeschaffung wie die FDP degeneriert ist.

Diese sich hier abzeichnenden Vorgänge bedeuten eine wesentliche Änderung der politischen Verhältnisse, unter denen in Deutschland bisher linke Politik gemacht wurde. Auch eine interventionistische Linke, die Willens ist, sich politisch-praktisch einzuschalten, auch wenn sie dem neuen Faktor Linkspartei und WASG misstraut, muss sich auf diese veränderten Verhältnisse zügig einstellen, und muss (und kann) sie auch in Richtung weiterer Radikalisierung beeinflussen. Die radikalen Linken innerhalb von WASG und Linkspartei sind auf diese Unterstützung angewiesen - so wie sie sich derzeit auch anstrengen, die Parteien für solche Interventionen empfänglich zu machen.

Thies Gleiss, Mitglied d. Bundesvorstandes der WASG

9. Dokumentation: Offener Brief an die Bundestagsfraktion Die Linke

Rubrik: Wahlen; PDS; Linkspartei · CD-Datei: daten/aksuche/ak499/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:499:38

Die ersten Signale, die die sich als "Die Linke" konstituierte Bundestagsfraktion der Linkspartei/PDS aussendet, lassen mehr Kopfschütteln als Begeisterung zurück. So bedurfte es erst der Einberufung eines Frauenplenums, damit zumindest ansatzweise das männerdominierte Bild der Fraktion korrigiert wird. Zwar gehen die Spitzenämter einschließlich Bundestagsvizepräsident immer noch ausschließlich an Männer, doch 9 der 14 Posten im erweiterten Fraktionsvorstand sind künftig weiblich besetzt. Zuvor gab es massive Proteste, dass die Partei die im Statut festgelegte Geschlechterquotierung nicht einhalte wollte. Dies sei für eine gesamtdeutsche Linke nicht hinnehmbar, so die Ex-Grüne Monika Knoche, die jetzt für die Linkspartei im Bundestag sitzt, und die gestand, dass sie mitunter in der Fraktion ein "kultureller Flashback" ereile.

Im Vorfeld ihrer Klausurtagung appellierten zudem 30 GewerkschafterInnen und Volkswirtschaftler, die im Wahlkampf die WASG unterstützt und für eine fusionierte Linkspartei geworben hatten, an die Abgeordneten, sich auf ein "linkes Antikrisenprogramm" mit 20 Milliarden Euro für Bildung und Infrastruktur zu einigen. "Wir haben nicht bloß Wahlkampf gemacht und lassen uns dann in den Sessel plumpsen", so Ver.di-Chefvolkswirt Michael Schlecht. Er kündigte an: "Die Fraktion steht unter Beobachtung."

Sehr geehrte Bundestagsabgeordnete, sehr geehrter Bundestagsabgeordneter, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wir haben im Wahlkampf Die Linke unterstützt, unter anderem durch unseren Wahlaufruf "Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter wählen links". Wie euch bekannt, haben weit über 2.000 Kolleginnen und Kollegen diesen Aufruf unterschrieben. Aus unserer Sicht sind als vorrangige Anliegen der Linken folgende Kernpunkte unverzichtbar:

1. Weg mit Hartz IV Als erster Schritt soll zur Linderung der Folgen von Hartz IV das Arbeitslosengeld II auf 420 Euro angehoben, Freibeträge für Ersparnisse - vor allem zur Alterssicherung - sollen erhöht werden. Für niemanden darf es zumutbar sein, für Löhne unterhalb des ortsüblichen Tarifniveaus zu arbeiten. Die Zuverdienstmöglichkeiten sollen verbessert werden.

Wir wollen keine Arbeitsplätze auf reinem Niedriglohnniveau, sondern Arbeitsplätze mit tariflich geregelten Entgelten, die den Arbeitsanforderungen und den Qualifikationen der Beschäftigten gerecht werden.

2. Mindestlohn Wir wollen einen Mindestlohn in Höhe von 1.400 Euro. Ein Entsendegesetz muss dafür sorgen, dass der Mindestlohn und die sonstigen Standards der Arbeitsbedingungen in allen Branchen auch für aus dem Ausland entsandte Beschäftigte gelten. Eine Lohnsubventionierung darf nur für besondere Problemgruppen des Arbeitsmarktes und zeitlich begrenzt erfolgen.

Zu hohe Lohnkosten sind nicht das Problem. Wir wollen keine globale Subventionierung für Niedriglöhne durch Übernahme der Sozialbeiträge. Dies würde weitere Lohnsenkungen befördern und wäre ein Fass ohne Boden.

3. Zukunftsinvestitionsprogramm Ein Sofortprogramm mit einem Volumen in Höhe von 20 Milliarden Euro ist ein zentraler, unverzichtbarer Punkt eines linken Antikrisenprogramms. 10 Milliarden Euro sind vorzusehen für die Förderung von Erziehung und Bildung. Weitere 10 Milliarden Euro sollen dazu dienen, dass die Infrastruktur wieder verbessert wird. Dies bedeutet insbesondere eine finanzielle Stärkung der Kommunen. Gerade für die lokale Wirtschaft ist ein kommunales Investitionsprogramm von großer Bedeutung. So lassen sich die Lebensbedingungen von breiten Teilen der Bevölkerung verbessern und durch die Stärkung der Binnennachfrage können 400.000 Arbeitsplätze geschaffen werden.

4. Finanzierung Zur Finanzierung des Zukunftsinvestitionsprogramms schlagen wir vor, die Wiedererhebung einer reformierten Vermögenssteuer und die Reform der Erbschaftsteuer in den Vordergrund zu stellen. Damit können mindestens 20 Milliarden Euro mobilisiert werden.

Mit solidarischen Grüßen,

Ralf Krämer, Gewerkschaftssekretär, ver.di, Berlin; Michael Schlecht, Gewerkschaftssekretär, ver.di, Stuttgart; Berthold Balzer, Gewerkschaftssekretär, ver.di, Fulda; Prof. Dr. Frank Deppe, Frankfurt/M; Uwe Dohe, Betriebsratsvorsitzender ver.di, Lengerich; Hasso Ehinger, Gewerkschafter, IG Metall, Heilbronn; Rainer Einenkel, Betriebsratsvorsitzender, IG Metall, Bochum; Sieglinde Friess, Gewerkschaftssekretärin, ver.di, Hamburg; Dieter Hartdegen, Gewerkschafter, ver.di, München; Christa Hasenmaile, Gewerkschaftssekretärin, ver.di, München; Prof. Dr. Rudi Hickel, Bremen; Viktor Kalla, Betriebsratsvorsitzender, ver.di, Frankfurt/M; Bernhard Krabiell, Gewerkschaftssekretär, ver.di, Leipzig; Hans Kroha, Gewerkschaftssekretär, ver.di, Frankfurt/M; Jörg Lüdde, Gewerkschaftssekretär, ver.di, Gießen; Andreas Müller, Gewerkschaftssekretär, Transnet, Frankfurt/M; Franz Obermayr, Betriebsratsmitglied, ver.di, München; Ralf Oberheide, Gewerkschafter, ver.di, Hannover; Ulrike Oestreich, Gewerkschaftssekretärin, ver.di, Düsseldorf; Klaus Pickshaus, Gewerkschaftssekretär, IG Metall, Frankfurt/M; Bernd Riexinger, Gewerkschaftssekretär, ver.di, Stuttgart; Hermann Schaus, Gewerkschaftssekretär, ver.di, Bad Homburg; Heidi Scharf, Gewerkschaftssekretärin, IG Metall, Schwäbisch Hall; Horst Schmitthenner, Gewerkschaftssekretär, IG Metall, Frankfurt/M; Günther Waschkuhn, Gewerkschaftssekretär, ver.di, Potsdam; Michael Wendl, Gewerkschaftssekretär, ver.di, München; Kai-Eicker Wolff, Gewerkschaftssekretär, GEW, Marburg; Harald Werner, Gewerkschafter, ver.di, Berlin

10. Studierst du noch, oder zahlst du schon? Einige Bundesländer wollen 2006/2007 allgemeine Studiengebühren einführen

Einige Bundesländer wollen noch diesen Winter allgemeine Studiengebühren einführen

Autor: Jonas Füllner · Rubrik: Sozialpolitik; Jugend und Studenten · CD-Datei: daten/aksuche/ak499/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:499:22

Für viele Studierende hat das vielleicht vorletzte kostenfreie Semester begonnen. In Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Niedersachsen haben die Kultusminister erste Gebührenentwürfe vorgelegt. Auch in Hamburg will Wissenschaftssenator Dräger noch im Oktober ein Konzept präsentieren. Schon im Wintersemester 2006/07 wollen viele CDU-geführte Bundesländer erstmals Gebühren erheben. Damit wird Wirklichkeit, was PolitikerInnen lange nicht zu träumen wagten und viele Studierende nur für ein Drohgespenst linker Hochschulgruppen hielten. In Baden-Württemberg soll noch vor Weihnachten ein Gebührengesetz beschlossen werden. 500 Euro wird jedeR Studierende pro Semester zahlen müssen, steigenden Gebühren sind keine Grenzen gesetzt.

Damit die Gebühren auch gezahlt werden können, soll jedem Studierenden künftig die Möglichkeit offen stehen einen Kredit aufzunehmen. Sparkassen und Deutsche Bank haben unterdessen "günstige" Kredite ausgearbeitet. Damit die Verschuldung nicht ins Unermessliche steigt, sollte in Regelstudienzeit studiert werden. Dank 600 Euro Kredit pro Monat kann das lästige Jobben neben dem Studium entfallen. Ähnlich wie beim BAföG muss der Kredit erst ab einem Mindesteinkommen zurückgezahlt werden. StudierendenvertreterInnen kritisieren jedoch, dass gerade die Verschuldung Menschen vom Studium abhalten werde, schließlich schwirren schon jetzt Zahlen von 40.000 Euro Schulden nach Studienabschluss durch die Presse. In Australien, wo ein ähnliches Modell bereits existiert, hat sich zudem gezeigt, dass die Rückzahlungsgrenze immer weiter abgesenkt wurde.

Statt (Aus-)Bildungschancen von staatlicher Seite zu erhöhen und die Hochschulausstattung insgesamt zu verbessern, werden die Kosten auf künftige "KundInnen" umgelegt. Bildung kann jedeR "erwerben", abhängig von der Schwere des eigenen Geldbeutels. Für den Rest bleibt die Schuldenfalle: Bildung auf eigenes Risiko. Dabei sind die Studienbedingen so katastrophal, dass sich ein Studium nur unter extremen Anstrengungen in der so genannten Regelstudienzeit absolvieren lässt.

Studieren auf Pump

Eine Verbesserung ist ohne staatliche Hilfe nicht in Sicht. Auch eingeführte Bachelorstudiengänge, die nur noch ein dreijähriges Studium vorsehen, werden die Probleme nicht lösen. Die wissenschaftliche Ausbildung und die Auseinandersetzung mit Theorie weichen zunehmend einer Verschulung. Das Schmalspurstudium wird jedenfalls die Chancen künftiger AbsolventInnen auf dem Arbeitsmarkt nicht verbessern.

In der Frage der Finanzierung der Gebührenumsetzung liegen die größten Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern. So ist in Niedersachsen angedacht, dass die Hochschule Rückzahlungsausfälle selber decken müssen. In Hamburg wurde im Sommersemester gar überlegt, der Uni-Leitung die Verantwortung zu übergeben, Gebühren zu erheben. Was zu Fassungslosigkeit beim Präsidium führte, nahmen Studierende dankend zum Anlass, um klarzustellen, was sie von Gebühren halten.

Zwei Mal wurden universitäre Verwaltungsgebäude bestreikt. Völlig überfordert stellte Uni-Präsident Lüthje Strafantrag gegen seine eigenen Studierenden und rief die Polizei, die mit einem unverhältnismäßigen Einsatz räumte. Als das Uni-Präsidium sich weigerte, sich für die Vorfälle zu entschuldigen, protestierten Hamburgs Studierende während des Summer of Résistance über Wochen. Dies trotz massiver Repression: Räumfahrzeuge und Wasserwerfer vor dem Hauptgebäude, Ingewahrsamnahmen und Demoverbote waren an der Tagesordnung.

Proteste beginnen im November

Und die Proteste werden bundesweit weitergehen. Fast lethargisch harren jedoch derzeit StudierendenvertreterInnen der Dinge, die da kommen. Eine bundesweite Protestlinie, wie sie im Summer of Resistance zumindest teilweise existierte, ist noch in weiter Ferne. Allen ist bewusst, dass vereinzelte Proteste, wie sie in Hamburg, Freiburg und Stuttgart aufkeimten, nicht reichen werden. Doch die StudentInnen-Interessen sind bundesweit äußerst unterschiedlich. So ist es zum Beispiel in Ostdeutschland eher unwahrscheinlich, dass Studiengebühren eingeführt werden, da die Regierungen unter PDS-Beteiligung dies ablehnen. Zudem leiden die ostdeutschen Hochschulen unter mangelnder Attraktivität und geringen Studierendenzahlen. In den von einer Einführung von Studiengebühren betroffenen Bundesländern rechnet der Dachverband der Studierendenvertretungen mit weiteren Protesten. Anfang November soll - so Christian Berg vom freien zusammenschluss der studierendenschaften (fzs) - in Tübingen eine landesweite Demonstration den Auftakt für die Proteste in Baden-Württemberg bilden. Die Anti-Gebührenkampagne soll nicht nur auf die Verhinderung von Gebühren zielen, sondern sich bis zu den Landtagswahlen im März 2006 ziehen.

Dass von der Sozialdemokratie nicht mit Unterstützung für die Studierenden zu rechnen ist, zeigt sich derzeit in Bremen, wo Wissenschaftssenator Lemke (SPD) Langzeitgebühren einführt. In Niedersachsen beklagte die SPD, dass durch eine spätere Einführung der Gebühren den Hochschulen Millionenbeträge entgehen würden und die Ankündigung das Bildungsressort im Bund an Annette Schavan abzugeben, eine scharfe GebührenbefürworterIn und BAföG-Ablehnende, sorgt für Entsetzen unter den Studierenden.

Es wird sich zeigen, wie gut es den AktivistInnen gelingt, das eigene Mobilisierungspotenzial auszuschöpfen und die Proteste mit anderen Kämpfen gegen Sozial- und Bildungsabbau zu verknüpfen. In den Protesten wird es auf die Mischung radikalerer Widerstandsformen und Aktionen einer breiten Basis ankommen. Gelingt ein Nebeneinander der Aktionsformen, wie es sich im Summer of Resistance stellenweise ankündigte, können die Proteste eine ungeahnte Dynamik entfalten. Wenn nicht, werden ErstsemesterInnen und Studierende im Grundstudium nicht mehr um ein Bezahlstudium herumkommen. Trotzdem lässt sich festhalten, dass Gebühren erst endgültig eingeführt sind, wenn auch alle zahlen. In Hamburg existiert seit einem Semester die Interessengemeinschaft zahlungsunwilliger Studierender (IZS). Vielleicht wird diese bald überschwemmt von Neueintritten, die kaum noch abgearbeitet werden können.

Jonas Füllner

11. 40 Jahre Ausländergesetz. Rückschau auf ein rassistisches Gesetz und seinen ersten Kritiker

Autor: Niels Seibert · Rubrik: Asyl- und Migrationspolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak499/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:499:09

60 Jahre nach Kriegsende und 50 Jahre nach Gründung der Bundeswehr jährt sich 2005 ein weiteres Ereignis, welches jedoch noch auf keine größere Aufmerksamkeit gestoßen ist: Das Ausländergesetz wird 40 Jahre alt.

Um das bundesdeutsche "Fremdenrecht" an die steigende Zahl der MigrantInnen anzupassen und um rechtliche Grundlagen für deren Rückkehr schaffen, begann die Bundesregierung unter Konrad Adenauer 1962 mit Entwürfen zu einem Ausländergesetz. Die offizielle Zahl der AusländerInnen in der BRD hatte sich auf Grund der Anwerbeabkommen für so genannte Gastarbeiter ab den 1950er Jahren bis Mitte der 1960er Jahre etwa verdreifacht, die Zahl der ausländischen Beschäftigten sogar verzehnfacht. Hinzu kam, dass sich die ausländischen ArbeitnehmerInnen beispielsweise im baden-württembergischen Metallarbeiterstreik 1963 mit ihren deutschen KollegInnen solidarisierten und an den Arbeitskämpfen teilnahmen. Erschrocken forderten die Arbeitgeberverbände daraufhin "schärfere Maßnahmen gegen kommunistische Arbeiter aus dem Ausland".

Diese Anregung griff die Bundesregierung in der Gesetzesbegründung auf. Sie sah ihre Aufgabe darin, "genügende Kontroll- und Eingriffsmöglichkeiten gegenüber solchen Ausländern, die den Staat gefährden", zu schaffen. Sie sprach ausdrücklich von "einer unterschiedlichen Behandlung der Ausländer, je nach ihrer Einstellung und ihrer Haltung gegenüber der Bundesrepublik Deutschland". Diese rassistische Motivation war ein Ausgangspunkt für das neue Gesetz. Umgesetzt wurde dies in einen Paragrafen, der die "Politische Betätigung", deren Einschränkung und Verbot regelte. Damit schuf sich die Bundesregierung auch ein Mittel gegen die zunehmenden Demonstrationen ausländischer StudentInnen, die zu Schwierigkeiten und Belastungen der außenpolitischen Beziehungen führten. In den darauf folgenden Jahren waren zahlreiche Ausweisungen und Abschiebungen von politisch organisierten, ausländischen StudentInnen mit einem Verstoß gegen diesen Paragrafen begründet.

Das Ausländergesetz trat am 1. Oktober 1965 in Kraft und löste die Ausländerpolizeiverordnung aus dem Jahr 1938 ab. Es war von nazistischem Vokabular bereinigt, aber im Vergleich zu seinem Vorgänger kein Stück liberaler. Im Gegenteil. Nach dem Gesetzestext der Ausländerpolizeiverordnung waren Einreise und Aufenthalt von AusländerInnen gestattet, das Ausländergesetz sah dafür erst noch die Erteilung einer besonderen Erlaubnis vor. Die Ausweisungsgründe wurden unter anderem um eine Generalklausel erweitert, die im Zweifel immer herangezogen wurde. Außerdem wurde den Behörden die Anordnung von Abschiebehaft erleichtert. Das Ausländergesetz enthielt sogar zahlreiche neue Restriktionen, die in vergleichbaren Gesetzen anderer westeuropäischer Länder nicht enthalten waren, wie beispielsweise die Einschränkung und den Verlust des Asylrechts.

Neue Regierung, neue Verschärfungen

In der Praxis wurde das Gesetz zum Instrumentarium der Repression. Die drohende Aberkennung der Aufenthaltserlaubnis wirkte abschreckend und disziplinierend auf ArbeitsmigrantInnen. Zahlreichen unliebsamen MigrantInnen, die sich politisch engagierten, wurde auf Grundlage des Ausländergesetzes die Aufenthaltserlaubnis entzogen, nicht selten zusätzlich die sofortige Ausweisung verfügt. Argumentationshilfe dafür lieferte der damals in vielen Ausländerbehörden stehende, führende Gesetzeskommentar von Werner Kanein, seines Zeichens Ministerialrat im Bayerischen Staatsministerium des Innern. Ausländerbehörden, Richtern und Polizeidienststellen empfahl der Autor "vor nachdrücklichen ausländerbehördlichen Maßnahmen nicht zurückzuschrecken". Die neuen Regelungen ermöglichten seiner Meinung nach "eine restriktive Fremdenpolitik". Kanein warnte in seinem Kommentar von "der Überflutung der Bundesrepublik durch Ausländer" und gehörte damit zu den ersten, die dieses Bild in konkrete Worte fassten und publizierten.

In seiner weiteren Geschichte erlebte das deutsche Ausländerrecht zahlreiche Verschärfungen. Bereits 1970 arbeitete die inzwischen ausgewechselte Bundesregierung, nun unter Willy Brandt, an einem Gesetz, das unter anderem die politische Betätigung von MigrantInnen weiter einschränken sollte. Durch Änderung des Grundgesetzes, des Verfassungsschutz-, des Vereins- und des Ausländergesetzes wurde dann im Juni 1972

die intensive Überwachung ausländischer Gruppen und Organisationen durch deutsche Ämter und Behörden ermöglicht.

In dieser Zeit änderte sich die bisher wohlwollende Berichterstattung über ArbeitsmigrantInnen. AusländerInnen waren von nun an auch "Radikale" und "Terroristen". Politiker beteiligten sich an der Stimmungsmache gegen Exilgruppen, insbesondere gegen die Generalunion palästinensischer Studenten (GUPS) und ihre Schwesterorganisation, die Generalunion palästinensischer Arbeiter (GUPA) sowie gegen den persischen Studentenverband CISNU.

Der gescheiterte Entführungsversuch zur Freipressung politischer Gefangener in Israel durch die palästinensische Organisation Schwarzer September während der Olympischen Spiele im Spätsommer 1972 in München löste eine große Medienhetze aus und war Vorwand für die staatliche Verfolgung von palästinensischen und arabischen MigrantInnen. Innerhalb von drei Wochen wurden weit über 1.000 Menschen abgeschoben und ausgeliefert. Über 1.500 meist aus den Ferien zurückkehrende ArbeiterInnen und StudentInnen mit gültiger Aufenthaltserlaubnis bzw. gültigen Visa wurde die Einreise verweigert. Grundlage dafür waren Entscheidungen der Bundesregierung und der Innenministerkonferenz: Eine Woche nach dem Attentat wurde die "erschöpfende Handhabung" des Ausländergesetzes angeordnet, der Visumszwang ausgeweitet, die Intensivierung der Zusammenarbeit der Landes- und Bundespolizei sowie der Geheimdienstbehörden beschlossen und etwas später das Ausländerzentralregister ausgebaut. Zahl und Umfang der erfolgten Gesetzesänderungen in der Bundesrepublik können durchaus mit denen nach dem 11. September 2001 mithalten.

Das Ausländergesetz und seine Änderungen, einschließlich der Gesetzentwürfe von Helmut Kohls Innenminister Friedrich Zimmermann in den 1980er Jahren und der faktischen Abschaffung des Asylrechts Anfang der 1990er Jahre, verfolgte kontinuierlich und kritisch der Rechtsanwalt Hans Heinz Heldmann. Bereits als junger Anwalt verteidigte er 1963 in München Perser, die von Ausweisung bedroht waren. Kurz nach In-Kraft-Treten des Ausländergesetzes befürchtete er vorausblickend, dass beispielsweise persischen StudentInnen die Aufenthaltserlaubnis entzogen werden wird, weil sie nach offizieller Begründung die freundschaftlichen Beziehungen der Bundesrepublik zum Kaiserreich Iran beeinträchtigen könnten.

Heldmann gehörte zu den ersten Kritikern des Gesetzes. Er nannte es "Disziplinarordnung für die Minderheit" und erkannte in seiner praktischen Umsetzung "eine Form des Rassismus". Heldmanns umfassende Kritik, die vor allem in der Zeitschrift Vorgänge der Humanistischen Union publiziert worden ist, war - bewusst oder unbewusst - Grundlage für alle, die in den darauf folgenden Jahren Kritik am Ausländergesetz übten.

Heldmann klagte im Namen persischer StudentInnen, die für die Zeit des Schah-Besuchs im Mai/Juni 1967 aus der Stadt München ausgewiesen bzw. in vielen anderen Städten mit Stadtarrest - unter Androhung ihrer sofortigen Abschiebung bei Zuwiderhandlung - belegt wurden. In allen Prozessen, die er dagegen in den darauf folgenden Jahren führte, wurden diese Freiheitsbeschränkungen für unrechtmäßig erklärt.

"Disziplinar- ordnung für die Minderheit"

Zusammen mit dem Verband deutscher Studentenschaften (VDS) entwarf Heldmann 1969/70 einen Alternativentwurf zum Ausländergesetz, der die freie Einreise und eine weitgehende rechtliche Gleichstellung der AusländerInnen mit den BundesbürgerInnen vorsah. Trotz zahlreicher Unterstützung von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens blieb die Aufforderung an sämtliche Bundestagsabgeordnete und Innenminister zur entsprechenden Novellierung des Ausländergesetzes ohne nennenswerte Reaktion.

ExpertInnen des neuen Ausländerrechts waren selten. Das galt erst recht für linke und fortschrittliche AusländerrechtlerInnen. Hans Heinz Heldmann war einer der wenigen. Er verteidigte - auch mal ohne Honorar - viele ausländische StudentInnen, die von staatlichen Maßnahmen bis zur Abschiebung bedroht waren. Er skandalisierte zahlreiche Fälle und machte sie öffentlich bekannt. Damit konnte er nicht wenige Abschiebungen verhindern. Er trat auf Veranstaltungen auf und unterstützte den studentischen Protest. 1965 flog er auf Initiative der CISNU als Prozessbeobachter nach Teheran. Wiederholt ging er dort Vorwürfen über unmenschliche Strafverfolgungsmaßnahmen gegen StudentInnen nach. 1972 wurde er deswegen aus dem Iran ausgewiesen.

Anfang der 1970er Jahre eröffnete Heldmann eine Kanzlei in Frankfurt am Main. 1977 wurde er Anwalt von Andreas Baader, nachdem diesem seine Anwälte aberkannt wurden. Er blieb bis zuletzt scharfer Kritiker des Ausländergesetzes und dessen praktischer Umsetzung durch staatliche Stellen. Die örtliche Ausländerbehörde bezeichnete er als "Hessenmeisterin im Abschieben". Deswegen wurde er angezeigt, vom Vorwurf der Beleidigung dann freigesprochen. Anfang der 1990er Jahre verteidigte er die zahlreich von Repression betroffenen KurdInnen, und er schrieb ein Kommentar zum Ausländergesetz, das MigrantInnen und deren Berater und Anwälte hilfreiche Argumente lieferte. Vor zehn Jahren, am 8. Oktober 1995 starb Hans Heinz Heldmann im Alter von 66 Jahren in seiner Frankfurter Kanzlei. Er schoss sich, schwer kardiologisch erkrankt, ins Herz.

Niels Seibert

12. Sterile Pflanzen, glückliche Gentechnik-Multis. "Terminator"-Technologie bedroht Nahrungsmittelsouveränität

"Terminatortechnologie" bedroht Nahrungsmittelsouveränität

Autor: Gregor Kaiser · Rubrik: Biopolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak499/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:499:13

Bis Ende des letzten Jahrhunderts stritten multinationale Gentechnikkonzerne wie Monsanto, Bayer Crop Science, Syngenta etc. noch ab, dass es bei gentechnisch veränderten Pflanzen zu Auskreuzungen und somit zu Übertragung auf verwandte Wildpflanzen, auf Mikroorganismen oder Tiere kommen könnte. Mittlerweile ist dies durch viele Studien bewiesen - und nun kann man die extreme Anpassungsfähigkeit der Unternehmen bewundern. Gentechnikunternehmen treiben jetzt nämlich die genetische Saatgutsterilisierung voran. Sie soll Gentransfer verhindern und ist natürlich ungemein ökologisch - jedenfalls behaupten das die Gen-Konzerne.

In der Landwirtschaft ist es traditionell üblich, einen Teil der Ernte für die Wiederaussaat im kommenden Jahr aufzubewahren. Während in Europa z.B. bei Weizen oder Kartoffeln jährlich rund 50% aufbewahrt werden, beträgt der Anteil des zur Aussaat verwandten Ernteguts in vielen Ländern des globalen Südens ca. 95%. Das heißt, dort gibt es praktisch keinen oder nur einen sehr kleinen Markt für kommerziell gehandeltes Saatgut; die BäuerInnen tauschen untereinander und züchten ihre eigenen Sorten. Die weltweit agierenden Saatgutunternehmen wollen aber möglichst viel und möglichst überall ihr konventionell gezüchtetes oder gentechnisch verändertes Saatgut verkaufen. Mit Patenten und anderen geistigen Eigentumsrechten schützen sie sich davor, dass "ihre" Pflanzen ohne Zahlung von Lizenzgebühren angebaut werden. Auch der pflanzliche Sortenschutz für nicht gentechnisch veränderte kommerzielle Sorten wird immer strikter.

Die juristischen Einschränkungen der Verwendung von Saatgut haben für die Züchter jedoch einen entscheidenden Nachteil: Sie sind darauf angewiesen, dass die Gesetze auch durchgesetzt werden. Es müssen staatliche Instanzen vorhanden sein, die BäuerInnen zur Rechenschaft ziehen können, wenn diese auf ihren traditionellen Rechten auf Wiederaussaat von Erntegut bestehen. Aus Konzernsicht ist deshalb eine technische Lösung, die verhindert, dass die BäuerInnen überhaupt wiederaussäen, viel praktischer. Ende der 1990er Jahre gab es erste heftige Debatten zu diesem Thema. Nach fünf Jahren relativer Ruhe lebte die Diskussion um technologische Sterilitätsmechanismen im Februar diesen Jahres plötzlich wieder auf.

Suggerieren die derzeitig auf dem Markt gehandelten gentechnisch veränderten Pflanzen, vorteilhaft für lokale BäuerInnen zu sein - zum Beispiel wegen Herbizidresistenz -, so können die so genannten "Genetic Use Restriction Technologies" (GURTs) noch nicht einmal so tun, als ob. Bei den GURTs handelt es sich um gentechnische Verfahren, die Pflanzen unfruchtbar machen (s. Kasten). Forschungen dazu gibt es seit Beginn der 1990er Jahre, öffentlich bekannt wurde die Technik am 3. März 1998, als das amerikanische Landwirtschaftsministerium und Delta & Pine Land (D&PL) ein Patent auf solcherart gentechnisch veränderte Baumwolle erhielten.

Afrika erobern: Saatgut als Waffe

Die ursprüngliche Idee war es, so ließ man verlauten, mit Hilfe dieser Technologie "Afrika zu erobern". D&PL äußerte im Jahr der Patentanmeldung 1998 im Überschwang der Möglichkeit, neue Absatzmärkte zu schaffen, dass die "Technology Protection Systems" es für Saatgutkonzerne ökonomisch sicher machen, ihre High-Tech-Sorten in Afrika zu verkaufen. Vizepräsident Collins wörtlich: "Die Jahrhunderte alte Praxis, Saatgut aufzubewahren, ist ein großer Nachteil für Bauern in der Dritten Welt, die sich versehentlich auf veraltete Sorten beschränken, weil sie den einfachen Weg gehen und keine neueren, hochproduktiven Sorten anbauen." (1)

Die kommerzielle Anwendung dieser - von NGOs so genannten "Terminatortechnologie" - hat in der Tat weit reichende Folgen. Als erstes werden die BäuerInnen direkt getroffen. Dank GURT lassen sich auf biologische Weise die "Farmers Rights" außer Kraft setzen. BäuerInnen werden zum jährlichen Neukauf von Saatgut gezwungen. Das veränderte Saatgut gefährdet damit die Nahrungssicherheit von Millionen KleinbäuerInnen, die auf kostenloses und lokal anwendbares Saatgut angewiesen sind, um überhaupt produzieren zu können.

Landwirtschaftliche Produktion wird abhängig von der kontinuierlichen Nutzung und Einfuhr von Chemikalien. Saatgut lässt sich damit auch als Waffe zur Lösung von Handelskonflikten instrumentalisieren oder für Sanktionen im Rahmen der WTO nutzen.

Auch gesundheitliche und ökologische Folgen sind nicht auszuschließen: Zum einen wird in die Pflanzen ein Gen-Cocktail eingebaut, der das Risiko für neue Toxine und Allergene in Nahrungs- und Futtermitteln erhöht. Zum zweiten ist auch eine unkontrollierte Übertragung der neuen Genkonstrukte auf Wild- und andere Nutzpflanzen nicht auszuschließen. Denkbar ist auch, dass durch GURTs mehr Aktivitäten auf die Erforschung und Herstellung Arzneimittel produzierender Pflanzen konzentriert werden und somit immer mehr so genannte Pharmacrops angebaut werden, die dann in die Nahrungskette eingehen und zu einer konstanten Verbreitung von Arzneimittelkonsum auch bei nicht Kranken sorgen. Im schlechtesten aller Fälle könnten die Pflanzen auch als biologische Waffen genutzt werden. (2)

Farmer's Rights zählen nicht

Bereits Ende der 1990er Jahre gab es Proteste gegen das erste Patent und die Nutzung der Technologie. Im Rahmen der Konvention zur biologischen Vielfalt (CBD), einem Abkommen der Vereinten Nationen vergleichbar, einigten sich die über 180 Mitgliedsstaaten bereits im Jahr 2000 auf ein vorläufiges Moratorium, d.h., es sollten keine Erlaubnisse für Freisetzungsversuche erteilt werden. Im Frühjahr 2005 traf sich der wissenschaftliche Beirat der CBD in Thailand. Die kanadische Regierung versuchte bei der Gelegenheit, Sprachregelungen innerhalb der CBD salonfähig zu machen, die Feldversuche der Terminatortechnologie erlauben. Die kanadische Nichtregierungsorganisation ETC-Group und andere intervenierten in diesen Prozess - zunächst erfolgreich. Ihrer Einschätzung nach jedoch werden von nun an die Gremien der CBD durch das Lobbying interessierter Parteien weiter unter Druck gesetzt werden, der Kommerzialisierung der GURTs keine Steine in den Weg zu legen - im Gegensatz zu den Beschlüssen vergangener Vertragsstaatenkonferenzen und im Gegensatz zu den Berichten von ExpertInnengruppen.

Daher ist es auf nationaler und europäischer Ebene dringend geboten, Grenzen zu ziehen. Bis März 2006 bleibt noch Zeit, auf die Bundesregierung einzuwirken, sich innerhalb der CBD für ein internationales Verbot der GURTs einzusetzen. Verschiedene Netzwerke und Nichtregierungsorganisationen sind derzeit dabei, eine Kampagne zu entwickeln (s. Kasten). Ziel nationaler und internationaler Aktivitäten sollte sein, das internationale Moratorium aufrechtzuerhalten und zu einem internationalen Verbot weiterzuentwickeln. Denn es geht um mehr als um Biopatente auf Pflanzen. Nahrungsmittelabhängigkeit als politische Waffe einzusetzen wird dank Terminatortechnologie noch effektiver möglich sein als mit den Hybridsorten der "Grünen Revolution" der 1970er und 1980er Jahre.

Gregor Kaiser, BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie

Anmerkungen:

1) Collins 1998, zit. n. Richarda A. Steinbrecher/Monney Pat Roy: Terminator Technology. The Threat to World Food Security. In: The Ecologist, Vol. 28/1998, No. 5, S. 276-279, hier: 277.

2) William F. Engdahl: Die Saat der Zerstörung. In: ZEIT-Fragen Nr.34, 6. Juli 2004

13. "Aha, da sind sie, diese Queers". Theorie und Praxis queerer Politik in Polen. Ein Gespräch

Autor: Interview: Nina Schulz · Rubrik: Gender · CD-Datei: daten/aksuche/ak499/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:499:21

Schlagzeilen macht Polen nicht nur durch die aktuellen Wahlerfolge rechtsnationaler Parteien, sondern seit längerem schon wegen Ausschreitungen gegenüber Lesben, Schwulen, Queers (1) und Transgender-Personen. Dass in Polen gleichzeitig eine queer-theoretische und aktivistische Szene floriert, wird dabei gerne übersehen. Über die Herausforderungen queerer Theorie und Praxis berichten Joanna Mizieliñska und Tomasz Basiuk, die beide an der Universität Warschau unterrichten. Mit ihnen sprach Nina Schulz.

ak: Gibt es für das Wort "queer" eine Übersetzung ins Polnische?

Joanna: Wir benutzen hauptsächlich das englische Wort. Das hat Vor- und Nachteile: Manchmal erspart es uns Probleme und manchmal funktioniert es als ein geheimes Wort, das nur Eingeweihten bekannt ist. Für den Rest bedeutet es nichts. Manchmal wird "queer" auch als Abkürzung für "Schwule und Lesben" benutzt. Dann aber in einem sehr identitätspolitischen Sinn. "In-your-face"- Politiken, die mit Queer Theory verbunden sind, werden dann nicht einmal erwähnt. (2)

Tomasz: Es gibt eine Übersetzung, die einige von uns benutzt haben. Das Wort "odmieniec". Das hat einen leicht archaischen Touch und bedeutet "verändert" oder "anders". Ursprünglich war es ein Pseudonym, das die moderne Transgender-Dichterin Maria Komornicka verwendet, die eine maskuline Persönlichkeit als Piotr "Odmieniec" Wlast angenommen hat. Das Wort "odmieniec" bedeutet zugleich "Inversion". Das ist ein altertümlicher Begriff für Homosexualität, den einige Sexualwissenschaftler an der Wende zum zwanzigsten Jahrhundert verwendet haben. Die Worte "queer" und "odmieniec" sind in ihren Etymologien sehr unterschiedlich. "Queer" kommt von einem alten germanischen Wort für "diagonal, quer durch etwas gehen", "diagonal hinausgehen über" oder "widersprechen". Hingegen deutet "odmieniec" an: "Inversion" oder "Umkehrung". Es kann auch "Variante" nahe legen.

Queer Theory wird oft dafür kritisiert, ein US-amerikanisches Import-Produkt zu sein. Welchen Ausdruck findet sie im polnischen Kontext?

Tomasz: Zunächst mal hat ein akademischer Diskurs über Homosexualität, der nicht medizinisch ist, nicht von "Abweichung" handelt und nicht nach einem homosexuellen Gen sucht, einen gewissen Schock-Wert. Für viele ist es eine Art freudiger Überraschung. Ein gewisses "importiertes" Ansehen dieser Themen hat geholfen, sie auf die Agenda zu setzen. Andererseits ist natürlich die Frage wichtig: Wenn queer eine Reaktion auf Identitätspolitiken US-amerikanische Stils war, wie kann dieser Gedanke für einen polnischen oder gar europäischen Kontext übersetzt werden? Identitätspolitiken mögen aus einem Gefühl geteilter Unterdrückung und aus einer gemeinschaftlichen Entschlossenheit, etwas dagegen zu tun, hervorgehen. Aber das ist kaum die Geschichte von Queers in Polen, weil die lesbisch-schwule Bewegung erst in den späten 1980er oder sogar 1990er Jahre entstanden ist. Im Aktivismus und noch mehr im akademischen Bereich fand queere Entwicklung zeitgleich mit so etwas wie der Homobefreiungsbewegung statt, und nicht aufeinander folgend wie in den USA. Das unterscheidet unseren Kontext sehr von einem amerikanischen und auch vom westeuropäischen Kontext.

Joanna: Queer Theory wird hauptsächlich im akademischen Bereich praktiziert. Die LGBT Bewegung scheint noch in ihrer emanzipativen Phase zu sein. (2) Das bedeutet, sie braucht noch eine relativ stabile Identität, um im Namen sexueller Minderheiten Rechte zu fordern. Aber Queer Theory liefert ein weitaus universelleres Handwerkszeug dafür, sich der heterosexuellen Normativität unserer eigenen Kultur anzunähern. Natürlich entstammt Queer Theory eigentlich aus der lesbisch-schwulen Bewegung und der Kritik daran. Aber: Wir haben das in Polen nicht erlebt, also was kritisieren wir wirklich? Manchmal verkauft sich eine "identitäre Herangehensweise" unter besonderen Umständen besser in der politischen Praxis. Das bedeutet, einige von uns werden Identitätspolitiken gegenüber immer geteilter Meinung sein: in der Theorie kritisch und in der Praxis unterstützend.

Im Jahr 2003 hat die Kampagne " Sollen sie uns doch sehen" (4) die Öffentlichkeit auf Anzeigetafeln und in einer Ausstellung mit Darstellungen homosexueller Paare konfrontiert. Was für Auswirkungen hatte diese Kampagne auf die polnische Öffentlichkeit und auf queere Politiken in Polen?

Joanna: Die Öffentlichkeit ist auf die Diskriminierung entlang sexueller Orientierung aufmerksam geworden. Schwulen und Lesben hat die Kampagne wahrscheinlich auch bewusst gemacht, dass sie gegen Homophobie kämpfen müssen und sich nicht in ihren privaten Räumen verstecken können. Es hat die ganze Community aktiviert. Man könnte die Kampagne die Geburtsstunde lesbisch-schwuler Politik nennen. Nichtsdestotrotz existiert die lesbisch-schwule Bewegung in Polen schon seit den frühen 1990er Jahren.

Tomasz: Die Kampagne war das Coming-Out der polnischen LGBTQ-Bewegung. (5) Merkwürdigerweise ist dies nicht passiert, weil die Leute die Poster gesehen und sich mit den Worten "Aha, da sind sie, diese Queers. Natürlich sehen wir sie jeden Tag", an die Stirn gefasst haben. Die Poster hingen nur in einigen größeren Städten. In anderen Städten waren sie verboten und in den meisten wurden sie innerhalb weniger Tage zerstört. Aber es gab einen riesigen Dominoeffekt. Medienexperten debattierten, ob diese Poster erlaubt sein sollten. Die Rechte tobte vor Wut und bezeichnete die Kampagne als "visuelle Aggression", obwohl es sehr zahme Bilder von gleichgeschlechtlichen Paaren waren, die Händchen hielten und in Winterklamotten auf der Straße standen. Es gab diese politische Debatte über freie Meinungsäußerung. Also: " Sollen sie uns doch sehen" war eine doppelte Herausforderung für uns Queers: uns sichtbarer zu machen und für die Mainstream-Kultur, es zu wagen, uns anzusehen.

Welche Figur repräsentieren Homosexuelle in der polnischen Gesellschaft? Ein Queer-Theoretiker hat es einmal so beschrieben, dass in Polen als einem post-sozialistischen Staat "der Homosexuelle" für "den Bolschewiken, den Kommunisten" steht. Deswegen könne er für kapitalistische Entwicklungen schädlich sein. Ist das auch ein subversives Image mit dem ihr arbeitet?

Joanna: Dieser Tage ist die Figur des Homosexuellen mehr mit der EU verknüpft. Ich habe jüngst die Verbindung der Themen Nationalismus und Homophobie diskutiert: inwiefern nationale Identität in Opposition zu dem Anderen konstruiert wird und der/dem Anderen dann alles das zugeschrieben wird, was schlecht ist und keinen Platz in der eigenen Nation hat. In Polen kommt das Böse zu uns durch die unmoralische EU, die dringend die Erneuerung durch "ethische Werte" braucht. Die würde Polen dann in die EU einbringen und dafür kämpfen. Diese "ethischen Werte" sind: Respekt vor Religion (die natürlich immer Katholizismus ist), Familie und Tradition (die in diesem Diskurs Synonyme sind).

Tomasz: Das positive Image, das LGBTQ-Aktivisten in der Kampagne gegen Homophobie forciert haben, konnte auf den Werbetafeln gesehen werden. Queers wurden als junge StädterInnen dargestellt, nicht reich aber mutmaßlich aufstrebend. Einer der fotografierten 30 Männer (und 30 Frauen) war bereits im mittleren Alter und einer war nicht weiß. Bei genauerer Betrachtung haben die Fotografien eine neo-konservative Message übermittelt: Homosexualität ist irgendwie Teil einer konsumorientierten Kultur und passt zum Kapitalismus. Die unterprivilegierten Gruppen, wie kleine Bauern oder Pensionäre sind ausgeschlossen. Ich will die Kampagne auf dieser Basis nicht verdammen. Im Gegenteil, ich denke diese Bilder haben wichtige Arbeit geleistet. Es wäre aber naiv, nicht das sehr spezifische Toleranz-Argument zu sehen, das sie enthalten. Die Rechte, die natürlich fanatisch homophob ist, benutzt auf der anderen Seite sehr negative Bilder. Da könnten die Figur des/der Homosexuellen und des/der KommunistIn sehr gut zusammen passen. In Polen gibt es nur wenig öffentlich sichtbare Nostalgie für den Kommunismus. Es wird mittlerweile aber immer deutlicher, das der Prototyp des/der Homosexuellen der/die JüdIn ist. Die bekannte antisemitische Haltung, die zunehmend diskreditiert wird, wird jetzt auf Queers umgeleitet. Wie die JüdInnen werden Queers stereotyp als "anders" präsentiert. Als eine Bedrohung von innen, eine Art Verseuchung mit epidemischem Potenzial.

Ein Queer-Aktivist aus dem früheren Jugoslawien sagte "Glaubt ja nicht, dass wir als Queer-Aktivisten hier die gleichen Fehler machen müssen, die ihr im Westen gemacht habt. Dass wir die gleichen Phasen von Assimilierung, Entradikalisierung und Integration durchlaufen müssen." Was denkt ihr darüber?

Joanna: Das US-Modell muss hinterfragt werden und wird die ganze Zeit hinterfragt. Eine Vertreterin der größten LGBT-Organisation in Finnland sagte mir mal in einem Interview, dass die Organisationen aus Zentral- und Ost-Europa mit am sensibelsten, offensten und queersten sind. Vielleicht gibt es nicht den einen Entwicklungsweg der Bewegung und wir müssen nicht die gleichen Phasen wie die US-amerikanische

Bewegung durchlaufen. Vielleicht ist das US-Model nur ein Zufall und nicht ein universelles und allgemeingültiges Muster dessen, wo die Bewegung sich hinentwickelt.

Tomasz: Es steht uns auch frei unsere eigenen Fehler zu machen, oder? Es gibt sicherlich viel Platz für Missverständnisse zwischen unterschiedlichen Schauplätzen und auch zwischen Ost und West. Hat Hannah Arendt nicht gesagt, eine erfolgreiche Revolution ist die, die es schafft eine neue Ordnung zu etablieren? Es gibt das Paradox, dass einige der gestrigen Revolutionäre die heutigen Funktionäre sind. Das ist aber ein generelles Phänomen. Also machen wir wahrscheinlich den "Fehler", je früher desto besser. Das bedeutet aber nicht das Ende. Ich akzeptiere die Idee, dass es immer jemanden geben wird, der oder die radikaler ist als ich.

Wie gestaltet sich das vielbeschworene Zusammenspiel von Queer Theory und queeren Politiken in Polen?

Tomasz: Akademische Forschung sollte nicht einfach mit politischem Aktivismus gleichgesetzt werden, obwohl es natürlich viele gemeinsame Interessen gibt. Selbst wenn man Foucaults These akzeptiert, dass Wissen ein Machtinstrument ist, ist Aktivismus doch eine Menge mehr als das. Die Produktion von Wissen kann eine Form des Aktivismus sein, muss es aber nicht. Diese wechselseitige Beziehung zwischen Aktivismus und Theorie benötigt eine gewisse Demut oder sie riskiert, eine leere Geste zu werden. Die feministische Bewegung war in Polen queeren Anliegen gegenüber unglaublich unterstützend. Es ist wirklich die Errungenschaft der Feministinnen und nicht unsere. Und es ist umgekehrt sehr wichtig, dass eine queere Argumentation ganz explizit deutlich macht, dass Patriarchat und Zwangsheterosexualität miteinander verbundene Phänomene sind.

Joanna: Heute in Polen über queere Politik zu sprechen ist schwierig. Zwischen queerer Theorie und Praxis besteht eine riesige Diskrepanz. Gleichzeitig arbeiten Theorie-ProduzentInnen in verschiedenen Organisationen und machen queeren Thematiken gegenüber aufgeschlossener. Allerdings kann man sich einen radikalen queeren Aktivismus hier auch nur schwer vorstellen, wenn schon so zahme Aktionen wie "Sollen sie uns doch sehen " solche Spannungen hervorrufen. Die Diskrepanz von Theorie und Praxis ist jedenfalls nicht nur schlecht. Die Bewegung braucht ihre KritikerInnen. Die KritikerInnen brauchen die Bewegung.

Übersetzung aus dem Englischen: Nina Schulz

Joanna Mizieliñska unterrichtet im Bereich Gender Studies am Institut für Angewandte Sozialwissenschaften an der Universität Warschau in Polen. Tomasz Basiuk unterrichtet am American Studies Center an der Universität Warschau in Polen.

Anmerkungen:

1) "Queer" ist zunächst ein Sammelbegriff für alle, die in die herrschenden Raster von Zweigeschlechtlichkeit und Heterosexualität nicht passen (wollen). Queer Theory ist eine in den USA entstandene theoriepolitische Strömung, die Kategorisierungen nach "Geschlecht" und "sexueller Identität" jeglicher Art offensiv in Frage stellt - inklusive "schwuler" oder "lesbischer" Identität etc. "Queer" ist in dem Sinne also keine Identität, sondern die bewusste und provokante Durchstreichung von Identität. (Anm. d. Red.)

2) "In your face" bedeutet im Englischen: offensiv, offen und direkt, kein Wegschauen ermöglichend.

3) LGBT steht für Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender und Transsexual.

4) Organisiert hat das Ganze die "Kampagne gegen Homophobie", die 2001 als nicht-staatliche Organisation gegründet wurde und in ganz Polen tätig ist.

5) LGBQT: Lesbian, Gay, Bisexual, Queer, Transgender und Transsexual.

14. Die Widerruflichkeit der Normalität. Über Prekarität und Prekarisierungen

Autor: Martin Dieckmann · Rubrik: Sozialpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak499/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:499:10

In welchem Verhältnis stehen Prekarisierung und "Normalarbeitsverhältnis"? Welche Subjekte sind mit der "Normalarbeit" des 21. Jahrhunderts verbunden? Welche Kämpfe? Dies sind einige Fragen, die der folgende Text aufgreift. Es handelt sich dabei um das Einleitungsreferat, das Martin Dieckmann beim Forum Arbeit, Migration, Subjektivität des BUKO 28 am 6. Mai in Hamburg gehalten hat. Wir veröffentlichen hier eine leicht gekürzte Fassung. Dem Referat vorangegangen war ein Puppenspiel, das eine Talkshow mit verschiedenen Teilnehmerinnen zum Thema Prekarisierung darstellte. Darauf nimmt das Referat anfangs Bezug.

In diesen Tagen beginnen in der Druckindustrie Streiks um den Erhalt beziehungsweise um die Substanz des ältesten und besten Flächentarifvertrags aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Die Geschichte dieses Tarifvertrages ist ein guter Einstieg zum heutigen Thema beziehungsweise zur Fragestellung der folgenden Überlegungen. Dieses lautet: In welchem Verhältnis stehen Prekarität und Prekarisierung zum so genannten Normalarbeitsverhältnis - und welche Normen werden ins Zentrum neuer Klassenverhältnisse unter einem neuen Arbeitsregime gerückt werden?

Um dies zu verdeutlichen, möchte ich in die eben aufgeführte Talkshow noch zwei Figuren einführen: Stephan Born und Paula Thiede. Stephan Born war ein führendes Mitglied des Bundes der Kommunisten 1848. Im Gefolge der Revolution 1848 gründete er die erste nationale Gewerkschaftsorganisation, die "Allgemeine Arbeiterverbrüderung". In dieser Traditionslinie steht dann auch der legendäre, weil erste Flächentarifvertrag in Deutschland, der nationale Tarifvertrag der Buchdrucker. (...)

Dies alles würde Stephan Born zur Talkshow beisteuern: die starke Idee der Brüderlichkeit, der Solidarität, das Ziel und schließlich die große Errungenschaft tariflich geschützter Arbeitsverhältnisse. Gegen das Koalitionsverbot aus den ersten Jahren der Französischen Revolution setzte man die Koalitionsfreiheit durch, indem man von ihr kämpferisch Gebrauch machte ... "Tarifschutz, vor wem?" wird die Moderatorin fragen. Natürlich vor der Willkür der Unternehmer, als Ausgleich dessen, was auch das bürgerliche Arbeitsrecht die "strukturelle Unterlegenheit der ArbeitnehmerInnen" nennt. (...)

Fast unscheinbar tritt neben Stephan Born Paula Thiede auf (...) Sie organisierte ab Ende des 19. Jahrhunderts die weiblichen Hilfskräfte in der Druckindustrie - dies in einer eigenen Branchengewerkschaft, neben der Hilfsarbeitergewerkschaft, die wie der Buchdruckerverband nur Männer aufnahm. So noch nach 1900! (1) Paula Thiede wird in die Runde fragen: "Tarifschutz ja! Aber vor wem? Auch vor mir?", und sie wird die Geschichte der Tarifverträge der Druckindustrie ein wenig anders als Born erzählen, nämlich als eine Geschichte eines Schutzes vor Prekarität, der zugleich ein prekärer Schutz war. Denn der Tarifschutz der Buchdrucker im ersten Flächentarif Deutschlands galt erstens nur für Facharbeiter, zweitens nur für Männer und drittens nur für Deutsche. Paula Thiede aber war erstens eine Hilfsarbeiterin, zweitens eine Frau. Nur dass sie eine Deutsche war, hatte sie mit den Ein- und Ausschlusskriterien dieses Tarifvertrages gemeinsam. (...)

Was Stephan Born und Paula Thiede zu unserem Thema beizutragen haben, ist die Geschichte oder die historische Geburt des so genannten Normalarbeitsverhältnisses - auch als Geschichte von Vereinigungen, die erneut Spaltungen und Hierarchien erzeugten. Die Grundform "geschützter Arbeitsverhältnisse" ist der Tarifvertrag, und ein Tarifvertrag schützt immer nach zwei Seiten hin: gegen Unternehmerwillkür einerseits, andererseits gegen die Konkurrenz durch andere Lohnabhängige, der man Grenzen zieht. Die Integration durch Solidarität bedeutet also immer auch zwangsläufig Ausschluss - durch Solidarität. Das Tarifrecht ist so etwas wie das "Kartellrecht der kleinen Leute", und wie das Kartellrecht Marktverhältnisse regelt, regelt der Tarifvertrag Grenzen, Segmente eines Arbeitsmarktes, auch durch Zutrittsrechte. Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Dies ist kein Ergebnis bösen Willens. Es hat damit zu tun, dass auch diese Grundform kollektiver Einkommenssicherung dem Kapitalismus eingeschrieben ist. (...)

Das so genannte Normalarbeitsverhältnis hatte es also mitnichten mit universeller Egalität als Gleichbehandlung zu tun. Es ist - vom Tarifvertrag bis in die Sozialstaatlichkeit hinein - durchzogen von Hierarchisierungen und Segmentierungen. Und die Solidarbeziehungen darin sind entsprechend ungleich entwickelt. Die Bildung der vormals modernen Arbeiterklasse aus dem frühen Proletariat heraus erfolgte zwar

entlang der sozialen Antagonismen, schuf aber niemals aus sich heraus jenen homogene Block, den uns die Großen Erzählungen vom "historischen Subjekt" erzählen wollen.

Prekarität ist Proletarität

In welchem Verhältnis steht nun dieses historische Normalarbeitsverhältnis zur so genannten Prekarisierung? Marx schrieb in den "Grundrissen": "In dem Begriff des freien Arbeiters liegt schon, dass er Pauper ist: virtueller Pauper". Ersetzt man nun den Begriff des Pauper (des Armen) durch den des Prekären, stimmt der Satz nach wie vor: "Im Begriff des freien Arbeiters liegt schon, dass er Prekärer ist: virtueller Prekärer." Was aber ist Prekarität? Ich bediene mich hier des Lexikons einer romanischen Sprache, des Großen Langenscheidt Französisch-Deutsch. Da heißt es unter "Précarité": "1. Unsicherheit, 2. (juristisch) Widerruflichkeit". Für unser Thema gelten beide Bedeutungen zusammen. Etwa so: Prekarität ist die Unsicherheit von Lebensverhältnissen durch Widerruflichkeit des Erwerbs. Das hat mit der "freien Arbeiterin" ja dahingehend zu tun, dass sie - per definitionem - frei von Arbeitsmitteln ist, dass sie nur im Besitz des "Arbeitsvermögens" ist, also im weiteren Sinne getrennt ist von den Mitteln des eigenen Tuns (John Holloway). Und das ist auch die Voraussetzung des Pauper, zumindest im Sinne objektiver Armut. (...)

Prekarität ist also nicht mehr und nicht weniger als die Grundform von Lohnabhängigkeit; nicht von Lohnarbeit, sondern von Lohnabhängigkeit, denn der "freie Arbeiter" ist auch dann abhängig, wenn er erwerbslos ist. Während es umgekehrt durchaus LohnarbeiterInnen gibt, die keineswegs zwingend lohnabhängig sind. Zugespitzt: Prekarität ist historisch wie grundsätzlich identisch mit Proletarität. Die revolutionären Bewegungen des 19. Jahrhunderts kannten den Begriff der "Arbeiterklasse" noch gar nicht, sondern lediglich den des "Proletariats". Von den Urschriften der frühen Kommunisten bis zu Marx und auch später in wichtigen Differenzierungen bei Rosa Luxemburg fasst der Begriff des "Proletariats" alles zusammen, was wir heute als Prekarität und Prekarisierung kennen.

Vermarktlichung und Kernspaltungen

Karl Heinz Roth hat für die Gegenwart des späten 20. und frühen 21. Jahrhunderts von der "Wiederkehr der Proletarität" gesprochen. Exakt an diesem Punkt treffen sich nämlich alte und neue Proletarität, und das bedeutet auch: Es treffen sich unterschiedliche Tendenzen von Prekarisierung, etwa die Prekarisierung hin zum "freien Arbeiter". Historisch ist dies das Bauernlegen, die Zerstörung der Zunftordnung und damit des Berufsschutzes für HandwerkerInnen zu Gunsten des Freihandels auf dem Arbeitsmarkt, also das, was - wiederum laut Marx - eine notwendige Voraussetzung der "ursprünglichen Akkumulation des Kapitals" ist. Das gilt aber nicht nur für lange vergangene Zeiten, sondern ist ein Prozess, der die Geschichte des Kapitals als Klassenverhältnis fortlaufend begleitet, und zwar weltweit, dort, wo Menschen in riesigen Massen proletarisiert werden. (2)

Eines der Merkmale dieser klassischen Proletarität sowohl in der Frühgeschichte wie in den späteren Phasen des Kapitalismus ist die Migration als Mobilität. Wenn überall die Einkommen gleich schlecht sind, wandert die erzwungen oder freiwillig frei gesetzte Arbeitskraft jeweils zu den besseren Arbeitsbedingungen. Oder aber, wenn überall gleich schlechte Arbeitsbedingungen sind, wandert die Arbeitskraft zum höheren Einkommen. Migration durch Mobilität war und ist auch ein stiller, dabei aber äußerst wirksamer Arbeitskampf gewesen: Krupp und andere Zechenherren bauten die Arbeitersiedlungen, um die nomadisierenden Bergleute an die Zeche zu "binden". Auch die Mobilität der "freien ArbeiterInnen" wurde (in den Metropolen) hinterrücks zu einer Waffe im Kampf um die Voraussetzungen des "Normalarbeitsverhältnisses".

Ich habe von Prekarität als Unsicherheit der Lebensbedingungen durch Widerruflichkeit des Erwerbs gesprochen. Das historische Normalarbeitsverhältnis zeichnete sich durch erhebliche Relativierung dieser Widerruflichkeit aus. So ist es als Ergebnis der Kämpfe des 18. und 19. Jahrhunderts bis weit hinein ins 20. Jahrhundert identisch mit der "Entproletarisierung der Arbeiterklasse" geworden - bei fortlaufender Zuführung von Arbeitskraft im Zustand der Prekarität. Die Urenkel Stephan Borns und die Enkel Paula Thiedes gelangten nicht immer durch die selben Kämpfe, aber dennoch zu gleichen, zumindest ähnlichen Rechtsverhältnissen.

Grund dafür war die Entfaltung von Macht ... Die Machtentfaltung als "ArbeiterInnenklasse" lag vorrangig in der enormen Zusammenballung von Arbeitskraft in großen industriellen Aggregaten begründet. Die Integration ganzer Wertschöpfungsketten in Großfabrikstrukturen war dafür maßgebend, sicherlich auch die besondere Stellung einzelner ArbeiterInnengruppen innerhalb des Produktionsprozesses - also die besondere Macht der

Facharbeit. Doch auch die "MassenarbeiterInnen", die Un- und Angelernten der tayloristischen Massenproduktion, konnten analog ihre ganze Macht entfalten - als Fabrikmacht. Davon haben zuletzt die 1960er und frühen 1970er Jahre in Westeuropa, allem voran Italien, in Gestalt der Fabrikkämpfe und der Kämpfe gegen die "Fabrikgesellschaft" Zeugnis abgelegt.

Aktuell ist die erwähnte Beschränkung bzw. Relativierung der Widerruflichkeit auf allen Ebenen in Frage gestellt. Als Beispiele nenne ich den Kündigungsschutz, aber auch das Aushebeln von tariflichen Regelungen durch allgemeine Öffnungsklauseln zur betrieblichen Ausrichtung am Marktgeschehen. Was wir seit den 1980er Jahren Prekarisierung nennen, fand seine erste Erscheinungsform in der Ausfransung der Ränder der großen Aggregate der industriellen Arbeit. Dies betraf zum einen bestimmte Glieder der industriellen Produktionskette (als Auslagerung in so genannte Zulieferer), zum anderen die Auslagerung einfacher Dienste aus Dienstleistungsunternehmen ... Aus diesem Zeitraum ist auch bekannt, wie sich Spaltungen in Kern oder Stamm einerseits und die Ränder andererseits massiv in der Spaltung auch der arbeitsrechtlichen Verhältnissen niederschlugen, etwa in der Ausweitung von Leiharbeit, besonders aber der befristeten Arbeitsverhältnisse.

Falsch war aber schon damals die Auffassung, es bliebe bei dieser einfachen Zweispaltung in ein externes Heer von Prekären einerseits und eine abgeschmolzene, ihre Stellung aber vehement verteidigende, dabei sich einigelnde "Kernbelegschaft" andererseits. Denn außen wie innen handelte es sich um denselben Prozess, dessen Logik sich freilich erst später in Gänze erschloss. Es ist eine Logik der Spaltung und Neuzusammensetzung der Arbeit, und diese Logik hat mit dem Megawort der Gegenwart, dem "Markt" zu tun.

Seit den 1990er Jahren sind wir nämlich mit einer systematischen Zerlegung beziehungsweise Aufspaltung der vormaligen "Kerne" konfrontiert, einem Klassenkampf zur Zerstörung der Reste der alten "zentralen Arbeiterklasse" und ihrer Macht in der Arbeit. Dem liegt ein Paradigmenwechsel im Gefüge von Betrieb, Unternehmen und Markt zu Grunde: Die klassische Unterscheidung zwischen einem kooperativen Arbeitsprozess in einem Unternehmenszusammenhang einerseits und einem äußeren Produktmarkt andererseits wird aufgehoben. Stattdessen wird der Arbeitsprozess selbst in eine Vielzahl unternehmerischer Einheiten aufgegliedert. Der Markt wird in den Betrieb geholt und spaltet ihn - gleichgültig gegenüber der jeweiligen Rechtsform des Unternehmens - in unternehmerische Einheiten auf. Diese werde dann marktförmig aufeinander bezogen. Ein Unternehmen entfaltet in sich die Kooperationsbeziehungen der Arbeit als Marktbeziehungen, in denen ein und dieselbe Einheit jeweils in unterschiedlicher Funktion sowohl "Kunde" wie "Dienstleister" ist. (...)

Drinnen oder draußen? Matrix reloaded

Einerseits stehen sich unter diesem neuen Regime einander zuarbeitende Einheiten nunmehr als Anbieter und Kunden gegenüber. Andererseits werden die unternehmensinternen Dienstleistungen in Konkurrenz gebracht mit internen Dienstleistungen anderer Unternehmen. So entsteht eine Vielzahl einander überlagernder Märkte, auf denen Produkte als Dienstleistungen, Dienstleistungen als Produkte gelten, je nach Richtung von Angebot oder Nachfrage.

Auch der Preis der Arbeitskraft, so weit er bislang tariflich bestimmt war, gerät so unter immensen Druck. In einem Tarifsystem wie dem der deutschen Branchentarife waren die Märkte des Endproduktes mit entscheidend für die Höhe der Tarifleistungen. Mit der Aufspaltung der Arbeitsprozessketten in Marktbeziehungen löst sich dieser Zusammenhang auf. Nunmehr gelten "marktgerechte Preise", wobei der Marktvergleich auf das Kostenniveau anderer Einheiten anderer Betriebe zielt. Kurzum, die "Märkte", auf die bislang die gesamte Macht der Arbeit konzentriert war, werden matrixartig zer- und übereinander gelegt. Die Macht der Arbeit im Kapital wird systematisch dezentriert. Man spricht hier neuerdings auch von der Durchsetzung einer "marktzentrierten Produktionsweise".

Diese etwas grobe Zusammenfassung mag verwirren. Aber auch in der Lebenswelt der Arbeit stellt sich Verwirrung ein, denn das gesamte Gefüge von Innen und Außen wird auf den Kopf gestellt, Rand und Zentren spiegeln sich ineinander: "Matrix reloaded", wer ist noch drinnen und draußen? Die Verwirrung wird noch gesteigert, denn all das geht unter einer höchst effektiven Steuerung durch ein hoch zentralisiertes Kommandoregime vonstatten. (...) Aus der IT-Technik wissen wir, dass aus Verdrahtungen erst dann Netzwerke entstehen, wenn ein gemeinsames Protokoll gilt. Das zentrale, aber nicht immer sichtbare

Kommando zeichnet sich durch die Herrschaft über dieses Protokoll aus. Das ist die Grundfigur der "Globalsteuerung", die uns auf allen Ebenen, nicht nur im Arbeitsprozess, begegnet. Und wir haben allen Grund, hier nicht nur das Experiment der x-ten Managementreform zu suchen, sondern eine weit- und tief greifendere Struktur von Gesellschaft und gesellschaftlicher Arbeit.

Um die Mechanismen dieser Macht über die Arbeit zu erkennen, also auch um das Protokoll der Globalsteuerung zu dechiffrieren, bedarf es heute keiner ausgedehnter Entdeckungsreisen mehr. Um das Bild des Spiegels erneut zu bemühen: Es geht darum, dass das Eine zum Spiegelbild des ganz Anderen wird. Die Freien und Selbstständigen, die Freelancer, werden zum Vorbild ganz anderer Arbeitsverhältnisse. Dafür hat man den Begriff des "Arbeitskraftunternehmers" erfunden ... Aber das wirklich Verrückte an diesem Prozess ist, dass die Arbeit keinesfalls massenweise zur Arbeit von Freien und Selbstständigen wird. Wohl aber wird sie so strukturiert, als ob sie das wäre. Der Unterschied ist grundlegend und darf nicht verwischt werden, wenn man das Neue dieser "marktzentrierten Produktionsweise" verstehen will.

Um dies am Arbeitsvertragsrecht zu verdeutlichen: Hier unterscheidet man zwischen Werkvertrag und Dienstvertrag. Die Freien und Selbstständigen schließen Werkverträge ab, sie werden für das Produkt bezahlt. Diejenigen, die dabei gut verdienen, sind dann auch so frei, erst einmal nicht weiter arbeiten zu müssen. Im klassischen Arbeitsvertrag aber, dem Dienstvertrag, stellen die Lohnabhängige ihre Arbeitskraft für eine bestimmte Zeit zur Verfügung. Wenn nun die (lohnabhängigen) Angestellten beginnen, ihre Arbeitskraft nach unternehmerischen Gesichtspunkten einzusetzen, verhalten sie sich, als würden sie für die Arbeit und nicht für die Verausgabung ihrer Arbeitskraft bezahlt. Das, was Marx den Lohnfetisch genannt hat - der Glaube, für die Arbeit bezahlt zu werden - wird dann zum realen Arbeitsverhalten, aber ohne die zumindest abstrakt gegebenen Freiheiten der Freien und Selbstständigen nutzen zu können, denn auf die unmittelbare Verfügbarkeit über die Lohnarbeit verzichtet das Unternehmen ungern.

Diese Verkehrung von Zwang und Freiheit lässt sich als Muster überall wiederfinden, wenn es um dezentrierende Delegation von Unternehmerfunktionen geht. Manager nennen dies "den Markt an jeden Schreibtisch bringen". (...) Stand der Unternehmer bislang zwischen Beschäftigten und Kunden, sozusagen an der Nahtstelle des Unternehmens zum Markt, tritt er nun beiseite und konfrontiert die/den abhängig Beschäftigte(n) direkt mit dem Kunden ... Von der unternehmerischen Freiheit bleibt die Entscheidungsfreiheit auf der Kommandobrücke, während die unternehmerischen Marktzwänge nach unten hin delegiert werden. So entsteht durch mehr "Selbstständigkeit" mehr Druck. (...)

Es sind - wieder einmal - die wirklichen Menschen, die diese Verhältnisse, wenn auch nicht immer aus freien Stücken, eingehen. Die Individuen beginnen mehr und mehr damit, sich selbst zu beschädigen. Provozierend zugespitzt: Das Subjekt beschädigt "sein" Individuum, denn es ist nunmehr das Subjekt des "unternehmerischen" Menschen. Indem das Kommando dieses Arbeitsregimes unternehmerische Funktionen nach unten delegiert, werden die Menschen gezwungen, in sich selbst die Funktionen als Lohnabhängige und als Unternehmer zu integrieren - dies alles unter dem "stummen Zwang" der Märkte. Im Extremfall setzen sie sich selbst einem permanenten Benchmarking aus. (...)

Das Subjekt beschädigt sein Individuum

Das unternehmerische Subjekt ... ist nicht bloß eine schizoide Verkehrung im Bewusstsein - es ist eine reale Verkehrung, in der sich das Subjekt dieses Handelns und Verhaltens gegen das Individuum und seine Ressourcen kehrt. Das kapitalistische, unternehmerische Subjekt unterwirft "sein" Individuum. Der doppeldeutige Sinn liegt auf der Hand: Selbst-Ausbeutung ist Ausbeutung durch das fremd-eigene Selbst. Dies wäre dann nicht mehr nur eine "innere Landnahme" durch das Kapital. Als Ausschöpfung noch nicht verwerteter Ressourcen der Individuen und ihrer sozialen Beziehungen ist dies auch eine Landnahme des Innen der Individuen - durch deren "Subjekt". (...)

Was heißt dies aber für die Klassenverhältnisse, für die Neuzusammensetzung alter wie neuer Proletarität? Die qualifizierte Arbeit erlebt eine regelrechte Implosion der Macht in der Arbeit. Dies betrifft große industrielle Einheiten eben so wie die vormals großen Unternehmenseinheiten der Angestelltenwelt. Sind nunmehr alle gleich, also alles paletti im Klassenkampf?

Nein, dem ist keineswegs so, und es dürfte erst recht nicht bei der derzeitigen Unübersichtlichkeit bleiben. Denn die Dezentrierung der Arbeitsprozesse und damit die Entmachtung der historischen "Klasse" geht

keineswegs einher mit einer einfachen Angleichung aller Arbeits- und Lebensverhältnisse. Neue Hierarchisierungen zeichnen sich dort ab, wo es um spezifische Funktionen und Qualifikationen geht. Diese sind auf die Steuerung dieser Prozesse bezogen und leiten sich, netzwerktechnisch gesprochen, aus der Protokollmacht ab. Die neuen Eliten der Arbeit werden sich über das Wissen über derartig komplexe Prozesse und über die Mechanismen zu deren Steuerung auszeichnen. (...) Die ersten Exemplare einer zukünftigen Elite postfordistischer Arbeit sehen wir heute schon in Gestalt der Accounter, die nichts herstellen können, wohl aber die Rahmenbedingungen jeder Herstellung definieren lernen. Und das ist dann auch das Kennzeichen ihrer Teilhabe an herrschaftlicher Machtverhältnisse: Ausübung der Definitionsmacht über "Märkte" als Handlungsrahmen unternehmerischer Subjekte.

Von Spiegeln und Klassenverhältnissen

Die gesamte Entwicklung scheint nun ganz und gar der Möglichkeit kollektiver Erfahrung als Klassenerfahrung zuwider zu laufen. Teilweise mag dies zutreffen, aber auch nur dann, wenn man die Klassenerfahrung auf die herrschaftliche Integration im Arbeitsprozess und damit auch die mögliche Kollektivität und Solidarität auf das Zwangskollektiv und der Fabrikdisziplin reduziert. Ganz anders dagegen, wenn man von der Grunderfahrung der Prekarität als Proletarität ausgeht (...) In den verschiedenen Varianten prekarisierter Arbeitsverhältnisse - sowohl der Auftrags- wie Lohnabhängigen - wird diese Trennung von den Produktionsmitteln im Besonderen und der "Protokollmacht" im Allgemeinen deutlich erfahrbar. Insoweit haben wir es keinesfalls mit einer neuen, sondern der klassischen "Proletarität" zu tun.

Neu ist, dass es sich um die Proletarität hoch entwickelter kapitalistischer Subjekte handelt, um hochgradig vergesellschaftete Individuen. Weder Freelancer noch neue selbstständig Abhängige oder abhängig Selbstständige werden aus einer vor- oder nichtkapitalistischen Lebenswelt herausgerissen. Sie sind, manchmal bis auf die einfachsten Dienstleistungen herunter gebrochen, ManagerInnen ihres verkehrten Selbst. Darin verfügen sie aber auch über eine hohe Fähigkeit zur Selbstorganisierung, die freilich kapitalistisch verkapselt bleibt.

Der Antagonismus im Kapitalverhältnis ist keineswegs aufgehoben, an seiner Zentralität zu zweifeln, wäre fahrlässig. Doch er zerstreut sich auch zunehmend in die Individuen selbst - in den abgründigen Kampf um die Ressourcen der Selbstökonomisierung. Als entwickelte kapitalistische Subjekte können solche Individuen für das Kapital zu Zeitbomben werden, wenn sie den Kampf zum Schutz ihrer Ressourcen aufnehmen. Doch dies auch nur dann, wenn sie sich in einer neuen, freien Kollektivität gemeinsam ihrer Selbst-Ausbeutung und damit zu einem Gutteil ihres fremd-eigenen Selbst widersetzen.

Wie dies gelingen kann, lasse ich hier offen. Vorerst allgemein und ein wenig diffus bleibend kann aber schon gesagt werden, dass eine freie Kollektivität sich weder aus der alten Fabrikdisziplin noch aus einem Marktkartell postfordistischer MarktarbeiterInnen ableiten lässt. Die Subversion beginnt dort, wo Menschen sich in ihren Besonderheiten, als Individuen, begegnen und lernen, dass kollektiver Schutz eben der Entfaltung von realer Individualität und nicht von Standards dient.

Die gesamte Diskussion über Prekarität kreist zumeist um sozial- und wohlfahrtsstaatliche Absicherung oder auch nur um die fürsorgliche Abfederung von Flexibilität. Das ist zunächst auch erforderlich, denn die Sozialleistungen erhalten angesichts des Dumpings von Löhnen und Honoraren eine immense Bedeutung. Aber es gibt darin eine gefährliche Tendenz, die sich im Slogan von mehr "Flexicurity" ausdrückt, also als sozial- und wohlfahrtsstaatliche Absicherung von unternehmerischer Flexibilität durch Grundsicherungsformen ... Statt dessen müsste die Diskussion und auch die Aktion sich wieder direkt den Basisprozessen zuwenden und dort nach den Rissen im Grund des Kapitalverhältnisses fahnden. Diese Suche ist auch eine höchst empirische Angelegenheit. Eine Frage dabei wäre: "Wie haltet ihr es denn mit euch und eurem ‚Selbst', Genossinnen und Genossen?"

Martin Dieckmann

Die Originalfassung dieses Text ist veröffentlicht unter
www.labournet.de/diskussion/arbeit/realpolitik/prekaer/rede_buko05.html,
www.buko.info/kongress/buko28/material/texte.html sowie Die Aktion, Hamburg (Edition Nautilus)

Anmerkungen:

1) Hilfsarbeiterinnen und Druckfacharbeiter kamen erst nach 1945 in der IG Druck und Papier zusammen.

2) Niemals war deren Zahl größer als in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Diese gewaltige sozio-ökonomische Umwälzung im Weltmaßstab nach 1945 hat Eric Hobsbawm eindrucksvoll in seinem Buch "Zeitalter der Extreme" belegt.

15. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der Welt der bezahlten und nicht bezahlten Arbeit

Rubrik: Sozialpolitik; Kapitalpolitik, Firmen; Arbeiterbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak499/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:499:35

Repressive Kleiderordnung

Der VW-Konzern macht sich Sorgen - über das Erscheinungsbild der MitarbeiterInnen. "Das Kleidungsbild" habe "lange Zeit einem gut komponierten Gemälde geglichen." Da das offenbar nicht mehr der Fall ist, gibt es "Pflegerichtlinien" und "Anweisungen zur Einhaltung der Grooming Standards", ordentlich mit dem Betriebsrat vereinbart und als Betriebsvereinbarung fixiert.

Krawatten sind "der Schmuck des Mannes" und sind "tadellos gebunden zu tragen", heißt es dort. Alles andere gilt als "degoutant". Anleitungen, wie das auszusehen hat, werden gleich in mehreren Schaubildern mitgeliefert. Schuhe müssen geputzt sein, Piercings sind unerwünscht, als Herrenschmuck sind nur Eheringe akzeptiert, Sakkos und Hemden sind bis oben hin zuzuknöpfen. Ausgezogenes Sakkos und aufgekrempelte Hemdsärmel sind "stillos", vor allem "in Gegenwart einer Dame". Lediglich "wenn es warm ist", könne man hier die eine oder andere Ausnahme zulassen, meint eine Firmensprecherin. Und sie macht gleichzeitig klar, dass die Geschäftsleitung gewillt ist, diese Bekleidungsvorschriften auch durchzusetzen. Dass dies auch durch "Fertigmachen" und Mobbing von KollegInnen geschieht, berichtet die Leiterin der Hamburger Mobbingzentrale nach einem Besuch in Wolfsburg: "Wer nicht dem dort grassierenden Modell-Wahn entspricht, gerät in die Schusslinie."

www.labournet.de; taz

Generalstreik in Belgien

Am Freitag, den 7. Oktober hat der erste Generalstreik seit zwölf Jahren das öffentliche Leben in Belgien lahm gelegt. Zu dem Streik aufgerufen hatte die sozialistische Gewerkschaft FGTB. Den Auftakt bildeten die EisenbahnerInnen, die bereits am Donnerstag Abend vor allem die internationalen Strecken von Brüssel nach Köln, Paris, Amsterdam und London bestreikten. Die Beschäftigten im öffentlichen Nahverkehr streikten ebenso wie die Hafenarbeiter in Antwerpen, die Postbediensteten oder die Aufseher in den Gefängnissen. Dort musste die Polizei Streikbrecherarbeit leisten. Schulen blieben weitgehend geschlossen, am internationalen Flughafen in Brüssel kam es zu Verspätungen, und beim Opel-Werk in Antwerpen fiel die Nachtschicht aus.

Der Streik richtet sich gegen Pläne der Regierung, das Eintrittsalter in den Vorruhestand von 58 Jahren auf 60 Jahre zu erhöhen.

NZZ Online

Boeing unter Druck

Ebenfalls zu einem flächendeckenden Streik kam es Anfang September bei Boeing in Seattle. Dort hatten 18.300 Mitglieder der Flugzeugtechniker-Gewerkschaft IAM einen neuen Tarifvertrag mit 86 Prozent der Stimmen abgelehnt und statt dessen für Streik gestimmt - das erste Mal seit 1995. Damals war der Flugzeugbauer 69 Tage lang bestreikt worden. Die Beschäftigten wehren sich vor allem gegen Einschnitte bei der betrieblichen Krankenversorgung. Sie verlangen zudem bessere Betriebsrenten und eine bessere Sicherung der Arbeitsplätze.

Der Streik erwischte Boeing zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt. Das Auftragsvolumen hatte stark zugenommen. 320 Flugzeuge sollten in diesem Jahr ausgeliefert werden, und bis zum Streikbeginn waren erst 179 Maschinen an die Kunden übergeben worden.

Süddeutsche Zeitung

Demokratie à la DC-Betriebsrat

Bei DaimlerChrysler ist der kämpferische Streik des letzten Jahres der IG Metall und der Betriebsratsmehrheit in Untertürkheim offenkundig in die Knochen gefahren. Wie im gesamten Konzern, so sollen auch hier

Minderheitenstatements aus dem Betriebsrat unterbunden und mit der Forderung nach "Einheit" kritischen Betriebsratsmitgliedern ein Maulkorb verpasst werden. Bei den gerade stattfindenden Vorwahlen zur Betriebsratsliste der IG Metall in der Gießerei und dem Gießwerkzeugbau tauchen kritische Gewerkschaftskollegen aus dem Umfeld der Betriebszeitung alternative auf dem offiziellen Gewerkschaftsvorschlag gar nicht mehr auf. Renommierte BetriebsaktivistInnen wie Tom Adler, Markus Messing, Dimitrios Pantazis oder Adriano Molinari sollen so aus der offiziellen Gewerkschaftsliste zu den Betriebsratswahlen herausgesäubert und zur Kandidatur auf einer eigenen Liste gezwungen werden - in der Vergangenheit immer wieder Anlass für Gewerkschaftsausschlüsse. Die kritischen Metaller haben sich geweigert, ihre Betriebszeitung einzustellen und sind ebenfalls nicht bereit, nach außen nur noch die Meinung der Betriebsratsmehrheit zu vertreten.

alternative extra

16. Keine Flüge von Terminal A. Die Hintergründe des Solidaritätsstreiks in London Heathrow

Autor: Willi Kaufmann · Rubrik: Großbritannien · CD-Datei: daten/aksuche/ak499/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:499:14

Zwei Tage im August hatten die Beschäftigten der britischen Fluggesellschaft British Airways aus Solidarität mit ihren prekären Niedriglohn-KollegInnen von Gate Gourmet den Flughafen London Heathrow lahm gelegt - ein Streik, der weit über die Grenzen Großbritanniens hinaus für Furore sorgte.

Zehntausende von Fluggästen wurden am 11. August am Londoner Flughafen Heathrow unfreiwillig Zeugen einer der eindruckvollsten Solidaritätsaktionen der letzten Zeit. Ungefähr 1.000 Beschäftigte des Bodenpersonals von British Airways (BA) hatten aus Solidarität mit gerade entlassenen Beschäftigten der Catering-Firma Gate Gourmet die Arbeit nieder gelegt. Ohne Gepäckabfertigung und Bustransport ging ganz schnell gar nichts mehr, und BA musste alle Flüge von und nach London absagen. Auf Aufforderung ihrer Gewerkschaft nahmen die in der Transport and General Workers Union (T&G) organisierten Beschäftigten gegen Abend des folgenden Tages die Arbeit wieder auf, nachdem weitere Gespräche zwischen Gewerkschaft und Caterer angekündigt wurden. Am 29. September schließlich ist der Arbeitskonflikt um die etwa 700 entlassenen Beschäftigten von Gate Gourmet beigelegt worden - ohne rauschenden Sieg, aber mit einem Kompromiss, den die Entlassenen mit "überwältigender Mehrheit" (so die T&G) angenommenen haben.

Billigflieger und union buster

Der Konkurrenzkampf unter den Fluggesellschaften hat sich in den letzten Jahren durch den Markteintritt so genannter Billigflieger gewaltig verschärft. Die englische Bezeichnung "low-cost carrier" deutet bereits an, wodurch die vergleichsweise niedrigen Preise erreicht werden: Es geht um rigide Kostensenkung. Tarifverträge stören dabei und werden, so gut es geht, vermieden oder abgesenkt. Dies macht Schule, und immer mehr klassische Fluggesellschaften richten selbst Billigfluglinien ein. Die Lufthansa ist da keine Ausnahme. Ryanair, der Star am Billigflughimmel, ist für seine gewerkschaftsfeindliche Haltung berüchtigt - wenn auch bei zu wenigen. Die entsprechende Webseite der Internationalen Transportarbeiter Föderation (ITF) (www.ryan-be-fair.org) erreicht nicht annähernd die Publizität der Schnäppchenpreise, mit denen das Unternehmen wirbt.

Der Kostensenkungswettbewerb zielt seit längerem auch auf das Bodenpersonal, einschließlich des Caterings für die Fluggäste. Das Airline-Catering hat weltweit ein Umsatzvolumen von ca. 23,5 Mrd. Euro. Marktführer ist die zum Lufthansa-Konzern gehörende LSG Sky Chefs. Den zweiten Platz belegt das Unternehmen Gate Gourmet, das derzeit weltweit etwa 22.000 Beschäftigte hat. Diese Firma gehörte ursprünglich zur Schweizer Swissair und übernahm 1997 das Catering von British Airways.

BA hatte die Bordverpflegung ausgegliedert, um ca. 50 Millionen Pfund einzusparen. Die bisherigen BA-Beschäftigten wurden Angestellte von Gate Gourmet. Nach der Swissair-Pleite Ende 2001 wurde Gate Gourmet 2002 von der Investmentfirma Texas Pacific Group (TPG) übernommen. TPG war 1993 unter maßgeblicher Beteiligung von David Bonderman gegründet worden, der zugleich seit 1996 an der Spitze von Ryanair steht. TPG gilt unter Gewerkschaften als "union buster". (1) Die Gruppe besitzt unter anderem Burger King, ist seit kurzem Großaktionär bei Mobilcom und ist am deutschen Badarmaturen-Hersteller Grohe beteiligt, wo die Beschäftigten seitdem mit massenhaften Stellenstreichungen konfrontiert sind.

Sparen beim Catering

Der britische Ableger von Gate Gourmet hat etwa 2.200 Beschäftigte. Dem aktuellen Konflikt vorausgegangen waren Verhandlungen zwischen Gate Gourmet und der Gewerkschaft T&G über ein Sanierungsprogramm, das geringere Bezahlung, den Wegfall einiger Sozialleistungen und schlechtere Arbeitsbedingungen beinhalten sollte. Dabei verdienen die Gate-Gourmet-Beschäftigten bereits jetzt oftmals nicht mehr als 12.000 Pfund im Jahr - in der teuren Region London ein Niedriglohn. Außerdem sollten 675 Stellen gestrichen werden.

In einer Urabstimmung hatten die Beschäftigten den vorgelegten Sanierungsplan abgelehnt. Am 10. August eskalierte daraufhin der Konflikt. Trotz geplantem Stellenabbau stellte die Firma Leiharbeitskräfte ein. Als die Beschäftigten sich als Reaktion auf diese Provokation versammelten und Erklärungen verlangten, wurden sie zunächst eingesperrt und danach ultimativ aufgefordert, sofort die von der Firma gestellten Bedingungen zu

akzeptieren. Nachdem sie dies verweigerten, wurde die gesamte Schicht mit sofortiger Wirkung entlassen. Die Versammlung sei einer wilder Streik und damit illegal, hieß es. Am nächsten Tag wurden aber auch Beschäftigte, die krankgeschrieben oder in Mutterschutz waren, schriftlich gekündigt - "irrtümlich", wie die Firma hinterher behauptete. Offenbar gab es bereits Listen, wer gehen sollte, denn insgesamt wurden, wie ursprünglich anvisiert, etwa 670 Beschäftigte rausgeworfen.

Der Eindruck einer geplanten Provokation wird durch einen Aktionsplan erhärtet, der von Texas Pacific ausgearbeitet und vom Boulevard-Blatt Daily Mirror enthüllt worden war. Ziel sei es, so das TPG-Papier, einen Streik zu provozieren, um einen Vorwand für Massenentlassungen zu haben. Bereits Anfang des Jahres war eine Tochterfirma namens Versa Logistics gegründet worden, mit der bei einem erwarteten Streik rasch niedrig bezahlte Beschäftigte aus Polen nach Großbritannien gebracht werden sollten. Genau dies geschah jetzt auch. Die polnischen ArbeiterInnen werden so gegen die Gate Gourmet Beschäftigten - überwiegend MigrantInnen aus Indien, Pakistan oder Bangladesh - ausgespielt. So weit, so schlecht.

Der Arbeitskonflikt bei Gate Gourmet wäre unbeachtet geblieben, hätte sich nicht das Bodenpersonal von British Airways (ebenfalls in der T&G organisiert) mit den Entlassenen solidarisiert und am Tag nach der Massenentlassung die Arbeit niedergelegt. Dies brachte den internationalen Flugbetrieb von BA rasch zum Erliegen. GMB, die zweite große in Heathrow vertretene Gewerkschaft, machte am selben Tag klar, dass ihre Mitglieder keinesfalls Streikbrecherarbeit leisten würden.

Der Solidaritätsstreik kam nicht von ungefähr. Viele Gate-Gourmet-Beschäftigte waren vorher bei BA beschäftigt. Die KollegInnen kennen sich, sind in der gleichen Gewerkschaft, manche sind sogar mit einander verwandt oder verheiratet. Trotz ihres rechtlichen Status werden die Gate-Gourmet-Beschäftigten von vielen BA-ArbeiterInnen immer noch als Teil der BA-Belegschaft wahrgenommen. Viele wohnen in den gleichen Stadtvierteln in der Nähe des Flughafens. Unabhängig davon ist vielen BA-Beschäftigten bewusst, dass langfristig auch ihre Arbeitsbedingungen bedroht sind, wenn sich das Beispiel von Gate Gourmet durchsetzt. Und es geht auch um die Zukunft der Gewerkschaft am Flughafen.

Während die T&G die Beschäftigten bei Gate Gourmet ohne jede Einschränkung auch offiziell unterstützt, brachte sie der Solidaritätsstreik in ein Dilemma. Einerseits war dieser Streik sicherlich als zusätzliches Druckmittel willkommen, um Gate Gourmet zumindest zur Rücknahme der 670 Kündigungen zu bewegen. Andererseits konnte sich die Gewerkschaft nicht offiziell zu diesem Streik bekennen, ohne das Risiko enormer Schadensersatzforderungen einzugehen. Ursache dafür sind die sehr restriktiven britischen Streikgesetze, die in den Thatcher-Jahre verabschiedet und von New Labour beibehaltenen worden sind. Die T&G hat deshalb zur Wiederaufnahme der Arbeit aufgerufen und sich förmlich von der Aktion distanziert. Zugleich warnte sie jedoch British Airways vor Repressionen gegen die Streikenden und wies auf die Verantwortung von BA für den Konflikt bei Gate Gourmet hin. Schließlich habe erst die Ausgliederung des Catering zur gegenwärtigen Situation geführt.

Gerade weil es sich rechtlich gesehen um einen verbotenen Sympathiestreik ("secondary action") gehandelt hat, ist die Solidaritätsaktion der BA-Beschäftigten umso höher zu bewerten. Auch wenn sie am zweiten Tag beendet wurde, hat sie doch den Gate-Gourmet-Beschäftigten eine Aufmerksamkeit und Solidaritätswelle beschert, die diese alleine nicht erreicht hätten. Auf der internationalen Ebene schaltete sich die ITF in die Solidaritätsarbeit ein. Gate Gourmet liegt nicht nur in Großbritannien, sondern auch in Deutschland, den USA und Irland im Konflikt mit den Beschäftigten und ihren Gewerkschaften um Sparprogramme und Tarifverträge.

Der Kompromiss, den die Entlassenen von Gate Gourmet am 29. September akzeptiert haben, beinhaltet eine Abfindungsregelung, die auf der Formel "zwei Wochenlöhne pro Beschäftigungsjahr" basiert. (2) Die Mehrheit der Gekündigten kann entweder in die Firma zurückkehren oder die Abfindung annehmen, wofür wohl ein Teil optieren wird. 144 Beschäftigte, die bereits vor der Eskalation gekündigt waren, können ihre Kündigung überprüfen lassen. De facto wird dies wohl für die meisten ebenfalls auf die Abfindungszahlung hinauslaufen. Sieben AktivistInnen, die die Firma in keinem Fall wieder einstellen will, wird T&G helfen, einen anderen Job zu finden. Das Abfindungsangebot soll auch den Beschäftigten unterbreitet werden, die am 10. August nicht entlassen wurden und weiterarbeiteten. Auch von diesen sollen bereits etliche ihr Interesse an der Abfindungsregelung signalisiert haben.

Solidarität und Macht

Insgesamt sieht es damit so aus, dass Gate Gourmet das ursprüngliche Firmenziel erreichen wird und die Belegschaft ihrer britischen Niederlassung drastisch verkleinert. Die T&G konnte ihre ursprüngliche Forderung nach Wiedereinstellung aller Entlassenen nicht durchsetzen, wobei etliche Beschäftigte dies nach den Ereignissen der vergangenen Wochen offensichtlich auch nicht mehr anstrebten. Dass sich die Mehrheit der Entlassenen auf den Kompromiss einließ, deutet auf eine pessimistische Einschätzung des Kräfteverhältnisses für eine Fortführung des Konflikts hin.

Hinsichtlich der Kampfmöglichkeiten von Beschäftigten im Niedriglohnsektor, ergibt sich ein gemischtes Bild. Die Angestellten des Catering-Unternehmens selbst hatten sehr beschränkte Durchsetzungsmöglichkeiten. Ihre (eingeschränkt) vorhandene strukturelle Macht (3) wurde im Vorfeld systematisch unterminiert. Nach den provozierten Entlassungen hatten weder Beschäftigte noch Gewerkschaft nennenswerte legale Mittel zur Druckentfaltung in der Hand, wäre der Konflikt auf den Caterer beschränkt geblieben.

Nicht auf der Rechnung des Managements war der Solidaritätsstreik der Gepäckbeförderer und anderer Bodenbeschäftigter von British Airways. Hier zeigte sich, dass unter besonderen Umständen, insbesondere in engverzahnten Transportketten, auch solche Beschäftigte, die von ihrer Qualifikation her leicht ersetzbar erscheinen, über eine hohe strukturelle Durchsetzungsmacht verfügen und innerhalb von wenigen Stunden enormen ökonomischen Druck ausüben können. Die Solidarität der BA-Beschäftigten ist freilich nicht abstrakt. Sie hatte im konkreten Fall viel mit der persönlichen Verbundenheit mit den Gate-Gourmet-KollegInnen zu tun. Hinzu kamen eigene negative Erfahrungen mit BA sowie das Wissen darum, dass ihre Jobs ebenfalls massiv gefährdet sind. British Airways hat inzwischen drastische Umstrukturierungen angekündigt, die nicht zuletzt die Beschäftigten in der Gepäckabfertigung treffen sollen. Die nächste Runde am Flughafen Heathrow steht bevor.

Willi Kaufmann

Der Text ist eine überarbeitete Fassung zweier Artikel, die in express, Zeitschrift für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, 8/05 und 9/05 erschienen sind.

Anmerkungen:

1) Firmen, die darauf spezialisiert sind, Gewerkschaften aus den Betrieben hinauszukicken oder gar nicht erst hinein zu lassen.

2) Gesetzlich verpflichtend ist in Großbritannien lediglich ein Wochenlohn pro Beschäftigungsjahr.

3) Ohne Catering können Flugzeuge zwar starten, doch führt der Komfortverlust zu einem Imageschaden der Fluglinien.

17. Handreichungen zum Klassenkampf. Armut wegen Reichtum

Autor: dk · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak499/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:499:36

Dass neoliberale Wirtschafts- und Sozialpolitik dazu führt, dass die Schere zwischen reich und arm größer wird, ist eine Binsenweisheit, doch für die Bundesrepublik Deutschland will sie offenbar niemand recht zur Kenntnis nehmen. Dabei sprechen die Fakten eine eindeutige Sprache: Die Einkommensverteilung ist ungleicher geworden.

Von insgesamt 26,5 Millionen Steuerpflichtigen verdienen ca. 10 Millionen allerhöchstens 20.000 Euro im Jahr. Insgesamt 16 Millionen, also deutlich mehr als die Hälfte erzielen Jahreseinkommen zwischen 0 und 30.000 Euro. Umgekehrt verdienen knapp 0,6 Millionen Steuerpflichtige, also gerade mal 2,3 Prozent, 100.000 Euro und mehr im Jahr. Und gerade mal 0,1 Millionen verdienen 250.000 Euro und mehr. Während das ärmste Fünftel der bundesdeutschen Bevölkerung zehn Prozent der Einkommen erzielt, vereinigt das reichste Fünftel stolze 36 Prozent aller Einkommen auf sich.

Wer hat, dem wird gegeben

In Bezug auf das Vermögen ist die Diskrepanz noch krasser. Um 20 Prozent, von 4,2 auf 5 Billionen Euro, ist das private Nettovermögen von 1998 bis 2003 gestiegen. Allerdings entfallen auf die untersten zwei Fünftel der Bevölkerung lediglich 1,7 Prozent des Gesamtvermögens (1998 waren es 1,8 Prozent). Das oberste Fünftel hingegen besitzt 67,5 Prozent, also mehr als zwei Drittel des bundesdeutschen Privatvermögens (1998: 66,1 Prozent). Während 1993 die zehn Prozent der reichsten Haushalte über knapp 45 Prozent des Vermögens verfügten, waren es 2003 mit 47 Prozent noch einmal zwei Prozentpunkte mehr. Insgesamt besaß die oberste Hälfte in Deutschland 1993 mit 96 Prozent fast das gesamte Privatvermögen in diesem Land, die untere Hälfte mit vier Prozent fast nichts. Zehn Jahre später ist das Verhältnis noch drastischer: 96,3 Prozent zu 3,7 Prozent.

Die bedeutsamsten Vermögensbesitzer in Deutschland sind Selbstständige mit durchschnittlich 300.000 Euro Nettovermögen im Jahre 2003 (+ 10,5 Prozent im Vergleich zu 1993), gefolgt von PensionärInnen mit durchschnittlichen 252.000 Euro (+ 42 Prozent gegenüber 1993). Demgegenüber verfügen RentnerInnen über ein durchschnittliches Vermögen von 130.000 Euro, lohnabhängig Beschäftigte über 120.000 Euro und Erwerbslose über ein durchschnittliches Nettovermögen von 48.000 Euro.

In Bezug auf die Steuer- und Abgabenbelastung sind die Bruttolöhne und -gehälter im ersten Halbjahr 2004 mit 18,1 Prozent bei der Lohnsteuer und mit 16,8 Prozent bei den Abgaben belastet gewesen. 1990 lagen diese Werte bei 16,2 Prozent bzw. 14,2 Prozent, 1980 bei 15,8 bzw. 12,8 Prozent und 1970 bei 11,8 bzw. 10,7 Prozent. Umgekehrt ist die Entwicklung bei den Gewinn- und Vermögenseinkommen. Hier lag die direkte Steuerbelastung im Jahr 2003 bei 5,7 Prozent. 1990 waren es noch 9,8 Prozent, 1980 15,3 Prozent und 1970 gar 16,1 Prozent. Während die Brutto-Unternehmensgewinne in Deutschland von 185,24 Mrd. Euro im Jahr 1991 auf 303,13 Mrd. Euro im Jahr 2003 gestiegen sind, ist die direkte Steuerbelastung im selben Zeitraum von 21,87 Mrd. Euro auf 16,22 Mrd. Euro gesunken.

Anstieg der Habenichtse

Egal, wo man die Grenze für Einkommensarmut anlegt: Gemessen am Durchschnittseinkommen ist die Einkommensarmut in Deutschland von 1993 bis 2003 kontinuierlich gestiegen, und zwar von 11,7 Prozent (1993) über 12,1 Prozent (1998) auf 13,5 Prozent (2003). In den alten Bundesländer ist der Trend ähnlich. Dort erfolgt der Armutsanstieg seit 1973 von 8,7 Prozent (1973) über 11,8 Prozent (1988) auf 12,2 Prozent (2003). Ebenfalls gestiegen ist von 1998 bis 2003 die Armutsrisikogrenze (gemessen als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens). Lag diese Grenze 1998 noch bei 825 Euro im Monat waren es im Jahre 2003 938 Euro. 2003 mussten zwei Prozent der Menschen in diesem Land von 600 Euro im Monat leben. Mit Hartz IV dürfte diese Quote drastisch zugenommen haben.

Überdurchschnittlich von Armut betroffen sind allein Erziehende (58,5 Prozent; 90 Prozent der allein Erziehenden sind Frauen), Erwerbslose (37,9 Prozent), Haushalte mit drei und mehr Kindern (29,3 Prozent), MigrantInnen (27,4 Prozent) sowie Kinder und Jugendliche (22,9 Prozent bei den 11-20-Jährigen, 17,6 Prozent bei den 0-10-Jährigen). 1998 lag die Armutsquote bei Kindern und Jugendlichen noch bei 13,8 Prozent.

Weder gesamtgesellschaftlich noch individuell ist Armut ein vorübergehendes Phänomen. Stabile 7,8 Prozent der Bevölkerung in den alten Bundesländern lebten von 1992 bis 2000 sechs, sieben und acht Jahre in Armut. Im Osten waren das 24,1 Prozent, 22 Prozent und 18,3 Prozent.

dk

Quellen: ver.di-Bundesvorstand (Hg.): WiPo aktuell, 2/2005; ver.di-Reader Mindestlohn. Gegen Arbeit in Armut; www.sozialpolitik-aktuell.de

18. Eingezäunt, ausgegrenzt, abgeschoben. Ende September protestierten mehrere Intitiativen gegen Lager für Flüchtlinge

Ende September protestierten mehrere Initiativen gegen Lager für Flüchtlinge

Autor: Anke Schwarzer · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Asyl- und Migrationspolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak499/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:499:31

Rund 500 Menschen beteiligten sich an der "Aktionstour gegen das europäische Lagersystem" am 24. und 25. September, darunter auch rund 50 Lager-BewohnerInnen. Aktionsorte waren das so genannte Ausreisezentrum im niedersächsischen Bramsche-Hesepe, die Landesgemeinschaftsunterkunft in Horst bei Boizenburg und das Container-Lager Görries am Schweriner Stadtrand. Aufgerufen haben das Kölner Komitee für Grundrechte und Demokratie, das No-Lager-Netzwerk, Flüchtlingsräte und verschiedene Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen. Die Medienaufmerksamkeit war beachtlich, ebenso das massive Polizeiaufgebot.

Nachdem die alljährlichen Grenzcamps 2003 in Köln ihr vorläufiges Ende gefunden hatten, organisierte ein Netzwerk von Flüchtlingen und anti-rassistischen AktivistInnen im letzten Jahr eine zwölftägige Tour zu verschiedenen Flüchtlingsunterkünften und Abschiebelagern. Dieses Jahr war das Netzwerk bereits drei Mal auf Achse: beim "Europäischen Aktionstag für Bewegungsfreiheit" am 2. April wurde im brandenburgischen Bahnsdorf demonstriert; am 1. Mai beim Euromayday in Hamburg und Ende September bei der Aktionstour. Bei allen Aktionen wurde die Forderung nach der Abschaffung aller Lager in Deutschland und Europa in die Öffentlichkeit getragen.

In Bramsche hatte sich das Komitee für Grundrechte und Demokratie zuvor für eine "öffentliche Inspektion" des Lagers eingesetzt. Die Leitung in Bramsche hatte dies jedoch untersagt. Lediglich einer kleinen Delegation wäre es erlaubt worden, bestimmte Teile der Einrichtung unter Führung der Lagerleitung zu betreten. Dies lehnte das Komitee und das No-Lager-Netzwerk jedoch ab, da damit keine Öffentlichkeit gewährleistet worden wäre. Es gab noch weitere Einschränkungen: Zwar war von der Lagerleitung und der Polizei zugesichert worden, dass alle Flüchtlinge, die sich beteiligen wollen, ungehindert das Lager verlassen dürfen.

Flüchtlinge werden eingeschüchtert

Doch diese Zusage wurde nur sehr unzureichend, unter sehr einschüchternden Methoden und in Einzelfällen unter Einsatz von Gewalt, eingehalten. Dennoch kamen einige Flüchtlinge, unter ihnen viele Kinder, zur Kundgebung vor dem Lager. Einige von ihnen schilderten über die Lautsprecher die inhumanen Bedingungen, unter denen sie im Lager leben müssen oder berichteten von der Perspektivlosigkeit und den Ängsten vor der Abschiebung.

Am frühen Abend setzte sich ein Konvoi aus Bussen und Autos Richtung Mecklenburg-Vorpommern in Bewegung, um dort am nächsten Tag an drei Orten die Aktionen der No-Lager-Tour fortzusetzen. Dort beteiligten sich rund 300 Menschen an Kundgebungen vor den Flüchtlingslagern Horst bei Boizenburg und Schwerin-Görries sowie an der Abschlussdemonstration in Schwerin.

Auch hier zeigte sich, dass die Polizei sehr viel daran setzte, das Lager von der kleinen Demonstration abzuschotten. Das Aufgebot war enorm: An der Zufahrt gab es Personen- und Autokontrollen. Teile der Polizei trugen schwarze Uniformen, Hunde waren im Einsatz und Demonstrationsteilnehmer wurden in Nahaufnahme abgefilmt. Es gab kurz eine heftige Auseinandersetzung mit der Polizei, die drei Personen festnahm.

Nicht nur die TeilnehmerInnen von außen wurden im Vorfeld eingeschüchtert, an der Demonstration teilzunehmen, auch die BewohnerInnen des Lagers. Offenbar gilt für sie nicht einmal das Recht auf freie Meinungsäußerung, Informations- und Versammlungsfreiheit. Das Sicherheitspersonal und Behördenmitarbeiter hatten Informationsblätter eingesammelt, vor dem Kontakt mit BesucherInnen aus dem No-Lager-Netzwerk gewarnt und Strafen angekündigt, falls Flüchtlinge an den Aktionen teilnehmen würden. Manche sollen sogar gedroht haben, dass DemonstrationsteilnehmerInnen in noch schlechtere Lager umverteilt würden oder dass der Asylantrag negativ beschieden würde. Das sind einige Hinweise darauf, wie

ausgeprägt die psychischen Ausbeutungsstrukturen, Abhängigkeitsverhältnisse, Machtdemonstrationen des Personals und das Gefühl des Ausgeliefertseins in der isolierten Lagersituation sind. Wie auch schon in Bramsche wurde in Horst für den gesamten Tag ein Besuchsverbot verhängt. Aus Angst haben sich einige Flüchtlinge nicht an den Vorbereitungen beteiligt, obwohl sie sich zunächst dafür interessiert hatten, und für manche bedeutete das öffentliche Sprechen über ihre Situation und die Konfrontation mit dem martialischen Polizeiaufgebot einen enormen Kraftakt, der zu tagelangen gesundheitlichen Problemen führte.

Die antirassistischen Initiativen protestieren nicht nur gegen einzelne Unterkünfte, sondern thematisieren das Lagersystem als eine extreme Form gesellschaftlicher Ausgrenzung. Sie nehmen auch den Lager-Gürtel in den Blick, der in den letzten Jahren sowohl entlang der Außengrenzen der Europäischen Union als auch außerhalb der EU - von der Ukraine und Moldawien im Osten bis nach Mauretanien und den Kanarischen Inseln im Südwesten - gezogen wurde. Thema war auch die geplante Zusammenführung der Flüchtlingserstaufnahme von Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern. Die Flüchtlingsräte aus den beiden Bundesländern sowie von Schleswig-Holstein kritisieren das Konzept, das nächstes Jahr umgesetzt werden soll, entschieden. "Hamburg wird damit flüchtlingsfrei gemacht, außerdem liegt die ehemalige Grenzanlage mitten im Wald. Es gibt keine Kontaktmöglichkeiten mit Einheimischen oder eine Anbindung an eine soziale Infrastruktur, Bildungseinrichtungen und Kulturangebote," so Conni Gunßner vom Hamburger Flüchtlingsrat. Das widerspricht selbst den mecklenburg-vorpommerschen Richtlinien für Flüchtlingsunterkünfte. Vor allem aber befürchten die drei Flüchtlingsräte, dass in Horst ein so genanntes Ausreisezentrum entsteht, das jedoch die SPD-PDS-Koalitionsvereinbarung unterlaufen würde.

Hartnäckiger Protest gegen Lagerpolitik

Zwar hat sich gezeigt, dass über die Jahre hinweg die Zahl der Beteiligten an den Anti-Lager-Aktionen stagniert. Offenbar lassen sich weder von deutscher noch von migrantischer Seite aus mehr Interessierte mobilisieren, auch wenn sich Kooperationen und Bündnisse aus weiteren Kreisen, etwa kirchennahen Initiativen, Flüchtlingsräten und Menschenrechtsorganisationen wie dem Komitee entwickelt haben. Gleichwohl trägt die Hartnäckigkeit und Kontinuität der Aktionen in den letzten Jahre auch Früchte: Es gibt offenbar eine größere Sensibilität gegenüber den No-Lager-Protesten und eine Bereitschaft, darüber zu berichten. Hervorzuheben ist hier etwa die Anti-Lager-Zeitung als taz-Beilage. Die Proteste sollen weitergehen, Teile des Netzwerkes werden sich auch in die Vorbereitungen gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm 2007 einklinken.

Anke Schwarzer

19. Neuer Raum der Abschreckung. EU-Flüchtlingspolitik in Nordafrika

Autor: Helmut Dietrich · Rubrik: Algerien; Libyen; Tunesien; Europa allgemein und EU-Politik; Marokko · CD-Datei: daten/aksuche/ak499/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:499:28

Flüchtlingspolitik ist längst zum integralen Bestandteil einer international koordinierten Weltinnenpolitik geworden, die nach geostrategischen Kalkülen handelt und finanzielle "Hilfe", polizeiliche und militärische Einsätze im internationalen Maßstab verzahnt. Eine Analyse vor dem Hintergrund der dramatischen Bilder aus Ceuta und Melilla.

Die "geschlossenen Aufnahmezentren für Asylbewerber" an den EU-Außengrenzen stehen als Ziel erstmals im Jahr 2003 in einem EU-Dokument. In diesen Zentren sollen innerhalb eines Monats Asylschnellverfahren durchgeführt werden. Der Vorstoß, in Nordafrika exterritoriale Flüchtlingslager einzurichten, ist zwar auf der politischen Ebene zur Zeit nicht konsensfähig, auf der administrativen Ebene wird er jedoch weiter vorangetrieben, parallel zu der Planung von Lagern in den Herkunftsregionen. Faktisch bestehen bereits von EU-Ländern finanzierte Haftzentren und Internierungseinrichtungen für Flüchtlinge auf der Grundlage von bilateralen Abkommen (z.B. das Geheimabkommen Italien-Libyen) oder als Abschottungsvorposten (siehe Ceuta und Melilla).

Zu allen nordafrikanischen Ländern mit Ausnahme Libyens unterhält die EU formale Beziehungen auch in der Frage der Flüchtlings- und Migrationspolitik. Diese gestalten sich oftmals widersprüchlich und zäh, und die (informelle) Zusammenarbeit Italiens und Maltas mit Libyen in der Abschiebe- und Grenzüberwachungspolitik kommt deshalb einem regelrechten Durchbruch gleich. Bilaterale Aktionen der Kettenabschiebung und Lagerpolitik, die in den anderen Ländern noch in einer Jahre dauernden Verhandlungsphase stecken, wurden dort auf Anhieb möglich.

Lager und Geheimabkommen

Die libysche Regierung hat zwar die Internationale Konvention zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeiter und ihrer Familien im Juni 2004 unterzeichnet, nicht aber die Genfer Flüchtlingskonvention, und sie verfügt über keine Verfahren zur Anerkennung der Flüchtlingseigenschaft. Die Regierung erkennt nicht an, dass es in dem Lande Flüchtlinge gibt. Der UNHCR schätzt, dass sich Ende 2003 in Libyen 12.000 Flüchtlinge befanden. Im UNHCR-Büro in Tripolis haben 2003 391 Flüchtlinge eine Asylanerkennung beantragt, im ersten Halbjahr 2003 erkannte der UNHCR 42 Flüchtlinge an, sechs lehnte er ab.

Im Jahr 2003 hat die italienische Regierung mit Tripolis das o.g. Geheimabkommen abgeschlossen. Informationen über diese Kooperation gelangten bisher nur bruchstückhaft an die Öffentlichkeit. Im Herbst 2004 wird bekannt, dass Italien Zelte und Decken nach Libyen schickt und zwei neue Abschiebelager erbauen lässt. (AFP Rom, 11.11.04) Weitere Einzelheiten lassen sich dem Bericht der Technischen Delegation der EU-Kommission vom 4. April 2005 entnehmen.

Dem Bericht zufolge lieferte Italien 100 Schlauchboote, dazu sechs Geländewagen und drei Reisebusse, Nachtsichtgeräte und Unterwasserkameras, 6.000 Matratzen, 12.000 Wolldecken, aber auch 1.000 Leichensäcke. Daneben finanzierte Rom auch etwa 60 Abschiebeflüge von Libyen in andere Staaten Afrikas und Asiens; außerdem bezahlte die italienische Regierung schon im Jahr 2003 ein Lager im Norden Libyens und gab Zusagen für die Finanzierung zweier weiterer Abschiebelager im Süden des Landes.

Die Zustände in den libyschen Lagern sind katastrophal. Selbst elementare Menschenrechte sind nicht garantiert. Die EU-Vertreter berichteten von Gemeinschaftsräumen für jeweils 200 Personen, wobei Männer, Frauen, Familien, Minderjährige ohne Begleitung zusammengepfercht werden. Sie berichten von libyschen Beamten, die die Camps direkt vor dem Besuch haben reinigen lassen; trotzdem seien nicht einmal niedrigste hygienische Standards erfüllt. Sie berichten von Lagerküchen, die offenbar schnell mit Obst und Gemüse aufgefüllt wurden - während die Gefangenen erzählten, dass sie mit Wasser und Brot ernährt werden. In manchen Lagern sei die Zahl der Insassen vor dem Besuch schnell von 700 auf 250 gesenkt worden.

Vor allem aber erfolgt die Ausländer- und Flüchtlingspolitik in Libyen völlig willkürlich. "Die libyschen Behörden lieferten keinerlei Informationen über Prozeduren und Kriterien der Festhaltung. Anscheinend wurden viele der

in den Lagern angetroffenen Immigranten auf rein zufälliger Basis festgenommen. Die Entscheidung über die Repatriierung der Immigranten in ihre Herkunftsländer erfolgt anscheinend auf der Basis von Nationalitätsgruppen statt auf Basis einer detaillierten Einzelfallprüfung." (taz, 30.04.05) Die Gefangenen wussten nicht, warum sie festgenommen worden waren und wie lange die Haft dauern würde. Sie hatten keine Möglichkeit, Kontakt nach außen aufzunehmen, etwa zu Familienangehörigen oder AnwältInnen. Der EU-Bericht vermerkt weiter, dass nicht nach MigrantInnen oder Flüchtlingen unterschieden wurde. Dennoch wird mit allem Nachdruck empfohlen, die "Kooperationsangebote" Libyens anzunehmen.

In Libyen sollen die Verhaftungen von Staatsangehörigen aus den Nachbarstaaten Niger, Sudan und Mali innerhalb von drei Jahren von 895 auf 4.308 angestiegen sein. Ende 2004 gab der libysche Innenminister Mabruk kommentarlos bekannt, Tripolis habe in den vergangenen Wochen rund 40.000 "Migranten" außer Landes geschafft. Der EU-Bericht gibt an, dass die libysche Regierung mit italienischen Geldern auf dem Luftweg 5.688 Personen abgeschoben hat, und zwar vor allem nach Ägypten, Ghana und Nigeria.

Frontstaaten der Flüchtlingsabwehr

Die systematische Einbindung Libyens und der südlichen Mittelmeerländer zielt auch darauf, die grenzüberschreitenden Fluchtwege zu zerschlagen. Die langen Routen über Mali, Niger und andere Länder in die Maghrebstaaten werden seit ungefähr 2003 ausgeforscht. Aus den Erkenntnissen entstehen Schwerpunkte künftiger militärisch-polizeilicher Intervention. Von besonderem Interesse scheinen die Punkte zu sein, an denen sich die Transsahara-Wege kreuzen und gabeln. Zu den Verhältnissen in den anderen nordafrikanischen Ländern lassen sich folgende disparate Notizen zusammentragen:

Mauretanien: Im Mai 2005 hat die Gendarmerie in Zouérate, einer Bergarbeiterstadt 900 Kilometer nördlich von Nouakchott, eine Gruppe von 46 Sans Papiers aus Mali, dem Senegal, der Elfenbeinküste, Gambia und aus Indien festgenommen, die nach Marokko weiterreisen wollten. Fluchthelfer konnten nicht verhaftet werden. Schon 2004 wurden mit Hilfe der IOM (1) zahlreiche Sans Papiers in ihre Herkunftsländer abgeschoben. Diese Meldung zeigt, dass die IOM auch zu illegalen Mitteln greift: In den europäischen Staaten ist es weiterhin enorm schwierig, Sofortabschiebungen nach West-, Zentral- oder Ostafrika oder auf den südindischen Kontinent durchzuführen. Abschiebungen völlig ohne Papiere, nur mit Hilfe sofortigen Schmiergelds, sind in der EU derzeit noch nicht durchsetzungsfähig.

Marokko hat im Juni 2003 gesetzliche und institutionelle Neuerungen eingeführt: ein neues Ausländergesetz nach Schengener Vorgaben, die Zusammenführung aller migrationspolizeilichen Angelegenheiten in einem "Migrations- und Grenzkontrolle-Direktorat" und der Aufbau eines Migrationsobservatorium. Ein Bericht der UNO konstatiert, dass "es nicht genügend klare Informationen über den Flüchtlingsstatus bei den Justizbehörden wie auch bei den Behörden gibt, die die öffentliche Ordnung, die Grenzen zu Luft, zu Wasser und zu Lande zu kontrollieren haben."

Die statistischen Angaben zu Abschiebungen aus Marokko schwanken enorm. Einerseits heißt es, dass jährlich höchstens 23-25.000 Transitflüchtlinge und MigrantInnen aus anderen afrikanischen Ländern Marokko durchqueren. Auf der anderen Seite soll es im Jahr 2004 116 Razzien und Abschiebungen von 56.000 Personen gegeben haben. Die kanarische Regierung hat kürzlich "angeboten, in Marokko Auffanglager für Jugendliche, denen dort eine Berufsausbildung ermöglicht werden soll, mit jährlich 1,2 Millionen Euro zu finanzieren. Marokko hat dem Vorschlag ... im Prinzip zugestimmt. Über Einzelheiten muss noch verhandelt werden." (FAZ, 04.08.05)

In den Wäldern vor den spanischen Enklaven Ceuta und Melilla leben afrikanische Flüchtlinge und MigrantInnen seit Jahren in selbstgeführten Lagern. Von dort aus bereiten sie ihre Flucht über den EU-Zaun der Enklaven vor. In immer kürzeren Abständen werden diese Lager nun von Polizei-Razzien heimgesucht. Die Folgen sind nicht nur Verhaftungen und Abschiebungen, sondern auch eine drohende dauerhafte Trennung der Flüchtlinge von der lokalen Bevölkerung, die sich inzwischen kaum mehr traut, Wasser und Lebensmittel an die Vorbeikommenden gratis auszugeben oder zu verkaufen.

Der meistgenutzte Weg von Transitflüchtlingen und MigrantInnen nach Marokko führt durch die Sahara nach Algerien und von dort nahe der Mittelmeerküste über die Grenze in die marokkanische Stadt Oujda. Von dort aus teilen sich die Wege entweder in Richtung marokkanische Großstädte oder direkt an die Mittelmeerküste oder eben in Richtung der beiden spanischen Enklaven. Über Oujda schieben die marokkanischen Behörden

viele festgenommene Sans Papiers auch wieder ab, entweder auf dem Landweg nach Algerien oder auf dem Luftweg nach Nigeria oder in andere Staaten. Die Grenze zwischen Algerien und Marokko ist derzeit noch geschlossen, aber die Bevölkerung und die Durchreisenden wissen sich zu helfen. Man muss sich vor Augen halten, dass parallel zu staatlicher Willkür, Abschiebungen und Razzien gleichzeitig Schmuggel, Nischenökonomie und informeller Reiseverkehr über unkontrollierte Pisten jenseits der geschlossenen Grenzkontrollpunkte existiert.

Algerien: El Watan meldet am 13. Juli 2005, dass 3.234 "klandestine Migranten" von der nationalen Gendarmerie im ersten Halbjahr 2005 an der algerischen Südgrenze festgenommen wurden. Von diesen blieben 815 länger in Haft, 175 wurden auf freien Fuß gesetzt und 2.244 abgeschoben. Unter den Festgenommenen waren 316 Asiaten, darunter 136 Syrer, 88 Inder, 51 Bengalen und 41 Pakistani. Aus den beiden südlichen Nachbarstaaten Niger und Mali kamen 1.521 beziehungsweise 674 Personen. Aus diesen Angaben wird nicht deutlich, ob es sich bei den Festgenommenen aus Niger und Mali tatsächlich um Süd-Nord-Flüchtlinge handelt oder aber um lokale, mobile Sans-Papiers-Gruppen, die sich nicht an die Grenzvorschriften halten. Die nationale Gendarmerie setzt bei Tamanrasset in Südalgerien biometrische Kontrollgeräte ein, erhält aber im Unterschied zu den marokkanischen Behörden bislang keine Unterstützung aus der EU bei ihrem Kampf gegen die illegale Einreise.

Die Wüste kontrollieren

AP Algier berichtet am 11. Mai 2005, dass Frankreich und Algerien ein Abkommen zur polizeilichen Zusammenarbeit abgeschlossen haben. Die Kooperation erstreckt sich auf den Kampf gegen den Terrorismus, das organisierte Verbrechen, den Handel mit Drogen und Fahrzeugen sowie gegen die "klandestine Migration". Im Wesentlichen handele es sich um einen ständigen Datenaustausch über den Personenverkehr. Außerdem unterstützt die französische Regierung den Aufbau einer Polizeischule in Tamanrasset.

Tunesien hat seit Februar 2004 ein neues Ausländergesetz und setzt zur Grenzkontrolle 13.000 Polizisten ein, die von einer 12.000 Mann starken paramilitärischen Truppe unterstützt werden. Das Land betreibt mit Geldern Italiens und der EU bislang 13 Abschiebegefängnisse, von denen elf vor der Öffentlichkeit geheim gehalten werden. Viele der aus Italien Abgeschobenen werden in die tunesisch-algerische Wüste transportiert und dort ausgesetzt.

Helmut Dietrich

Dieser Beitrag ist ein Auszug aus Kapitel 10 des neuen Heftes des Forschungsstelle Flucht und Migration (FFM). FFM, Flüchtlingsrat Niedersachsen (Hg.): AusgeLagert. Exterritoriale Lager und der EU-Aufmarsch an den Mittelmeergrenzen, FFM-Heft 10, Berlin (Assoziation A) 2005, 190 S., 10 Euro.

Anmerkung:

1) International Organization for Migration; 1952 gegründete multilaterale Organisation zur Migrationskontrolle und -steuerung, die sich selbst als ökonomisch orientiertes Gegenstück zum humanitär ausgerichteten UNHCR versteht.

20. Indonesien 1965: Amtshilfe für einen blutigen Putsch

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Indonesien · CD-Datei: daten/aksuche/ak499/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:499:05

Am 17. August feierte Indonesien den 60. Jahrestag seiner Unabhängigkeit. Am 17. August 1945, bereits zwei Tage nach der Kapitulation Japans, hatten Achmed Sukarno und Mohammad Hatta die lange von Holland als Niederländisch-Indien kontrollierte Kolonie für souverän erklärt. Was immer an Freiheit und Demokratie gewonnen wurde, erstickten Offiziere in der folgenschweren Nacht vom 30. September auf den 1. Oktober 1965 in einem Blutbad, dem binnen eines halben Jahres mindestens eine halbe Million Menschen zum Opfer fiel. Choreograf des Terrors war mit Mohamed Suharto ein von den USA protegierter junger Offizier, der am 11. März 1966 Sukarno auch als Präsident nachfolgte.

Wir hatten Angst vor den großen kommunistischen Führern. Sie verfügten über magische Kräfte, die sie unsterblich machten. Das habe ich mit eigenen Augen gesehen. Man konnte sie noch so sehr schlagen, sie starben nicht. Riss man ihnen die Haare aus, wuchsen ihnen neue. Wir mussten ihnen die Buchstaben PKI mit glühenden Eisen in den Schädel einbrennen, um dieses Wunder zu beenden. Einige starben noch immer nicht. Nicht einmal, als wir Bambussprösslinge in ihre Münder und Ohren pflanzten; nicht einmal, nachdem wir ihnen die Augen ausgerissen hatten. Dann legte man ihnen eine Katze in den Bauch - die Katze ist das Symbol des Tigers -, sie wurden dann verrückt, verloren ihre Zauberkraft und starben." Der das sagte, war nicht einmal 18 Jahre alt, Mitglied der KAPI, der indonesischen Schülerfront, und praktizierender Katholik - der Zauberei und schwarzen Magie nicht abgeneigt. Überliefert hat dies der französische Schriftsteller Philippe Gavi in seinem Buch "Konterrevolution in Indonesien".

Mitglieder und (vermeintliche) SympathisantInnen der Kommunistische Partei Indonesiens (PKI) bildeten die Zielscheibe des seit Anfang Oktober 1965 entfesselten Militär- und Bandenterrors. Noch im Juni 1964 hatte die PKI-Zeitung Harian Rakjat die Zahl der Parteimitglieder mit drei Millionen angegeben. Insgesamt gab es dieser Zeitung zufolge Mitte der 1960er Jahre etwa 18 Millionen Mitglieder und SympathisantInnen. Damit bildete die PKI nach der KP Chinas und der KPdSU die weltweit drittgrößte kommunistische Partei - aus der Sicht einflussreicher konservativer Kräfte im Lande und Washingtons eine veritable Bedrohung.

Indonesiens erster Präsident wollte nach der Unabhängigkeit den Inselstaat politisch einen, sozial befrieden und wirtschaftlich entwickeln. Zu diesem Zweck bildete Sukarno die NASAKOM - eine Allianz aus NationalistInnen, Gläubigen und KommunistInnen. Wenngleich dieses Konzept innenpolitisch scheiterte, hielt Sukarno in der Außenpolitik an einer antiimperialen Politik fest. Er weigerte sich, dem auf Drängen der USA 1954 in Manila geschaffenen Südostasiatischen Verteidigungspakt (SEATO) beizutreten und fungierte stattdessen ein Jahr später als Gastgeber bei der Gründung der Blockfreienbewegung in der javanischen Stadt Bandung. Als überaus kritisch hatte die US-amerikanische Regierung die politische Situation Anfang 1965 eingeschätzt, nachdem die britische Ex-Kolonie Malaysia in den UN-Sicherheitsrat aufgerückt war und Indonesien daraufhin den Vereinten Nationen den Rücken kehrte.

Seit dem Frühjahr 1965 häuften sich Absprachen zwischen indonesischen und US-amerikanischen Militärs, da der damalige US-Präsident Lyndon B. Johnson in Indonesien eine ähnliche Entwicklung wie in Vietnam befürchtete, wo die USA immer tiefer in den Krieg verwickelt wurden. Jedenfalls erhielten hochrangige Militärs freie Hand, sämtliche Hebel in Bewegung zu setzen, um Sukarno politisch kalt zu stellen, linke NationalistInnen, GewerkschafterInnen und KommunistInnen auszuschalten, eine außenpolitische Kehrtwende (in Richtung Westen) vorzunehmen, verstaatlichten Besitz an die früheren ausländischen EigentümerInnen zurückzugeben und das Land gezielt für ausländische Investitionen zu öffnen. Als Termin für den Umsturz war der 5. Oktober 1965 anvisiert. Da dies der Jahrestag der indonesischen Armee ist, würde die Konzentration größerer Truppenverbände am wenigsten Verdacht schöpfen.

Diesem Plan kam ein am 30. September von Oberstleutnant Untung, Chef der Leibgarde Sukarnos, inszenierter Putsch zuvor. Seinen Truppen gelang es, sechs ranghoher Generäle habhaft zu werden und tags darauf über Radio die Konstituierung eines Revolutionsrates bekannt zu geben. Untungs Leute trafen sich auf dem Militärflughafen Halim in der Nähe der Hauptstadt Jakarta. Die sechs Generäle wurden getötet. Am Morgen des 1. Oktober sendete Radio Jakarta wie vorgesehen die erste Nachricht der Putschisten, der

nachmittags eine weitere folgte. Dabei wurden die Namen der Mitglieder des neugegründeten Revolutionsrates verlesen, die allerdings von ihrem "Glück" nichts wussten oder der anderen Seite zuarbeiteten. Über den Zweck des Umsturzes wurde lediglich mitgeteilt, dass es gelte, Sukarno zu unterstützen. Es wurde suggeriert, alles sei unter Kontrolle und bedürfe keiner Massenaktion. So dilettantisch der Coup geplant war, so rasch stürzte er wie ein Kartenhaus in sich zusammen. Was folgte, waren gnadenlose "Säuberungsaktionen", die in erster Linie auf die Liquidierung der Mitglieder der PKI zielten.

Entfesselte Konterrevolution

Ein vom State Department erstelltes Geschichtsbuch über die Rolle der USA im Indonesien der 1960er Jahre ("Die auswärtigen Beziehungen der Vereinigten Staaten, 1964-68, Band XXVI: Indonesien; Malaysia-Singapur; Philippinen"), das gut 35 Jahre nach dem Putsch in den Besitz des Nationalen Sicherheitsarchivs der George Washington University gelangte und von ihr veröffentlicht wurde, dokumentiert auf 570 Seiten die intensive Verkettung staatsterroristischer Schurkereien auf Gegenseitigkeit. So leitete beispielsweise die US-Botschaft in Jakarta am 13. November 1965 Informationen der indonesischen Polizei weiter, wonach "jede Nacht zwischen 50 und 100 PKI-Mitglieder in Ost- und Zentraljava getötet" wurden, und kabelte am 15. April 1966 die Notiz nach Washington: "Wir wissen - ehrlich gesagt - nicht genau, ob die tatsächlich Zahl (getöteter PKI-ler) näher bei 100.000 oder bei 1.000.000 liegt, doch wir halten es für klüger, vor allem im Falle von Nachfragen seitens der Presse, von der niedrigeren Schätzung auszugehen." Auf Initiative des Außenamtmitarbeiters Richard Cabot Howland verständigte man sich 1970 auf die Zahl von 105.000 getöteten Personen.

Der damalige US-Botschafter in Jakarta, Marshall Green, informierte am 10. August 1966 die Behörden in Washington, man habe eine von der Botschaft erstellte Liste von führenden PKI-Kadern den indonesischen Sicherheitskräften übermittelt, denen es offensichtlich an solchen Informationen mangelte. Am 2. Dezember 1965 gab Green in Absprache mit William P. Bundy, seinerzeit im State Department verantwortlich für ostasiatische und pazifische Angelegenheiten, grünes Licht für die Bereitstellung von 50 Millionen Rupiah an die Kap-Gestapu-Bewegung, die als "eine von der Armee inspirierte, doch aus Zivilisten gebildete Aktionsgruppe ... die Bürde der andauernden repressiven Maßnahmen gegen die PKI trägt".

"Geschmeidiger Suharto"

Verantwortlich für diese "repressiven Maßnahmen" war Generalmajor Mohamed Suharto, Kommandeur der Eliteeinheit KOSTRAD, der strategischen Reservetruppen des Heeres. Als Magier der Macht verstand er es seit dem 30. September 1965 meisterhaft, potenzielle Widersacher auszuschalten und eine ihm geneigte Klientel strategisch zu positionieren - in Führungsetagen von Handel und Industrie ebenso wie in der Politik und innerhalb des Militärs. Wer seit 1965/66 in Indonesien unternehmerisch Fuß fassen wollte, musste auf Suharto-Getreue als "Berater" zurückgreifen. Eine lukrative Einnahmequelle für den Suharto-Clan, dessen Vermögen das Londoner Wirtschaftsmagazin Economist 1998, als der Ex-General lächelnd von der Bühne abtrat, auf umgerechnet bis zu 40 Mrd. US-Dollar schätzte. Im selben Jahr sackte das jährliche Pro-Kopf-Einkommen in Folge einer schweren Finanz- und Wirtschaftskrise im Lande von umgerechnet etwa 1.000 auf 230 US-Dollar ab. Allein in einem Stadtteil im Großraum Jakarta musste die Hälfte der dortigen 120 Gesundheitseinrichtungen schließen; es fehlte an Medikamenten.

"Der nach dem Ausscheiden Sukarnos begonnene Wandel in Staat und Gesellschaft", kommentierte beispielsweise das Handelsblatt zum Jahresbeginn 1970 in Erwartung sprudelnder Geschäfte, "ist in Indonesien noch nicht abgeschlossen. Suhartos Verdienst besteht darin, dass er diesen Wandel mit der Geschmeidigkeit und Geduld eines typischen Zentraljavaners ermöglicht hat. Ob er für ‚ewige Zeiten' der Retter Indonesiens ist oder auch nur sein will, sei dahingestellt. Das widerspricht seiner Lebensart. Immerhin verfügt Suharto neben javanischer Geschmeidigkeit und Geduld auch über taktisches Gespür und notfalls Entschlossenheit, wie er das bei der Ausschaltung seines Vorgängers hinlänglich bewiesen hat."

Da Suharto politisch als Ordnungsfaktor und Garant westlicher Sicherheitsinteressen in Südostasien geschätzt wurde und als Gebieter über den größten Markt in der Region sowie als gewichtiges OPEC-Mitglied gehätschelt wurde, blieb jede noch so große Schandtat als Kavaliersdelikt bagatellisiert: Das betraf den Militärputsch 1965 ebenso wie die widerrechtliche Annexion Osttimors als 27. Provinz in den Jahren 1975/76.

Mit von der Partie war von Anfang an auch der Bundesnachrichtendienst (BND), der die indonesischen Militärs mit Logistik und Waffen unterstützte. Über die Bundeswehr und den Bundesgrenzschutz gab es für die fernen

Freunde - unter dem Vorwand der "Drogenmissbrauchsbekämpfung" - Hilfestellung in Form von Ausbildungskursen für Offiziere an der Bundeswehrakademie Hamburg-Blankenese sowie Spezialtrainings bei der Elitetruppe GSG-9 in Hangelar bei Bonn. Dort erhielt unter anderen ein Schwiegersohn Suhartos, General Prabowo Subianto, 1981 eine Sonderausbildung. In seine Heimat zurückgekehrt, avancierte Subianto zum Chef der indonesischen militärischen Spezialeinheiten und übernahm zudem das Kommando über das wegen seiner Brutalität gefürchtete "Detachment 81". Der damalige BND-Chef, Reinhard Gehlen, schrieb nach Suhartos Militärputsch: "Der Erfolg der indonesischen Armee, die ... die Ausschaltung der gesamten kommunistischen Partei mit Konsequenz und Härte verfolgte, kann nach meiner Überzeugung in seiner Bedeutung gar nicht hoch genug eingeschätzt werden."

Geschätzte BRD-Connection

Laut Recherchen des ARD-Fernsehmagazins Monitor vom 10. Oktober 1996 bildete der BND indonesische Agenten in Deutschland aus. Überdies lieferte man aus Deutschland auch militärische Elektronik, zum Beispiel über die BND-nahe Firma Telemit. Die Geheimdienstkontakte sollten sich dermaßen freundschaftlich gestalten, dass der BND in der Deutschen Botschaft in Jakarta sogar eine sogenannte legale Residentur einrichten konnte. Der Zweck dieser BND-intern FB 70 bezeichneten Residentur: enge Zusammenarbeit mit dem Geheimdienst der Suharto-Diktatur. Aus der Bundesrepublik fand ebenfalls massenhaft militärisches Gerät den Weg nach Indonesien, von 39 modernisierungsbedürftigen Fregatten aus Beständen der früheren Nationalen Volksarmee (Gesamtsumme: 650 Mio. US-Dollar) bis hin zu Maschinenpistolen der Firma Heckler & Koch.

Erst als die Suharto-Kleptokratie im Mai 1998 endete und sie dem Land eine Auslandsverschuldung von 134 Mrd. US-Dollar eingebrockt hatte, strauchelte der Diktator. Was ihn nicht daran hindert, bis heute unbehelligt und im Klima extraterritorialer Immunität seinen Lebensabend zu genießen - eine andere Variante der "Terrorbekämpfung".

Rainer Werning

21. Große Gesten, nix dahinter. Der angeblich "größte Schuldenerlass der Welt" - und die Realität

Autor: Philipp Hersel, Daniela Setton · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft · CD-Datei: daten/aksuche/ak499/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:499:33

"Das ist der größte Schuldenerlass, den die Welt je gesehen hat", schwärmte der britische Schatzkanzler Gordon Brown. Bundesfinanzminister Hans Eichel sprach von einem "historischen Beschluss". Beide priesen die Erklärung des G8-Gipfels im Juli im schottischen Gleneagles, 18 verschuldeten Entwicklungsländern über 40 Jahre Schulden im Gesamtumfang von ca. 40 Mrd. US-Dollar zu erlassen. Großbritanniens Premierminister Tony Blair gefiel sich besonders gut in der Rolle des aufrichtigen Weltverbesserers und durfte sich prompt auf die moralische Unterstützung der Popstars Bono und Bob Geldorf verlassen.

Wenn man Blair und Co. Glauben schenkt, hat die Bestätigung des G8-Beschlusses durch die Jahrestagung von Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank am 24. und 25. September 2005 den Weg für die Befreiung der Armen im Süden von der Geißel der Verschuldung geebnet.

Doch die bittere Wirklichkeit sieht anders aus. Wenn hier etwas historisches Ausmaß annimmt, dann ist es der Zynismus, den die G8, IWF und Weltbank beim "Lösen" von Schuldenproblemen an den Tag legen.

Es geht um den "100%igen Erlass" der multilateralen Schulden von bis zu 38 sogenannten "hochverschuldeten armen Ländern" (englisch: Heavily Indebted Poor Countries - HIPCs) bei drei Gläubigern: beim IWF, bei der Weltbank-Gruppe und bei der Afrikanischen Entwicklungsbank (AfDB). Alle 38 Länder zusammen haben bei diesen Gläubigern Schulden von ca. 56 Mrd. US-Dollar. Auf die Weltbank entfallen dabei ungefähr 42 Mrd. US-Dollar, auf den IWF ca. sechs Mrd. US-Dollar und auf die Afrikanische Entwicklungsbank ca. acht Mrd. US-Dollar.

Für den Erlass bei der Weltbank sind die Länder zugangsberechtigt, die die Entschuldungsinitiative für hochverschuldete arme Länder (HIPC) bis zum Ende ("completion point") durchlaufen haben. Dies trifft derzeit nur auf 18 Länder zu (davon 14 afrikanische und vier lateinamerikanische Länder), 20 weitere HIPC-Länder können sich noch qualifizieren. Im Rahmen der HIPC-Initiative müssen die Länder jahrelang neoliberale Wirtschaftsprogramme von IWF und Weltbank umsetzen.

Beim Schuldenerlass gegenüber dem IWF geht es um insgesamt 37 Länder. Neben 35 HIPC-Ländern (ausgenommen sind der Sudan, Somalia und Liberia) werden mit Tadschikistan und Kambodscha auch zwei Länder dabei sein, die nicht Teil der HIPC-Initiative sind. Anders als bei der Weltbank wurde als Zugangskriterium eine jährliche Einkommensobergrenze von 380 US-Dollar pro Kopf definiert, unabhängig vom Verschuldungsgrad der Länder. Damit soll ein Konflikt mit dem IWF-Grundsatz auf Gleichbehandlung aller Mitgliedsländer umschifft werden. Eine definitive Länderliste gibt es jedoch auch beim IWF nicht. Dazu sind noch die Klärung weiterer Details und Gespräche mit den jeweiligen Ländern nötig.

Die Laufzeit der Kredite, die erlassen werden, erstreckten sich bei der Weltbank und der Afrikanischen Entwicklungsbank auf bis zu 50 Jahre. Beim IWF geht es um Kredite mit zehn Jahren Restlaufzeit. Doch selbst wenn alle angekündigten 37 bzw. 38 Länder tatsächlich in den Genuss eines "100%igen Schuldenerlasses" bei den drei Institutionen kommen sollten, wären die praktischen Auswirkungen vergleichsweise gering: Der vermeintlich "historische Schuldenerlass" von bis zu 56 Mrd. US-Dollar würde die betroffenen Länder insgesamt jährlich um etwas über eine Mrd. US-Dollar an Zinsen und Tilgungen entlasten.

On Stage: Aufrichtige Weltverbesserer

Den Büchern der Gläubiger zufolge haben die ca. 120 verschuldeten Länder des Südens insgesamt ca. 2.000 Mrd. US-Dollar Schulden. Darauf zahlen sie jährlich ca. 300 Mrd. US-Dollar Zinsen und Tilgung, das ist das Sechsfache der offiziellen "Entwicklungshilfe". Allein Afrika zahlt 19 Mrd. US-Dollar im Jahr an Schuldendienst. Anders ausgedrückt: im Nord-Süd-Verhältnis wird der Süden nächstes Jahr knapp eine Mrd. US-Dollar oder drei Promille weniger zahlen müssen. Statt einem "historischen Schuldenerlass" sieht man sich eher einer groß angelegten und leider erschreckend erfolgreichen Selbstbeweihräucherung und Heuchelei der G8 gegenüber.

Ein zentrales Problem ist, dass wichtige Schuldenkategorien - z.B. kommerzielle Schulden bei Privatgläubigern oder bilaterale Schulden bei anderen Staaten - gar nicht erst in den Erlass mit einbezogen sind. Es sind nicht einmal alle multilateralen Schulden abgedeckt, denn diese verteilen sich auf insgesamt 19 multilaterale Gläubiger. Bolivien z.B. hat hohe Schulden bei der Interamerikanischen Entwicklungsbank und wird nach dem "100%igen Schuldenerlass" der derzeitigen Initiative tatsächlich ca. 16% weniger Schulden haben.

Null komma drei Prozent Entlastung

Und so lange nicht feststeht, welches Land wann wirklich einen Schuldenerlass erhält, sind alle angekündigten Angaben zum voraussichtlichen Gesamtvolumen des Schuldenerlasses sowieso mit Vorsicht zu genießen. Dazu kommt, dass die "Entlastung" durch den Schuldenerlass für viele Länder voraussichtlich kaum einen Unterschied machen wird. Denn die bislang geplanten Zuweisungen der Weltbank und Afrikanischen Entwicklungsbank, die nach dem Schuldenerlass an die "entschuldeten" Länder gehen sollten, werden in exakt der Höhe der erlassenen Schuldendienstzahlungen gekürzt. Auch nach dem Schuldenerlass wollen die Gläubiger die Kontrolle über die Länder aufrechterhalten - und das zusätzliche Geld lieber an insgesamt 81 Länder nach Maßgabe ihrer vorher diktierten "guten Regierungsführung" und "vernünftigen Wirtschaftspolitik" verteilen.

Ohnehin kann in den Genuss des Schuldenerlass nur kommen, wer zuvor im Rahmen der HIPC-Initiative unter der Aufsicht von IWF und Weltbank seine Gütermärkte und Finanzsysteme liberalisiert, rigide Sparvorgaben für die öffentlichen Haushalte umgesetzt und die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte sowie die Privatisierung von öffentlichen Unternehmen hinter sich gebracht hat. Was hier von den G8 als "historischer Durchbruch" angekündigt wird, wird nur für eine Handvoll Länder tatsächlich eine Entlastung bringen.

Die vielleicht wichtigste Frage blieb bisher außerdem ausgespart: Sind die Forderungen der Gläubiger an die Schuldner überhaupt berechtigt? "Die Völker des Südens sind die eigentlichen Gläubiger. Die illegitimen, ungerechten und unbezahlbaren Schulden des Südens müssen sofort gestrichen werden. Es ist der Norden, der massive ökologische, moralische, soziale und finanzielle historische Schulden gegenüber dem Süden hat." So formulierte es eine Konferenz von Nichtregierungsorganisationen, sozialen Bewegungen und Entschuldungskampagnen aus Nord und Süd Ende September 2005 in Havanna, an der VertreterInnen aus über 50 Ländern teilnahmen.

Seit Beginn der internationalen Schuldenkrise 1982 haben sich die Schulden der Entwicklungsländer von 650 Mrd. US-Dollar auf knapp 2.000 Mrd. US-Dollar verdreifacht. Die Steigerung rührt im Wesentlichen daher, dass die alten Schulden mit neuen Krediten bedient werden: Von 1982 bis heute wurden neue Kredite in Höhe von 3.000 Mrd. US-Dollar an Entwicklungsländer vergeben. Diese haben inzwischen 4.000 Mrd. US-Dollar an Zinsen und Tilgung zurückbezahlt. Heute sind ihre Schulden um 1.350 Mrd. US-Dollar höher als damals.

Die Folgen der Verschuldung sind dramatisch. Jeden Tag sterben immer noch 35.000 Kinder an Hunger und einfach vermeidbaren Krankheiten. Dieser barbarische Zustand liegt auch entscheidend an der mangelnden Bereitschaft der Gläubiger, die Schuldenkrise durch weit reichende Streichungen zu überwinden. Das hat die Bundesrepublik als führende Macht in IWF, Weltbank, G8 und WTO erheblich mitzuverantworten.

Doch nicht nur ihre tödliche Wirkung macht die Schulden unerträglich. Die Legitimität der Schulden wird zu Recht bestritten. Warum sollen die Philippinen Schulden für ein Atomkraftwerk tilgen, das Diktator Marcos auf den Philippinen mit Billigung der Gläubiger auf eine Erdbebenspalte bauen ließ und das zum Glück nie in Betrieb ging? Wie steht es mit den Schulden Indonesiens, die unter Diktator Suharto bei der Weltbank aufgenommen wurden? Dass die Hälfte der Gelder direkt in die Taschen von Suhartos Familie geflossen sei, weist die Weltbank entschieden zurück - es seien nur 20 bis 30 Prozent gewesen. Warum sollten die Menschen im Süden Schulden zurückzahlen, mit denen frühere Diktatoren wie Pinochet, Mobutu oder das Apartheid-Regime Waffen gekauft haben, um sie zu unterdrücken und ihre Verwandten zu ermorden?

Sakrosante Strukturanpassung

Der Internationale Währungsfonds (IWF) schreibt den Schuldnern im Rahmen von Strukturanpassungsprogrammen vor, ihre Exportwirtschaft auszuweiten, um Devisen zu erwirtschaften. Viele Länder bauen folglich mehr Kaffee, Kakao und Baumwolle an. Das Ergebnis - doppeltes Angebot und halber Preis - bedeutet für die Länder des Südens gleich bleibende Exporteinnahmen, während sich der Norden über

billigere Rohstoffe freuen kann. Eine Unternehmensberatung würde für solch bewusst kontraproduktive Beratung in Regress genommen oder mindestens wegen Dummheit in Konkurs gehen. Nicht so der IWF: Dessen Strukturanpassungskredite sind sakrosankt und müssen stets als erste bedient werden.

Diese und viele weitere Maßnahmen zeigen, wie die Gläubiger die Schuldner erst in den Würgegriff nehmen und ausplündern, und ihnen dies anschließend als Dienstleistung in Rechnung zu stellen. Auf der anderen Seite bleiben die ökologischen Schulden des Nordens durch Umweltverbrauch und -zerstörung, Klimawandel und Ressourcenentzug ebenso unberücksichtigt wie die historische Schuld für den Genozid an Millionen von Menschen im Rahmen des Kolonialismus. Spätestens wenn man die Schuldenfrage in diesen Kontext stellt, wird offensichtlich: Es geht nicht um gönnerhaften Schuldenerlass, nicht um Hilfe, nicht um Abgeben oder Teilen, es geht um Gerechtigkeit. Es ist Zeit, dass offiziöse Entschuldungstheater zu beenden und stattdessen die Schuld und Verantwortung des Nordens anzuerkennen und die Schulden zu streichen.

Um das zu erreichen, ist Druck auf verschiedenen Ebenen notwendig: Die Menschen im Norden sollten von ihren Regierungen Rechenschaft einfordern. Warum treibt die Bundesregierung Kredite für Siemens-Turbinen ein, auch wenn ein Staudamm niemals Strom für die Armen produziert hat? Warum dürfen deutsche Banken bis heute ihre Rückstellungen aus Kreditgeschäften mit dem Apartheid-Regime von der Steuer absetzen? Diese Fragen muss die neue Bundesregierung - egal in welcher Zusammensetzung - beantworten. Die "gute Regierungsführung", die die Gläubiger von den Schuldnern permanent fordern, sollten sie zunächst selbst praktizieren.

Wer schuldet wem was?

Zudem sollten mehr Schuldnerregierungen den Mut aufbringen, illegitime Schulden explizit zurückzuweisen und nicht mehr zu bedienen, wie es Nigeria in den vergangenen Monaten versucht hat. Auch das erzwingt eine Debatte über die Verantwortung für die Schulden. Letztlich muss die Diktatur der Gläubiger über die Schuldner beendet werden. Wenn hierzulande ein Unternehmen oder eine Privatperson zahlungsunfähig wird, dann entscheiden neutrale Gerichte darüber, in welcher Höhe welche Gläubiger noch bedient werden und welche Schulden zu streichen sind. Es muss auch auf internationaler Ebene eine Instanz wie ein neutrales Schiedsverfahren oder einen Gerichtshof geben, der im Falle von Überschuldung für eine gerechtere Lastenverteilung zwischen Gläubiger und Schuldner sorgt.

Dessen ungeachtet stehen die Gläubiger historisch, ökologisch und finanziell in der Verantwortung - für eine "historische Schuldenstreichung", die diesen Namen tatsächlich verdient.

Philipp Hersel, BLUE 21 (www.blue21.de)

Daniela Setton, WEED (www.weed-online.org)

22. Die Hoffnung nach der Niederlage. Wird es in Polen eine neue Linke geben?

Autor: Przemyslaw Wielgosz · Rubrik: Polen · CD-Datei: daten/aksuche/ak499/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:499:24

Ende September wurde in Polen ein neues Parlament gewählt. Eins ist sicher: Die politische Konstellation nach den Parlamentswahlen in Polen spiegelt das vorherrschende ideologische Chaos und die Apathie der Mehrheit der Bevölkerung wider. Und: Die Linke hat eine herbe Niederlage erlitten.

Dies betrifft vor allem die Postkommunisten aus den Reihen des Linksbündnisses SLD und ihrer "Abtrünnigen", die sich um die SDPL versammelt haben. Die Partei, die im Jahr 2001 mit 42 % der Stimmen (und damit dem höchsten Stimmenanteil, den je eine politische Kraft nach 1989 für sich verbuchen konnte) an die Macht kam, erzielte am Wahl-Sonntag nicht einmal ein Viertel davon. Damit hat sie die Grenze ihrer Überlebensfähigkeit erreicht. Das neue Parlament hat sich damit gefährlich an den äußersten rechten Rand verlagert. Die Sozialdemokratie hat das enorme Vertrauen, über das sie vier Jahre lang verfügt hatte, verloren.

Hegemonie der Rechten ...,

Die Bewertung durch die WählerInnen legt sich wie ein Schatten auch auf andere linke Gruppierungen in Polen. Die Ursache der Niederlage der Postkommunisten liegt vor allem in ihrer neoliberalen Ideologie, ihrem demoralisierenden Opportunismus in Bezug auf Frauen- und sexuelle-Minderheiten-Rechte sowie in ihrem unkritischen Pro-Amerikanismus in der Außenpolitik, der in der Teilnahme Polens am Überfall auf den Irak gipfelte. Es bedarf keiner besonderen Fähigkeiten um zu bemerken, dass die Postkommunisten außerdem vor allem deshalb verloren haben, weil sie die letzten Reste ihrer vermeintlichen linken Positionen gegen Bündnisse mit Arbeitgebern und für eine Reihe materieller Begünstigungen eingetauscht haben. Doch es stellt sich die Frage, warum aus diesem Desaster die Rechte und nicht die Linke Kapital schlagen konnte.

Die Ursache liegt einerseits in der Monopolisierung des Linksseins durch die SLD. Eine Kompromittierung dieser Partei ist deshalb in Polen gleich bedeutend mit einer Kompromittierung der Linken überhaupt. Die Niederlage folgt deshalb letztlich auch aus einer Schwäche der radikalen Linken, aus der diskursiven Hegemonie der Rechten und vor allem als Ergebnis des neoliberalen Wirtschaftskurses. Die defensive Taktik der Gewerkschaft OPZZ legt es den Arbeitgeberverbänden außerdem geradezu nahe, immer schärfere Forderungen aufzustellen. Die neueste dieser Forderungen zielt auf das Recht der Arbeitgeber zum lock-out gegen Streikende.

Eine linke Opposition gegen die SLD ist praktisch kaum wahrnehmbar. Die "Neue Linke" von Piotr Ikonowicz fristet ein Schattendasein und wirkt nur noch auf Demonstrationen und unter ausgegrenzten und marginalisierten Gruppen auf der Straße. Die von Ikonowicz mitinitiierte "Union der Linken" zerfiel - aufgrund personeller Differenzen und dem Doppel-Spiel ihrer Begründerin Izabela Jaruga-Nowacka - noch bevor sie richtig entstehen konnte. Jaruga-Nowacka hatte vorgegeben, eine Opposition bilden zu wollen, obwohl sie gleichzeitig als Vize-Premierministerin die neoliberale Regierung von Marek Belka stützte.

Eine Ausnahme hätte die Neugründung Polska Partia Pracy (PPP) sein können, aber sie spielte nur sehr kurzfristig eine Rolle - und das "Linkssein" dieser Partei bedarf wohl noch einer Überprüfung: Der charismatische PPP-Führer Daniel Podrzycki pflegte in der Vergangenheit zahlreiche Verbindungen zu Rechtsextremisten. Nach seinem Tod am Tag vor den Wahlen steht die Zukunft der PPP gänzlich in Frage.

... Niederlage der Linken

Mit ganzer Schärfe wird die Niederlage der polnischen Linken und die ideologische Hegemonie der Rechten im öffentlichen Diskurs sichtbar. In den Medien herrscht ein unausgesprochenes Verbot, so genannte "christliche Werte" in Frage zu stellen. Die Neoliberalen monopolisieren den gesamten ökonomischen Diskurs und auch das staatliche Fernsehen, das durch einen Parteifunktionär der Platforma Obywatelska (PO) "regiert" wird. Das Fernsehen bemüht sich nicht einmal um den Anschein von Objektivität. Zwar geben manche linke PolitikerInnen hin und wieder auch mal artig Contra. Konsequenzen ziehen sie jedoch daraus keine. In den politischen Vorstellungen der SLD und SDPL wurden dafür andererseits mehrmals Einsparungen im öffentlichen Haushalt, eine Verschärfung des Strafgesetzbuches und die Einschränkung der Bürgerrechte im Namen der Nationalen Sicherheit befürwortet. Zur sprachlichen Norm wurden ideologische Kampfbegriffe wie

"ungeborenes Kind" statt "Fötus", "Heiliger Vater" statt "Papst", "Arbeitervorteile" statt "Arbeiterrechte", "die Schwächsten" statt "Lohnarbeiter", "Reformen" statt "Monetarismus".

In dieser Situation präsentiert sich die neoliberale Rechte in Gestalt der PO als neutrales politisches Zentrum. Ihr Programm sieht eine faktische drastische Erhöhung der Mehrwertsteuer für Basisprodukte (1), eine Kommerzialisierung des Bildungswesens und der Gesundheitsversorgung sowie Beschränkungen der Sozialausgaben vor.

Diese ideologische Hegemonie wäre nicht so desaströs, wenn sie nicht mit einer katastrophalen wirtschaftlichen Lage zusammenträfe. Der Zuwachs der Erlöse bei niedrigem Wachstum des Bruttosozialproduktes, eine Umverteilung von unten nach oben, die Deregulierung der Arbeitsverhältnisse und das Einfrieren der Gehälter drängen die Mehrheit der Gesellschaft in den politischen Nihilismus und treffen vor allem die potenzielle Wählerschaft der Linken. Mehr als die Hälfte der Polen lebt unter dem sozialen Existenzminimum. Die Arbeitslosigkeit und halb-barbarische Arbeitsverhältnisse, in der die Überstundenarbeit unbezahlt bleibt und Gehälter nicht pünktlich ausgezahlt werden, sind zum Normalfall geworden. Dabei erhalten lediglich 20% der fast 3 Millionen Arbeitslosen eine finanzielle Unterstützung. Diese Zustände haben die LohnarbeiterInnen wirksam von der Politik weggesogen. Mehr als die Hälfte von ihnen nimmt an Wahlen nicht teil. Den Kampf um ihre Rechte ist vom Kampf ums einfache Überleben abgelöst worden.

"Heiliger Vater" statt "Papst"

Die Linke begründet ihre Hoffnungen auf Erneuerung mit den nunmehr gewalttätig ausgetragenen gesellschaftlichen Protesten. In den Jahren 2002-2003 haben diese dazu geführt, dass die SLD-geführte Regierung ihren neoliberalen Kurs ändern musste, was zugleich Arbeitsplätze rettete. Im Juli erkämpften Bergarbeiter ihre Rente erst, nachdem sie das Parlamentsgebäude stürmen wollten. Leider fehlt den Protesten eine politische Ausrichtung. Versuche, die Erhebungen im ganzen Land durch Gründung eines Allgemeinpolnischen Komitees der Proteste zu koordinieren, sind erfolglos geblieben. Unter diesen Umständen sammeln Populisten der "Samoobronna" (Selbstverteidigung) und die nationalistisch-klerikale "Liga der Polnischen Familien" Teile des unzufriedenen Potenzials und beackern es mit ihren autoritären bzw. antisemitischen Erklärungsmustern.

Seit einiger Zeit gibt es jedoch auch ein paar Lichtblicke. Einer davon ist die Initiative "Stoppt den Krieg", die aus den Protesten gegen den Irakkrieg entstanden ist; ebenso wie Aktionen polnischer Saison-ArbeiterInnen in Großbritannien, Irland und Frankreich, die in diesem Jahr durch die anarchistische "Arbeits-Initiative" und die "Konföderation für Arbeit" zusammen mit der OPZZ und anderen Gewerkschaften aus dem Westen organisiert wurden.

Träume von Erneuerung

Optimistisch stimmen auch - leider noch schüchterne - Veränderungen in der ideologischen Konjunktur. Nach Jahren der Konservatismus-Mode bekunden immer mehr polnische Intellektuelle ihre linken Ansichten. Zeitschriften wie Nowy Robotnik, Lewa Noga, Bez Dogmatu oder Krytyka Polityczna verzeichnen immer mehr LeserInnen. Leider ist dies, wenn überhaupt, nur ein bescheidener Anfang. Ohne eine Zusammenarbeit der radikalen Linken und linker Intellektueller mit ArbeiterInnenbewegungen wird man von einer Erneuerung der Linken in Polen nur träumen können.

Przemyslaw Wielgosz

Übersetzung: Kamil Majchrzak

Przemyslaw Wielgosz ist Publizist, Schriftsteller und Mitherausgeber der Zeitschrift Lewa Noga. Vor kurzem erschien sein Buch "Opium der Globalisierung".

23. Spendenaufruf für die Hurrikan-Opfer in Mittelamerika. medico international bittet um Spenden für die Opfer des Hurrikans Stan

Autor: medico international · Rubrik: Lateinamerika allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak499/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:499:39

Nach tagelangen, schweren Regenfällen sind viele 10.000 Menschen vor Überschwemmung und Erdrutschen auf der Flucht. Besonders getroffen sind Guatemala, El Salvador und der Süden Mexikos. Wie immer bei solchen Naturkatastrophen sind die Ärmsten der Armen am schwersten betroffen.

So die Gemeinde El Triunfo an der pazifischen Küstenregion Guatemalas, in der das Wasser nach Auskunft unseres guatemaltekischen Partners ACCSS einen Meter hoch steht. Das Dorf wurde von Flüchtlingen, die als Vertriebene nach Ende des guatemaltekischen Bürgerkriegs nicht in ihre Dörfer zurückkehren konnten, auf dem Gelände einer ehemaligen Baumwollplantage neu gegründet. Das Klima ist unwirtlich, der Boden war, als die Menschen dort ankamen, ausgelaugt von Monokultur und salzhaltig durch das nahe Meer. Mit zäher Ausdauer bewirtschaften die Menschen von El Triunfo ihre Felder und haben sich ein neues Gemeindeleben aufgebaut.

Nun sind nicht nur viele Häuser mit dem wenigen Hab und Gut, sondern auch die Felder mit dem fast erntereifen Mais überschwemmt und die gesamte Ernte droht zu verrotten.

ACCSS bittet uns um Solidarität und Unterstützung für die Menschen in El Triunfo und weiteren Gemeinden. In einem lokalen Netzwerk organisiert ACCSS Hilfe, um die betroffenen Menschen mit Nahrungsmitteln, Wasser, Medikamenten und Kleidung zu unterstützen.

Das gesamte Ausmaß der Katastrophe ist noch nicht zu überblicken, denn viele Straßen sind wegen Erdrutschen und beschädigten Brücken gesperrt, viele Orte unzugänglich. medico international steht in Kontakt mit seinen Partnern in den betroffenen Regionen und bittet Sie um Ihre Unterstützung.

Spendenkonto 1800; Frankfurter Sparkasse; BLZ 500 502 01; Spendenstichwort "Hurrikan Stan"

24. Wenn Steine reden könnten. Hoffnung auf Neuverhandlung des Falls Carlo Giuliani?

Autor: Supporto Legale Berlin · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak499/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:499:29

Hinter den Türen des genuesischen Strafgerichts haben die Ereignisse während des G8-Gipfels in Genua 2001 - der damals ohne Rücksicht auf die massiven Proteste und ungeachtet eines toten Demonstranten abgehalten wurde - weiter ihr strafrechtliches Nachspiel. Am stärksten betroffen sind 25 G-8 ProtestteilnehmerInnen aus Italien, denen Verwüstung und Plünderung unterstellt wird. Ihnen drohen Haftstrafen von acht bis 15 Jahren. Die bislang ausstehenden Verfahren gegen Polizeibeamte werden hingegen erst in diesen Tagen beginnen.

Rechtzeitig ereilt die betroffenen Polizisten die Nachricht, dass das umstrittene Cirielli-Gesetz gute Chancen hat durchzukommen. Dieses halbiert die Verjährungsfristen, wodurch mancher Korruptionsfall, wie KritikerInnen sagen, ganz zu Gunsten des italienischen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi bzw. einiger gewichtiger Handlanger, hinfällig würde. Die Verjährungsfrist beträfe auch die Verfahren gegen die wenigen Beamten, die überhaupt wegen ihrer Untaten in Genua angeklagt wurden. Dabei bringt ausgerechnet das bereits seit 2004 laufende Verfahren gegen die ProtestteilnehmerInnen seit Monaten immer wieder Dinge zu Tage, die die Kritik an der Vorgehensweise der Polizei in jenen Tagen nur verschärfen und die katastrophalen Zustände in den Sicherheitsapparaten offen legen. Auch die von Betroffenen der Gewalt und einigen linken PolitikerInnen nach dem Gipfel aufgestellt Forderung, die Vorfälle in Genua müssen eingehend untersucht und konsequent verfolgt werden, ist nach wie vor aktuell.

Bei der Fortsetzung des so genannten 25er-Verfahrens nach der Sommerpause war jener blutige Höhepunkt Thema, der Carlo Giuliani das Leben kostete - schließlich stehen einige der Angeklagten deshalb vor Gericht, weil sie den Jeep angegriffen haben sollen, aus dem kurz darauf die tödlichen Schüsse fielen. Geladen waren der Schütze Placanica sowie einige Vorgesetzte. Elitesoldaten mit langjähriger internationaler (Kampf-)Einsatzerfahrung befehligten damals offenbar völlig unerfahrene Jung-Carabinieri im Wehrpflichtdienst, wie jenen mutmaßlichen Todesschützen aus dem süditalienischen Catanzaro. Bislang konnten nur die wenigsten Offiziere angehört werden; die meisten wurden entschuldigt, teilweise weil sie sich im Irak-Einsatz befanden. Die bisherige Anhörung der Verantwortlichen bestätigt, dass der Tod von Carlo Giuliani noch einmal aufgerollt werden sollte.

Eine wichtige Rolle spielen dabei zwei Steine. Einer tauchte neben dem verblutenden Carlo auf, als er bereits von Ordnungshütern umstellt war. Ein Anwohner brauchte Jahre, um den Mut zu finden, Bilder zur Verfügung zu stellen, die belegen, wie dieser Stein sehr eindrucksvoll seinen Ort und auch sein Aussehen wechselte.

Genua - das war Mord

Ein Obduktionsbild von Carlo Giuliani zeigt wiederum, dass seine Stirn eingeschlagen war. Vieles spricht dafür, dass versucht wurde, seinen Tod anderen DemonstrantInnen in die Schuhe zu schieben. Videoaufnahmen zeigen einen Offizier, wie er einen Demonstranten anbrüllt, der einen Stein in der Hand hält. Daraufhin wird die Person (jetzt ohne Stein) gejagt, aber nicht gefasst. Der flüchtende Demonstrant soll nun - so die These der Ordnungshüter - mit dem Stein Giuliani getroffen haben. Der besagte Stein war allerdings, wie sich mittlerweile zeigte, erst zu dem Zeitpunkt mit Blut befleckt, als der Sterbende bereits von Polizei umstellt war. Nach wie vor verneinen die angehörten Polizisten, die vor Ort waren, dass irgendein Beamter Giulianis Körper berührt hätte.

Beim zweiten für die Rekonstruktion des Tathergangs relevanten Stein handelt es sich um einen Putzbrocken, der ungefähr zeitgleich mit den Schüssen aus dem Jeep auf die Dachkante desselben prallte. Das Verfahren gegen den Carabiniere Placanica wurde 2003 mit dem Verweis, er habe in Notwehr gehandelt, eingestellt. Um diese These zu stützen, wurde ein heftig umstrittenes Ballistikergutachten hinzugezogen. Demzufolge habe dieser besagte Stein den Schuss, den Placanica in die Luft abgegebenen haben will, umgeleitet - dies mit tödlichen Folgen. Diese Version des Tathergangs widerlegte nun ein als Zeuge angehörter Mediziner, der die Obduktion von Carlo Giuliani vornahm: Der Schuss sei direkt gefallen, von oben nach unten. Spätestens mit dieser Aussage steht fest, dass Giulianis Angehörige für die Wiedereröffnung des Verfahrens kämpfen werden.

Die Hoffnung, endlich von dem Todesschützen Placanica mehr zu hören, zerschlug sich allerdings. Placanica war im vergangenen April aus den Carabinieri entlassen worden, woraufhin er ankündigte, dass er im 25er-Verfahren für jede Frage zur Verfügung stünde. Dies machte er kurzfristig rückgängig und verweigerte die Aussage. Am Vorabend seiner Anhörung war er auf einem Treffen mit hohen VertreterInnen der rechten Partei Alleanza Nazionale gesehen worden. Wenige Tage später bestätigte er, dass er beabsichtige, bei den Kommunalwahlen für die rechte Partei zu kandidieren. Nicht nur die Gruppe SupportoLegale sieht einen kausalen Zusammenhang mit der Aussageverweigerung. Schließlich sind die italienischen Ordnungshüter traditionell eine wichtige Wahlklientel der Partei, die das Schweigen Placanicas sehr begrüßen dürfte.

SupportoLegale Berlin

Eine kürzlich in deutscher Sprache erschienene Informationsbroschüre schildert den Prozess in den wichtigsten Punkten. Die Broschüre soll auch die Gruppe SupportoLegale und das Genoa Legal Forum unterstützen, die mit hohem Aufwand versuchen, gegen eine fälschliche Rekonstruktion der Ereignisse zu wirken und die angeklagten DemonstrantInnen zu unterstützen. Die Broschüre "Eine Revolte, ist eine Revolte, ist eine Revolte" kann online unter www.supportolegale.de eingesehen bzw. bei info@supportolegale.de bestellt werden.

25. Vorwahl statt Neuwahl. Das italienische Mitte-Links-Bündnis Unione formiert sich

Autor: Js. · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak499/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:499:04

Mit den internen Vorwahlen (primarie) vom 16. Oktober hat das Mitte-Links-Bündnis Unione bestätigt, was schon vorher feststand: Der ehemalige Christdemokrat Romano Prodi wird offizieller Herausforderer des amtierenden Ministerpräsidenten Berlusconi bei den nächsten Parlamentswahlen in Italien. Prodi erhielt mehr als 74% der abgegebenen Stimmen, Fausto Bertinotti (Rifondazione Comunista) landete mit knapp 15% auf Platz 2. Herausragend war die Wahlbeteiligung: Mehr als 4 Millionen AnhängerInnen von Mitte-Links beteiligten sich an der Abstimmung - das sind drei Mal mehr Menschen als die beteiligten Parteien Mitglieder haben.

Vorübergehend war auch in Italien Neuwahlstimmung aufgekommen, zumindest bei den Oppositionsparteien. Seit Ende Mai hatten sie Silvio Berlusconi aufgefordert, dem Beispiel des deutschen Kanzlers zu folgen. Inzwischen sieht es aber so aus, als wenn der italienische Ministerpräsident bis zum Ende seiner Amtszeit weiter macht. Gewählt würde dann spätestens im Mai 2006.

Die Bestätigung Romano Prodis als Spitzenkandidat der Unione erfolgte bei internen Abstimmungen in mehr als 9.000 improvisierten "Wahllokalen". Mitmachen durfte, wer seinen Wählerausweis vorzeigte, mindestens einen Euro spendete und die Grundsatzerklärung der Unione, das "Projekt für Italien", per Unterschrift anerkannte. Jeder durfte nur dort abstimmen, wo er oder sie gemeldet ist.

Ein-Mann-Show oder breites Bündnis?

Prodi hatte sich schon vorher abgesichert: Sieger sei auch, wer nur eine Stimme mehr habe als sein Herausforderer; selbst das denkbar knappste Ergebnis würde ihn legitimieren, seine "Prioritäten" im Bündnis durchzusetzen. Andererseits sei er natürlich verpflichtet, "die Themen und Empfindlichkeiten der anderen Kandidaten in Rechnung zu stellen".

Das ist ziemlich vage und kann durchaus darauf hinaus laufen, dass die politisch heterogene Mitte-Links-Opposition zur Ein-Mann-Show wird. Diese Befürchtung formulierte auch die Altlinke Rossana Rossanda in einem Kommentar der kommunistischen Tageszeitung Il Manifesto: Prodis Ausspruch "Wer gewinnt, bestimmt das Programm" erinnere allzu sehr an Berlusconis "Vertraut mir, dann sehen wir weiter". Auch von Fausto Bertinotti, Prodis wichtigstem Konkurrenten innerhalb der Unione, erwarte sie mehr als den Bezug auf die globalisierungskritische Bewegung von Seattle und Genua.

Bertinotti aber hat ausdrücklich auf eine ausformulierte Alternative zu Prodi verzichtet. Er begründete das damit, dass sonst die Ausarbeitung eines gemeinsamen Programms nicht mehr möglich sei. Während Prodi wochenlang im gelben Bus durch Italien tourte, reiste Bertinotti mit Vorort- und Regionalzügen, um mit den "einfachen Leuten" ins Gespräch zu kommen. Betont uneitel angelegt war auch sein Wahlspot: Darin kommen, statt dem Kandidaten, diverse SympathisantInnen zu Wort, unter ihnen afrikanische MigrantInnen, um den "multi-ethnischen" Charakter des Einwanderungslandes Italien zu betonen. Seine Offenheit für Veränderungen der Alltagskultur demonstrierte Bertinotti auch in der Frage der Homo-Ehe. Während Teile der Unione hier - auch aus Rücksicht auf die immer noch mächtige katholische Tradition - ängstlich agieren, hat Bertinotti sich die Forderungen der Schwulen- und Lesbenbewegung zu eigen gemacht.

Insgesamt diente sein Giro d'Italia dem gleichen Zweck wie die weniger spektakulären Kampagnen der übrigen Kandidaten, unter ihnen der ehemalige Staatsanwalt Antonio Di Pietro (3,3%), der Grüne Alfonso Pecoraro Scanio (2,2%) und der Christdemokrat Clemente Mastella (4,6%): Alle wollen auf sich und ihre "Prioritäten" aufmerksam machen. Die linksradikale Kandidatin Simona Panzino (0,5%) präsentierte sich dagegen ganz offen als "Strohfrau" (prestanome) der "Bewegungen" - getreu dem Motto "Wir sind alle KandidatInnen".

Für Dezember ist nun die Beschlussfassung über ein Regierungsprogramm der Unione geplant. Dabei gibt es eine ganze Reihe konfliktreicher Fragen. Soll das 2003 vom Rechtsblock beschlossene Gesetz zu "Beschäftigung und Arbeitsmarkt" (Legge 30) ganz oder nur in seinen schlimmsten Teilen zurückgenommen werden? Die gleiche Frage stellt sich für die unsoziale Bildungsreform der Ministerin Letizia Moratti. Was geschieht mit den "Aufnahmezentren" für ImmigrantInnen, die Bertinotti schlicht "Lager" nennt? Und sollen die

italienischen Truppen im Irak sofort abgezogen werden oder erst nach und nach, wie es die gemäßigten UnionistInnen verlangen?

"Berlusconi zu verjagen reicht nicht ..."

Die bisher geltende Grundsatzerklärung der Unione gibt auf diese Fragen keine Antworten. Auch im Dezember wird das Mitte-Links-Bündnis kein echtes soziales Reformprogramm beschließen, wie Rifondazione Comunista es fordert. Die Partei der "kommunistischen Neugründung" wird sich daher auch nach einem Wahlsieg über Berlusconi weiter an der Quadratur des Kreises versuchen und gleichzeitig "Kampf- und Regierungspartei" sein wollen. An diesen alten - und nie eingelösten - PCI-Slogan aus den Zeiten des "historischen Kompromisses" mit der Democrazia Cristiana erinnerte das Mailänder Bürgerblatt Corriere della Sera, das gleichzeitig Bertinotti mit den Worten zitiert: "Berlusconi zu verjagen ist notwendig, aber es reicht nicht; um Italien zu verändern, bedarf es eines Gesellschaftsentwurfs für die nächsten 20 Jahre."

In der Unione dürfte der kaum durchsetzbar sein. Für den Sieg über Berlusconi könnte es immerhin reichen: Aktuelle Umfragen sehen Mitte-Links mit 36% deutlich vor dem regierenden Rechtsblock, der nur auf 27% kommt. Aber 37% der Befragten erklären sich für unentschlossen - was nach den Erfahrungen mit der Bundestagsneuwahl denn doch Zweifel an der bisher diagnostizierten "Wechselstimmung" aufkommen lässt. Hinzu kommt die putschartige Änderung des Wahlrechts durch die Regierungskoalition, die nach desaströsen Umfrageergebnissen kurzerhand das 1993 abgeschaffte Verhältniswahlrecht wieder eingeführt hat, ergänzt um einen Mandate-Bonus für das siegreiche Lager. Die unerwartet hohe Beteiligung an den Vorwahlen der Unione wird allgemein auch als Demonstration gegen die Tricksereien des Rechtsblocks gewertet.

Js.

26. Demobilisierung als Farce. Funktionswandel paramilitärischer Strukturen in Kolumbien

Autor: Kristofer Lengert · Rubrik: Kolumbien · CD-Datei: daten/aksuche/ak499/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:499:11

Im Wahlkampf im Frühjahr 2002 machte der paramilitärische Führer Salvatore Mancuso eine Bemerkung, die damals für einigen Wirbel sorgte: 30% der Abgeordneten stünden den Paramilitärs ideologisch nahe. Wenige Monate später war ihr Wunschkandidat, der rechtsextreme Kandidat Alvaro Uribe Vélez, Präsident. Zu seinen ersten Amthandlungen gehörte - neben dem Ausrufen des Ausnahmezustandes und der Errichtung von Sonderzonen - die offizielle Aufnahme von Annährungsgespräche mit den Kommandanten der paramilitärischen Verbände AUC (Autodefensas Unidas de Colombia).

Zu dem Zeitpunkt als Uribe Vélez die polizeilichen und militärischen Befugnisse ausbaute und damit einhergehend die Freiheitsrechte der Bürger noch weiter einschränkte, begannen die Paramilitärs erstmals von ihrer Auflösung und Wiedereingliederung in die Gesellschaft zu sprechen. Waren bisher offizielle Verhandlungen mit Paramilitärs Tabu, änderte sich dies in kürzester Zeit. Gespräche mit der AUC, so der Tenor vieler Verlautbarungen, seien wenigstens so berechtigt wie Gespräche mit der Guerilla. Ziel der so genannten Friedensdialoge sollte sein, zu vereinbaren unter welchen Bedingungen die komplette Auflösung der AUC, der inzwischen mehr als 20.000 Mitglieder zugerechnet werden, stattfinden kann.

Die Grundlage der Friedensdialoge ist die Ankündigung der Paramilitärs auf alle Feindseligkeiten zu verzichten ("Cese de Hostilidades"). Die Gespräche begannen im Januar 2003 und setzen sich medienwirksam bis zum heutigen Tag fort. Ende 2005 soll der Prozess der umfassenden Demobilisierung aller AUC beendet sein. Während von Seiten der Regierung der Friedenswille der Paramilitärs gelobt wurde, wiederholt Bilder von Demobilisierten und eingesammelten Waffen gezeigt wurden und paramilitärische Kommandanten für ihre Selbstdarstellungen jede Menge Raum in Fernseh,- Radio und Zeitungsinterviews geboten wurde, zeigte sich jenseits des medialen Theaters ein Bild, das mit der Wirklichkeit an den Verhandlungstischen in Santa Fe de Ralito nicht übereinstimmen wollte: Die Schutzgelderpressungen, die Drohungen gegen AktivistInnen sozialer Organisation und Oppositionelle und das selektive Morden durch Angehörige der paramilitärischen Banden blieben auf einem sehr hohen Niveau. Gefechte zwischen Paramilitärs und Militärs hatte es auch in der Vergangenheit nur in Ausnahmefällen gegeben. Dafür leisteten militärische und sicherheitsdienstliche Strukturen systematisch logistische und personelle Hilfeleistungen für Paramilitärs. So sehen sich die Paramilitärs der AUC auch nicht als rechtsextreme Rebellen gegen den Staat, sondern definieren sich als seine Verbündete, als eine Art Bürgerwehr zur Verteidigung seiner Interessen.

Der so genannte Friedensdialog

Die Geschichte der Paramilitärs zeitlich einzugrenzen, ist nicht ganz einfach. Es gab in der kolumbianischen Geschichte schon immer das Phänomen, dass Großgrundbesitzer und Viehzüchter Privatarmeen aufstellten, und so ihre Interessen weit jenseits ihres persönlichen Sicherheitsinteresses gegen die Bevölkerung durchsetzten. In der Zeit der Violencia (21.5.1949 - 10.5.1957) organisierten die Eliten mit Hilfe ihrer bewaffneten Banden eine beispiellose Vertreibung und Landumverteilung von unten nach oben. Der Bürgerkrieg hatte in wenigen Jahren 300.000 Tote gefordert und mündete in einem Herrschaftskompromiss der verfeindeten liberalen und konservativen Eliten. Liberale und Konservative teilten sich die Herrschaft und alle wichtigen Posten im Land. Es etablierte sich ein politisches Zweiparteiensystem, das Partizipation jenseits der Zweiparteienherrschaft verhinderte und das politische System nachhaltig prägte. Das funktionierte nur über den Ausschluss aller oppositionellen Kräfte und Basisbewegungen. Das gesamte Spektrum der politischen, sozialen und kulturellen Protestbewegungen wurde - und wird - massiv und energisch bekämpft. Zu Beginn der 1980er Jahre war die Opposition, die immer und selbstverständlich eine außerinstitutionalistische Opposition gewesen ist, stark geworden. Betriebsgewerkschaften, Bauernräte, Stadtteilinitiativen und soziale Bündnisse wurden gegründet und fanden enormen Zulauf.

Die Oligarchie des Landes musste darauf reagieren. Bereits in den 1960er Jahren war die legale Grundlage zur Schaffung paramilitärischer Banden geschaffen worden. Militärs waren ermächtigt, in ländlichen aufständischen Regionen Bauern auszubilden, zu bewaffnen und zu kommandieren. Das wurde zwar nie so ausgeprägt praktiziert, wie es etwa in Guatemala der Fall war, doch in den Hochzeiten der sozialen

Widerstandsbewegungen in den 1980er Jahren erhielt das paramilitärische Projekt auch in Kolumbien Konjunktur.

Der Paramilitarismus ist Teil einer militärischen Gesamtstrategie zur Aufstandsbekämpfung. In Arbeitsteilung mit den staatlichen Verfolgungsorganen wird den Paramilitärs die Aufgabe zuteil, Taten zu begehen, für die der Staat keine Verantwortung zu übernehmen bereit ist. In den Städten und auf dem Land kamen jeweils unterschiedliche Strategien zum Einsatz. In den Städten wurden Todesschwadronen und Auftragskiller beauftragt, Oppositionelle anzugreifen, zu bedrohen und zu ermorden. Die Täter blieben unsichtbar. Sie wurden von den staatlichen Verfolgungsorganen geduldet und unterstützt. Auf dem Land, wo staatliche Strukturen nur rudimentär vorhanden waren, ergänzten paramilitärische Banden das Militär. Das Leitmotiv der Aufstandsbekämpfung war als Antwort auf den Grundsatz der Guerillataktik, nach der sich der Guerillero in der Bevölkerung wie der Fisch im Wasser bewegen muss, formuliert worden: Kann man den Fisch nicht aus dem Wasser ziehen, muss man ihm das Wasser abgraben. Die Landbevölkerung in Gegenden, in denen Aufständische vermutet wurde, wurde so zum primären Angriffsziel paramilitärischer Gewalt.

2002: Paramilitärs ermorden 5.000 Oppositionelle

Die Paramilitärs arbeiteten systematisch mit staatlichen Institutionen zusammen. So ignorierten staatliche Verfolgungsorgane Hilferufe und leisteten bei paramilitärischen Missionen logistische und informelle Unterstützung. Die staatlichen Funktionsträger mussten auch keine internationalen Verurteilungen und Sanktionen für die vielen Verbrechen fürchten. Gleichzeitig bewirkte die Auslagerung der Aufstandsbekämpfung an die illegalen Helfer, dass der Staat für die eigene Bevölkerung als neutrale Instanz zwischen den Fronten von linken Guerilleros und rechten Paramilitärs wahrgenommen wurde. Die Einbußen von eigenem Legitimitätsanspruch waren weitaus geringer, wenn der Staat nur als untätig nicht aber als Täter wahrgenommen wird. Der Bevölkerung wurde ihre absolute Ausgeliefertheit bewusst gemacht, indem Morde und Massaker mit bestialischer Brutalität durchgeführt werden, dies geschah oft vor ZeugInnen. Durch Terror und Schrecken wurde so in der Bevölkerung nach und nach die Bereitschaft zur Opposition, widerständigem Engagement und Unterstützung für die Aufständischen gebrochen.

Bis Ende der 1980er Jahre war der Aufbau paramilitärischer Banden legal und offizielle staatliche Politik. Als im Zuge der 1980er Jahre der paramilitärische Terror in einem systematischen Angriff auf jede nennenswerte oppositionelle Betätigung ein unübersehbares Ausmaß annahm, wurde die legale Basis des Paramilitarismus zum Bedauern führender Militärs abgeschafft. Die sozialen Bewegungen waren zu diesem Zeitpunkt bereits extrem geschwächt. Viele Organisationen waren zerschlagen worden, das linke Wahlbündnis der UP, das sich aus Demobilisierten der FARC, KommunistInnen und Aktiven der sozialen Bewegungen zusammensetzte, hatte Tausende AnhängerInnen verloren, die meisten ihrer KandidatInnen und FunktionsträgerInnen waren ermordet worden. Ein bedeutender Teil der Paramilitärs kam direkt aus dem Milieu der organisierten Drogenkriminalität. In den 1980er Jahren existierten zwei große Drogenkartelle: das Medellín-Kartell um Pablo Escobar und das Cali-Kartell. Schließlich überwarf sich das Medellin-Kartell mit den herrschenden Eliten. Diese schlossen, unterstützt von den USA, ein taktisches Bündnis mit dem Cali-Kartell, um die Macht des Medellín-Kartells zu brechen. Mit Erfolg: das Medellín- Kartell wurde mit Hilfe der Paramilitärs zerschlagen. An die Stelle traten die paramilitärischen Banden und übernahmen die Drogenlabore und Handelsrouten.

Paramilitarismus war nun zu einem festen Bestandteil der gesellschaftlichen Organisierung in Kolumbien geworden. Durch den Einsatz von Todesschwadronen und privaten Söldnerbanden sicherten sich die Herrschenden ihre Privilegien. Drei Jahrzehnte lang wurde der Ausschluss größter Bevölkerungsschichten von gesellschaftlicher Teilhabe und der Zugang zu Ressourcen repressiv geregelt. Die Allianz von Großgrundbesitz, Drogenhandel und Militär, die ihre Schnittmenge im Einsatz paramilitärischer Banden fand, wurde fortgesetzt. Im Verlauf der 1990er Jahre verschärften sich die sozial-politischen Konflikte.

AUC: Wölfe im Schafspelz

Mitte der 1990er Jahre wurde mit der Gründung der AUC ein paramilitärischer Dachverband geschaffen. Es folgte die Angliederung und der Aufbau weiterer paramilitärischer Gruppen und die Aufteilung in regionale Blöcke. Obgleich damit eine zentral gelenkte paramilitärische Struktur entstanden war, handelten die regionalen Blöcke autonom und verfolgten keineswegs einheitliche Interessen. Das ebenfalls Mitte der 1990er Jahre aufgebaute staatliche CONVIVIR-Netzwerk, das sich zunächst zu einer quasilegalen paramilitärischen

Organisation entwickelte, spielte auch nach ihrem Verbot 1998 für die weitere Konjunktur des Paramilitarismus eine wichtige Rolle. Zwischen 1998 und 2002 verstärkte sich das militärische Potenzial der Paramilitärs enorm. Sie agierten umfassender und zeigten in vielen Regionen Präsenz. Sie vervielfachten ihre Truppenstärke und ihren Aktionsradius. Bis zur Jahrtausendwende hatten Paramilitärs und Militär gemeinsam viele Guerillahochburgen erobert, Paramilitärs zeigten sich offen in den Städten. Im Jahr 2002 wurden 5.000 Oppositionelle von Paramilitärs ermordet.

Allianz aus Großgrundbesitz, Drogen & Militär

Die Umsetzung paramilitärischer Dominanz verläuft in verschiedenen Schritten: In der ersten Phase ist das Agieren der Paramilitärs ein rein militärisches. Schwer bewaffnete Verbände und Todesschwadronen werden vorrangig gegen Zivilbevölkerung und soziale Strukturen eingesetzt. Gemeinsam mit staatlichen Strukturen werden so widerständige Gegenden unter Kontrolle gebracht und die Unterstützung der Bevölkerung für die Aufständischen gebrochen. Während das Militär die direkte Auseinandersetzung mit den Aufständischen sucht, gehen die Paramilitärs gegen das soziale Umfeld vor. Massaker mit Kettensägen, Hinrichten und Verstümmeln der Leichen, abgeschlagene Köpfe und andere unbeschreibliche Grausamkeiten sind die Methoden, die unter der Bevölkerung ein besonders großes Grauen auslösen sollen. Ist schließlich die Guerilla zerschlagen, setzen sich die Paramilitärs als neue Herrscher fest, wie im Fall von Barrancabermeja und in vielen Barrios von Medellin.

Die Industriestadt Barrancabermeja stand lange in dem Ruf eine "roten Stadt" zu sein, in der es starke und kämpferische Gewerkschaften gab. Viele der Elendsviertel und der barrios populares waren fest in den Händen der aufständischen Milizen. Um die Stadt herum hatte sich die Situation schon Jahre zuvor verändert: Die Dörfer der Umgebung sind nach und nach von Paramilitärs eingenommen worden. Gemeinderäte wurden aufgelöst, ihre SprecherInnen vertrieben, ermordet oder gekauft. Schließlich entstand um Barrancabermeja herum ein Gürtel, der weitgehend von paramilitärischen Strukturen und ihren militärischen Helfern überwacht und kontrolliert war.

Im Dezember 2000 begann eine groß angelegte Militäroperation. Hinter der Kampflinie des Militärs zogen die Paramilitärs von Haus zu Haus, und suchten nach denen, die sie für Kollaborateure hielten, unter ihnen alle, die sich sozial und politisch engagiert hatten. In den folgenden Monaten stieg in Barrancabermeja die Mordrate und die Zahl der Flüchtlinge dramatisch. In drei Jahren wurden mehr als 1.000 Menschen ermordet und über 300 waren "verschwunden". Diese Phase war geprägt durch die systematische Vernichtung der sozialen Netze der Stadt. Betroffen waren in erster Linie die sozialen Organisationen, GewerkschafterInnen, GemeindesprecherInnen und MenschenrechtlerInnen. Die linken Milizen waren vernichtet, die sozialen Organisationen enorm geschwächt und eingeschüchtert, mit Ausnahme der sehr starken Gewerkschaft USO, der Frauenorganisation OFP und weniger anderer.

Dort wo zuvor die Gemeinderäte das soziale Leben regelten, kamen nun die Paramilitärs des Bloque Central Bolivar (BCB). Sie stellten Verhaltensregeln auf, bestimmten so banale Dinge wie die Haarlänge und gingen erst mahnend, dann drohend und schließlich mordend gegen diejenigen vor, die sich weigerten, ihren Regeln zu folgen. Dies ist die zweite Phase, in der die sozialen Organisationen zunehmend isoliert wurden und ihre Mitglieder tagtäglich mit Übergriffen und Mordanschlägen rechnen mussten. Die Paramilitärs begannen männliche Jugendliche zu rekrutieren und sich eine eigene soziale Basis aufzubauen. Die Lebenssituation junger Männer in Barrancabermeja ist schwierig, da es keine ausreichend bezahlte Arbeit gibt. Mit der Zerschlagung der Gewerkschaften setzte auch die Flexibilisierung und Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse ein. Auf diese Weise wirkte das Angebot für die Jugendlichen besonders attraktiv: Die Paramilitärs gaben ihnen ein Motorrad, eine Waffe, ein Handy. Dafür verlangten sie, dass sie Straßenzüge bewachten, die Einhaltung der Regeln kontrollierten und nach Gesuchten Ausschau hielten. Noch 2003 war diese zweite Phase - der Auf- und Ausbau lokaler paramilitärischer Strukturen - abgeschlossen.

Heute - und dies ist die dritte Phase - wird das soziale Leben in Barrancabermeja von Paramilitärs kontrolliert. Dies obwohl alle staatlichen Institutionen in der Stadt präsent sind. In den barrios populares, in den Elendsviertel und den Dörfern außerhalb der Stadt ist die Situation noch eindeutiger. Hier herrschen die Paramilitärs uneingeschränkt: Sie bestimmen, wer in die öffentlichen Ämter gewählt wird, und wer als Kandidat antreten darf, sie verteilen die ohnehin knappe Arbeit und übernehmen polizeiliche Funktion als Streitschlichter

und Richter. Sie erpressen Schutzgelder, die wie selbstverständlich von jeder Familie, jedem Geschäfts-, und Autobesitzer gezahlt werden müssen und kontrollieren den Benzinhandel.

Morden für eine Waffe, ein Handy und ein Motorrad

Die Paramilitärs aus Barrancabermeja beteiligten sich nur zögerlich an den Demobiliserungsgesprächen. Wie alle anderen Organisationen der AUC stimmte aber auch der BCB dem Waffenstillstand zu, was aber nicht zu einer Abnahme des Terrors geführt hat. Die Drohungen, Schutzgelderpressungen und die täglichen Morde gab es weiterhin. Gleichzeitig gründeten die Paramilitärs Vereine, Arbeitsagenturen und private Sicherheitsdienste und mischten sich zunehmend in die lokale und regionale Politik und Administration ein.

Offensichtlich ist, dass der versprochene "Cese de Hostilidades" nicht eingehalten wurde, das nicht nur vom BCB. Es ist auch davon auszugehen, dass es nicht im Interesse der Paramilitärs liegt, ihre illegalen Strukturen aufzugeben. Als Schnittmenge aus den Interessen der Organisierten Kriminalität mit den Interessen der Herrschenden Klasse kontrollieren die AUC die Drogengeschäfte, und in Barrancabermeja den Benzinschmuggel und die Prostitution, in Medellin Prostitution, Drogen und das Glücksspiel. Darüber hinaus bewegen sie sich in halblegalen Zwischenräumen. Sie beherrschen Arbeitsvermittlungen, Transportunternehmen und private Sicherheitskooperativen.

Die Herrschenden profitierten von der Arbeit der Paramilitärs: Multinationale Konzerne bezahlten Todesschwaronen für die Beseitigung von GewerkschafterInnen und sorgten so für die zügige Durchsetzung oder Abschaffung eines kollektiven Arbeitsvertrages nach ihren Vorstellungen. Viehzüchter und Großgrundbesitzer engagierten paramilitärische Banden, organisierten Massenvertreibungen und eine Landumverteilung von unten nach oben. Die politische Kaste musste sich wenig Sorgen über eine möglicherweise erstarkende Opposition machen. Dafür gingen sie Kompromisse ein, wie z.B. illegale Strukturen wie den Drogenhandel zu dulden. Die Illegalität zu verlassen, bedeutet für die Paramilitärs auf ein extrem lukratives Geschäft zu verzichten, dass ihnen eine weitgehende Unabhängigkeit ermöglicht. Es ist anzuzweifeln, dass die Herrschenden in der gegenwärtigen Lage überhaupt bereit sind, auf Paramilitärs als Repressionsmittel zu verzichten. Und tatsächlich ist der gegenwärtige Friedensprozess alles andere als darauf ausgerichtet, für eine wirksame Demobiliserung der Paramilitärs zu sorgen.

Im Juni 2005 beschloss das kolumbianische Parlament das Gesetz "Justicia y Paz". Es erhebt die Verbrechen der AUC in den Rang politischer Vergehen und ermöglicht leicht gemachte Schulderlässe. Die Demobilisierten müssen ihre Hintermänner nicht aufdecken, die eigentlichen Strukturen des Paramilitarismus werden nicht aufgeklärt. Berechtigt ist die Befürchtung vieler, dass die Paramilitärs über die Friedensverhandlungen nicht die Auflösung der mafiösen und militärischen Strukturen, sondern die Ausweitung auf legale Räume anstreben. Dies geschieht bereits in Regionen wie Medellin und Barrancabermeja, in denen die dritte Phase bereits erreicht ist und der Paramilitarismus als soziales Überwachungs- und Herrschaftssystem konsolidiert werden konnte. Welche Gefahr in diesen Regionen droht, zeigt die Demobilisierung von ca. 800 Paramilitärs des Bloque Cacique Nutibara in Medellin.

Paramilitärs dominieren Gemeinderäte

Im November 2003 fand in Medellin die erste Demobiliserung von Paramilitärs statt, die landesweit von der Regierung, von den AUC und den Medien gefeiert wurde. Der regionale Zusammenschluss von Menschenrechtsgruppen und sozialen Organisationen CODHESEL weist darauf hin, dass die meisten Demobilisierten nach wie vor in paramilitärischen Strukturen aktiv seien und es keineswegs zu einer Auflösung des Bloque Cacique Nutibara gekommen sei. Das Netzwerk nimmt die Demobilisierung als ein Fortschreiten paramilitärischer Macht wahr. Zur Zeit kommt es in den Armenvierteln und Vertriebenensiedlungen am Stadtrand zu einer Neugründung der Juntas de Acción Comunal (Gemeinderäte), die in den vergangenen Jahren durch staatliche Verfolgung und paramilitärische Anschläge zerschlagen worden waren. Heute allerdings sind die neuen Gemeinderäte von den Paramilitärs dominiert. Daneben werden Vereine und Sicherheitskooperativen unter paramilitärischer Führung gegründet, Arbeitsvermittlungen werden von ihren Agenturen vorgenommen, sie bestimmen, wer im Transportwesen tätig sein kann. Gleichzeitig werden die letzten Strukturen sozialer Organisationen herausgedrängt, mit Hilfe staatlicher Repression und mit dem fortgeführten Terror der paramilitärischen Todesschwadronen.

Der aktuelle "Friedensdialog" mit den Paramilitärs verfolgt das Ziel, die AUC komplett zu demobilisieren. Wird dieser Prozess auf Grundlage der aktuellen Rahmenbedingungen umgesetzt, ist fest damit zu rechnen, dass die Verbrechen der Paramilitärs nicht aufgeklärt werden, sie ihre illegalen Strukturen aufrechterhalten können und gleichzeitig über ihre Legalisierung Macht und Einfluss gewinnen.

Kristofer Lengert, Kolumbienkampagne Berlin

Kolumbienkampagne Berlin

Seit 2000 gibt es die Kolumbienkampagne Berlin. Unser Anliegen ist es, die Solidaritätsarbeit mit den von starker Repression und Verfolgung betroffenen Organisationen der sozialen Bewegungen in Kolumbien zu stärken. Ein Schwerpunkt unserer Arbeit ist das internationale Begleitprojekt "Casa de Solidaridad" in Bogotá, das seit 2003 existiert. Das Projekt organisiert die permanente Begleitung von bedrohten AktivistInnen der sozialen Bewegung in Kolumbien durch internationale BeobachterInnen.

Träger des Begleitprojekts ist das Red de Hermandad, zu dem ein kolumbianisches und ein europäisches Netz von Gruppen und Organisationen gehören, darunter in Kolumbien verschiedene soziale Organisationen, wie die Lebensmittelgewerkschaft Sinaltrainal, aber auch eine Frauenorganisation, ein Solidaritätskomitee für politische Gefangene, verschiedene Menschenrechtskomitees, eine Bauernkoordination u.a.. Die Idee der internationalen Begleitung wurde von den kolumbianischen Organisationen immer wieder gefordert. Ziel ist es, in Kolumbien internationale Präsenz zu zeigen und den Paramilitär und der Regierung auf diese Weise zu vermitteln, dass ihre Taten nicht unbeobachtet bleiben. Die internationale Begleitung kann die Arbeit der kolumbianischen AktivistInnen in einem gewissen Rahmen schützen und so den (Wieder-) Aufbauprozess sozialer Strukturen unterstützen. Es geht jedoch auch um eine politische Begleitung, die von praktischer Assistenz und Öffentlichkeitsarbeit bis hin zu gemeinsamen Kampagnen reicht.

Die Kolumbienkampagne Berlin organisiert die Vorbereitung und Verschickung freiwilliger BegleiterInnen aus Deutschland. Daneben hat sie zusammen mit dem kolumbianischen "Red" inzwischen zwei Delegationsreisen mit rund 20 TeilnehmerInnen in die kolumbianischen Regionen "Sur de Bolivar" und "Arauca" organisiert. Seit 2002 ist die Kampagne außerdem Teil der internationalen Anti-Coca Cola Kampagne, die von der kolumbianischen Lebensmittelgewerkschaft Sinaltrainal und der kolumbianischen Kampagne gegen die Straflosigkeit initiiert wurde. In diesem Rahmen entstanden auch Kontakte zu kritischen GewerkschafterInnen in Deutschland.

27. Permanenter, legalisierter Ausnahmezustand. Interview über die Menschenrechtssituation in Kolumbien, politische Gefangene und soziale Repression

Autor: Interview: Fabian und Tobias Singelnstein · Rubrik: Kolumbien · CD-Datei: daten/aksuche/ak499/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:499:07

Eduardo Carreño Wilches arbeitet als Strafverteidiger im kolumbianischen Anwaltskollektiv José Alvear Restrepo mit Sitz in Bogotá. Das Kollektiv befasst sich mit juristischen Fragen und Fällen in zahlreichen Rechtsgebieten, die mit dem sozialen Konflikt des Landes und den Menschenrechten zu tun haben. Dabei hat die Arbeit der Anwälte auf internationaler Ebene einen hohen Stellenwert: 1996 bekam das Kollektiv den Menschenrechtspreis der Republik Frankreich verliehen. Das Interview führten Fabian und Tobias Singelnstein.

ak: Bitte stellen Sie doch kurz das Anwaltskollektiv José Alvear Restrepo und seine Arbeit vor.

Eduardo Carreño Wilches: Das Anwaltskollektiv besteht aus 13 Rechtsanwälten mit unterschiedlichen Arbeitsschwerpunkten. Seit der Gründung des Kollektivs 1980 versuchen wir, in den gesellschaftlichen Bereichen zu helfen, die am betroffensten, verletzbarsten und ärmsten sind, wenn die Menschen sich dort organisieren. Wir unterstützen also Leute, die um ihre Rechte kämpfen und die in sozialen oder politischen Prozessen versuchen, die Strukturen des Landes zu verändern.

So machen wir Menschenrechtsverbrechen öffentlich und verteidigen politische Gefangene vor Gericht. Als politische Gefangene verstehen wir neben den Angehörigen der bewaffneten Organisationen auch Mitglieder von sozialen Organisationen, also Parteien, Gewerkschaften, Bauern-, Indigena- und Studentenorganisationen, die auf Grund ihrer Aktivitäten kriminalisiert werden. Auch verteidigen wir Ausländer, die wegen Solidaritätsarbeit oder Studien über den bewaffneten Kampf in Kolumbien verhaftet wurden. Außerdem haben wir beim Prozess der sozialen Wiedereingliederung von Mitgliedern der bewaffneten Organisationen juristischen Beistand geleistet, z.B. um Amnestien oder Freilassungen zu erreichen. Dies führen wir bis heute fort. Dies alles machen wir sowohl vor der ordentlichen Strafgerichtsbarkeit als auch vor Militärstrafgerichten, deren Zuständigkeit sich nach der jeweils aktuellen Gesetzgebung richtet.

Weiterhin vertreten wir auch Klagen gegen den Staat vor den Verwaltungsgerichten, um z.B. Entschädigungen zu erreichen, wenn der Staat ein Verbrechen oder Delikt verübt und damit einer Familie, Person, der Gesellschaft oder politischen und sozialen Organisationen Schaden zufügt. In diesem Zusammenhang versuchen wir auch, Disziplinarprozesse gegen staatliche Funktionäre anzustrengen, die sich an Verbrechen beteiligt oder diese möglich gemacht haben. Schließlich versuchen wir auch, in Fällen von Massenvertreibungen zu helfen, damit der Staat ein Mindestmaß der Rechte dieser Leute auf Gesundheit, Bildung, Ernährung und Wohnraum respektiert.

Wie hat sich die Arbeit des Kollektivs entwickelt und wie sind Sie persönlich zu dieser Arbeit gekommen?

Ich stamme aus einer Arbeiterfamilie. Nach der Oberschule musste ich arbeiten, um studieren zu können. Ich habe am Tag gearbeitet und in der Nacht studiert. So hatte ich einen direkten Kontakt zu den Arbeitern und den Gewerkschaften, der mich zu meiner ersten konkreten juristischen Tätigkeit gebracht hat: Ich habe mich mit Anwälten zusammengetan und dem Arbeitsrecht gewidmet. Dies habe ich mehr oder weniger zwei Jahre lang gemacht.

Etwa 1978/79 begann dann die Kriminalisierung der Gewerkschaftsführer, die unter dem Vorwurf der Rebellion (1) und der Verschwörung vor Militärgerichten angeklagt wurden. In dieser Situation brauchten viele Arbeiter juristischen Beistand, und so haben wir angefangen, auch im Bereich des Militärstrafrechts zu arbeiten. Ab dem Jahr 1982, damals bestand das Kollektiv bereits, haben wir viel Gefangenenarbeit gemacht, weil es eine Generalamnestie für politische Gefangene gab. Unser Ziel war es, dass möglichst viele der Gefangenen von dieser Amnestie profitieren, seien es nun Mitglieder der bewaffnete Organisationen oder solche von sozialen

Bewegungen wie der Gewerkschafts- und Bauernbewegung, die wegen Rebellion angeklagt worden waren. Allen musste geholfen werden.

Danach haben wir an Klagen gegen den Staat gearbeitet, weil sich die Politik der staatlichen Repression durch die paramilitärischen Gruppen ausgeweitet hatte. Also haben wir angefangen, neue Wege zu gehen und den Staat und seine Verwaltung wegen unterlassener Strafverfolgung und weit verbreiteter Straflosigkeit zu verklagen. Den Erfahrungen internationaler Menschenrechtsorganisationen folgend haben wir die Fälle auf eine internationale Ebene gehoben.

Später haben wir uns auch mit den Prozessen der sozialen Wiedereingliederung von Mitgliedern der Guerilla-Bewegung beschäftigt und waren 1991 am Prozess der Beratung über eine neue Verfassung in der verfassungsgebenden Nationalversammlung beteiligt. (2) Dort waren wir als Ratgeber einiger bereits wieder eingegliederter Mitglieder von bewaffneten Gruppen tätig, die wir zuvor verteidigt hatten. Damals gab es eine weitere Amnestie und einen Straferlass, wobei wir bei der Wiedereingliederung der betroffenen Gefangenen tätig waren.

Danach haben wir verstärkt auf internationaler Ebene gearbeitet, weil sich die Modalitäten der Repression verändert hatten. Es war nötig, die Gefangenen und Verfolgten zu betreuen, die sich nicht wieder eingegliedert hatten, wie im Fall des ELN oder der FARC sowie Teilen des EPL. (3) Sie unterlagen nach der Wiedereingliederung von Teilen der Guerilla-Bewegung sowohl einer verstärkten juristischen als auch politischen Repression und bekamen die Formen des schmutzigen Krieges (4) ganz besonders zu spüren.

Welche Organisationen sind denn in diesem Prozess wieder eingegliedert worden?

Das M-19, der Quintin Lame, der PRT, die Corriente Renovadora Socialista und Teile des EPL. (5) Diese Organisationen sprachen sich teilweise nach außen politisch für die Regierung aus und behaupteten, es gebe keine Verletzung der Menschenrechte mehr, das habe sich jetzt geregelt usw. Das veränderte die Situation, und deshalb musste man die Initiative zur Arbeit auf internationalem Niveau ergreifen.

An all diesen Prozessen habe ich als Anwalt teilgenommen. Dabei konnte ich den Leuten auf persönlicher Ebene helfen, bei der Qualifizierung und Organisierung, durch Begleitung und Betreuung und natürlich auf juristischer Ebene. Dies betraf Indigenas, Bauern, Arbeiter, die politische Opposition und Leute, die sich auch tatsächlich im bewaffneten Widerstand befanden. Ich habe so ziemlich jede Art von Organisation und Menschen aus allen Gegenden verteidigt.

Schließt dies auch Paramilitärs mit ein?

Nein, das nicht!

Ist das Anwaltskollektiv selbst von Repression betroffen?

Ja, das Kollektiv wurde immer wieder bedrängt und bedroht. Wir wissen, dass sowohl die Telefonanschlüsse der Büros als auch unsere privaten permanent abgehört werden. Von den Geheimdiensten werden wir als Mitglieder von Guerilla-Organisationen gebrandmarkt. Das Problem des Staates dabei ist nur, dass sie nicht wissen, welcher Gruppierung sie uns zuordnen sollen, weil wir schon alle verteidigt haben. Der Sicht der Geheimdienste folgend müssten sie uns also allen Organisationen zuordnen, auch denen, die bereits wieder eingegliedert wurden. Gleichzeitig müssen sie anerkennen, dass wir eben auch Indigenas, Bauern, Studenten und die (legale) politische Opposition vertreten.

Wir kämpfen für die Menschenrechte, aber man kann uns eben nicht einzelnen Organisationen zuordnen. Nach 27 Jahren anwaltlicher Tätigkeit in diesem Land kann niemand behaupten, dass wir ein Teil der Guerilla-Bewegung sind. Selbst wenn man mit einem gekauften Zeugen eine falsche Anklage konstruieren würde, ließe es sich nicht beweisen, dass wir Teil einer Guerilla sind, schon weil unsere tägliche politische Arbeit eine gänzlich andere Sprache spricht, mit unseren Kontakten zu den Vereinten Nationen (UN) und der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), nach unseren Gesprächen mit verschiedenen Regierungen und unserer Teilnahme an internationalen Konferenzen. Es wäre ganz einfach nicht glaubhaft.

Es stellt also einen Schutz dar, dass Sie derart renommiert und anerkannt sind?

Ja, aber das ist einerseits auch Teil des Problems. So wurden Kollegen bedroht und verfolgt und es gibt Anfeindungen. Luis Guillermo Pérez und Miguel Puertos mussten nach Europa gehen und Rafael Barrios Benitez lebt nun in Washington. Andererseits bietet die internationale Arbeit einigen Schutz, so etwa die Zusammenarbeit mit der interamerikanischen Menschenrechtskommission der OAS. Und es gibt natürlich internationalen Druck von Menschenrechtsorganisationen, von Regierungen, der EU und der UN-Menschenrechtskommission, nicht nur alleine für das Kollektiv, sondern auch für andere Menschenrechtsorganisationen. Und wir haben die Begleitung der Peace Brigades International.

Gab es bereits konkrete Angriffe auf Anwälte des Kollektivs oder Leute, mit denen das Kollektiv arbeitet?

Der einzige aus dem Kollektiv, der umgebracht wurde, war im April 1998 Eduardo Umaña Mendoza. Zu diesem Zeitpunkt war er allerdings nicht mehr Mitglied des Anwaltskollektivs. Er hatte sich zurückgezogen und arbeitet alleine in seinem Haus.

Wie viele politische Gefangene gibt es in Kolumbien?

Als politische Gefangene werden heute einerseits Mitglieder der bewaffneten Organisationen, hauptsächlich der Bewegung Jorge Eliécer Gaitán für die Würde Kolumbiens (JEGA), der Bewegung Jaime Bateman Cayón, den Resten der M-19, des EPL, des ELN und der FARC bezeichnet. Die Zahl der Gefangenen, von denen wir wirklich sagen können, dass sie Guerillas sind, weil dies in den Strafprozessen und von den Organisationen bestätigt wurde, beträgt mehr oder weniger 2.000. Allerdings gibt es darüber keine offiziellen Statistiken, sondern es handelt sich um Schätzungen auf Grund der Daten des Komitees für Solidarität mit den politischen Gefangenen.

Andererseits gibt es etwa 4.000 Gefangene, gegen die wegen politischer Delikte ermittelt wurde, die aber tatsächlich vor allem Bauern sind. Sie stammen aus Regionen, die entweder von der Guerilla kontrolliert werden oder die Brennpunkt der Auseinandersetzungen sind. Es ist wichtig klarzustellen, dass diese Menschen nicht Teil der Guerilla sind, auch wenn es freundschaftliche Beziehungen zur Guerilla gibt oder die Bauern die Kämpfer mitunter kennen und ihnen verbunden sind. Auch gibt es Fälle, in denen Familienangehörige zur Guerilla gegangen sind; diese Leute sind also keine Fremden für die Bauern, sie kommen ans Haus und grüßen oder schlafen beispielsweise im Hof. Die Kämpfer der Guerilla sind eben oft Leute aus der Region, Bekannte. Schließlich finden sich in den Gefängnissen Bauern- und Arbeiterführer, Mitglieder von selbstverwalteten kommunalen Organisationen und politische Oppositionelle, die als Guerilleros kriminalisiert werden, weil sie sich gegen Ziele der Regierung wenden. Auch diese politisch Verfolgten sind keine Guerilleros, aber sie stellen mit mindestens 4.000 Personen in den Gefängnissen die Mehrheit der politischen Gefangenen.

Wie ist die Situation der politischen Gefangenen in den Gefängnissen?

Die Gefangenen, die als Guerilleros anerkannt sind, werden in Gefängnissen in verschiedenen Teilen des Landes mit unterschiedlichen Sicherheitsstufen untergebracht. Dabei ist die Mehrheit der Gefangenen nicht in ihrem Herkunftsgebiet, sondern in anderen Landesteilen inhaftiert. Leute, die z.B. an der Küste gefangen genommen werden, bringen sie nach Bogotá oder Barne wegen des kalten Klimas; Leute aus Bogotá schicken sie in heiße Gegenden. Dies Verlegungen verhindern oft, dass die Gefangenen von Freunden oder Familienangehörigen besucht werden, da ihnen das Geld für die Reise fehlt. Diejenigen, die der Staat für Kommandanten hält, sind in Hochsicherheitsgefängnissen mit totaler Isolation inhaftiert, wie z.B. Francisco Caraballo, Francisco Galán und Simón Trinidad.

Was bedeutet Isolation in diesem Zusammenhang?

Hier gibt es Unterschiede. Simón Trinidad unterliegt etwa absoluter Isolation, d.h. er hat keinen Kontakt zu anderen Gefangenen. Die einzigen, die ihn besuchen dürfen, sind ein Familienangehöriger und sein Anwalt. Vom Rest ist er absolut isoliert, mit einer Stunde Hofgang, egal ob es regnet oder die Sonne scheint. Die sonstige Zeit verbringt er in einer Zelle von zwei mal zwei Metern. Galán und Caraballo sitzen zusammen in Itagui in einer besonderen Abteilung, die man sich wie eine Wohnung vorstellen kann, wo sonst kein anderer Gefangener ist.

Sonstige Gefangene, die der Staat für Mitglieder der Guerilla hält, werden in Hochsicherheitsabteilungen untergebracht, wie z.B. in Barne, wo 700 Gefangene wegen politischer Delikte in einem solchen Trakt sitzen.

In einer anderen, davon getrennten Abteilung sitzen die Paramilitärs. Gefangene, die der Staat für nicht so wichtig hält, wie z.B. Angehörige der Guerilla-Milizen oder Kollaborateure, werden in den allgemeinen Gefängnissen einfach in abgetrennten Abteilungen untergebracht, so dass sie nicht mit den normalen Gefangenen zusammen sind. Es gibt also eine differenzierte Unterbringung. Vor allem aber wird versucht, die Leute an einem anderen Ort als dem zu inhaftieren, an dem sie gefangen genommen wurden, um sie schon alleine dadurch zu isolieren.

Werden die Angehörigen der verschiedenen Guerilla-Organisationen in diesen Trakten getrennt oder zusammen untergebracht?

Im Allgemeinen ist es so, dass die politischen Gefangenen gemeinsam in einer Abteilung untergebracht sind. In besonderen Fällen sind einige wenige politische Gefangene auch zusammen mit normalen Gefangenen untergebracht. Aber generell ist es, wie gesagt, so, dass die Paramilitärs, die Guerrilleros bzw. die, die als solche angeklagt wurden, und die normalen Gefangenen jeweils in getrennten Abteilungen untergebracht sind.

Inwiefern werden die politischen Gefangenen anders behandelt als normale? Unterliegen sie besonderen Bedingungen?

Die generelle Tendenz ist, dass die politischen Gefangenen isoliert werden. Besuche von Familienangehörigen und Freunden werden ihnen nicht leicht gemacht. Das Essen ist begrenzt. Es gibt keine Möglichkeit zu studieren oder zu arbeiten. Dabei unterliegen sie einer besonderen Kontrolle.

Wie hoch ist der Organisierungsgrad der politischen Gefangenen in den Gefängnissen?

Wo es politische Gefangene gibt, gibt es in der Regel ein gewisses Maß an Organisierung unter den Gefangenen. Dies betrifft vor allem die Alltagsebene: Die Leute organisieren z.B. zusammen das Putzen, gemeinsames Essen, Sport oder auch Selbstverteidigung. Darüber hinaus gibt es in einigen Fällen, wenn Leute dabei sind, die etwas strukturierter vorgehen, Alphabetisierungs- und Qualifizierungsmaßnahmen. Das Bildungsniveau unter den politischen Gefangenen und Verfolgten ist relativ niedrig. Es gibt kaum Leute, die einen Beruf erlernt haben. In den meisten Fällen kommen diese Leute aus den unteren Bevölkerungsschichten; fast immer handelt es sich um arme Leute.

Wie werden diese Leute überhaupt festgenommen; wie sieht also die Strafverfolgung aus?

Dabei gibt es verschiedene Ansätze. Zunächst: Auf dem Land werden die Leute, die Mitglied bewaffneter Organisationen sind, in der Regel umgebracht. Es gibt nicht einmal Verwundete. Die Leute, die gefangen genommen werden, wurden in den Städten durch Ermittlungen und Überwachung oder durch Informanten lokalisiert. Häufig gibt es auch Massenverhaftungen, die auf gestellte Prozesse mit Informanten oder auf geheime Berichte zurückgehen: Sie holen die Leute einfach aus den Sitzen der Gewerkschaften und sozialen Organisationen, kommen z.B. auf eine Versammlung, nehmen alle Leute fest und selektieren anschließend den Vorstand.

Also werden illegale Methoden eingesetzt, um diese Leute festzunehmen?

Bei der Guerilla werden vor allem Informanten eingesetzt. Die dabei erfolgenden Verhaftungen sind in der Regel willkürlich und werden erst im Nachhinein legalisiert. Bei der Kriminalisierung der sozialen Bewegungen sind alle Verhaftungen illegal, die Berichte gefälscht. Niemand hier oder in der Welt darf einfach 2.000 oder 3.000 Personen festnehmen, eine komplette Gewerkschaft oder ein ganzes Viertel. Das ist illegal.

Wie sehen die darauf folgenden Prozesse aus? Genügen sie rechtsstaatlichen Ansprüchen?

Eigentlich müsste man sagen, dass die Prozesse gegen die Guerilla-Bewegung in Kolumbien alle illegal sind. Warum? Von 1984 bis 1990 galten besondere Bestimmungen des damals ausgerufenen Ausnahmezustands, die unter anderem eine Geheimjustiz ermöglichten. Diese Bestimmungen wurden dauerhaft geltendes Recht auf Grund des politischen Übereinkommens bei den Verhandlungen über die neue Verfassung 1991. Besser gesagt: Die wieder eingegliederten Guerillas ermöglichten, dass diese Bestimmungen des Ausnahmezustands, unter denen sie zuvor selbst verurteilt worden waren, legalisiert wurden als Teil des politischen Paktes zwischen Liberalen, Konservativen und den Wiedereingegliederten. Wir haben es also mit einem permanenten, legalisierten Ausnahmezustand zu tun. Das muss einem klar sein. Anders ist heute

lediglich, dass es keine geheimen Zeugen mehr gibt. Heute sind es die Informanten und Wiedereingegliederten, die man die geheimen Berichte verfassen lässt.

Die wieder eingegliederten Guerilleros sind also an der Verfolgung der heute noch aktiven beteiligt?

Das Problem der Wiedereingliederung (6) ist, dass diese Leute nicht zur Erreichung des Friedens, sondern für den Krieg benutzt werden. Die betroffenen Organisationen bezeichnen einen Wiedereingegliederten, der solche Arbeiten macht, vom politischen Standpunkt her als Verräter. Diese Person wird aber nicht ihr ganzes Leben unter dem Schutz stehen, den sie zunächst als Wiedereingegliederter genießt. Wenn die Organisation, der sie angehörte, ihn dann findet, werden ihre Normen auf sie angewendet - wenn sie denn wirklich Guerillero gewesen ist. Solche Leute sind also im Prinzip dazu gezwungen, immer wieder für den Staat zu arbeiten, um durch ihn beschützt zu werden.

Und so kommen dann die Anklagen zu Stande?

Die Beweise sind in der Regel Geheimdienstberichte, die sagen, dass der Angeklagte an bestimmten Dingen teilgenommen hat. Dabei werden dem Einzelnen Taten auf Grund dessen zugerechnet, was hier als "la orden de batalla" bekannt ist. Zum Beispiel: Wenn man von einer Person weiß, dass sie einer Organisation zu einer bestimmten Zeit angehört hat, macht man sie für all das verantwortlich, was diese Organisation in diesem Zeitraum getan hat. Für die betroffene Person ist es dann in einem dieser Prozesse sehr schwer zu beweisen, dass sie nicht in dieser Organisation war, andere Sachen gemacht hat oder krank war. Also ist die Beweisaufnahme sehr schwierig. Außerdem basiert das alles in erster Linie auf den Zeugenaussagen der Wiedereingegliederten, die ihn beschuldigen, weil sie die Verbindlichkeit eingegangen sind, die Geheimdienstberichte zu bestätigen.

Wegen welcher Delikte werden die politischen Gefangenen verurteilt und wie sehen die Strafen aus?

Zunächst kann man feststellen, dass in der öffentlichen Berichterstattung über Festnahmen von Guerilleros immer nur von Führungspersonen die Rede ist. Niemals werden Kämpfer oder normale Soldaten festgenommen. Das ist eine Tendenz, die es seit 1978 gibt: Alle festgenommenen Rebellen sind Kommandanten. Damit erhöhen sich die möglichen Strafen - und das bei den ohnehin schon geringen Möglichkeiten der Verteidigung. Die Anwälte, die politische Gefangene in Kolumbien verteidigen, werden immer weniger. Die Mehrheit der politischen Gefangenen wird von Kanzleien oder Anwälten verteidigt, die von den Staatsanwälten und Richtern des Verfahrens benannt werden, oder von öffentlichen Verteidigern, denn es gibt nicht genug Anwälte, die sich damit befassen.

Außerdem wurden die Strafen allmählich erhöht. Heute liegen die Strafen für Leute, die wirklich Guerilleros sind, zwischen zehn und 60 Jahren. Dabei kommen in erster Linie Tatbestände wie Rebellion, Terrorismus, Erpressung, Entführung, Mord oder Verletzung von Mitgliedern der Sicherheitsorgane zur Anwendung. Heute liegt die Höchststrafe zwar noch bei 40 Jahren, aber sie soll wieder auf 60 Jahre angehoben werden.

Zunehmend werden auch die Mindeststrafen erhöht - und das unter kolumbianischen Bedingungen, was die Ausstattung und das Essen in den Gefängnissen betrifft: Ein Gefangener, der mehr als 20 Jahre im Gefängnis ist, kommt tot raus, weil das Essen, das sie den Gefangenen geben, absolut ungenügend und von schlechter Qualität ist. Der tägliche Kostensatz für die Ernährung der Gefangenen liegt, glaube ich, bei 1.700 oder 1.800 Pesos. Wenn man vergleicht, was man außerhalb des Gefängnisses für dieses Geld kaufen kann, ist das nichts. Es ist sehr schwer, mit diesem Geld auszukommen. Abgesehen davon verwaltet das Gefängnis dieses Geld, wobei ein Teil abhanden kommt, so dass sich der wirkliche Betrag, der für Essen zur Verfügung steht, auf 1.400/1.500 Pesos pro Gefangenen reduziert, wenn er Glück hat. Das entspricht heute ungefähr einem halben Dollar. Man ernährt sich sozusagen 20 Jahre lang von Mehl, Reis, Kartoffeln etc., denn Eier gibt man dir nicht, Fleisch gibt man dir nicht, also stirbst du nach 20 Jahren. Wenn man dich also zu 40 oder 60 Jahren verurteilt, kannst du die gar nicht absitzen, weil du vorher stirbst.

Gibt es viele solcher Fälle?

Viele, na klar. Viele Leute sind zu mehr als 30 Jahren Gefängnis verurteilt, wirklich viele.

Und wie viele Leute sind nachweisbar an mangelhafter Ernährung gestorben?

Das kann man bisher nicht sagen, weil 1990 die Mehrheit der Gefangenen amnestiert oder durch einen Straferlass freikam. Aber von 1991 bis heute wurden viele Leute festgenommen, die bereits bis zu 14 bzw. 15 Jahre im Gefängnis sitzen. Sie sind zu 30, 40, 50 oder 60 Jahren verurteilt. Diese Leute sind bereits jetzt in sehr schlechter physischer Verfassung, wie man bei den Besuchen sehen kann. Deswegen müssen wir erreichen, dass den Familienangehörigen öfter gestattet wird, Essen mit ins Gefängnis zu nehmen, was bisher nur einmal im Monat erlaubt ist. Daran müssen wir arbeiten, weil du mit dem Essen im Gefängnis einfach keine 20 Jahre leben kannst. Auch wenn dir einmal am Ende des Monats mit einer kompletten Verpflegung durch die Familie geholfen wird, bist du unterernährt.

Wie haben sich in den vergangenen Jahren die Bedingungen für die Verteidigung der politischen Gefangenen geändert und was fehlt Ihnen dabei am meisten?

Ich glaube, vom Standpunkt der Solidarität aus betrachtet sind zwei Aspekte wichtig. Für die Gefangenen und die politisch Verfolgten müssen Besuche, für die Familienangehörigen Unterstützung organisiert werden, damit diese Leute nicht ganz alleine sind. Andererseits brauchen auch die Anwälte Unterstützung, die immer noch politische Gefangene verteidigen und für die Menschenrechte arbeiten. Denn wir sind sehr wenige. Wir müssen also weiter Mechanismen der Solidarität entwickeln und uns mit Anwälten in anderen Ländern zusammentun, damit strafprozessuale Garantien auch auf politisch Verfolgte angewendet werden. Niemand sagt, dass sie nicht verurteilt werden sollen, wenn sie gefangen genommen werden. Aber man soll sie für die Delikte verurteilen, die sie auch wirklich begangen haben, was eben nicht möglich ist wegen der Geheimdienstberichte, auf denen die Prozesse beruhen. Außerdem muss man klarstellen, dass sich der Staat in seinem Kampf gegen die bewaffneten Gruppen und gegen die politische Opposition terroristischer Mittel bedient. Darüber wird nicht gesprochen; man erwähnt es nicht einmal.

Schließlich muss man thematisieren, dass auch auf internationaler Ebene Gefangene nicht als Kämpfer oder Rebellen inhaftiert werden, nicht einmal als Terroristen. Man erkennt ihnen gar keine Rechte zu; sie sind Personen, die denen als Symbol des Sieges bleiben, die den Krieg gewinnen. Das ist ein Rückfall ins 17. Jahrhundert, mindestens aus juristischer Sicht. Was für ein Recht soll das sein, was für eine Art von Recht soll das sein, wenn die zivilisiertesten Länder, die USA und Großbritannien, dies machen. Und was können wir dann von den Ländern erwarten, die in deren Einflussbereich liegen, oder von den neu kolonialisierten Ländern, die ihre Schüler sind?

Wie sieht Ihre weitere Arbeit in diesem Bereich aus?

Ich glaube, zentral ist die Frage, wie wir auf internationaler Ebene eine Zusammenarbeit von Anwälten und Menschenrechtsaktivisten etablieren können. Auf der anderen Seite muss man, glaube ich, auf der Ebene der Menschenrechte weiterhin Druck auf die UN ausüben, damit diese ihr Mandat erfüllen. Wir müssen für die politischen und sozialen Bewegungen zu neuen Arbeitsformen kommen, damit diese ihre Regierungen unter Druck setzen können. Und wir müssen überlegen, wie eine universelle Justiz funktionieren kann, um Völkerrechtsverbrechen und Kriegsverbrecher in der Welt zu ermitteln, zu richten und zu sanktionieren, und wie wir erreichen können, dass der Internationale Strafgerichtshof seine Aufgabe erfüllt.

Anmerkungen:

1) Dabei handelt es sich um einen Straftatbestand, der die Mitgliedschaft in den bewaffneten oppositionellen Gruppen erfassen soll, nach dem zunehmend aber auch AktivistInnen der sozialen Bewegungen angeklagt und verurteilt wurden. Vergleichbar dem deutschen 129a StGB ist dabei nicht der Nachweis einer Beteiligung an einer konkreten Tat notwendig, wenn die Mitgliedschaft als erwiesen betrachtet wird, und die Norm sieht einen hohen Strafrahmen vor. Bei einer Verurteilung wegen Rebellion ist eine vorzeitige Entlassung auf Bewährung nicht möglich, und die Betroffenen unterliegen regelmäßig besonderen Haftbedingungen.

2) 1991 trat in Kolumbien eine neue Verfassung in Kraft. Für verschiedene Guerilla-Gruppen bzw. Teile von ihnen war dies die Voraussetzung für Friedensverhandlungen bzw. für die Abgabe der Waffen und die Wiedereingliederung ins soziale Leben.

3) Das von der kubanische Revolution inspirierte Ejército de Liberación nacional (ELN, dt.: Nationales Befreiungsheer) und die im Wesentlichen aus Bauernselbstverteidigungen entstandenen und lange an Moskau orientierten Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia (FARC, dt.: Revolutionäre Streitkräfte

Kolumbiens) sind die beiden größten heute noch in Kolumbien aktiven Guerilla-Organisationen. Das Ejército Popular de Liberación (EPL, dt.: Volksheer für die Befreiung) ist eine kleinere, eher maoistisch orientierte Organisation, von der Teile in dem Verhandlungsprozess Anfang der 1990er Jahre die Waffen abgegeben haben.

4) Unter den Begriff "schmutziger Krieg" werden in den 1980er Jahren etablierte illegale staatliche Praktiken gefasst, die sich vor allem gegen die legale Opposition und die Zivilbevölkerung richten, wie z.B. Massaker, extralegale Hinrichtungen und der Einsatz von Paramilitärs.

5) Das M-19 (Movimiento 19 de Abril, dt.: Bewegung 19. April) war in den 1980er Jahren eine sehr populäre und vor allem in den Städten aktive Organisation, die mit spektakulären Aktionen auf sich aufmerksam machte, wie z.B. der Entführung von Milchtransportern in Armenviertel und der Besetzung des Justizpalastes im Zentrum von Bogotá. Die anderen genannten Organisationen sind eher klein, wobei der Quintin Lame vor allem eine Organisation der Indigenas ist.

6) Wiedereingliederung meint hier sowohl die ganzer Gruppierungen Anfang der 1990er Jahre als auch die einzelner Personen aus immer noch aktiven Gruppierungen.

28. Europäische Visionen. Die Saar-Abstimmung im Oktober 1955

Autor: Hilde Hoherz · Rubrik: Geschichte der BRD · CD-Datei: daten/aksuche/ak499/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:499:01

"Die Saar fließt nach Europa" nennt Werner Eckhardt im Jahr 1954 seine Schrift, die im Verlag der Frankfurter Hefte erscheint. Gemeint ist ein Staat an der Saar, der seit seiner Gründung 1947 mit einer Europa-Idee verknüpft ist, die die nationalstaatliche Orientierung sprengt. Diese Vision vom Start in ein Nachkriegseuropa ohne Nationalstaaten findet mit der Saar-Abstimmung am 23. Oktober 1955 ein jähes Ende. Zwei Drittel der Wahlbeteiligten lehnen das Europa-Statut für die Saar ab und wollen zu einem Nationalstaat gehören - und zwar zu einem bundesdeutschen. In Folge dieses Referendums wird das Saarland in das föderative System der Bundesrepublik eingegliedert und zum Bundesland im herkömmlichen, nationalstaatlichen Rahmen.

Zwei Jahre vor Gründung von BRD und DDR wird das Gebiet an der Saar aus der französischen Besatzungszone und der Zuständigkeit des Alliierten Kontrollrates herausgelöst und mit wesentlichen Elementen eigener Staatlichkeit versehen. Die Präambel der Verfassung kennzeichnet das Provisorium und verweist auf ein künftiges "internationales Statut": Eine endgültige Regelung ist an einen Friedensvertrag mit dem Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches gebunden. Für die Zeit bis dahin nennt die Präambel die staatsrechtlichen Eckpfeiler: Die Saar wird politisch vom ehemaligen Deutschen Reich abgetrennt und wirtschaftlich an die Französische Republik angeschlossen. Eine parlamentarische Demokratie regelt die inneren Angelegenheiten. Die Außenvertretung und die Landesverteidigung liegen bei Frankreich.

Mit dieser Staatsgründung sind die französischen Annexionswünsche aus der unmittelbaren Nachkriegszeit vom Tisch, aber Frankreich erhält durch die Wirtschaftsunion u.a. den Zugriff auf die begehrte Saarkohle. Es bleiben ein starker wirtschaftlicher und zunächst auch politischer Einfluss Frankreichs und die Versuche der Saar-Regierung, mehr Spielraum zu gewinnen.

In ihrem Kampf um mehr Autonomie ist die Saar-Regierung nicht nur mit französischem Widerstand konfrontiert. Politiker der neugegründeten Bundesrepublik torpedieren die saarländische Unabhängigkeit, um den Status der Saar bis zu einem Friedensvertrag offen zu halten.

Ein souveräner Staat ist die Saar ebenso wenig wie die junge BRD, und beide werden 1950 nur als assoziierte Mitglieder in den Europarat aufgenommen. Die BRD wird aber schon 1951 zum Vollmitglied.

Für diesen Europarat - 1949 als erste zwischenstaatliche Organisation europäischer Staaten auf völkerrechtlicher Ebene gegründet - wird die Saar zum Problem. (1) Zum einen stellt sich die Frage nach den Grenzen ihrer internationalen Vertragsfähigkeit, da die Außenvertretung bei Frankreich liegt. Zum anderen handelt es sich bei der Saar-Frage um einen Kernkonflikt in den deutsch-französischen Beziehungen, und die sind der Dreh- und Angelpunkt für die Einigung Westeuropas. Außerdem steht die Saar unter dem Vorwurf, ein Polizeistaat zu sein: Zugelassen sind nur von der Regierung lizenzierte Parteien, Presse- und Versammlungsfreiheit stehen in Frage, und politisch unliebsamen Personen droht die Ausweisung.

Eine trilaterale Lösung von Seiten der betroffenen Regierungen ist nicht zu erwarten. Die bilateralen Verhandlungen zwischen Frankreich und der BRD drehen sich im Kreis: Hauptstreitpunkt ist der Staatscharakter der Saar. Bonn wirft Paris vor, einen Kleinstaat wie Luxemburg anzustreben. Paris wirft Bonn vor, auf ein elftes Bundesland für die BRD hinzuarbeiten. (2)

Die Vision eines Europas ohne Nationalstaaten

Deshalb setzt der Europarat "Die zukünftige Stellung der Saar" auf die Tagesordnung (3), um als unparteiische intergouvernementale Instanz eine europäische Gesamtlösung in die Wege zu leiten. 1952 legt der niederländische Europarat-Abgeordnete van Goes van der Naters einen Entwurf zur Europäisierung der Saar vor (Naters-Plan), der vom Ausschuss für Allgemeine Angelegenheiten bearbeitet wird.

Heraus kommt 1953 ein Statut, das die Saar zum europäischen Territorium erklärt, sobald die geplante Europäische Politische Gemeinschaft (EPG) umgesetzt ist. Bis dahin sollen Außenpolitik und Landesverteidigung bei einem vom Europarat ernannten Europäischen Kommissar liegen. Wegen des Friedensvertragsvorbehalts der Potsdamer Konferenz sollen sich die Westmächte verpflichten, bei einer

künftigen Friedenskonferenz die Beibehaltung dieses Statuts zu unterstützen. Wirtschaftlich soll die Saar nach beiden Seiten offen sein, sowohl zum französischen als auch zum bundesdeutschen Markt.

Dieser Entwurf ist schon hinfällig, ehe der Europarat darüber abstimmen kann. Die EPG als zentraler Bestandteil des Statuts ist an die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) gekoppelt. Aber die Ratifizierung der EVG-Verträge scheitert 1954 in der französischen Nationalversammlung.

Deutschnationale geißeln "Vaterlandsverrat"

Damit kommt die bilaterale Variante wieder ins Spiel. Nach der Pariser Konferenz im Oktober 1954 unterschreiben Bundeskanzler Adenauer und der französische Ministerpräsident Mendes-France auch ein deutsch-französisches Abkommen über die Saar. Es ist zum Teil am Plan des Europarates orientiert und legt in 13 knappen Artikeln den künftigen internationalen Status der Saar fest: Auch hier liegt die Innenpolitik bei einer parlamentarischen Demokratie. Auch hier übernimmt ein europäischer Kommissar die Außenvertretung: Er wird vom Ministerrat der Westeuropäischen Union (WEU) ernannt und darf weder Saarländer noch Franzose noch Bundesbürger sein. Auch hier ist der saarländische Markt nach beiden Seiten offen: Die Wirtschaftsbeziehungen zur BRD werden auf die gleiche Ebene gestellt wie die zu Frankreich. Außerdem soll der Sitz der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) nach Saarbrücken gelegt werden. Das Statut soll durch eine Volksabstimmung bestätigt werden und danach bis zum Friedensvertrag unabänderlich sein.

Dieser Einigung geht ein jahrelanges Tauziehen zwischen der BRD und Frankreich voraus, das sich hauptsächlich um die politische Unabhängigkeit der Saar dreht. Für Frankreich ist die Eigenstaatlichkeit schon aus sicherheitspolitischen Erwägungen eine unabdingbare Voraussetzung: Auf keinen Fall soll eine potenzielle Waffenkammer wie die Saar mit ihrer Eisen- und Stahlindustrie zu deutschem Territorium gehören - mit direkter Grenze zu Frankreich. Drei kriegerische Angriffe im Zeitraum von einem Menschenalter begründen dieses Misstrauen. Auch die Wirtschaftsunion steht für Frankreich nicht zur Disposition - schon wegen der engen Verbindung zwischen der Saarkohle und dem lothringischen Eisenerz.

Die Bundesregierung bekämpft diese politische Unabhängigkeit zunächst, um eine Politik der "vollendeten Tatsachen" zu verhindern. In ihrem Kampf gegen den "Separatismus" gelingt es ihr, sowohl den Beitritt des Saarlandes zur EGKS als siebtem Mitgliedsstaat zu verhindern (1950) als auch die saarländische Unterzeichnung der europäischen Abkommen über soziale Sicherheit des Europarates (1952). Sie protestiert gegen den Abschluss der Konventionen zwischen Frankreich und dem Saarland (1950) und versucht den Saarstaat zu diskreditieren, indem sie dem Europarat ein Memorandum zukommen lässt "betr. Verletzung der Menschenrechte und Grundfreiheiten im Saargebiet" (1951). Erst mit dem Saar-Abkommen von 1954 gibt die Bundesregierung diesen Widerstand auf, denn für die Westintegration des deutschen Teilstaates braucht sie die Verständigung mit Frankreich.

Dazwischen steht die Saar-Regierung völkerrechtlich auf verlorenem Posten, mit wenig Spielraum angesichts der Interessenskonflikte der Großen. Auch sie will dem provisorischen Staat eine internationale Richtung geben. Viele Mitglieder der politischen Führung und auch der Spitze der Verwaltung sind aus dem Exil zurückgekehrte Antifaschisten. (4) Sie sind, wie der katholische Ministerpräsident Johannes Hoffmann (5), zutiefst davon überzeugt, dass nur ein Vereintes Europa den nationalistischen Wahn bremsen und damit künftige Kriege verhindern könne. Den ersten Schritt dahin sehen sie in der Europäisierung gerade der Region, die nach dem Ersten Weltkrieg im nationalistischen Taumel eine unheilvolle Rolle gespielt hatte. Durch den Versailler Vertrag war sie für die Dauer von 15 Jahren unter das Mandat des Völkerbundes gestellt, was schon zur Zeit der Weimarer Republik für deutschnationalen Aufwind gesorgt hatte. Mit der Volksabstimmung von 1935 verhalf die Saarbevölkerung dann auch noch Nazi-Deutschland zu einem internationalen Triumph, indem gute 90 Prozent "Heim ins Reich" wollten und für die Eingliederung ins nationalsozialistische Deutschland votierten.

Zwei-Drittel- Mehrheit für "Heimat"-Parolen

Vor diesem Hintergrund rechnet die Saar-Regierung nicht damit, dass sich dieser nationalistische Schub schon 20 Jahre später wiederholen könnte. 1947 und 1952 mit Mehrheit gewählt, wähnt sie sich in ihrem europäischen Kurs bestätigt. Umso größer ist die Fassungslosigkeit, als zwei Drittel der Wahlbeteiligten gegen das Europastatut für die Saar stimmen und sich erneut den "Heimat"-Parolen der Deutschnationalen hingeben.

Ein Stolperstein für die Regierung ist sicher die seit der Staatsgründung ausgeübte staatliche Repression gegen jede Art pro-deutscher und damit verfassungswidriger Politik, insbesondere ihr Vorgehen gegen Parteien wie die rechtsbürgerliche Demokratische Partei Saar (DPS) unter dem Alt-Nazi Heinrich Schneider (1950) oder gegen die Bergarbeitergewerkschaft Industrieverband Bergbau (1953). Durch das Verbot von Parteien und Gewerkschaften handelt sie sich den Vorwurf des "Polizeistaates" ein, der im Abstimmungskampf von den Pro-Deutschen mit Vehemenz hochgekocht wird.

Drei Monate vor der Volksabstimmung im Oktober 1955 müssen alle Parteien wieder zugelassen werden. Die pro-deutschen Parteien DPS, CDU und SPD schließen sich zum "Heimatbund" zusammen und bieten der alten Phalanx der Faschisten wieder ein Forum. Explosionsartig bricht eine öffentlich und privat ausgetragene politische Auseinandersetzung aus, die "Ja-Sager" und "Nein-Sager" in unversöhnliche Lager spaltet. Die Konfrontation reicht von persönlichen Schmähungen wie "Der Dicke muss weg" als Parole gegen Johannes Hoffmann über tätliche Auseinandersetzungen bis zu polizeilichen Knüppeleinsätzen bei den Veranstaltungen. Die Befürworter des Europa-Statuts um Johannes Hoffmann halten die Vision von der Saar als "Keimzelle Europas" hoch. Die Deutschnationalen - allen voran der rhetorisch unschlagbare Demagoge Heinrich Schneider - diffamieren den "Separatismus" als "Vaterlandsverrat", der die Saar unter dem "Deckmantel Europa" zur französischen Kolonie mache.

Die geballte Emotionalität, mit der die Konfrontation vonstatten geht, lässt Zweifel aufkommen, inwieweit die Wahlbevölkerung über den Inhalt und die Tragweite des Europa-Statuts Bescheid weiß. Noch heute wird die Alternative als "für Frankreich oder für Deutschland" erinnert, obwohl nur die Frage "Europa-Statut ja oder nein" zur Abstimmung stand. Das überstaatliche Konzept, nach dem "die Saar nach Europa fließen" sollte, ist heute kein Begriff mehr. Ob es 1955 einer war, sei dahin gestellt.

Hilde Hoherz

Anmerkungen:

1) Vgl. Bruno Leuvrey: La Sarre et le Conseil de l'Europe, in: Die Saar 1945-1955. Ein Problem der europäischen Geschichte, hg. v. Rainer Hudemann und Raymond Poidevin, München 1992, S. 35-48

2) Vgl. Winfried Schumacher: Konrad Adenauer und die Saar, in: Die Saar 1945-1955, S. 49-74

3) Vgl. Per Fischer: Das Saarstatut des Europarats. Vorstoß in europäisches integrationspolitisches Neuland; in: Die Saar 1945-1955, S. 115-126

4) Vgl. Jürgen Hannig: Separatisten - Nationalisten? Zum Abstimmungskampf 1955, in: Die Saar 1945-1955, S. 381-396

5) Vgl. Johannes Hoffmann: Das Ziel war Europa. Der Weg der Saar 1945-1955, München 1963

29. "Eine verloren gegangene Geschichte tritt wieder ans Tageslicht." Eine Postkarten-Ausstellung dokumentiert armenisches Leben in der Türkei

Autor: Osman Köker · Rubrik: Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak499/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:499:32

In der Ausstellung "Lieber Bruder" zeigen 500 Postkarten des Sammlers Orlando Carlo Calumeno das Leben der ArmenierInnen in der Türkei zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts. Im Januar 2005 wurde die Sammlung erstmals in Istanbul gezeigt und erreichte trotz kurzer Dauer eine enorme BesucherInnenzahl und hohe Aufmerksamkeit auch bei den internationalen Medien. Auf Grund der großen Resonanz wurde sie übersetzt und ist nun außerhalb der Türkei erstmals in der Aspekte Galerie der Münchner Volkshochschule zu sehen.

Im Folgenden dokumentieren wir Auszüge der Rede, die der Ausstellungsmacher Osman Köker zur Eröffnung in München gehalten hat. Köker setzt sich als Verleger und Journalist seit vielen Jahren mit der Situation nichtmuslimischer Minderheiten - insbesondere der Armenier - in der Türkei auseinander. Er ist Mitbegründer der 1994 gebildeten Minderheitenkommission des Menschenrechtsvereins in Istanbul.

Geschichte wird in der Türkei immer über die Türken erzählt. Als wären alle Städte von den Türken gegründet worden, als hätten dort nur Türken gelebt. Alle anderen Völker werden nur in negativen Zusammenhängen erwähnt. Irgendwann in der Geschichte tauchen sie plötzlich auf, bereiten nur Probleme, kooperieren mit den Feinden, fallen den Türken in den Rücken. Als hätten sie nie gelebt, sondern nur verraten. Dabei war das Osmanische Reich ein Staat, in dem viele Völker zusammengelebt haben. In der Geschichte unserer Städte, bei der Gründung und Entwicklung dieser Städte haben die Armenier, die Griechen, andere Völker einen mindestens so hohen Beitrag geleistet wie die Türken. [...]

Die türkische Version dieser Ausstellung wurde Anfang Januar in Istanbul gezeigt. Innerhalb von 10 Tagen wurde sie von über 7.000 Personen besucht. Stellen Sie sich vor, wie fast 200 Menschen in einem Saal sich über die Schulter schauend die Tafeln zu lesen versuchen. So voll waren die Säle durchgehend und das bedeutete einen Besucherrekord unter den Ausstellungen in den letzten Jahren in der Türkei.

Besucht wurde die Ausstellung sowohl von Türken, die erfahren haben, dass früher einmal Armenier in ihren Städten gelebt haben, als auch von Armeniern, die ihre Geschichte näher kennen gelernt haben. Es waren sehr emotionale Augenblicke. Eine alte Frau hat auf einer Postkarte vom Amerikanischen Kolleg in Harput ihren Vater wiedererkannt, der dort Lehrer war. Ein alter Armenier hat vier Postkarten entdeckt, die an seinen Vater geschickt wurden. Wiederum eine alte armenische Dame hat ihr Haus in Tekirdag wiederentdeckt, das sie verlassen hatte. Die Eintragungen ins Gästebuch gaben die sehr emotionalen Eindrücke der Besucher und Besucherinnen wieder. Einige davon sollen hier als Beispiel genannt werden: "Eine sehr schöne Ausstellung, die den außergewöhnlichen Platz der Armenier im historischen und kulturellen Erbe unseres Landes darstellt." (Botschafter a.D.) "Eine verloren gegangene Geschichte tritt wieder ans Tageslicht." "Wir danken Ihnen vielmals, dass Sie uns mit uns selbst bekannt gemacht haben."

Die Ausstellung dokumentiert einen Ausschnitt einer multi-religiösen, vielsprachigen und multi-kulturellen Gesellschaft. Die Postkarten sind reich an interessanten Details. Sie tragen die armenische Kultur aus dem Anatolien von vor 100 Jahren in die Gegenwart und wirken hierdurch als Brücke zwischen den Kulturen von gestern und heute.

Osman Köker

Sireli Jeghpajrs - Lieber Bruder, Armenier in der Türkei vor 100 Jahren. Eine Ausstellung mit Postkarten des Sammlers Orlando Carlo Calumeno, 28. September bis 12. November 2005, täglich 10.00 bis 22.00 Uhr, Galerie Aspekte der Volkshochschule München, im Gasteig.Zur Ausstellung ist der Katalog "Armenier in der Türkei vor 100 Jahren" mit 400 Seiten mit mehr als 750 Postkarten erschienen, ISBN: 975-6158-01-8, Birzamanlar Yaynclk, Istanbul, September 2005, info@birzamanlaryayincilik.com

30. Leben als ständiges Bewerbungsgespräch. "Fake for Real" beschreibt das Lebensgefühl einer metropolitanen Kulturszene

Autor: Matthias Reichelt · Rubrik: Kultur; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak499/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:499:23

Es kommt nicht darauf an, wie viel Wahrheit eine Aussage enthält, sondern darauf, wie spektakulär sie wirkt und ob sie das Image des Urhebers positiv beeinflusst. Es gibt keine guten Nachrichten, außer du machst sie selber. Oberste Prämisse: Wirkung erzielen, als gut vernetzt erscheinen und damit die eigene Absatzquote sichern bzw. nach oben treiben.

Solche und ähnliche Postulate betreffen und bestimmen eine Gruppe von Menschen, die sich enorm wichtig vorkommen und ihre Bedeutung im Antlitz des Gegenüber gespiegelt sehen wollen. Ein Muss ist auch, bestimmten aktuellen Codes der Kleidung, Aussehen und Sprache zu gehorchen und sie abzulegen, bevor sie veraltet sind. Die neoliberale Politik mit ihren deregulierenden Maßnahmen hat dazu geführt, dass viele junge Intellektuelle mit akademischen Abschlüssen ohne Aussicht auf feste Jobs mit und in prekären Arbeitsverhältnissen überleben müssen. Gegen eine starke Konkurrenz buhlen sie um freie Aufträge als KuratorInnen, AutorInnen oder LektorInnen.

Judith Mair und Silke Becker haben sich dieser gesellschaftlichen Sphäre angenommen und beschreiben in ihrem Buch "Fake For Real" die Strategien des So-Tun-Als-Ob. Das Buch liest sich flott weg, da es im Stil genau jener in auf Geschwindigkeit des Trendwechsels angelegten Berufs- und Gesellschaftsschicht entspricht, deren Analyse es beabsichtigt. Vieles klingt plausibel, die Sprache ist salopp und gespickt mit Begriffs- und Namedropping und passt sich damit auch hier genau dem beschriebenen Phänomen an. Aber ist das wirklich alles so neu, wie uns die Autorinnen verkaufen wollen? Das Samplen von Ideen, das eklektizistische und zitathafte Anreißen von Themen, Theorien und kulturellen Genres macht die postmoderne Figur des metropolitanen, flexibel und mobil frei-driftenden intellektuellen Menschen aus, denn er steht unaufhörlich unter dem Druck, sich als Nonplusultra demonstrieren zu müssen. Ein großer Teil der Existenz solcher Personen ist als Dauerperformance, als ständiges Bewerbungsgespräch angelegt.

Damit ist jedoch nicht unbedingt gemeint, dem Gegenüber nach dem Mund zu reden, sondern sich möglichst unverwechselbar zu geben und innovativ zu erscheinen. Dass letztendlich die meisten wieder in der Uniformität landen, ist Schicksal des betrieblichen Anpassungsirrsinns. Die erhöhte Konkurrenzsituation dieser im Neoliberalismus vielfach beschleunigten Entwicklung führt zum Kampf aller gegen alle und damit zur "planmäßigen Zerstörung der Kollektive" (Pierre Bourdieu).

Das Ambivalente und Wechselhafte (Flexibilität!), das die große Reservearmee und die verstärkte Konkurrenzsituation erfordern, demonstrieren die Autorinnen an dem Begriff "eigentlich", mit dem die Differenz zwischen der eigenen Berufung z. B. als Drehbuchautor und der Arbeit in einem Callcenter, also zwischen "gefühlter" gesellschaftlicher Position und Realität, markiert wird. Aber existierte dieser Spagat nicht schon immer? Dass viele ihr Leben "entfremdet" fristen und auf den Karrieresprung warten und ihn meistens nicht schaffen, ist so alt wie die Märchenwelt der Brüder Grimm.

Kokettieren mit der Revolution

Das Aufweichen der ideologischen Lager (angeblich gibt es ja kein lechts und rinks mehr) ist eine Umschreibung für das Fehlen einer starken außerparlamentarische Linken und bezeichnet das Driften der ehemals linksliberalen Position nach rechts. Dadurch geraten vormals linke Intellektuelle ideologisch und ökonomisch unter großen Anpassungsdruck. Dies treibt Personen zu ungeahnten Veränderungen an. Jede dieser Ch-Ch-Changes (David Bowie) eröffnet dann auch neue Möglichkeiten, die Gesinnung den realen Machtverhältnissen anzupassen.

Sich kontextbezogen zu verhalten und zu diskutieren - z.B. tagsüber kapitalismuskonform zu leben und abends affirmativ über den Weg der RAF zu räsonieren - bildet im Pop-Kapitalismus schon längst keinen Widerspruch mehr. Es ist ermüdend zu wiederholen, aber: das System hat es nun mal an sich, alles in den Warenkreislauf einzufüttern und eben alles zur Ware zu machen inklusive der ProtagonistInnen selber. Das schließt auch das

Kokettieren mit Revolution und der Antiglobalisierungsbewegung, attac und der Anti-Branding-Bewegung mit ein.

Adbusters, Culture Jamming und andere kreative Protestformen sind jedoch keine wirklichen Gegenstrategien zum System - allenfalls Irritationen. Die künstlerisch und ästhetisch durchaus interessante Methode, ein bisschen Sand ins Getriebe zu streuen, indem man z.B. Macht und Marken lächerlich macht, kann kurzzeitig zu einer Genugtuung führen. Klar ist, dass diese Kritik schon bald als gewandeltes Zitat wieder vom Pop-Kapitalismus aufgesogen wird. Mehr ist nicht drin, wie die Autorinnen selber erkennen, denn "die Kritik am System durch Umarmung zu töten, ist die bewährte Methode ‚liberaler`, westlicher Gesellschaften, sich fundamentale Kritik vom Hals zu halten und sie handzahm zu machen."

Die Autorinnen räumen dem Authentischen nicht einmal mehr ein Reservat ein, denn alles sei zum Real Fake oder Fake for Real geriert. Dies mag für die von ihnen beschriebene kleine gesellschaftliche Sphäre zutreffen. Die ernüchternde Authentizität der Verhältnisse für die Mehrheit der Gesellschaft, die z.T. sogar noch in festen Lohnverhältnissen arbeiten, bleibt hier unberücksichtigt. Und ohne deren Aktivierung ist allerdings eine gesellschaftliche Veränderung - Revolution und nicht Reform! - nun mal nicht zu erreichen. Kurzum: das Buch ist eine interessante Ansammlung von Verweisen und Zitaten (leider ohne genaue Quellenangaben, was die Verwendbarkeit einschränkt) und beschreibt die gesellschaftliche Praxis einer sich als kulturelle Intellektuelle verstehende Schicht.

Matthias Reichelt

Judith Mair u. Silke Becker: Fake For Real. Über die private und politische Taktik des So-Tun-Als-Ob. Campus Verlag, Frankfurt/New York 2005. 285 Seiten, 19,90 EUR

31. Kapitalismuskritik und falsche Personalisierung. Einige Thesen zum Begriff des "strukturellen Antisemitismus"

Autor: Gerhard Hanloser · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Diskussion · CD-Datei: daten/aksuche/ak499/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:499:02

Parallel zu den sich beschleunigenden und krisenhaft verlaufenden Prozessen des globalisierten Kapitalismus, zu den ideologisch überhöhten Debatten über Unterschiede der (europäischen und US-amerikanischen) Unternehmenskulturen und den neuen Formen finanzkapitalistischer Profitmacherei ist eine reformistische "Kapitalismuskritik" entstanden, die sich weitgehend an keynesianischen Vorstellungen orientiert. Dieser Globalisierungskritik wird von verschiedener Seite vorgeworfen, dass sie sich in ihren Grundzügen und insbesondere ihrer Bildersprache als kompatibel mit antisemitischem Denken zeige. Von KritikerInnen wird der Begriff des "strukturellen Antisemitismus" bemüht, um diese unzulängliche Kapitalismuskritik zu treffen.

Der Begriff des "strukturellen Antisemitismus" transportiert seinerseits eine Verkürzung. Entscheidend am Antisemitismus ist die Personalisierung moderner oder kapitalistischer Erscheinungen im "Juden". Der ideologiekritisch und sozialpsychologisch zu behandelnde Prozess, der zu dieser falschen Personalisierung führt, wird durch den Jargon vom "strukturellen Antisemitismus" verdunkelt.

I. Reformismus, nicht "struktureller Antisemitismus"

Ende der 1990er Jahre entstand eine neue Bewegung, die die kapitalistische Globalisierung ins Fadenkreuz der Kritik nimmt und die Orte der Treffen der mächtigen kapitalistischen Organisationen der Welt (G7, IWF, WTO etc.) aufsucht und blockiert. Diese Bewegung ist schwer auf ein politisches Programm zu fixieren, und ihre soziale wie ideologische Zusammensetzung ist vielgestaltig. Die in Frankreich gegründete Gruppe attac ist die am besten organisierte und medienwirksamste Gruppierung: Sie versucht der Bewegung ein Programm zu geben: Der aktuelle Kapitalismus wird als entfesselte Diktatur der Finanzmärkte begriffen, den man über Steuern auf Finanztransaktionen in geordnete, produktive Bahnen zu lenken habe.

Die philanthropischen bis neo-kathedersozialistischen Versuche, gegen den angeblichen Bedeutungsverlust des Nationalstaates wieder verstärkt die regulierende Hand des Staates einzuklagen, können auch auf autoritäre Krisenlösungsmechanismen zusteuern. So bemerkte ein niederländischer attac-Vertreter vor einigen Jahren über die autoritären Krisenlösungsmittel asiatischer Staaten wie z.B. Malaysia, dass diese Politik zwar nicht nach wunderschön demokratischen Prinzipien funktioniere, aber wenn weniger mächtige Staaten solches betreiben würden, wäre dies durchaus inspirierend. Auch in anderer Hinsicht gibt es Verbindungen der reformistischen Ideologie mit einer autoritären. In beiden finden sich stereotype Annahmen über die "Globalisierung", Schwarz-Weiß-Malerei und konservative Denkfiguren. Heimatloses spekulatives Kapital vs. gute heimische Produktion, finstere Verschwörungen und machtlose Nationalstaaten, amerikanischer "Raubtierkapitalismus" vs. "Rheinischer Kapitalismus" - diese Stereotypen gehören zu einer "Kapitalismuskritik", die nahe am Antisemitismus gebaut ist und sich natürlich nicht als Fundamentalkritik begreift, sondern als Reformvorschlag.

Besonders frappierend sind die rückwärts gewandten Denkmuster, die die Phase des fordistischen und keynesianischen Kapitalismus beschönigen. Es ist kein Zufall, dass Henry Ford einer der größten antisemitischen Agitatoren der Weltgeschichte war und Keynes seine wirtschaftspolitischen Vorschläge in einem geschlossenen, autoritären Staat am besten ausgeführt sah. Das ist den rückwärts gewandten GlobalisierungskritikerInnen vorzuhalten.

II. Antisemitismus: eine spezifische falsche Personalisierung

Antisemitismus ist eine auf Harmonie und Klassenversöhnung ausgerichtete Ideologie, die schein-rebellisch sowohl gegen den Liberalismus als auch gegen den Marxismus antritt. Soziale Bewegungen und Proteste wurden von ihm begleitet, lange bevor er rassistisch und nationalistisch aufgeladen wurde. In dem Maße, wie Altes und Tradiertes von der historischen Bühne abtritt, versucht der Antisemitismus Gemeinschaft zu stiften. Diese Gemeinschaft konstituiert sich in der Markierung eines radikal "Anderen", dessen Verschwinden oder gar Vernichtung intendiert ist. Die Juden stehen im antisemitischen Weltbild für die zentralen Medien der

modernen Gesellschaft; sie verkörpern das Geld, die Börse, das Finanzkapital, die Presse. Darin liegt auch der tiefere Grund für den Zusammenhang von Verschwörungstheorien und Antisemitismus. Die Juden würden über eine weltumspannende Macht verfügen, kraft derer sie alles "Gegebene" - Völker, Religionen und Kulturen - bedrohen, verkündet der Antisemit. Dieses Phantasma jüdischer Macht ist dem Antisemitismus eingeschrieben.

Wichtig ist, dass der Antisemitismus eine Personalisierung un-personaler Verhältnisse wie Macht, Geld u.ä. ermöglicht. Dadurch, dass Herrschaft in der bürgerlichen Gesellschaft zwar nach wie vor persönlich vermittelt ist, aber Abstraktionen vorherrschen (das Wertgesetz), wird der Antisemitismus zur Ideologie in der bürgerlichen Gesellschaft par excellence. Die Personalisierung eines abgespaltenen Aspekts des Kapitalverhältnisses (zum Beispiel Zirkulationssphäre, Geld, Zins) in "dem Juden" ist als entscheidendes Moment zu benennen, wodurch aus der Möglichkeit des Antisemitismus tatsächlich Antisemitismus wird; aber nicht schon die Abspaltung selbst ist Antisemitismus. Um von Antisemitismus sprechen zu könne, muss eine Identifizierung und Personalisierung eines gesellschaftlichen Phänomens und Verhältnisses im "Juden" vorliegen. Der Begriff des "strukturellen" Antisemitismus ignoriert diese entscheidende Personalisierung.

Tatsächlich werden je nach historischer Situation, sozialstrukturellen Bedingungen und geographischer Lage mit ähnlichen Argumenten, die aus dem klassischen modernen Antisemitismus bekannt sind, andere soziale Gruppen markiert: So wurde beispielsweise die chinesische Minderheit in Indonesien während der Asienkrise 1997/98 wegen ihrer Stellung als "intermediäre Fremdgruppe", die in der Zirkulationssphäre angesiedelt ist, angegriffen. Die Ähnlichkeiten, wie die Unterschiede zum Antisemitismus müssten hier herausgearbeitet werden; die Etikettierung "struktureller Antisemitismus" hilft wenig weiter.

III. Wert- und Weltanschauungsjargon

Der Jargon vom "strukturellen Antisemitismus" geht auf die neue deutsche Wertkritik zurück. Dieser geht es um einen Bruch mit bestimmten Traditionsbeständen des Marxismus: Leugnung des Klassenbegriffs, theoretische Herabsetzung der Kategorien des Mehrwerts und der Ausbeutung, unspezifisch-überhistorischer Arbeitsbegriff, der zu einer generellen Ablehnung dieser Kategorie führt. Zu der apodiktischen Art, in der dies mehr verkündet als begründet wird, gesellt sich eine moralische Ablehnung der Arbeiterbewegungstradition, die als Karikatur dargestellt wird. Am ärgerlichsten ist die Verwischung von Arbeiterbewegung und Antisemitenbewegung mittels Syllogismen. So wird der Antisemitismus innerhalb der Arbeiterbewegung weniger sozialhistorisch erforscht und kritisiert als vielmehr schein-theoretisch behauptet: Marxisten und Antisemiten hätten sich in ähnlicher Weise positiv auf die Arbeit bezogen und das Abstrakte in ähnlicher Weise im Kapitalisten personalisiert.

Personalisierung als solche wird bereits als "strukturell antisemitisch" begriffen und die eigene Weltanschauung einer "subjektlosen Herrschaft" dagegen gehalten. Verkannt wird dabei, dass der Kapitalismus als soziales Verhältnis auf Träger zurückzugreifen hat, diese Personifikationen ökonomischer Verhältnisse darstellen und dass eine Sozialkritik diese sowie ihre sehr bedingte Wirkungsmächtigkeit korrekt zu benennen hat - was der Antisemit gerade nicht tun kann und will. Mit der Etikettierung "strukturell antisemitisch" wird eine Position und "erste Regung" - gegen den Chef, gegen den Kapitalisten - moralisch diskreditiert, die vielmehr nüchtern und analytisch zurückgewiesen werden müsste, weil die Attacke auf Personifikationen ökonomischer Verhältnisse, also beispielsweise auf die Revenuequellenbesitzer (die Kapitalisten, die den Profit bzw. Zins einstreichen) verkürzt ist und nicht an die Mehrwertproduktion heranreicht.

Laut wertkritischer Konzeption macht "verkürzte Kapitalismuskritik", wie sie vor allem Antiimperialisten zu eigen sei, aber aus, dass sie antagonistische Gegnerschaften postuliert und sich in der Kritik personifizierend auf die Kapitalisten beschränkt und nicht die kapitalistischen Strukturen als solche kritisiert - was immer auch letzteres heißen mag: Warenkritik und darauf beschränkte "Wertkritik"? Kritik "subjektloser Herrschaft"? Beides dringt zu dem Kapitalismus als sozialem Verhältnis nicht vor, besonders die beliebte Warenkritik bleibt weitgehend zirkulationsfixiert. Aus der "verkürzten Kapitalismuskritik" würde ein binäres und verdinglichendes, ein personalisierendes und moralisierendes Denken entstehen, das eine Clique von bösen Herrschenden annehmen müsse.

Doch nicht jedes personalisierende und moralisierende Räsonieren über den Kapitalismus folgt der Logik des Antisemitismus. Und darüber hinaus: Wer meint, jede Vorstellung einer antagonistischen oder binären Gesellschaft sei antisemitisch, will den fundamentalen Unterschied beispielsweise zwischen Klassenkampf und "Rassenkampf", zwischen der Diagnose einer Klassengesellschaft und der Ideologie von Volksgemeinschaft nicht mehr sehen, mehr noch: er verkennt gerade, dass der moderne Antisemitismus "eine leidenschaftliche Anstrengung ist, gegen die Spaltung der Gesellschaft in Klassen eine nationale Einheit zu verwirklichen" (Sartre). Damit verbleibt der Kritiker des "strukturellen Antisemitismus" innerhalb eines bürgerlichen Rahmens. Der Vorwurf des "strukturellen Antisemitismus" dient nicht zufällig einem links und kritisch eingefärbten Anti-Totalitarismus.

IV. Szene-Jargon und Assoziation, weder Kritik noch Theorie

Die dem neuesten Jargon verpflichtete "Szene" stellt sich mittlerweile solch hirnrissige Fragen: "Ist die Kritik am oder sogar die Verwendung des Begriffes ‚Finanzkapital` strukturell antisemitisch, weil ein den Antisemitismus konstituierendes Bild das des ‚Geldjuden` ist? Ist die Kritik an den USA strukturell antisemitisch? Vielleicht bereits das Einwerfen einer Bankscheibe?" Hier tritt die Assoziation an die Stelle der Analyse, und es ist bedenklich, wie schnell Kritiker des "strukturellen Antisemitismus" auf bloße Begriffe wie der Pawlowsche Hund reagieren und damit zeigen, wie sehr besonders Personen und Gruppen aus dem sich "antideutsch" nennenden Milieu selbst von antisemitisch grundierten Assoziationen getrieben werden. Warum sollte - um andere Beispiele anzuführen - allein der Gebrauch der Vokabeln "vagabundierend" oder "zersetzend" antisemitisch motiviert sein? Welches Bild vom "Juden" (und allein eine solche Identifizierung ist bereits antisemitisch) haben die KritikerInnen des "strukturellen Antisemitismus", wenn sie diese Vokabeln anmahnen, selbst? Die Skandalisierung dieser Vokabeln als "strukturell antisemitisch" sagt mehr über die Pseudo-KritikerInnen selbst als über den Gegenstand.

Gerhard Hanloser

32. Fünfzehn Thesen zur vorläufigen Beantwortung der Frage, wie man in nahezu aussichtsloser Lage wenigtens eine andere Richtung einschlägt

... der Frage, wie man in nahezu aussichtsloser Lage wenigstens eine andere Richtung einschlägt

Autor: Werner Rätz, Thomas Seibert · Rubrik: Deutsche Linke allgemein; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak499/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:499:26

1. These: Systemüberwindung und kurzfristiger Kampf sind kein Widerspruch

Liegt eine revolutionäre Umbruchsituation nicht vor, sind soziale Kämpfe auf die begrenzte Verbesserung der Lage der Betroffenen/Kämpfenden oder die Abwehr von Verschlechterungen gerichtet. Nehmen radikale Linke daran teil, geraten sie unter Verdacht, die "systemüberwindende" Perspektive aufgegeben zu haben. Umgekehrt erweckt, wer ausschließlich auf den "großen Aufstand" setzt, leicht den Eindruck der Gleichgültigkeit gegenüber den wirklichen Lebensumständen der Leute. Grundsätzlich gesehen ist der Streit zwischen einer langfristigen, "systemüberwindenden" und einer kürzerfristigen, tagespolitischen Orientierung kaum zu entscheiden und wenigstens insofern müßig.

2. These: Wir können Realpolitik gegenwärtig nicht verändern

Die wieder in Mode gekommene Frage, ob wir den Kapitalismus abschaffen oder "nur" reformieren wollen/sollen, macht uns heute noch hilfloser, als dies früher der Fall war. Das hat "realpolitische" Gründe, sind wir doch gegenwärtig nicht einmal in der Lage, "bloß" tagespolitische Interventionen zum Erfolg zu führen. Jüngster Beleg dafür war die breite gesellschaftliche Mobilisierung gegen die Hartz IV/Arbeitslosengeld II-Gesetze. Die seit Jahren stärksten Proteste in diesem Land waren nicht in der Lage, die beschleunigte Absenkung des Lebensstandards und Rücknahme sozialer Rechte aufzuhalten. Wir waren nicht einmal in der Lage, auch nur die Richtung von tagtäglicher Realpolitik korrigieren zu können.

3. These: Erklärungshegemonie gewinnt, wer vom Hier und Jetzt ausgeht

Einer um ihre Handlungsohnmacht aufgeklärten Linken kann es folglich weder um tagespolitisch-"reformistische" noch um systemüberwindend-"revolutionäre" Interventionen gehen, sondern nur darum, die neoliberale Hegemonie wenigstens zu schwächen. Wer gesellschaftliche Erklärungshegemonie erringen will, muss zwar von einer anderen Welt reden, doch muss dies eine Welt sein, die in der heute herrschenden als deren Möglichkeit schon gegeben ist, die in ihr aussteht als ihre eigene Chance. Von der anderen Welt, die möglich ist, muss sichtbar sein, wie sie aus der heutigen werden und wie sie von den Leuten, die sie erkämpfen müssen, zunächst einmal gewollt werden kann.

4. These: Unsere Forderungen sind mit den Alltagserfahrungen zu vermitteln

Eine gegenhegemoniale Intervention kann nun aber nicht darin liegen, sich auf die "grundsätzliche" Ebene zu beschränken. Zu Recht konfrontieren die Leute ein solches Projekt mit ihren Bedürfnissen und Anliegen. Folglich muss die gegenhegemoniale Intervention auch "die nächsten Dinge des Lebens" in den Blick nehmen. Erst wenn das gelingt, wirkt das Gift gegenhegemonialer Zersetzung auch so weit, dass weitergehende Bedürfnisse artikuliert werden können.

5. These: Wir müssen das Dilemma zwischen "Systemkritik" und "Alltag" aushalten

Weil zum Beispiel die von Hartz IV Betroffenen hier und jetzt Antworten haben wollen, fordert die politische Wirklichkeit auch von uns die Auseinandersetzung mit "systemimmanenten" Alltäglichkeiten. Dass die politischen Entscheider auf unsere Meinung pfeifen, befreit uns nicht aus dem Dilemma: Auf der einen Seite stehen die Leute mit ihren konkreten Forderungen, auf der anderen wir mit unseren Überlegungen, wie es "eigentlich" sein müsste, und mit unserem Wissen, dass es so erst werden kann, wenn die große Zahl der Leute sich von der Orientierung auf eine Markt- und Konkurrenzgesellschaft löst.

6. These: Dieses Dilemma kann produktiv werden

Bleibt also nur die produktive Annahme des Dilemmas, seine Verwandlung in politische Produktivkraft: Können wir Forderungen entwickeln, die die grundsätzliche Richtung benennen, in die wir Gesellschaft radikal verändern wollen, und die gleichzeitig Elemente liefern, um Maßnahmen zu bestimmen, die die Lebensverhältnisse unmittelbar verbessern?

7. These: Es ist genug für alle da

Im attac-Schwerpunkt "GenugfürAlle" haben wir uns deshalb auf einen Grundsatz geeinigt, aus dem sich drei solche Richtungsforderungen ergeben: Es gibt ein Recht auf ein gutes Leben für alle, dem keine Pflichten gegenüberstehen. Gesellschaftliche Teilhabe ist als solche unbedingtes Menschenrecht. Und: Es ist genug da, sie allen zu ermöglichen.

8. These: Ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle ist zu fordern

Ein gutes Leben für alle wird in unserer Gesellschaft aber nur möglich, wenn Menschen über das dazu nötige Einkommen verfügen. Ein bedingungsloses Grundeinkommen für Alle ist deshalb die erste Richtungsforderung. Dieses Einkommen muss ausreichend sein, damit der Anspruch auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben eingelöst wird. Um ein solches Grundeinkommen für alle zu erreichen, können eine ganze Reihe von konkreten Schritten benannt werden. Dazu gehören die Zurückweisung des gerade laufenden Generalangriffs auf soziale Sicherung und umfassende Daseinsvorsorge als öffentliche Aufgabe. Diese Richtungsforderung eröffnet die Möglichkeit einer grundsätzlichen Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus und der kapitalistischen Ökonomie überhaupt. Alle bürgerliche Volkswirtschaft definiert Ökonomie als Verwaltung des Mangels. Wer ein bedingungsloses Grundeinkommen fordert, behauptet damit, dass genug für alle da ist. Dabei geht es um eine generelle Sicht auf die Dinge: darum, erst einmal zu lernen, gemeinsam von sich selbst auszugehen und darin den entscheidenden Maßstab der Gerechtigkeit zu gewinnen.

9. These: Unsere Antworten müssen von der Peripherie ausgehen

Wir müssen als zweites sehen, dass der Anspruch auf ein gutes Leben für alle nie nationalstaatlich realisiert werden kann: Armut wird international produziert, entwickelt und ergibt sich aus der Tatsache, dass wir in einer kapitalistisch globalisierten Welt leben. Deshalb kann die Frage nach der Überwindung der Armut zureichend nicht vom Zentrum, sondern nur von der Peripherie her beantwortet werden.

10. These: Ein Schuldenerlass für den globalen Süden ist notwendig

Es ist heute nicht ganz leicht zu bestimmen, wo in einer sich global sehr schnell ändernden Welt Zentrum und Peripherie sind: Es gibt Gewinner und Verliererinnen auf beiden Hälften des Globus, wenn auch nicht gleichmäßig überall. Die Milliarde Menschen, die weltweit hungert, Hunderte von Millionen Flüchtlinge und die BewohnerInnen der (bürger-)kriegszerrütteten Gesellschaften gehören sicher zu den VerliererInnen und finden sich nach wie vor im Wesentlichen im Süden. Als zweite Richtungsforderung ergibt sich damit die Notwendigkeit einer Umkehr der Ressourcen- und Stoffströme von Nord nach Süd. Ein Erlass der Schulden der arm gemachten Länder des Südens zum Beispiel würde die Möglichkeiten der Menschen dort erheblich verändern, erreichbare Kampfziele neu ins Auge zu fassen.

11. These: Der Kampf gegen die Illegalisierung ist grundlegend

Wenn wir "Süden" und "Norden" heute nicht mehr als eindeutig benutzen können, können auch Richtungsforderungen die Welt nicht einfach in zwei Teile aufteilen. Jeweils auch innergesellschaftlich muss das Armutsproblem von den Rändern her gedacht werden. Dabei geht es auch darum, dass die Menschen die Grenzen zwischen dem Süden und dem Norden unablässig real überschreiten. Die Existenz und zugleich Autonomie der Migra tion kann trotz aller "Abschottung" nicht unterbunden werden und bleibt die erfolgreichste soziale Bewegung. Ein umfassender "Stopp der Zuwanderung" ist auch gar nicht gewollt, selbst wenn die rassistischen Hetzreden diesen Eindruck nahe legen. An den illegalisierten Leuten wird ausprobiert, wie weit man die Standards absenken kann, um die Flexibilisierung von Arbeitskraft voranzutreiben. Die "am unteren Ende der Gesellschaft" sind deshalb nicht die Konkurrenz derer, die noch knapp darüber liegen, sondern jene, die da unbedingt raus müssen, wenn die anderen nicht ebenfalls dorthin geraten wollen. Deshalb muss, lange Rede kurzer Sinn, wer ein gutes Leben für alle will, unbedingt dafür eintreten, dass alle Leute dort, wo sie sind,

auch gleiche Rechte haben. Das Recht auf Rechte ist die dritte Richtungsforderung und zugleich die Voraussetzung aller weiteren Kämpfe.

12. These: Richtungsforderungen ermöglichen gemeinsame Kämpfe

Was vom Recht auf Rechte als einer Richtungsforderung gilt, gilt von jeder anderen Richtungsforderung auch: Sie ermöglicht eine ganze Reihe von kleinen Schritten, ohne dass mit dem jeweils unternommenen die Gesamtforderung eingelöst wäre. Letztlich weisen Richtungsforderungen - deshalb heißen sie so - in der Perspektive ihrer vollständigen Durchsetzung über diese Gesellschaft hinaus. Zugleich ermöglichen sie gemeinsame Kämpfe um jeweils aktuelle Maßnahmen, ohne dass die "Systemüberwindung" dabei eine von allen zu unterschreibende Voraussetzung wäre.

13. These: Zerstörungstechnologien sind abzuschaffen

Auch der Neoliberalismus kennt den Gedanken, dass es ein Recht auf ein gutes Leben gibt: ein Leben, dessen Dynamiken radikal freigesetzt werden. An uns ergeht deshalb die Aufforderung, uns mit allen Mitteln für den Markt zu optimieren. Zu diesen Mitteln gehören auch die Bio-, Gen- und Nanotechnologien, als Mittel, ein optimal verwertbares Leben zu produzieren. Wie die Atom- und natürlich die Militärtechnologien sind die Biotechnologien solche der Destruktion, die sich zuletzt auf das gesamte Leben richtet. Deshalb zielt eine vierte Richtungsforderung auf die Abschaffung aller Destruktivtechnologien und nimmt darin Impulse auf, die sich in den Kämpfen gegen die Atomkraft ebenso ausdrückten wie im Widerstand gegen den imperialistischen Krieg. Dabei verstehen wir unter Destruktivtechnologien solche, die absehbar unter keinen gesellschaftlichen Bedingungen beherrschbar sein werden und deshalb der Tendenz nach das Leben selbst bedrohen.

14. These: Alle Richtungsforderungen gehören zusammen

Zusammenfassend: Wir können heute nur Richtungsforderungen stellen. Davon kann es viele geben, die vier hier beschriebenen gehören eng zusammen und können nicht einzeln gedacht werden. Ihre wesentliche Klammer ist das Recht auf ein gutes Leben. Sie bewähren sich in ihrer Fähigkeit, den Eigensinn unscheinbarer, "kleinerer", aus dem Alltag entspringender Forderungen zu vertiefen, indem sie ihnen die Perspektive ihrer fortgesetzten Radikalisierung eröffnen.

15. These: Wir sollten auf Überraschungen gefasst sein

Selbstvorbehalt. Die Geschichte sozialer Kämpfe wird von plötzlichen Sprüngen markiert, in denen gleichsam von einem Tag auf den anderen "alles" anders wird - oder zu werden scheint. Auf die Plötzlichkeit solcher Sprünge vorbereitet zu sein, empfiehlt sich gerade für die, deren politischer Entwurf sich realistischerweise auf lange Fristen einstellt. Insofern gilt es, sich in kurzer und mittlerer Frist auf allerlei Verwerfungen einzustellen. Was das im Einzelnen heißt, ist zum Glück nicht Sache eines Thesenpapiers, sondern der politischen Fantasie sozialer Bewegung.

Werner Rätz/Thomas Seibert

Stark gekürzte Fassung eines Textes, der sich in voller Länge im gerade erschienenen Buch "Losarbeiten - Arbeitslos? Globalisierungskritik und Krise der Arbeitsgesellschaft" findet. Herausgegeben vom Unrast Verlag in Kooperation mit attac von Andreas Exner, Judith Sauer u.a., mit Beiträgen von Michael Heinrich, Christa Wichterich, Kai Ehlers, John Holloway, Ernst Lohoff, Lisbeth Trallori, Karl Reitter u.v.a.

33. Eine neue Dynamik für attac. Vorschlag für eine neue Strategie

Vorschlag für eine zukünftige Strategie

Autor: Peter Wahl · Rubrik: Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak499/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:499:12

Die ersten fünf Jahre von attac waren eine Erfolgsgeschichte. Das Netzwerk wurde zur erfolgreichsten Neugründung eines emanzipatorischen Projekts in den letzten 20 Jahren und zum prominentesten Akteur der globalisierungskritischen Bewegung. Attac hat beachtlichen Anteil daran, dass nach dem vermeintlichen "Ende der Geschichte" eine neue Generation politisiert, die Dominanz des TINA-Prinzips (1) gebrochen und eine breite Mobilisierung gegen den Sozialabbau zustande gebracht wurde.

Auch an einigen bemerkenswerten Einzelerfolgen sozialer Bewegungen war attac beteiligt, so z.B. bei der Mobilisierung gegen das GATS und den neoliberale Durchmarsch der WTO in Cancún, bei der Delegitimierung der Bolkestein-Direktive und in der Kampagne gegen die EU-Verfassung. Dennoch gibt es seit Abflauen der Hartz-Proteste einen Verlust an Dynamik. Die Mitgliederzahlen stagnieren, in zahlreichen Lokalgruppen werden die Aktiven weniger.

Dahinter stehen zum einen quasi natürliche Erscheinungen, wie sie überall vorkommen: der Reiz des Neuen hat sich verbraucht, nach fünf Jahren gibt es Ermüdungserscheinungen. Zum anderen aber sind auch inhaltliche und politische Defizite aufzuarbeiten, die strategische Diskussion ist unterentwickelt. Mit dem Aufstieg der Linkspartei ist ein neuer Akteur aufgetreten, der attac gegenwärtig etwas "die Show stiehlt".

Offenbar ist ein Bewegungszyklus abgeschlossen. Die politischen Koordinaten haben sich in den letzten Monaten drastisch verändert. Die erfolgreiche Weiterentwicklung von attac ist daher kein Selbstläufer. Es wird von der Fähigkeit abhängen, sich auf die neue Situation einzustellen und die richtigen strategischen Weichenstellungen vorzunehmen, wenn das Netzwerk auch zukünftig eine wichtige Rolle spielen will. Objektive und subjektive Voraussetzungen dafür sind vorhanden.

So sind die Ergebnisse der Bundestagswahl durchaus auch eine Bestätigung für attac. Bereits das Vorziehen der Wahl war Ausdruck der Akzeptanzkrise neoliberaler Politik. Denn der Hauptgrund für das Scheitern von Rot-Grün war die Ablehnung der neoliberalen "Reformen". Die erfolgreiche Aufholjagd der SPD wiederum ist Resultat der Wiederbelebung, wenn auch vorerst nur rhetorisch, ihres Profils als Partei der sozialen Gerechtigkeit. Gleichzeitig ist auch Schwarz-Gelb mit seinem brutalstmöglichen Kurs gescheitert.

Für die Linkspartei gilt, unabhängig davon was man im einzelnen von ihr hält: Sie ist parteipolitischer Ausdruck der Kritik am neoliberalen Projekt, und insofern auch Resultat der Arbeit von attac. Sie bricht das im Bundestag herrschende Monopol neoliberaler Ideologie. Sie verschärft die Krise der SPD. Sie erweitert die Spielräume für alternative Stimmen auch bei den Grünen und in der CDU. Der herrschende Block im Parlament zerfällt und sie hat eine historisch völlig neue Konfiguration im Bundestag herbeigeführt. Das traditionelle Parteiensystem gerät in Fluss.

All dies wird dazu führen, dass sich die diskursiven Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft zukünftig leichter zu Gunsten emanzipatorischer Politik verschieben lassen. Sicher, Akzeptanzkrise des Neoliberalismus heißt noch nicht Funktionskrise. Aber die Tatsache, dass es in diesem Land eine Mehrheit gibt, die am Sozialstaatsgedanken festhält und soziale Gerechtigkeit für unverzichtbar hält, muss man sich einmal in ihrer ganzen Tragweite bewusst machen. Auch wenn es für die auf Defensive konditionierte Linke neu ist: die Chancen für emanzipatorische Politik stehen so gut wie lange schon nicht mehr, zumal mit dem Scheitern des EU-Verfassungsprozesses dieser Trend auch eine europäische Dimension hat. Es gibt eine Dynamik nach links, und allen Lagern dämmert, dass das neoliberale Projekt durchaus eines Tages als gescheitert in die Geschichte eingehen könnte.

Die Akzeptanzkrise des Neoliberalismus wird auch die große Koalition prägen. Zwar werden SPD und CDU versuchen, den neoliberalen Umbau weiter voranzubringen. Aber die SPD wird es sich nicht leisten können, den knallharten Kurs der letzten Legislaturperiode fortzusetzen. Das würde ihre Krise weiter vertiefen und der Linkspartei noch mehr Zulauf verschaffen.

Auch in der CDU wird nicht einfach "business as usual" möglich sein. Ihr droht eine strukturelle Mehrheitsunfähigkeit, wenn es ihr nicht gelingt, das bis in die eigenen Reihen verwurzelte Sozialstaatsdenken zu integrieren. Von daher wird die große Koalition nur zu "Neoliberalismus light" in der Lage sein. Der große Wurf, wie BDI, Merkel und FDP ihn wollten, wird damit nicht kommen.

Am Ende eines Bewegungszyklus'

Wenn die Entwicklungen im parlamentarischen Raum die Kräfteverhältnisse zu Gunsten emanzipatorischer Politik verschieben, so heißt das natürlich nicht, dass außerparlamentarische Bewegungen überflüssig würden. Im Gegenteil, die Geschichte wimmelt von Beispielen, in denen Parteien als progressive Tiger gesprungen und als angepasste Bettvorleger gelandet sind. Die Geschichte der Grünen liefert dazu ausführliches Anschauungsmaterial. Daher sind auch die Erwartungen an die Linkspartei von vorneherein auf ein realistisches Niveau anzusetzen.

Andererseits muss es nicht zwangsläufig zur Anpassung kommen. Entscheidender Faktor, Parteien mit emanzipatorischen Ansätzen davor zu bewahren, den parlamentarischen Zwängen zu erliegen, sind starke und unabhängige soziale Bewegungen. Das heißt nicht, dass diese ignorieren sollten, was im Parlament geschieht. Sowohl Berührungsängste und Abgrenzungsmanie als auch Vereinnahmung oder Führungsansprüche des einen gegenüber dem anderen führen in die Sackgasse. Es ist wichtig, Druck auf Parteien zu organisieren, sie mit Alternativen zu fordern, mit ihnen in Dialog zu treten und ggf. auch Impulse aus dem parlamentarische Raum aufnehmen zu können. Aber dabei ist den unterschiedlichen Logiken von parlamentarischer und außerparlamentarischer Politik Rechnung zu tragen. So ist die Linkspartei weder die Partei der Bewegung, auch wenn sie von deren Erfolgen der vergangenen Jahren profitiert, noch ist die Bewegung der außerparlamentarische Arm der Partei.

Gleichzeitig ist attac gut beraten, sich nicht exklusiv auf die Linkspartei zu beziehen. Angesichts der zu erwartenden internen Spannungen bei den Grünen sollte deren linker Flügel nicht rechts liegen gelassen werden. Im Prinzip gilt dies auch gegenüber solchen Kräften in den anderen Bundestagsparteien, die den neoliberalen Kurs nicht mittragen wollen. Im Kern kommt es darauf an, das Verhältnis zu den Parteien unter die strategische Maxime zu stellen, aus der rechnerischen Mehrheit links der CDU eine politische und gesellschaftliche Mehrheit zu machen. Eine zentrale Voraussetzung dafür ist die Schaffung breiter und neuer Allianzen. So ist der Schulterschluss mit der Umweltbewegung, die sich in den letzten Jahren in weiten Teilen regierungskonform verhalten hatte, unumgänglich. Mit den Grünen in der Opposition wird das einfacher. Ohne die Integration von Sozialem und Umwelt, ohne eine wachstumskritische Konzeption von Wirtschaften und Sozialem, ist emanzipatorische Politik nicht wirklich zukunftsfähig.

Neoliberales Projekt in der Akzeptanzkrise

Für die Gewerkschaften ist eine große Koalition höchst ambivalent. Soweit der neoliberale Kurs weitergeht, verstärkt das den Ablösungsprozess von der SPD. Gleichzeitig wird die Illusion genährt, mit der alten Politik des Dialogs was erreichen zu können. Die internen Spannungen werden also zunehmen, ohne dass es eine wirkliche Lösung in die eine oder andere Richtung gibt. Denn über allem liegt die Angststarre vor dem Ende der Einheitsgewerkschaft, mit dem die IG BCE den DGB bisher erfolgreich erpresst. Demgegenüber ist die Einbeziehung von jenen Teilen der Gewerkschaften, die eine autonome Interessenvertretung wollen, in den Kampf um den Politikwechsel eine zentrale Achse für emanzipatorische Politik. Ähnliches gilt für das fortschrittliche Potenzial, das es in der antirassistischen Szene und in den Kirchen gibt. Bei alledem dürfte das Konzept der Sozialforen eine geeignete Form abgeben, um die Zusammenarbeit zu organisieren. Attac kann aufgrund seines pluralen Charakters beim Zustandekommen dieser Allianzen eine wichtige Rolle als Moderator und Katalysator spielen.

Neue Allianzen, neue Alternativen

Ausstrahlung und Einfluss von attac werden wesentlich davon abhängen, ob es gelingt, den Slogan "Eine andere Welt ist möglich" zu konkretisieren. Dies muss in zwei Richtungen geschehen. Da die Parole von der anderen Welt inzwischen große Akzeptanz gefunden hat, muss man jetzt weiterkommen, aber auf dem gleichen Niveau der Verallgemeinerung und der grundlegenden Wertorientierung. Zum Typus solcher Formeln gehört etwa "Menschen und Umwelt vor Profite", "Entschleunigung", "Parteiisch für die Schwachen" o.ä. Eine Bedingung für den Erfolg von Attac war der sehr eingängige Slogan von der anderen Welt. Er traf damals den

Nerv der Zeit. Diese Stärke gilt es zu erhalten und nach vergleichbaren Formulierungen auf dem aktuellen Stand der Bewegung zu suchen.

Zum anderen wird es aber auch nötig sein, in wichtigen Politikfeldern konkrete Alternativvorschläge, Programme "mittlerer Reichweite" zu entwickeln, so wie dies in der Vergangenheit z.B. mit dem Konzept der solidarischen Einfachsteuer geschehen ist. Die wichtigsten Themenfelder, die es dabei programmatisch zu durchdringen gilt, sind: Zukunft der Arbeit, insbesondere die Konzepte einer Grundsicherung und von Arbeitszeitverkürzung, sowie das Renten- und Gesundheitssystem; Umwelt, insbesondere Energie- und Klimapolitik; Zukunft der öffentlichen Dienstleistungen/öffentlichen Güter, vom öffentlich rechtlichen Rundfunk über Verkehr bis zu Kultur; Steuergerechtigkeit. Hier geht es sowohl um Verteilungsfragen, die politische Regulierung von Kapitalmacht und privatem Reichtum als auch um Finanzierungsfragen der öffentlichen Güter; Demokratisierung, und zwar vom Betrieb über den Alltag in der Kommune bis hin zu einer demokratischen Regulierung globaler Probleme. Darin enthalten sind die Probleme der Regulierung im internationalen System und von IWF, Weltbank, WTO und G 8; Frieden und Abrüstung, insbesondere deren Verknüpfung mit sozialen und ökologischen Problemen, sowie im Hinblick auf innovative Konzepte der Konfliktvorbeugung und der politischen Konfliktbearbeitung.

Bei allen Themen muss der spezifische Ansatz internationalistisch sein. D.h. es geht darum, Alternativen so zu konzipieren, dass sie Handlungsfähigkeit auf EU-Ebene und global ermöglichen. Es geht also z.B. nicht nur um Arbeitslosigkeit bei uns, sondern in Europa und global. Hier stehen wir noch am Anfang. Wie eine Grundsicherung auf globaler Ebene aussehen und funktionieren soll wissen wir noch nicht. Bisher gibt es hier nur den Anspruch. Wirklich durchdachte und handhabbare Vorschläge aber liegen nicht vor. Ebenso wie die internationalistische Dimension querschnittsartig durch Alternativprogramme ziehen muss, muss dies für ihre Geschlechteraspekte gelten.

Und die Großalternative?

Wir erleben eine Renaissance grundsätzlicher Kritik am Kapitalismus und als Konsequenz daraus dann implizit oder explizit die Vorstellung einer grundsätzlichen Systemalternative. Das ist kein Zufall. Wenn die Konjunktur von Ideen nicht vom Himmel fällt, sondern auf reale Prozesse in der Gesellschaft zurückgeht, dann musste das kommen. Produktiv kann eine solche Diskussion werden, wenn es innovative Ideen dazu gibt. Ein Rückgriff auf sowjetische Rezepte wird dagegen nur Langeweile verbreiten. Gleiches gilt allerdings auch für jene, für die das Nachdenken über eine Alternative zum Kapitalismus von vorneherein überflüssig ist, weil sie auf das "Realistische" und "Machbare" beschränkt sind. Denn Meinungsführerschaft kann auch aus weit ausgreifenden Zukunftsentwürfen erwachsen. Die Idee des Sozialismus hat Millionen und Abermillionen mobilisiert. Es wäre deshalb dumm, eine große Alternative im Namen eines kurzatmigen Realismus abzuwürgen.

Peter Wahl, attac-Koordinierungskreis

Anmerkung:

1) There is no Alternative - behaupten die Neoliberalen.

34. Widersprüche und Herausforderungen des "Post-Neoliberalismus" - Teil I: Regierungsprojekte und Bewegungen in Argentinien, Brasilien und Venezuela

Autor: Mario Candeias · Rubrik: Argentinien; Brasilien; Venezuela · CD-Datei: daten/aksuche/ak499/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:499:20

Dass der Neoliberalismus weltweit zumindest in eine Akzeptanzkrise geraten ist, hat sich inzwischen herumgesprochen. Doch was bedeutet das konkret für Ökonomien und Bewegungen außerhalb der kapitalistischen Metropolen? Mario Candeias analysiert den komplizierten Prozess post-neoliberaler Globalisierung in zwei Schritten - in dieser Ausgabe am Beispiel dreier linksregierter lateinamerikanischer Länder. Im Mittelpunkt des zweiten Teils seiner Analyse, den wir in der kommenden Ausgabe veröffentlichen, wird die Entwicklung in China stehen.

Der Neoliberalismus versprach auch den Ländern der kapitalistischen Peripherien eine Perspektive: nicht Entwicklung durch Binnenzentrierung und Importsubstitution, sondern das Versprechen von Entwicklung durch vollständige Integration in den Weltmarkt. Ein beträchtliches Wachstum in weiten Teilen der Erde, nicht nur konzentriert auf "Eliten" und "Agenten des internationalen Kapitals", sondern die Entwicklung von Mittelschichten, die Beendigung der Hyperinflation, das Aufbrechen patriarchaler und feudaler Strukturen, die Durchsetzung formeller Demokratien konnten als Elemente für eine grundsätzliche Zustimmung weiter Teile der Bevölkerung dienen. Teile der Peripherien, v.a. in Südostasien, können zu den führenden Ökonomien aufschließen. Südkorea, aber auch Mexiko wurden als erste "Schwellenländer" in den Club der OECD aufgenommen, was einer Anerkennung als "entwickelter Ökonomie" entspricht. Die globale Industrieproduktion hat sich vervielfacht und verteilt sich auf immer weitere Räume.

Architektur globaler Finanzmärkte

Die feuilletonistische Rede vom "Ende der (Lohn-)Arbeitsgesellschaft" erweist sich angesichts einer nie da gewesenen globalen Expansion von Lohnarbeitsverhältnissen als bornierter Unsinn. Gleichzeitig verschärft die Forcierung der Exporte durch die Länder der Peripherie die Konkurrenz auf den Weltmärkten. Die intensivierte "Standortkonkurrenz" übt ihrerseits Druck auf Löhne, Sozialleistungen und Regulationsweisen der kapitalistischen Zentren aus. Ganze Industrien wurden abgebaut und andernorts wieder hochgezogen - die Textilindustrie der alten Bundesrepublik z.B. beschäftigte ehemals 900.000 (1970), heute nur noch ca. 140.000 Arbeitskräfte (2004); produziert wird nun überwiegend in China, nicht zuletzt von deutschen Unternehmen. Manchmal ist die Verlagerung ganz wörtlich zu nehmen, etwa wenn eine hochmoderne Kokerei in Dortmund Schraube für Schraube zerlegt und in China wieder aufgebaut wird.

Auf der Suche nach neuen Verwertungsgebieten dringt das Kapital in die inneren und äußeren Peripherien vor, verwandelt immer weitere gesellschaftliche Bereiche in Ware, von den öffentlichen Diensten über Gesundheit und Bildung, den Körper, die Psyche bis zur natürlichen Umwelt, genetischen Ressourcen (Biodiversität) oder elementaren, lebensnotwendigen Gütern wie Wasser und Land. Doch entfaltet sich die hegemoniale Wirkung neoliberaler Globalisierung in den Peripherien weniger durch Konsens als durch einen krisenvermittelten disziplinierenden Neoliberalismus.

Die Durchsetzung neoliberaler Prinzipien und kapitalistischer Inwertsetzung wird über Zwangsmechanismen bis hin zur Anwendung offener Gewalt abgesichert. Eines der wirksamsten Mittel der Disziplinierung ist die neue Architektur globaler Finanzmärkte. Die Schuldenkrisen der 1980er und die Finanzkrisen der 1990er Jahre fungierten als Mechanismen, um relativ geschlossene Märkte oder Ökonomien aufzubrechen (wie im Falle Süd-Koreas), um neue Möglichkeiten für Übernahmen zu schaffen und die Zentralisierung des Kapitals zu beschleunigen, oder um einen starken Hebel zur weiteren Gewährleistung der Umverteilung in Richtung der Geldvermögen bereitzuhalten. Die Momente der Instabilität selbst konnten durch Desorganisation und Schwächung bestimmter Kräfte zur weiteren gesellschaftlichen Verankerung des Neoliberalismus dienen.

Ein Beispiel der disziplinierenden Wirkung ist der Fall Brasilien - mit über 250 Mrd. US-Dollar verschuldet und im Zuge der Argentinien-Krise akut von "Ansteckung" gefährdet. Angesichts einer drohenden Übernahme der Regierung durch die linksgerichtete Arbeiterpartei setzte der IWF die Androhung der Streichung von Hilfen ein, um die Arbeiterpartei schon vor dem Regierungsantritt auf die Gewährleistung einer liberalen Wirtschaftspolitik und die Rückzahlung der Schulden zu verpflichten - ein unverhohlener Zwang, der freilich (gegen den Willen der USA) mit dem Zuckerbrot des größten Kredits in der Geschichte des IWF in Höhe von 30,4 Mrd. US-Dollar (plus 14,5 Mrd. Dollar von der Weltbank, davon 10 Mrd. für Armutsprogramme) belohnt wurde. Die Auszahlung der Kredittranchen ist allerdings an harte Bedingungen geknüpft; so muss das Land in den nächsten Jahren einen Haushaltsüberschuss von mindestens 3,75% des BIP nachweisen - eine Zumutung, die erst vor dem Hintergrund der Schwierigkeiten europäischer Länder wie Deutschland, die immer neue und größere Defizite aufweisen, deutlich wird. Für eine linke Politik des brasilianischen Präsidenten da Silva (Lula) eine nahezu unüberwindbare Einschränkung der Handlungsspielräume.

Weltweite Ausdehnung der Lohnarbeit

Die Mechanismen liberalisierter Geld- und Kapitalmärkte erleichtern es, Überakkumulationstendenzen und Instabilitäten in Folge der Aufblähung fiktiven Kapitals in den Zentren zu externalisieren. Damit ist gemeint: die Überausbeutung von Gruppen, Klassen und Räumen außerhalb der Grenzen bzw. am Rande des hegemonialen Konsenses, von natürlichen und gesellschaftlichen Ressourcen, oder die Verschiebung von (z.B. ökologischen) Problemen in eine unbestimmte Zukunft. Fortgesetzte Schulden- und Währungskrisen, erzwungene Öffnung der Märkte, eine von den Bedürfnissen der Bevölkerungen absehende forcierte Exportorientierung, Hochzinspolitik, Strukturanpassungsmaßnahmen und Reduktion staatlicher Ausgaben etwa für öffentliche Beschäftigung, Bildung, Gesundheit, für elementare Versorgungsleistungen - das sind die Folgen neoliberaler Modernisierung für die überwiegende Zahl der Peripherien.

Diese neoliberale Mixtur zieht einerseits kurzfristiges Kapital an, das dann für langfristige Investitionen eingesetzt werden kann. Doch wenn andernorts vergleichsweise günstigere Verwertungsbedingungen zu finden sind, wird dieses Kapital ebenso schnell wieder abgezogen, bankrotte Ökonomien zurücklassend. Das Vordringen transnationaler Produktionsnetzwerke führt zwar zur Ausbreitung der Lohnarbeit bis in die hintersten Winkel der Erde, die Intensivierung des Handels und Inwertsetzung von Naturräumen zerstört jedoch zugleich traditionelle Subsistenzweisen, welche das Überleben mit Niedrigstlöhnen aus der Lohnarbeit überhaupt erst möglich machten. Zugleich führen Niedriglöhne, Produktion für den Weltmarkt und Hochzinspolitik zu mangelhafter Entwicklung der Binnenmärkte und zu geringen Wachstumsraten. Immer wieder geraten ganze Gesellschaften an den Rand ihrer Reproduktionsfähigkeit, zuletzt besonders eindrücklich in Argentinien.

Weite Teile der Bevölkerung in Lateinamerika, Indien, Südafrika oder Korea lehnen eine weitere Kommodifizierung - das zur Ware werden - von allem und jedem ab, artikulieren v.a. gegenüber den USA offenen Hass. Transnationale Protestbewegungen gewinnen an Stärke. Innerhalb der WTO formiert sich die "Gruppe der 20+", die sich gegen eine weitere einseitige Liberalisierung des Welthandels sperrt. Der IWF erntet offenen Widerspruch von Regierungen des Südens, die seine Programme nicht umsetzen wollen. Der Neoliberalismus gerät in eine Legitimationskrise. Insbesondere in Südamerika werden reihenweise Mitte-Rechts-Regierungen abgewählt, Präsidenten aus dem Land vertrieben, gelangen linksgerichtete bzw. anti-neoliberale Parteien und Personen in zentrale staatliche Positionen, vielfach getragen oder getrieben von erstarkten sozialen Bewegungen wie der Landlosenbewegung MST oder den Piqueteros (Bewegung der Arbeitslosen): in Uruguay, Bolivien, Ecuador, Venezuela, Brasilien, Argentinien und zuvor schon in Chile.

Längst haben sich Formen transnationaler Staatlichkeit herausgebildet: Viele der gemeinhin Nationalstaaten zugeschriebenen Elemente von Souveränität obliegen inzwischen transnationalen Ebenen: von der Währungssouveränität über die Rechtsetzung bis zum Gewaltmonopol. Es kommt jedoch immer wieder zu Widersprüchen zwischen transnationalen und nationalen staatlichen Formen. Schließlich repräsentiert jeder Staat als Teil des Transnationalen auch spezifisch nationale Verdichtungen von Kräfteverhältnissen und bildet eine mehr oder weniger konzentrierte Form ökonomischer, politischer und ideologischer Macht. (1) Unterschiedliche Klassenfraktionen im Nationalstaat verfolgen unterschiedliche Interessen und entwickeln verschiedene Strategien - Transnationalisierung der Ökonomie versus Nationalökonomie, Weltmarktorientierung versus Binnenmarktorientierung, Erhaltung des nationalen Wohlfahrtsstaates versus Umbau zum multiskalaren Wettbewerbsstaat etc. Daraus ergeben sich rivalisierende Strategien von sich

transnational konstituierenden Koalitionen gesellschaftlicher Kräfte und zahlreiche Widersprüche. Die Transnationalisierung der Ökonomie wird dabei auch im "Inneren" der Nationalstaaten betrieben und nicht von "außen" erzwungen. Obwohl die Hegemoniefunktionen transnational konzentriert sind, artikulieren sich nun gegen den Neoliberalismus gerichtete Projekte wie die Regierungen von Chávez, Kirchner oder Lula als nationale Projekte. Gleichzeitig versuchen sie, spezifische internationale Strategien zu entwickeln, um überhaupt Spielräume im Innern zu eröffnen, und nutzen Widersprüche innerhalb des transnationalen Blocks an der Macht. Ihre Perspektive ist also keine gegen den globalen Kapitalismus, kein Bestreben nach Abkopplung vom Weltmarkt. Sie versuchen vielmehr, eine Integration unter veränderten Bedingungen zu erreichen.

Argentinien - Implosion und Zuckerbrot

In Argentinien nahm die Krise von 2001/2002 die Ausmaße eines ökonomischen Zusammenbruchs an. Ausgelöst durch die Implosion der Wechselkursparität des Peso an den US-Dollar, kam es zu Unternehmenspleiten, Betriebsschließungen, Massenentlassungen. Die Freigabe des Wechselkurses führte zur Entwertung bzw. Vernichtung von Sparvermögen sowie dem vorübergehenden Verlust eines allgemeinen Äquivalents (auf dem Höhepunkt der Krise wurden bis zu 50 Ersatzwährungen gehandelt). Große Teile der Mittelschichten wurden in die ohnehin seit Mitte der 1990er Jahre grassierende Armut gestürzt. Die Krise fegte nicht nur die politischen Repräsentanten des neoliberalen Modells aus der Regierung, sondern führte zu einer tief greifenden Krise der politischen Institutionen insgesamt. Gegen die etablierte politische Klasse richtete sich die gemeinsame Wut von (Mittelschicht-getragenen) cazerolazo-Protesten, (2), der Versammlungen in den Stadtteilen und den Straßenblockaden der in den piquetero-Bewegungen organisierten Arbeitslosen. Die Versorgungsleistungen von Staat und formeller Ökonomie waren zusammengebrochen, also nahmen die Menschen die Organisation des Lebensnotwendigen selbst in die Hand: es kam zur Plünderung von Supermärkten, erhöhter Kriminalität und Raub, v.a. aber zur Organisation einer informellen solidarischen Überlebensökonomie jenseits von Markt und Staat mit Volksküchen, Tauschmärkten, Fabrikbesetzungen etc.

Die im April 2003 neugewählte Regierung Kirchner konnte sich nur auf eine geringe Legitimität berufen. Keiner der Kandidaten zur Präsidentschaft hatte im ersten Wahlgang mehr als ein Viertel der Stimmen erhalten, und das bei einer nur geringen Wahlbeteiligung. Angesichts der Legitimationskrise der politischen Institutionen hatte Kirchner nichts zu verlieren. Ohne eigene Machtbasis und ohne Rückhalt in der Bevölkerung konnte er nur Handlungsspielräume gewinnen, indem er außenpolitisch gegenüber IWF und transnationalem Kapital eine anti-neoliberale Politik verfolgte. Dies war wiederum möglich, weil mobiles Kapital, nicht zuletzt europäisches, ohnehin schon das Land verlassen hatte und die Ökonomie am Boden lag. Kirchner wusste, dass es schlimmer nicht kommen konnte, der IWF auch kein Interesse an einer weiteren Verschärfung und Ausbreitung der Krise in Uruguay und Brasilien hatte. Mit seiner populären (3) außenpolitischen Haltung in Fragen der Umschuldung konnte Kirchner innenpolitisch die Legitimität des politischen Systems wieder einigermaßen herstellen und gleichzeitig seine eigene Position stärken. Mit dem Grad seiner Beliebtheit in den Umfragen konnte Kirchner auch seine Position innerhalb des Staatsapparates festigen, da alle anderen politischen Fraktionen ohnehin (vorübergehend) diskreditiert waren. Die Umschuldung erweiterte die Spielräume zur Belebung der Ökonomie und finanziellen Unterstützung der Verlierer der Krise. Darüber hinaus agierte er geschickt, indem er die Spaltung der Bewegungen durch Kooptation der "reformerischen" und Marginalisierung/Repression der "radikalen" Elemente vorantrieb. Derzeit richtet sich seine Politik auf wichtige Bereiche gesellschaftlicher Liberalisierung. Damit versucht er, populare Reformen jenseits der Ökonomie voranzutreiben. Denn genau hier liegen die Fußangeln für seine Politik: Angesichts einer schwachen Währung, einer steigenden Inflation trotz hohen Zinsniveaus und geringer Aussichten für profitable Anlagen mangelt es an ausländischem Kapital; das ansehnliche Wachstum des Exportsektors führt kaum zu neuer Beschäftigung, den verarmten Mittelschichten gelingt nur zu einem geringen Teil die Rückkehr in stabile Beschäftigung. Der gesellschaftliche Konsens bleibt fragil.

Brasilien - Anpassung gegen Neoliberalismus

In Brasilien stellt sich die Situation anders dar. Ebenso wie die argentinische ist die brasilianische Ökonomie stark in transnationale Verwertungsstrukturen eingebunden. Anders als Argentinien nach 2001 hat Brasilien jedoch viel zu verlieren. Sollte eine Krise wie in Argentinien vermieden werden, konnte sich die an die Macht gekommene Arbeiterpartei unter Lula nicht den massiven Abzug internationalen Kapitals leisten und war deshalb von Beginn an zu Kompromissen mit dem transnationalen Block an der Macht gezwungen. Während

die internationale Kräftekonstellation Kirchners Politik zwar Grenzen setzte, erweiterte sie ihm auch innenpolitisch Spielräume. Die internationale Konstellation wirkt eher hemmend auf die Umsetzung von Lulas anti-neoliberalen Reformprojekten. Seine Stärke basiert vielmehr auf der großen Unterstützung der organisierten Arbeiterschaft in Partei und Gewerkschaften, bei der Landlosenbewegung wie in der armen Bevölkerung generell.

Doch mit dem Wahlsieg hat die Arbeiterpartei noch lange nicht die Macht innerhalb des Staatsapparates oder gegenüber den starken Fraktionen des Kapitals in Exportindustrie und Landwirtschaft gewonnen. Um überhaupt eine Regierungsmehrheit aufrechtzuerhalten und die Unterstützung wichtiger gesellschaftlicher Sektoren zu erhalten, sah sich Lula gezwungen, (neoliberale) Repräsentanten der alten politischen Klasse in entscheidenden politischen Positionen zu tolerieren (Wirtschafts- und Landwirtschaftministerium, Zentralbank etc.). Um seine Position zu festigen, sucht Lula in Koalition mit der inneren Bourgeoisie Brasiliens internationale Konkurrenz- und Machtposition auszubauen, die Bedingungen der weiteren Integration in den Weltmarkt durch Stärkung der Position des "globalen Südens" zu verbessern. Zentrale Instrumente dafür sind so genannte Süd-Süd-Kooperationen etwa mit China, Indien oder Südafrika, die Etablierung der G20+ innerhalb der WTO oder die Vertiefung regionaler Blockbildung im Rahmen des Mercosur. Die Regierung versucht sich also an einer schwierigen Gratwanderung zwischen einer Politik, die das Vertrauen der Finanzmärkte erhält, die Integration in den neoliberal strukturierten kapitalistischen Weltmarkt vorantreibt und mit einer vorsichtigen Politik des sozialen Ausgleichs verbindet. Das Übergewicht der Anpassungspolitiken führte dazu, dass die sozialen Reformen allzu vorsichtig ausfielen, es zu Enttäuschungen bei der sozialen Basis der regierenden Arbeiterpartei kam. Dennoch kann Lulas Politik nicht einfach als "besserer Neoliberalismus" bezeichnet werden. Sie versucht selektiv kleine Verschiebungen in den Kräfteverhältnissen zu erreichen und mit progressiven Reformen zu verbinden, die die Handlungsfähigkeit subordinierter Gruppen erweitern.

Anders als die Regierung Cardoso mit ihrem sozialdemokratischen Neoliberalismus ist Lula als organischer Intellektueller aus den Bewegungen hervorgegangen. Darin wurzelt auch seine Stärke. Nach wie vor gibt es starke Bewegungen, die weiter Druck für eine Umsetzung von Landreformen, Null-Hunger-Programmen, Mindestlöhnen, Deprivatisierung etc. organisieren. Die Landlosenbewegung MST etwa gibt sich nicht damit zufrieden, Forderungen an die Regierung zu stellen. Sie unterstützt Lulas Politik - sofern diese aber erlahmt, erhöht die MST die Zahl der Landbesetzungen, um auf diese Weise Tatsachen zu schaffen und weiteren Druck aufzubauen. Sie rekuriert auf staatliche Politik, aber nur insofern, als es um die Absicherung und Erweiterung von Handlungsspielräumen für die Bewegung und die Aneignung von Lebens- und Arbeitsbedingungen geht. Die MST versucht, eine weitestgehende Selbstständigkeit zu gewinnen, ohne der Illusion einer Autonomie jenseits des Staates zu erliegen. "In and against the state", hatte es John Holloway einmal formuliert (bevor er sich vom ersten Teil des Slogans verabschiedete). Diese strategische und zugleich radikale Haltung wird aber nicht von allen geteilt. Die Enttäuschung treibt viele Gruppen auch innerhalb der Arbeiterpartei in Gegnerschaft zur Regierung. Es kommt zu Abspaltungen von der Partei, aber auch von der Gewerkschaft CUT, die zwar unzufrieden mit der Politik Lulas ist, sich aber nicht gegen die Regierung stellen will. Mit der P-SOL (4) ist es zu einer ersten ernst zu nehmenden Parteineugründung links der PT gekommen. Es droht eine Zersplitterung der Linken. Mit seiner Politik entfernt sich Lula von seiner Basis, droht seine organische Bindung zu verlieren und damit seinen Bewegungsspielraum für "post-neoliberale" Reformen innerhalb des Blocks an der Macht zu verlieren.

Venezuela - Tankstelle der USA

Chávez kann in Venezuela radikalere Politiken forcieren, nachdem er entdeckte, dass er sich auf diese Weise eine soziale Basis schaffen konnte. Selbst durch einen Militärputsch an die Macht gekommen, hatte er zunächst nur das Militär hinter sich, aber keinen Rückhalt in der Bevölkerung. Als die (kleine und große) Bourgeoisie gegen ihn auf die Straße ging, das Land paralysierte und Chávez zum Rücktritt zwingen wollte, entdeckte er die zuvor nur zaghaft unterstützten sozialen Bewegungen der Armen. Insofern ist seine Politik populistisch und aufgesetzt. Es handelt sich nicht um eine organische Verbindung von Regierung und Bewegung; sie sind vielmehr machtpolitisch eine Art Bündnis zum wechselseitigen Nutzen eingegangen.

In diesem Bündnis werden allerdings Politiken entwickelt, die tatsächlich popularen Charakter entfalten und unabhängig von der Regierungspolitik Eigendynamik entwickeln (beispielhaft im Prozess der Verfassungsgebung). Um etwa die alte Bürokratie als Machtfaktor auszuschalten, unterstützt Chávez die

selbstorganisierten Stadtteilorganisation und überträgt ihnen die bürokratischen Funktionen und finanziellen Mittel zur Selbstverwaltung. Auf diese Weise regt er sogar den Prozess der Selbstorganisation an, denn nur für die Selbstverwaltung gibt es zusätzliche Mittel vom Staat. Finanzieren kann Chávez dies allerdings nur auf Grund des hohen Anteils der Ölförderung an der Gesamtwirtschaftsleistung. Venezuela ist eine Rentenökonomie - daher konnte sich Chávez auch den Bruch mit der nationalen Bourgeoisie und einen scharfen Rückgang des Wirtschaftswachstums leisten. Zudem ist Venezuela viel weniger in transnationale Verwertungsstrukturen eingebunden und kaum verschuldet, weshalb auch der US-amerikanische Versuch der Isolierung Venezuelas oder der Druck des IWF verpufften.

Nur in einer Beziehung ist Venezuela stark in internationale Strukturen verwoben - beim Öl. Doch ist ihr Hauptabnehmer von den Lieferungen aus Venezuela ebenso abhängig wie Venezuela von der Abnahme des Öls durch die USA. Mit den Erlösen finanziert Chávez u.a. nationale und transnationale Fernsehprogramme als ideologisches Mittel gegen den US-amerikanischen Imperialismus. Der Einfluss der USA ist aufgrund der breiten Delegitimierung des Neoliberalismus ohnehin eingeschränkt. Die Verhandlungen über ALCA stagnieren, bei der Besetzung leitender Positionen supranationaler amerikanischer Institutionen unterliegen die USA immer wieder mit ihren Vorschlägen. Währenddessen schmiedet Chávez strategische Kontakte zu den anderen Regierungen in Lateinamerika (nicht nur mit Kuba), wozu auch das Angebot billiger Öllieferungen dient (etwa an die kleinen karibischen Staaten). Der polternde Populist ist nur die eine Seite des venezolanischen Anti-Neoliberalismus. Populare Politiken im Innern verbunden mit einem geschickten Agieren auf internationaler Ebene festigen Chávez' Position und reduzieren die Gefahr eines militärischen Eingreifens von Seiten der USA.

Integration und "effektive" Brüche

Transnationale Verhältnisse gewinnen wachsende Bedeutung, auch für Rentenökonomien - die Alternative zur Integration in den Weltmarkt ist die Abkopplung. (5) Da nationale Entwicklungsmodelle kaum noch denkbar sind, ist es für linke Projekte auch nahezu unmöglich, auf dem Wege nationaler Regierungsübernahmen eine Alternative zu realisieren. Nichtsdestoweniger basieren einige der hoffnungsvollsten Versuche aber genau darauf. Sie sind dennoch nicht von vornherein zum Scheitern verurteilt, insofern es gelingt, die Integration in einer Weise zu organisieren, dass Spielräume erhalten bleiben, staatliche Ressourcen und Recht eingesetzt werden können, um soziale Bewegungen zu stützen, die sich weiter Bedingungen einer "solidarischen Ökonomie" aneignen, ein Gegengewicht zum Exportismus bilden und zugleich transnational ausgreifen, in einem Netz von Bewegungen, das sich nicht auf staatliche Macht verlässt, diese aber strategisch nutzt, um Erfolge abzusichern und internationale Kräfteverhältnisse zu verschieben. Poulantzas verdeutlichte: "Das innere Kräfteverhältnis des Staates zu ändern bedeutet nicht, in kontinuierlicher Steigerung zu reformieren, die staatliche Maschinerie stückweise einzunehmen oder die höchsten Regierungsposten zu erobern. Diese Veränderung besteht in der Ausweitung effektiver Brüche, deren kulminierender Punkt im Umschlagen der Kräfteverhältnisse" (6) liegt - nämlich zu Gunsten der Bewegungen auf den Terrains von ziviler und politischer Gesellschaft. Brasilien und Venezuela, Uruguay, aber auch Mexico nach den nächsten Wahlen könnten wichtige Stützpunkte dafür werden, gerade, umso stärker Praxen gesellschaftlicher Aneignung von "unten" (Landbesetzungen, autonome Räume, Selbstorganisationsprozesse usw.) um sich greifen, sich nicht auf Stellvertreterpolitik verlassen und dennoch staatliche Mittel für ihre Zwecke einzusetzen wissen. Nationale und transnationale Politiken sind dabei kein Gegensatz; es geht für emanzipative Projekte vielmehr um die Verknüpfung der unterschiedlichen Ebenen in neuen politics of scale. (7)

Mario Candeias

Anmerkungen:

1) Transnationale Prozesse sind solche, die gleichzeitig in subnationalen, nationalen und internationalen Arenen stattfinden. Sie sind verbunden mit Veränderungen im Innern der nationalen oder regionalen politischen Formen. Insofern sind regionale und nationale geschichtliche Blöcke in widersprüchlicher Weise in die Herausbildung eines transnationalen geschichtlichen Blocks eingelassen. Letzterer ist die Materialisierung eines Geflechts von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen auf allen räumlichen Ebenen. "Das Transnationale" schließt das Nationale und Regionale mit ein. Es repräsentiert die Einheit des kapitalistischen Weltmarktes und eines transnationalen geschichtlichen Blocks sowie dessen (notwendige) Fragmentierung entlang von nationalen, ethnischen, geschlechtlichen und Klassen- und Währungsgrenzen.

2) Lautstarke Massendemonstrationen unter Zuhilfenahme von Kochtöpfen und -löffeln.

3) popular: im Gegensatz zu "populistisch" meint dieser Begriff keine organisierende, extrem vereinfachende Ideologie, sondern in Anlehnung an Antonio Gramsci Politikformen, die der Komplexität gesellschaftlicher Verhältnisse Rechnung tragen und der Verallgemeinerung der Fähigkeit zur Aneignung und Selbstbestimmung der eigenen Lebens- und Arbeitsbedingungen dienen.

4) Partei Sozialismus und Freiheit, kurz: SOL wie Sonne.

5) Länder in Subsahara-Afrika werden von den globalen Kapitalflüssen kaum erfasst, sind marginalisiert. Nichtsdestotrotz sind sie in das System globaler Märkte integriert, sind sie den gleichen Zwängen der Schuldentilgung, Exportorientierung, Defizitbekämpfung etc. ausgesetzt wie andere auch. Sie weisen noch immer einen Nettokapitalabfluss in Richtung der Zentren aus.

6) Nicos Poulantzas, Staatstheorie, Hamburg 1978, 237.

7) politics of scale: Politikformen, die die Terrains gesellschaftlicher Auseinandersetzung auf internationale/globale, supranationale, regionale wie lokale Ebenen verschieben und die verschiedenen Ebenen strategisch kombinieren.

35. AUFGEBLÄTTERT

CD-Datei: daten/aksuche/ak499/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:499:03

Für und gegen das Kopftuch

Dürfen muslimische Lehrerinnen an staatlichen deutschen Schulen ein Kopftuch tragen oder nicht? Ausgelöst durch das so genannte Kopftuchurteil des Bundesverfassungsgerichts entbrannte im Sommer 2003 eine hitzige öffentliche Debatte. Für die VerfechterInnen eines Verbotes gilt das Kopftuch als Symbol einer frauenunterdrückenden Gesellschaftsordnung und als unvereinbar mit dem Gleichstellungsgrundsatz. Auf der anderen Seite gilt das Recht auf Religionsfreiheit und die Gleichbehandlung aller Religionen. Im Argument-Verlag ist nun eine Materialsammlung erschienen, die den damaligen Streit ums Kopftuch anschaulich dokumentiert. Kristallisationspunkt der Debatte ist der Aufruf "Religiöse Vielfalt statt Zwangsemanzipation!", initiiert von Marie-Luise Beck, Rita Süßmuth und Barbara John: Ein generelles Kopftuchverbot sei eine religiös bedingte Diskriminierung muslimischer Frauen und wirke quasi als Berufsverbot. Die UnterzeichnerInnen des offenen Briefs "Stichwort: Becklash" hingegen sind für ein Kopftuchverbot, um den islamistischen Kräften eine Grenze zu zeigen. Einen "leicht umzusetzenden und billigen Vorschlag" liefern die InitiatorInnen gleich mit: "Alle Frauen und Männer, die aus Ländern kommen, in denen Männer gegenüber den Frauen rechtlich privilegiert sind und die ein Aufenthaltsrecht in Deutschland beantragen, unterschreiben ab sofort, dass sie Art.3 Abs.2 GG anerkennen. Damit anerkennen sie gleichzeitig, dass sie bei Verstößen ihr Aufenthaltsrecht verwirken." Die Berliner Initiative gegen das Chipkartensystem kritisiert dies zu Recht als eine Forderung nach rassistischen Sondergesetzen, mit denen sexistisches Verhalten als Abschiebegrund eingeführt werden soll. Unter den UnterzeichnerInnen des Becklash-Briefs finden sich u.a. namhafte Feministinnen wie Luise F. Pusch, Viola Roggenkamp, Claudia Pinl, Halina Bendkowski und auch die Mitherausgeberin des Buches, Frigga Haug. Die Textsammlung bietet also jede Menge Stoff für weiterführende Diskussionen. Und sie zeigt: Der Kampf für die Rechte der Frau ist nicht zu trennen vom Kampf gegen Rassismus.

nv

Frigga Haug, Katrin Reimer (Hrsg.): "Politik ums Kopftuch". Argument-Verlag, Hamburg 2005, 191 Seiten, 9,90 EUR

NS-Kriegsverbrechen in Frankreich

Der Name des französischen Dorfes Oradour ist allgemein bekannt: 634 Männer, Frauen und Kinder wurden dort am 10. Juni 1944 von der SS-Panzerdivision "Das Reich" bei lebendigem Leib in der Dorfkirche verbrannt. Bruno Kartheusers Buch "Die Erhängungen von Tulle. Der 9. Juni 1944" behandelt ein weit weniger bekanntes Kapitel deutscher Kriegsverbrechen in Frankreich. Am 9. Juni 1944 wurden in Tulle, einer Kleinstadt südlich von Limoges, 99 männliche Zivilisten an Balkonen und Laternen erhängt und einige Hundert in KZs deportiert. Die Rahmenbefehle kamen von der Wehrmacht; unmittelbar verantwortlich war der SS-Brigadeführer Heinz Lammerding, der 1971 nach einer Karriere als Bauunternehmer in der BRD starb, ohne einen einzigen Tag im Gefängnis gesessen zu haben. Kartheuser zeigt in seiner umfangreichen Studie das Zusammenspiel von Wehrmacht, SS und SD und widerlegt die Behauptung, der Massenmord wäre eine "Vergeltungsmaßnahme" gewesen. Er weist nach, dass die Massaker von Oradour und Tulle einer zielgerichteten Terrorstrategie dienten, um die Zivilbevölkerung einzuschüchtern und gegen die Résistance aufzubringen. Deren Kampf setzt Kartheuser mit seinem Buch ebenfalls ein Denkmal, ohne die Kollaboration zu verschweigen. Das Buch ist nicht nur die akribische Rekonstruktion eines "Einzelfalles", es zeigt exemplarisch auch den deutschen Terror gegen die Zivilbevölkerung und die systematische Verhetzung der ausführenden Täter, denen eingeredet wurde - und die sich nach dem Krieg weiter einreden konnten - sie hätten gegen "Terroristen und Banditen" nun einmal nicht anders vorgehen können. Der vorliegende Band ist der dritte und bei weitem umfangreichste einer Tetralogie. Der vierte und letzte Band wird die "Nachwirkungen" von Tulle zum Thema haben: die Behandlung des Verbrechens durch Politik und Justiz in Frankreich und Deutschland.

Js.

Bruno Kartheuser: Die Erhängungen von Tulle. Der 9. Juni 1944. edition KRAUTGARTEN orte, St. Vith-Neundorf/Belgien 2004. 560 Seiten, davon 105 Fotoseiten, 40 EUR

Berlusconis Projekt

"Politisches Modell der Zukunft oder italienischer Sonderweg?" - natürlich wird die Frage, die den Untertitel von Paul Ginsborgs Buch über Silvio Berlusconi bildet, auf den knapp 200 Seiten nicht beantwortet. Vielmehr trägt Ginsborg, in England geborener Historiker mit Wohnsitz Florenz, etliches zusammen, was den "großen Kommunikator", Verkäufer und Verführer Berlusconi vom übrigen politischen Personal in Europa abhebt. Das ist zwar nicht neu, aber auf den Punkt gebracht, flott geschrieben und von der Italien-Kennerin Friederike Hausmann sehr gut übersetzt. Zu loben ist insbesondere das Kapitel über Berlusconis "politisches Projekt". Zu Recht hebt Ginsborg Berlusconis "ernst zu nehmendes politisches Programm" hervor; bei seinem Versuch, "in einem modernen demokratischen Staat eine persönliche charismatische Herrschaft zu etablieren", sei er dank seiner Medienmacht weit voran gekommen: "Konsumismus, Werbung, Familienleben, Unternehmertum, Fußball soziale Mobilität, Charisma und politische Macht sind eine spektakuläre Verbindung eingegangen." Da sich das nicht so ohne weiteres kopieren läst, spricht auch diese Beobachtung für den Sonderweg-Befund. Weniger überzeugend ist der allzu knappe und oberflächliche Vergleich zwischen Berlusconi und Mussolini und die arg unkritische Bewertung von Gianfranco Finis Modernisierung des Neofaschismus. Das im Dezember 2004 fertig gestellte Postscriptum betont noch einmal die von Berlusconis Projekt ausgehende Gefahr, zeigt aber auch dessen Anfälligkeit. Im Hinblick auf die spätestens im kommenden Frühjahr anstehenden Wahlen lässt sich Ginsborgs Buch mit Gewinn lesen.

Js.

Paul Ginsborg: Berlusconi. Politisches Modell der Zukunft oder italienischer Sonderweg? Verlag Klaus Wagenbach, Berlin 2005, 191 Seiten, 11,90 EUR

Ilias von unten

Das Foto auf der Rückseite - eine Aufnahme von einer Anti-Kriegsdemonstration aus jüngster Zeit - lässt Befürchtungen aufkommen: Ist das wieder so ein Bekenntnisroman aus einem Kleinverlag, in dem sich der Autor seinen lang gehegten Traum erfüllt und damit niemandem außer sich selbst eine Freude macht? Doch diese Befürchtungen finden keine Bestätigung, hat man sich nicht abschrecken lassen und entschlossen, den "historischen Roman" des (auch) ak-Autors Gerd Bedszent "Meuterei vor Troja" zu lesen. Bedszent nimmt wohl das Heldenepos schlechthin, die "Ilias" von Homer, und stellt es von dem Kopf auf die Füße: Er erzählt sie nicht aus der Herrschaftsperspektive, sondern als Geschichte von unten. Die Helden der "Ilias" sind Aristokraten. Sie wollen Ruhm und Ehre um jeden Preis - und zwar zu Lebzeiten. Bei Bedszent werden die edlen Kämpfer und Könige Homers zu zynischen, machtbesessenen, hinterhältigen, habgierigen und grausamen Opportunisten und Karrieristen. Indem er drei Tage des zehnjährigen Krieges gegen Troja aus der Sicht des einfachen Soldaten und Söldners schildert, macht er die grausige Wirklichkeit des Kriegsalltags sichtbar; er zeigt Hass, Verzweiflung, das massenhafte und sinnlose Sterben auf den Schlachtfeldern Kleinasiens. Im Mittelpunkt stehen Männer, die genug haben vom Krieg. Etwa Thersites, bei Homer hässlich und schmähsüchtig, ein kampferprobter Söldner, der mit seinen Mannen ein zentrales Ausfallstor des griechischen Lagers besetzt, um den Abbruch des Feldzugs gegen Troja zu erzwingen. Auch wenn gewisse kompositorische Schwächen nicht zu verkennen sind - Gerd Bedszents Buch ist ein (nicht nur) spannend zu lesender Abenteuerroman.

mb.

Gerd Bedszent: Meuterei vor Troja, trafo verlag Berlin, 2005, 249 Seiten, 17,80 EUR

36. LESERINNENBRIEFE

CD-Datei: daten/aksuche/ak499/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:499:18

Nötig, möglich, löblich

Betr.: Paranoia als Prinzip, ak 498

Liebe ak-Redaktion, lieber Js.,

mit großem Interesse habe ich Eure Besprechung gelesen. Sie zeigt, dass eine differenzierte Auseinandersetzung zum Thema Antisemitismus in der Linken nötig, aber auch möglich ist, die sich jenseits des immer noch zu oft üblichen allseitigen in-die-Ecke-Stellens bewegt. Die vorgetragenen Kritikpunkte an meinem Buch finde ich überwiegend sehr bedenkenswert - wenn auch teils etwas scharf oder überpointiert formuliert - und sie zeigen mir, dass auch meinerseits manches noch genauer reflektiert und formuliert werden muss.

Zwei Dinge, das möchte ich anmerken, stimmen indes nicht ganz: Erstens, ich halte Antizionismus und Antisemitismus nicht für deckungsgleich, sondern, wie Du richtig schreibst, Kritik an Israel kann durchaus auch als Medium für Antisemitismus fungieren, und die Linke ist davor - leider - nicht gefeit. Problematisch ist doch u.a., wenn plötzlich politisch deutlich rechte, nationalistische Antizionisten und Zitelmänner (die u.a. auch für Sozialkürzungen eintreten) regelmäßig auch in linken Blättern schreiben dürfen und dort z.B. über eine "Israelisierung der Welt" oder ein "palästinensisches Versailles" lamentieren; das wäre doch sonst bei (fast) keinem Thema (jenseits des Nahost-Konfliktes) möglich, das so die politischen Grenzen verschwimmen!

Zweitens, und das ist mir wichtig, ich will Holz/Müller/Traverso keinen Antisemitismus unterstellen, ich will auch keine legitime Position ausgrenzen (im Gegenteil, ich finde die ganzen politischen Diffamierungsorgien in der Linken bei diesem Thema ziemlich unerträglich), und schon gar nicht brandmarke ich die Äußerung "Auschwitz taugt nicht als simplifizierende Welterklärungsformel" als antisemitisch. Lieber Js., Du weißt, das stimmt nun wirklich nicht, denn Du hast mein Buch genau gelesen. Ich halte die zitierte Aussage für absolut richtig! Problematisch finde ich aber - das sage ich deutlich und das haben die Autoren ja längst selbst konzediert -, wenn Holz/Müller/Traverso davon reden, dass "die Juden die Unterdrücker von heute" seien. Das ist doch im Mindesten unglücklich formuliert und kritikwürdig, oder? Ich glaube, mit solchen Formulierungen haben sie sich und der Sache keinen Gefallen getan und die Polarisierung der Diskussion mit selbst angeheizt.

Nichtsdestoweniger: In Eurem/Deinem Artikel (und auch Deiner Aly-Kritik in der letzten Ausgabe) sehe ich eine ernst gemeinte, kritische Auseinandersetzung zum Antisemitismus, die die mittlerweile üblichen Vereinseitigungen dankenswerter Weise verlässt.

Mit besten Grüßen,

Lars Rensmann

Missbrauchtes Privileg

Betr.: Leidkultur, ak 498

Wurden die im Artikel beschriebenen Menschen (Opfer wie Täter) um Erlaubnis gebeten, ihre Leben in der gegebenen Weise benutzen zu dürfen? Wenn nicht, handelt es sich um einen Missbrauch, dessen Möglichkeit und Unbemerktheit sich aus der Leidkultur erklärt.

Ich möchte auch etwas zu der Selbstgerechtigkeit sagen, mit der die Psychen der Täter am Ende des Artikels bewertet werden: Artikel schreiben und veröffentlichen zu können ist ein Privileg, das Menschen erhalten, sie sich psychisch und geistig erfolgreich an diese Kultur angepasst haben.

Maike, Hamburg

PS: Ich bin froh, dass es eure Zeitung gibt, lerne viel aus ihr und finde sie politisch unverzichtbar.

Vorsicht: Feuilleton

Betr.: Archäologe und Archivar der Revolution, ak 498

Liebe Genossen!

Wieviel politische Ahnung überhaupt und wieviel Ahnung von dem, was die kubanische Revolution bis heute und Tag für Tag leistet, hat eigentlich Euer Matthias Reichelt (oder wer immer den Vorspann zu seinem Text verbrochen hat), wenn er das Hilfsangebot Fidels an die Opfer von Katrina in bester Merkel-Stoiber-Manier als "propagandistisch klug" abtut oder wenn er meint, das kubanische revolutionäre Projekt wäre "bereits zu purer Geschichte geronnen", wenn nicht Fidel usw. ...?

Ein bisschen vorsichtig sollte man auch mit Witzeleien sein, besonders wenn sie sich gegen jemand richten, gegen den - in Europa - eh schon jeder mosert, und besonders in einem Blatt, das so demonstrativ die positivsten Vorgänge, die wir auf der Welt haben - die kubanische und die bolivarianische Revolution -, ignoriert.

Leicht sauer, ehrlich gestanden - trotzdem

herzliche Grüße,

Ernst Fidel Fürntratt-Kloep

Albern, falsch, weit ab vom Leben

Betr.: Die "dritte Transformation" der deutschen Sozialdemokratie/Vorsicht Linksdings/Er oder sie, ak 498

Liebe Freunde,

hiermit bestelle ich Eure Zeitung ab.

Begründung: Zwei Tage vor der Bundestagswahl habt ihr nichts anderes zu tun, als in drei verschiedenen Artikeln die große Möglichkeit, die sich mit der Kandidatur der Linkspartei und dem baldigen Zusammenschluss von Linkspartei und WASG für die gesamte Linke ergibt, madig zu machen.

In dem Artikel vom Martin Dieckmann wird die Logik der Parteibildung eher als Hemmnis als eine fortschrittliche Kraft bezeichnet.

In dem Artikel von Lebuhn/Stützle wird wider besseren Wissen behauptet, die Linkspartei beabsichtige gar nicht kapitalismuskritische Positionen ins Parlament zu tragen.

In dem Artikel von Js. wird wahrheitswidrig über den Spitzenkandidaten der Linkspartei in NRW (Lafontaine, Anm. ak) behauptet, er habe gegen die Zuwanderung von Aussiedlern "gehetzt". Der Artikel nimmt die Linkspartei lediglich gegen völlig absurde Angriffe aus anderen Zeitungen in Schutz, zeigt sich aber höchst distanziert und mag eine positive Würdigung der Partei in der Zeitung SoZ nur in Anführungszeichen zu setzten.

Ein positiver Artikel über die neu formierte Partei und die Chancen, die sich jetzt für die außerparlamentarische Linke auftun, natürlich mit einem eindeutigen Aufruf, die Linkspartei zu wählen, fehlt, weil diese Position offenbar nicht mehr zu dem für eure Zeitung maßgeblichen Meinungsspektrum dazu gehört.

Die etwas alberne Vorhersage des Wahlergebnisses auf Seite 1 (die auch noch falsch war) kommt hinzu und zeigt, wie sehr ihr vom tatsächlichen politischen Leben entfernt seid.

Mit freundlichen Grüßen,

H-H.A.

37. attac-Strategiedebatte

CD-Datei: daten/aksuche/ak499/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:499:27

Am 28. - 30. Oktober tagt in Würzburg der attac-Ratschlag, das höchste bundesweite Gremium des globalisierungskritischen Netzwerks, an dem jedes Mitglied teilnehmen kann. Um die "Optionen und Chancen von attac in der sich verändernden Situation in Deutschland, aber auch in Europa" zu bestimmen, wird schon im Vorfeld eine "Strategiedebatte" geführt, die auf dem Ratschlag selbst breiten Raum einnehmen wird. Ein "Call for Statements" ruft AktivistInnen von innerhalb wie außerhalb des Netzwerks zur Beteiligung auf. Beiträge können per Mail an ratschlag@attac.de geschickt und auf der Homepage eingesehen werden. Wir dokumentieren hier Texte von Peter Wahl und Werner Rätz/Thomas Seibert.
(http://www.attac.de/ratschlag-wuerzburg)

38. KALENDER

CD-Datei: daten/aksuche/ak499/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:499:34

Venezuela unter Chávez

Kaum ein lateinamerikanischer Politiker findet so starken Widerhall in der internationalen Politik wie Hugo Chávez. Aber trotz Öl-Reichtum lebt der überwiegende Teil der Bevölkerung in bitterer Armut. Während Chávez vom Sozialismus spricht, ist Venezuela einer der wichtigsten Öllieferanten der USA. Reformen wie Alphabetisierungsprogramme oder kostenlose Gesundheitsversorgung sollen die Situation für die arme Bevölkerung verbessern. Wie geht es mit den angekündigten Reformen weiter? Was ist und will die Bolivarianische Revolution? Was hat die Bevölkerung davon? In einem Vortrag gehen Andreas Gampert (Wildcat) und Raul Zelik (Autor und Journalist) den politischen Versprechungen Chávez' nach und prüfen, ob und wo hoffnungsvollen Visionen tatsächlich Früchte tragen.

Hamburg, 26.10.05, 20 Uhr, Werkstatt 3, Nernstweg 32

Zum 10. Todestag von Ernest Mandel

Vor zehn Jahren starb der belgische Revolutionär Ernest Mandel. Er ist als marxistischer Theoretiker, vor allem durch seine Veröffentlichungen zur Kritik der politischen Ökonomie und wegen seiner weit verbreiteten "Einführung in den Marxismus" bekannt. 1972 sollte er eine Professorenstelle an der Freien Universität Berlin antreten. Dies wurde ihm aus politischen Gründen verweigert. Der damalige Innenminister Genscher erteilte ihm ein Einreiseverbot. Das Vermächtnis von Ernest Mandel ist lebendig geblieben, nicht nur wegen seiner theoretischen Beiträge, sondern gerade auch wegen seines beharrlichen Eintretens für den Aufbau einer internationalen revolutionären Organisation. Am 28.10. wird Manuel Kellner von der internationalen sozialistischen linken (isl) in Köln über Mandels Kapitalismusanalyse, Bürokratiekritik und sein Eintreten für den Aufbau einer internationalen revolutionären Organisation referieren.

Köln, 28.10.05, 19.30 Uhr, Alte Feuerwache, Melchiorstr. 3, Kleines Forum, www.die-welt-ist-keine-ware.de/isl

Waffe gegen die Linke

Die Magdeburger Antifaschisten Carsten und Marco sitzen seit Monaten in Beugehaft, weil sie sich weigern, im Verfahren gegen ihren Genossen Daniel auszusagen. Auf der Veranstaltung wird über den aktuellen Stand des Verfahrens gegen Daniel berichtet und mit GenossInnen der Roten Hilfe Berlin, des Gegeninformationsbüros, der Soligruppe Magdeburg und des Gefangeneninfos über Geschichte und Aktualität der Beugehaft informiert. Solidarität mit den von Repression betroffenen Magdeburger Antifaschisten!

Berlin, 2.11.05, 20 Uhr, Stadtteilladen Zielona-Gora, Grünbergerstr. 73

Repression in Griechenland

Im Sommer 2002 wurden mutmaßliche Mitglieder der beiden bewaffneten Gruppen ELA und Revolutionäre Organisation 17. November verhaftet. Mit dieser Verhaftungswelle ging eine Verschärfung der Repression, eine Anpassung von Gesetzen an EU-Richtlinien und ein neuer Sicherheits- und Antiterrordiskurs einher. In Berlin findet eine Veranstaltung "Griechenland - Widerstand und Repression" statt. Anwesend werden sein: Gianna Kourtovik (Anwältin), Dimitris Koufotinas (17. November), Giannis Serifis (anarchistischer Gewerkschafter), Nikolaos Giannopoulos (Netzwerk für soziale und politische Rechte) und Ioannis Keloglou (Antiautoritäre Solidarität). Sie werden sowohl über die bisherigen und anstehenden Prozesse und die Haftbedingungen berichten, als auch über die Bedeutung dieser Entwicklungen für die radikale Linke. Darüber hinaus wird es Beiträge zur Geschichte Griechenlands und zu den Entschädigungsforderungen auf Grund der deutschen Besatzung im 2. Weltkrieg geben.

Berlin, 5. 11.05 , 19 Uhr, HAU2, Hallesches Ufer 32, www.widerstand-repression-griechenland.de

Kreativer Protest

Am 7.11. wird in Bonn das im Trotzdem Verlag erschienen Buch "go.stop.act! Die Kunst des Kreativen Straßenprotests." vorgestellt. Einleitend zeigt der Herausgeber Marc Amann in kurzen Filmausschnitten Szenen von Reclaim-the-Street-Partys, Straßentheater, Pink-Silver und anderen Aktionsformen. Danach wird

er auf Geschichte, Chancen und Nutzen kreativen Straßenprotests für soziale Bewegungen eingegehen. Im Anschluss besteht die Möglichkeit, über die verschiedenen Formen des Straßenprotests zu diskutieren.

Bonn, 7.11.05, 20 Uhr, Le Sabot, Breitestr. 76, Infos: www.go-stop-act.de

Maji-Maji-Krieg in Ostafrika

1905 kam es in "Deutsch-Ostafrika" (heute Tansania, Ruanda und Burundi) zu einem der größten Kolonialkriege in der Geschichte des Kontinents, fast zeitgleich mit dem Krieg des Deutschen Reichs gegen Herero und Nama in "Deutsch-Südwestafrika" (heute Namibia). Die ostafrikanische Bevölkerung erhob sich gegen die deutschen Besatzer. Bis 1907 tobte der erbitterte Kampf, bei dem bis zu 300.000 Menschen starben. In Braunschweig referiert Claus Kristen über den Maji-Maji-Krieg und seine Folgen, die bis heute in Tansania, aber auch in der postkolonialen deutschen Gesellschaft sichtbar sind.

Braunschweig, 19.11.05, 20 Uhr, Wohn- und Kulturprojekt "Nexus", Frankfurter Str. 253, www.vfuk.de

Goldene 500

500 x linke Publizistik, durch alle Irrungen und Wirrungen linker Bewegungen: 344 x Arbeiterkampf und 156 x ak - analyse und kritik - insgesamt 500 x interventionistischer Anspruch. Im November erscheint die 500. Ausgabe von ak. Das wollen wir mit unseren FreundInnen und GenossInnen, KritikerInnen, LeserInnen und AutorInnen feiern: am Samstag, den 19.11. in der Werkstatt 3 in Hamburg/Altona.

Hamburg-Altona, 19.11.05, 20 Uhr, Werkstatt 3, Nernstweg 32, Eintritt: 6 Euro, mit diversen DJ's. www.akweb.de

Genetik und Kunst

Der genetische Code ist heute zu einem künstlerischen Medium geworden. Immer mehr internationale KünstlerInnen und Ausstellungen widmen sich einer Kunst, die sich bio- und gentechnologischer Verfahren bedient. Diese Kunst ist ebenso wie die Gentechnologie und die modernen Life Sciences selbst nicht unumstritten. Die Ausstellung "Put on your blue genes" wirft einen kritischen Blick auf eine neue Kunstrichtung, die dort, wo sie nicht nur Affirmation des biotechnologisch Möglichen ist, den Besucher zu einer sinnlich erfahrbaren Auseinandersetzung mit Genetik und Biotechnologie einlädt. Mit Beiträgen u.a. von: Suzanne Anker (USA), The Agency (Belgien), Oron Catts & Ionat Zurr (Aus), Critical Art Ensemble (USA) und Virgil Wong (USA). Die Ausstellung begleitet ein umfassendes Rahmenprogramm (www.blue-genes).

Berlin, bis 23.11. 05, "Put on your blue genes". NGBK, Oranienstr. 25, www.ngbk.de

39. 25.000 Euro! Jetzt!

CD-Datei: daten/aksuche/ak499/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:499:40

Es ist mal wieder so weit. Das Jahr geht langsam, aber unaufhaltsam zur Neige und das Jahresbudget auch. Zeit, sich allmählich aufs neue Jahr einzustellen. Voller Ideen, Tatkraft und mit vielen neuen Plänen blicken wir ihm jetzt schon entgegen. Der Abschied vom alten fällt leicht, ist er doch von viel Erfreulichem flankiert. Als da wären: zuallererst natürlich unsere "ak-500"-Feier. Es kann nicht oft genug gesagt werden: 500 Ausgaben ak - wenn das kein Grund zum Feiern ist - und für eine satte Prise Optimismus, was die nächsten paar hundert Ausgaben angeht! Dann steht ein neues Layout ins Haus, denn unsere Zeitung soll ja nicht nur (dauernd, immer, ohne Unterlass) besser, sondern auch hübscher werden. Wir wollen nicht zu viel versprechen, aber: Wir haben uns viel Mühe gegeben und ihr dürft auf jeden Fall gespannt sein. Und die Produktion von Fantômas Nr. 8 steht auch kurz bevor.

Allein, die Kasse muss stimmen, und das tut sie auch in 2006 nur, wenn ihr uns helft. 25.000 Euro brauchen wir, braucht der Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik e.V. auch im nächsten Jahr. Damit er monatlich ak und halbjährlich Fantômas herausgeben kann. Damit er politische Veranstaltungen entwickeln, organisieren und unterstützen kann. Damit wir uns mit unseren Ressourcen weiterhin sozialen Bewegungen, politischen Initiativen und AutorInnen zur Verfügung stellen können, die nicht bereit sind, den ganz normalen kapitalistischen Wahnsinn als "Normalität" zu akzeptieren. Dafür brauchen wir Geld.

Uns ist klar: Dies sind harte Zeiten. Immer mehr Leute müssen jeden Euro zweimal umdrehen und entscheiden, ob sie ihn wirklich ausgeben oder vielleicht doch lieber zurücklegen wollen. Das hat wenig mit "Vertrauensverlust" zu tun, wie uns PolitikerInnen fast aller Couleur gerne einreden wollen, sondern schlicht und einfach mit Mangel an finanziellen Ressourcen und sozialer Sicherheit. Umso mehr freut uns natürlich, dass trotz (oder vielleicht auch gerade wegen) dieser Situation sich immer noch Menschen finden, die bereit sind, Projekte wie dieses hier zu unterstützen: Sei es durch ihr Engagement und ihre - gar nicht oder schlecht bezahlte - Arbeit als SupporterInnen, Korrektur-LeserInnen, LayouterInnen, als MitarbeiterInnen in Vertrieb und Buchhaltung, als AutorInnen und RedakteurInnen. Sei es als LeserInnen, die mit Zeitungskauf oder -abonnement ihren Teil zum Fortbestand beitragen. Oder sei es eben, last but überhaupt nicht least, als SpenderIn.

Viele von euch haben uns im Laufe der Jahre schon unterstützt - im Rahmen der jährlichen Spendensammlung oder durch monatliche Vereinsbeiträge. Dafür noch mal an dieser Stelle unseren herzlichsten Dank. Und unsere Bitte: tut das auch weiterhin. Kleine, mittlere oder große Beträge - alles ist willkommen, alles hilft weiter. Ein Überweisungsträger liegt dieser Ausgabe bei. Eure Spende könnt ihr von der Einkommensteuer absetzen.

25.000 Euro für 2006. Wir zählen auf euch.

Eure Redaktionen ak und Fantômas

Spendenkonto:

Verein für politische Bildung,

Analyse und Kritik e.V.

Kontonummer: 13150204

Postbank Hamburg

BLZ: 200 100 20

Überweisungsträger liegt bei!

Ausland: BIC: PBNKDEFF

IBAN: DE 23 2001 0020 0788 8362 02